

«Ich bringe euch um»: Neues vom Problem-Teenager «Carlos»

Nummer 40 – 2. Oktober 2014 – 82. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN

Dossier:
Magie des
Geldes



Der talentierte Monsieur de Weck

Mein widerwilliges Loblied auf den SRG-Generaldirektor.
Von Kurt W. Zimmermann

List und Tücke im Bundesrat

Blick hinter die Wohlfühlkulisse. Von Hubert Mooser



Unser Sinn für Vollkommenheit.

Senator Panoramadatum Mondphase



Glashütte
ORIGINAL

www.glashuette-original.com

Deutsche Uhrmacherkunst seit 1845.

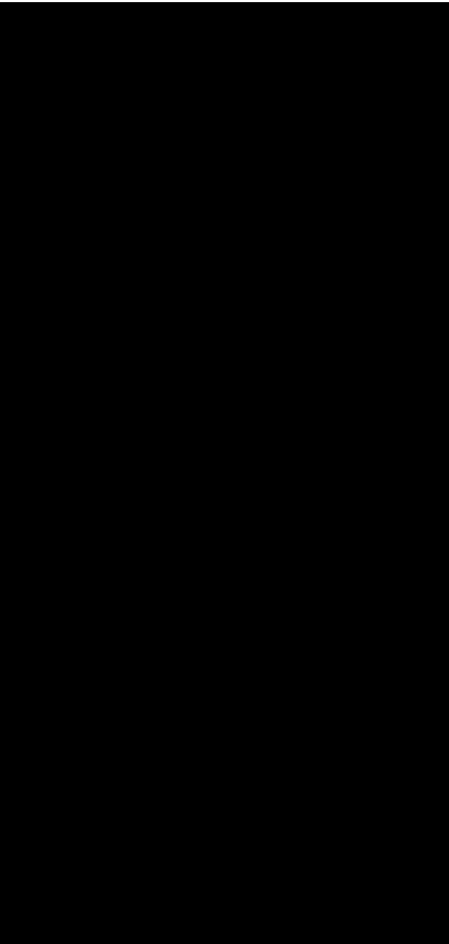
Senator Panoramadatum Mondphase. Ein wahrer Klassiker in zeitgenössischer Form. Der elegante Zeitmesser zieht mit seiner aufwändig gearbeiteten Mondphase den Betrachter in seinen Bann: Zarte Sterne und ein silberner Mond heben sich eindrucksvoll vom dunkelblauen Nachthimmel ab. Erfahren Sie mehr unter www.glashuette-original.com. Unsere iPhone-Applikation können Sie vom App Store herunterladen.

KURZ
SCHMUCK UND UHREN

Zürich Bahnhofstrasse 80 | Basel Freie Strasse 39 | Luzern Weggisgasse 25
www.kurzschmuckuhren.ch

Intern

Letzte Woche meldeten wir, was ordentliche Professoren an Schweizer Universitäten verdienen. Der Durchschnittslohn liegt bei über 200 000 Franken, das Maximum bei rund 300 000 Franken. Das ist weltweit konkurrenzlos. Trotzdem sind die Schweizer Unis im internationalen Vergleich nur Mittelmass (Ausnahme: die beiden ETH). Es beginnt schon bei der



Wie geht es eigentlich im Bundesratszimmer zu? Wer kann es mit wem? Wer kann es mit wem weniger? In letzter Zeit ist es ruhiger geworden, was Indiskretionen aus der Regierung betrifft. Wir wollten mehr wissen und haben Hubert Mooser, Bundeshausredaktor der *Basler Zeitung* und wohl bester Kenner des magistralen Innenlebens, mit einer Recherche beauftragt. Wir bedanken uns sehr herzlich für die hervorragende Zusammenarbeit. **Seite 26**

Es gibt ein Agenturbild in Schwarzweiss aus dem Jahr 1979. Das Bild stammt vom Schweizerische-Kreditanstalt-Prozess in Chiasso. Im Vordergrund sitzt der angeklagte Bankdirektor Ernst Kuhrmeier. Im Hintergrund sieht man zwei junge, langhaarige Journalisten. Der eine ist Roger de Weck, der andere Kurt W. Zimmermann. Inzwischen hat sich, altersbedingt, bei

beiden die Haarpracht sichtbar gelockert. De Weck ist nun Generaldirektor der SRG, Zimmermann Verlagsunternehmer in Italien und *Weltwoche*-Kolumnist. Die beiden sassen nicht nur gemeinsam auf den Gerichtsbänken in Chiasso, sondern später auch in der Geschäftsleitung des Medienunternehmens Tamedia. Oft stritten sie sich, mitunter machten sie gemeinsame Sache. Kurt W. Zimmermann hält Roger de Weck, 35 Jahre nach Chiasso, für den talentiertesten SRG-Chef der Geschichte. **Seite 34**

Seit bekanntgeworden ist, dass eine einzige Flüchtlingsfamilie im Kanton Zürich für 60 000 Franken im Monat betreut wird, steht die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) in der Kritik. Die KESB verursacht indes nicht nur hohe Kosten, sondern auch grosses Leid, wie der berührende Bericht einer betroffenen Mutter zeigt – einer prominenten Persönlichkeit, die hier aber unter Pseudonym auftritt. Sie musste bei der Behörde antraben. Erst dachte sie, es handle sich um eine Routinebefragung. Doch bald stellte sich heraus: Sie wird verdächtigt, ihr Kind zu vernachlässigen. Es begann ein nicht enden wollender Albtraum. **Seite 40**

«Geld ist Geist», schreibt der Financier Tito Tettamanti im grossen *Weltwoche*-Dossier über die «Magie des Geldes». Versuchten die Alchemisten im Mittelalter noch, Steine in Gold zu verwandeln, entsteht das Geld heute tatsächlich aus dem Nichts. Die Hohepriester dieses magischen Vorgangs sind die Zentralbanken. Ihr umstrittener Doyen Alan Greenspan erhielt von der Finanzpresse den Titel «Maestro», EZB-Chef Draghi heisst gar «der Magier». Unser Wirtschaftsredaktor Florian Schwab hat profilierte Autoren gebeten, das Wesen des Geldes zu ergründen. **Seite 65**

Ihre Weltwoche

IHR NEUER CHEF?

www.stellen-anzeiger.ch

STELLEN-ANZEIGER
Das Schweizer-Jobportal

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 283.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vornamen.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Rico Bandle (*Leitung Kultur*),
Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl,
Christoph Landolt, Christian Mundt,
Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,
Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),
Florian Schwab, Mark van Huissingel

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr,
Tom Kummer, Dirk Maxeiner,
Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller,
Daniele Musciconico, Deborah Neufeld,
Kurt Pelda, Peter Rüedi,
Kurt Schiltknecht, David Schnapp,
Hildegard Schwaninger,
Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*),
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Bildredaktion: Laura Kolodziej (*Leitung*),
Simon Keller, Martin Kappler (Assistent)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger und
Rita Kempter (*Leitung*), Viola Antonovits,
Gregor Szyndler, Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),
Inga-Maj Hojaij-Huber

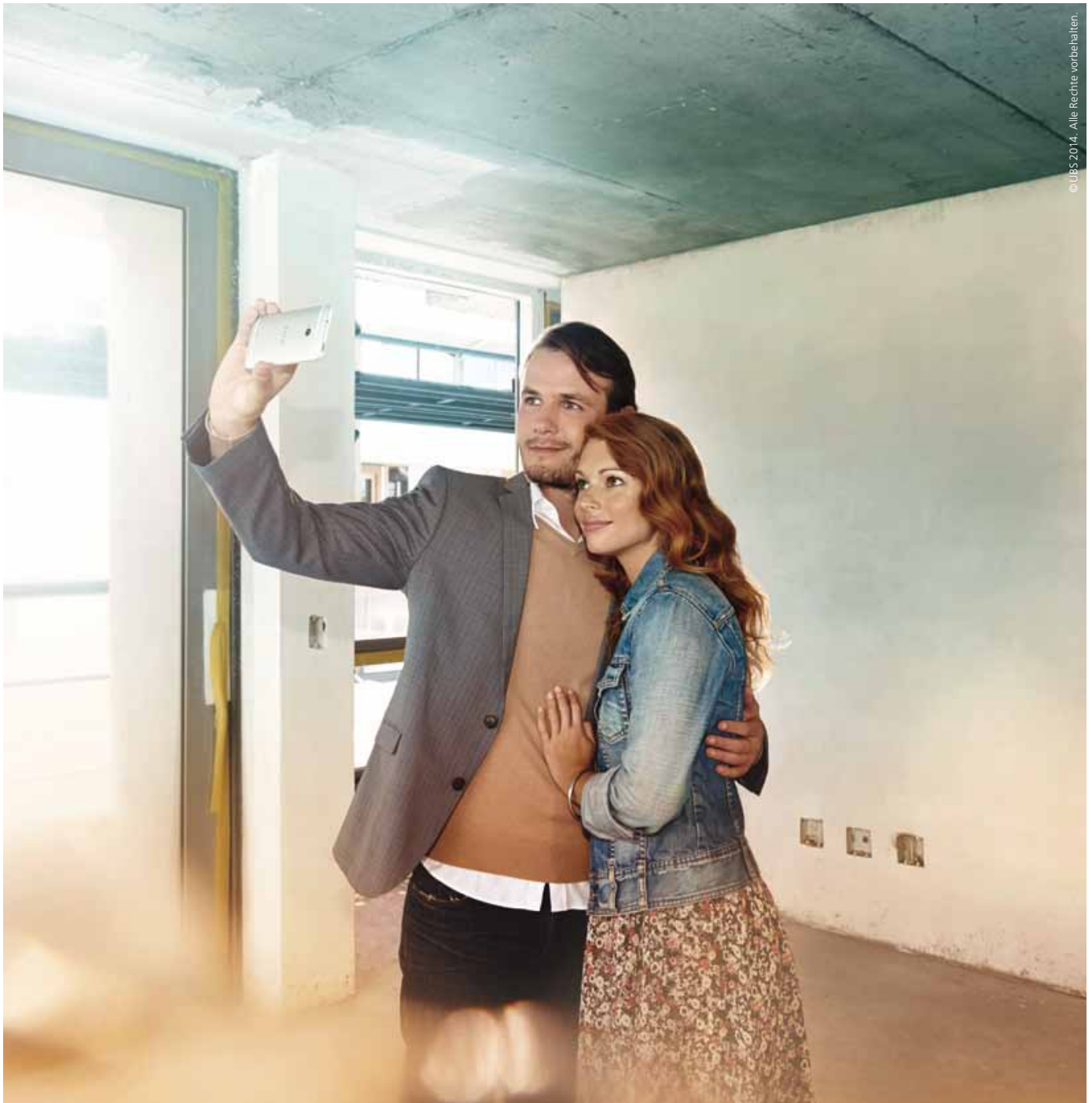
Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)
Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),
Fabian Keller, Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Adextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,
Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





©UBS 2014. Alle Rechte vorbehalten.

Was auch immer Wohneigentum für
Sie bedeutet: *UBS Hypotheken.*

Best Bank in
Switzerland



Jetzt Termin für UBS Hypo Check
vereinbaren: 0800 884 556
www.ubs.com/hypotheken



Realismus

Was die Schweiz der Welt nützt.
Von Roger Köppel

Als ich vor ein paar Jahren durch Moskau streifte, um mit Befürwortern und Kritikern von Putins Russland zu sprechen, drängte sich der Eindruck auf: Die Russen sind interessant, sehr freundlich, jovial, aber auch empfindlich, grübelnd, in heiklen Fragen leicht reizbar, eine Art melancholische Italiener mit einem ausgeprägten Drang, respektiert zu werden.

Die Russen, die ich traf, darunter viele Putin-Kritiker, sehen ihr Land als zentralen Pfeiler der westlichen Kultur. Sie haben mir vorgerechnet und nacherzählt, wie oft die Russen den Westen vor blutrünstigen Eroberern gerettet hätten. Sie berichteten von den unvorstellbaren Menschenopfern, die im letzten Weltkrieg für die Befreiung Europas erlitten wurden.

Die meisten hatten ein sehr differenziertes Bild ihrer Geschichte. Man war sich bewusst, dass das Russland Stalins gewaltige Verbrechen begangen hatte. Gleichzeitig war eine gewisse Achtung zu verspüren vor dem Mann, der mit Roosevelt, Truman und Churchill die Nazis zertrümmerte. Natürlich stimmt, dass nach dem D-Day die Alliierten Hitlers Heere unaufhaltsam zurückdrängten. Doch erst die Tatsache, dass die Sowjets im Osten die Wehrmacht in einem der schlimmsten Kriege aller Zeiten festnagelten und besiegten, machte im Westen den Weg frei für den heroischen Durchmarsch.

Die Russen haben sicher einen gewissen Minderwertigkeitskomplex gegenüber den Westlern. Sie wollen anerkannt und respektiert werden. Sie empfinden sich als westlich-christliche Kulturgrossmacht, die mit ihren Dichtern und Musikern ganz Europa inspirierte. Handkehrum sehen sie sich zurückgesetzt und nicht für voll genommen aufgrund ihres teilweise asiatisch-tatarischen Herkommens. Ihre Empfindlichkeit mag auch Ausdruck einer gewissen Selbstverachtung sein, die vielleicht wegen des asiatischen Erbes mitschwingt.

Aufs Gemüt drückt weiter die Einsicht, dass die Russen selber nie in der Lage waren, ihr Land aus eigener Kraft zu industrialisieren. Sie sind angewiesen auf das Know-how des Westens. Das ist keine vage Behauptung, das ist die Aussage eines bekannten osteuropäischen Ministerpräsidenten, der mit den Verhältnissen in Russland sehr eng vertraut ist.

Man könnte es noch zuspitzen: Erstaunlich oft in ihrer Geschichte waren die Russen gar nicht fähig, ihre Bevölkerung richtig zu ernähren, obwohl das Land zu den fruchtbarsten und rohstoffreichsten der Welt gehört. Der russische Doppeladler im Wappen blickt gleichzei-



«Neutralität ist eine Überlebensformel.»

tig nach Osten und nach Westen, doch die Russen sind, so weit mein Eindruck, stärker nach Westen als nach Osten orientiert.

Wie alle Grossmächte ist Russland ein Problem. Aber es ist einfach nur dumm, lächerlich und gefährlich, den aktuellen Dauerpräsidenten Putin auf die gleiche Stufe zu stellen wie die sowjetischen Diktatoren, die vor ihm im Kreml sass. Die Sowjetunion war ein totalitärer Staat mit Konzentrationslagern und mörderischen Säuberungen. Putin ist ein autoritärer Staatschef in einer gelenkten Demokratie, die nicht westlichen Standards entspricht, die aber, an der russischen Geschichte gemessen, rechtsstaatlich einen Fortschritt bedeutet.



Gegenwärtig ist es im Westen fast unmöglich, gegenüber Russland eine sachlich-neutrale Position zu beziehen. Es wird erwartet, dass man in die aggressiven Sprechchöre einstimmt und Putin aufs schärfste verurteilt. Als ich letzte Woche mit einem früheren deutschen Ausserminister die aus meiner Sicht verrückte Konfrontationspolitik der EU gegenüber Moskau diskutierte und mich weigerte, die Situation einfach auf ein primitives Schwarzweiss-Schema zu reduzieren, sah ich mich mit Vorwürfen konfrontiert, als ob ich eben Sex mit Minderjährigen propagiert hätte.

Mein Verdacht ist, dass die EU zum Opfer ihrer eigenen Selbstbeschreibung als «Wertegemeinschaft» geworden ist. Wer dauernd betont, welch hehre Werte er verkörpert, wird blind für die Realität unterschiedlicher Interessen, die sich nicht in die simplen moralischen Schablonen fügen. Ich bin der Meinung, dass der Ukraine-Konflikt eine solche Realität bedeutet. Es treffen hier nicht Gut und Böse, sondern gegensätzliche Interessen aufeinander, wobei keine Seite für sich in Anspruch nehmen kann, legitimere Interessen zu vertreten als die andere.

In diesem Heft drucken wir ein Gespräch zwischen dem brillanten britischen Historiker Andrew Roberts und dem über neunzigjährigen amerikanischen Doyen der Diplomatie, Henry Kissinger. Ich bin weit davon entfernt, jedes Wort Kissingers für eine Offenbarung zu halten, aber Kissinger steht eben nach wie vor und ziemlich einsam für die derzeit unterbewertete Gattung des aussenpolitischen Realisten. Realismus bedeutet intellektuelle Disziplin: Die Lösung eines politischen Problems besteht nicht darin, dass man selber das Problem versteht. Man muss auch verstehen können, wie der andere das Problem versteht.

Die viel zu emotionalen, moralisierenden und somit unrealistischen, also letztlich weltfremden Diskussionen über Russland, die Ukraine und Putin haben allerdings eine erfreuliche Nebenwirkung. Sie machen den Wert und die tiefe, sagen wir ruhig: moralische Bedeutung der Neutralität erkennbar. Der Neutrale weigert sich, die Welt vorschnell in die Guten und die Bösen aufzuteilen. Weil er zu allen Seiten Distanz hält, fällt es ihm leichter, die Wirklichkeit und die Berechtigung unterschiedlicher Standpunkte zu erkennen, ohne sich über andere Standpunkte erheben zu müssen.

Neutralität ist eine Überlebensformel, weil sie Vielfalt anerkennt. Es ist kein Zufall, dass die stets vom Zerfall bedrohte Schweiz als mehrsprachiges und multikonfessionelles Land zunächst gegen innen und dann nach aussen ihre Neutralität behauptete. In der heutigen, wieder realistischer werdenden Welt ist die Neutralität ein nützliches Instrument, um die Welt besser zu verstehen. Womit auch der Nutzen der Schweiz für die Welt beschrieben wäre.



Geisterstadt : Kurden in Kobane. Seite 16



Die Bundesrats-WG: Seite 26



Frauen sind zu bescheiden: Seite 58



Schweiz-Fan: Lars Seier Christensen. Seite 72

Kommentare & Analysen

5 Editorial

13 **Kommentar** Der dressierte Bürger

13 **Im Auge** Michael Dobbs, Serienautor

14 **Verkehr** Vierspurig

14 **Abstimmungen** Gebührend

15 **Personenkontrolle** Burkhalter, Leuthard, Lenzin etc.

15 **Nachruf** Walter Josef Fischer, Künstler

16 Die Rettung der Kurden

Reportage aus dem eingeschlossenen syrischen Kobane

19 **Justiz** Thomas Matter zum Fall Schmidheiny

20 **Wirtschaft** Falsch konzipierte Steuern

21 **Ausland** Obamas syrische Lernkurve

22 **Mörgeli** Fiammetta und der Sozialstaat

22 **Bodenmann** Allein mit 18-Prozent-Müller

23 **Medien** Kultur und Winterthur

23 **Gesellschaft** Selbstausbeutung

24 **Darf man das? / Leserbrief**

Hintergrund

26 List und Tücke im Bundesrat

Die Tricks der Magistraten im Stellungskampf

32 Gefahr der Balkan-Muslime

Radikale Prediger aus Bosnien und dem Kosovo

34 Der talentierte Monsieur de Weck

Loblied auf den SRG-Generaldirektor

38 **Parlament** Weltwoche-Sessions-Check

39 **Staatsschutz** Ein IS-Verbot ist wirkungslos

40 Nicht mit meiner Tochter

Der Albtraum einer Mutter bei den Behörden

43 **Fall «Carlos»** Kampfsportler warnen vor dem 19-Jährigen

44 Die Kunst, Geld zu machen

Die üppigen Gehälter der Kulturmanager

46 Ein Achselzucken

Der Beitritt der Schweiz gilt in der EU als längst vollzogen

49 **EU** Europaparlamentarier Elmar Brok

50 Die stumpfe Waffe des Embargos

Es gibt klügere Alternativen zu Wirtschaftssanktionen

52 Kissingers Helden

Gespräch mit dem früheren US-Aussenminister

55 **Brief aus Berlin** Herbst der Alternativen

56 **Iran** Flucht, Sucht und Körperkult (Serie, Teil 3)

58 Das Mimosen-Syndrom

Frauen können mit Kritik schlechter umgehen als Männer

65 Dossier: Magie des Geldes

Die Schweiz, das Gold und die Zukunft des Finanzplatzes

ZAUBER | GLANZ



LACRIMA

*Diamantkollektion
aus dem Atelier Bucherer*

BUCHERER

1888

UHREN SCHMUCK JUWELEN

Basel Bern Davos Genève Interlaken Lausanne Locarno Lugano Luzern St. Gallen St. Moritz Zermatt Zürich
Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg München Nürnberg | Wien | Paris | bucherer.com



«Pisa-Tests erzeugen eine völlig unnötige Panik»: Professor Liessmann. Seite 60

Interview

60 «Gestohlene Lebenszeit»

Der Wiener Philosophie-Professor Konrad Paul Liessmann über die falschen Kriterien der OECD und die Irrtümer der Schweizer Bildungspolitik

Stil & Kultur

- 88 **Stil & Kultur** Sean Connery, Schotte
- 90 **Bestseller**
- 90 **Krimi** Patrick Lees Fusion von Techno-Krimi und Science-Fiction
- 91 **Bühne** Star-Regisseur Herbert Fritsch und «Der schwarze Hecht»
- 91 **Jazz** Chick Corea Trio
- 92 **Top 10**
- 92 **Kino** «Gone Girl»
- 93 **Film** 10 Jahre Zürcher Filmfestival
- 94 **Namen** Moritz bei den Stars
- 95 **Hochzeit** Crystal Eury und Gregory Goddard
- 95 **Thiel** Verschleudert
- 96 **Wein** Vinho Regional Alentejano 2011
- 96 **Zu Tisch** Ivo Adams kulinarisches Gesamtwerk
- 97 **Auto** Porsche Macan Diesel S
- 98 **MvH trifft** Ellen Ringier, Verlegerin, Verlegersgattin und Anwältin

Autoren in dieser Ausgabe

Andrew Roberts



Der britische Historiker studierte in Cambridge und hat sich als Autor zahlreicher Geschichtswerke einen Namen gemacht. In dieser

Ausgabe schreibt er von seinem Gespräch mit dem ehemaligen US-Aussenminister Henry Kissinger über Staatskunst und die aktuelle Weltlage. Seite 52

Mirjam B. Teitler



Die Juristin ist auf Medienrecht spezialisiert und seit 2013 Kolumnistin des *Schweizer Monats*.

In ihrem Beitrag im *Weltwoche*-Dossier «Magie des Geldes» schreibt sie über die Vorteile von Crowdfunding-Plattformen gegenüber traditionellen Kreditgebern. Seite 74

Zeitung der Schweizer KMU-Wirtschaft

● **Kartellgesetz**
Der Kampf hat sich gelohnt

● **KMU aktuell**
Neues sgV-Gewerbe-TV

Pauschalbesteuerung
und Billag-Referendum.
Mittwoch, 8. Okt., 21 Uhr



www.gewerbezeitung.ch

Auch Spitzenkoch
Andreas Caminada nutzt
den Combi-Steam von V-ZUG.



Gut erfunden:
Gourmet-Menü auf Knopfdruck.

Entscheiden Sie sich für Schweizer Qualität: der Combi-Steam XSL mit der Weltneuheit GourmetDämpfen.

Zu Hause kochen wie die Maitres de Cuisine: Dank vorprogrammierter Gourmet-Rezepte gelangen Ihnen die feinsten Menüs auf Knopfdruck. Erfahren Sie mehr über unsere einzigartigen Innovationen unter vzug.ch



facebook.com/vzug.ch



Führend in Küche und Waschraum



EINE IKONE GEWINNT AN GRÖSSE

DIE NEUE NAVITIMER 46 mm

BEYER

UHREN UND JUWELEN

BEYER CHRONOMETRIE AG · BAHNHOFSTRASSE 31 · ZÜRICH
TEL +41 (0)43 344 63 63



Rhetoriktraining mit Andreas Thiel

Humor als Erfolgsrezept

Andreas Thiel gehört zu den Satire-Grossmeistern im deutschen Sprachraum. Am exklusiven Rhetoriktraining für Fach- und Führungskräfte in Rüschlikon ZH erklärt der Weltwoche-Kolumnist, warum Humor die Königsdisziplin der Kommunikation ist und wie man ihn effizient einsetzt.

Bekannt wie ein bunter Hund ist Andreas Thiel nicht nur für sein Markenzeichen: den rosa-leuchtenden Irokesenkamm. Für die *Neue Zürcher Zeitung* ist er «der Lustknabe der Dichtergötter», für die *Süddeutsche Zeitung* «anders: erfrischend, blitzgescheit, souverän, fesselnd, eine Wohltat» und «Lichtjahre entfernt von dem, was in Deutschland unter politischem Kabarett subsumiert wird».

Thiels messerscharfe Zunge und sein treffsicherer Witz sind legendär. Der Punk mit Vorliebe für Champagner – ja, auch auf der Bühne – sticht blitzschnell zu, ohne vor Tabus zurückzuschrecken. Unverhofft rutscht er vom Banalen ins Metaphysische, vom Traumatischen ins Träumerische und vom Politischen ins Poetische. Mit diabolischer Lust erzählt er scheinbar absurde Geschichten, die auf einmal verblüffende Zusam-

menhänge offenbaren. Keiner versteht es wie Andreas Thiel, schwarzen Humor mit literarischem Anspruch zu vereinen. Für sein enorm vielfältiges Repertoire greift er zurück auf seine Ausbildung in Schauspiel und Rhetorik sowie auf Tausende Stunden Bühnenerfahrung vor einem begeisterten, aber immer auch kritischen Publikum.

Am exklusiven Rhetoriktraining der ZfU International Business School erfahren Sie von Thiel persönlich, was man mit Humor alles anrichten kann: Wie meistert man heikle Situationen mit der richtigen Kombination von Humor, Durchsetzungskraft und Schlagfertigkeit? Wie setzt man Humor erfolgreich im Führungsalltag ein? Und: Wann ist Humor angebracht – und wo hört der Spass auf?

Platin-Club-Spezialangebot

Andreas Thiel:
Humor – Königsdisziplin der Kommunikation

Termine:
3. November 2014
23. März 2015
15. Juni 2015

Veranstaltungsort:
«Hotel Belvoir», Säumerstrasse 37
8803 Rüschlikon

Spezialpreis:
Für Weltwoche-Abonnenten Fr. 980.–
(statt Fr. 1280.–)

Detailprogramm:
www.zfu.ch/thi.htm

Anmeldung:
Unter www.zfu.ch/thi-2.htm.
Bitte Buchungscode WW16136 angeben.

Veranstalter:
ZfU International Business School AG, Thalwil
www.zfu.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Der dressierte Bürger

Von Alex Baur — Laien im Sozialwesen werden zunehmend durch Profis ersetzt. Das System wurde damit nicht besser, nur teurer. Denn Lebenserfahrung kann man an keiner Hochschule lernen.



Frühwarner: SVP-Nationalrat Schwander.

Bevor sich die Bundesversammlung in die wohlverdienten Weihnachtsferien verabschiedete, brachte sie am 19. Dezember 2008, zusammen mit fünfzehn anderen Vorlagen zwischen Tabaksteuer, Musikförderung und Güterverkehr, noch schnell die Revision des Vormundschaftsrechts ins Trockene. Der Ständerat nickte das Gesetzeswerk einstimmig ab, an dem seit 1993 gewerkelt wurde. Im Nationalrat votierten lediglich zwei SVP-Vertreter (Christian Miesch, BL, und Pirmin Schwander, SZ) gegen eine Phalanx von 191 Ja-Sagern. Selbst Christoph Blocher, der die Vormundschaftsvorlage als Justizminister vorübergehend mit betreut hatte, unterstützte diese seinerzeit – was ihm der *Blick* letzte Woche genüsslich um die Ohren schlug.

Denn mittlerweile ist die grosse Eintracht in eine allgemeine Ernüchterung umgeschlagen. Während Journalisten mit Klagen über Amtsschimmel und Willkür bei den neugeschaffenen Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) überschwemmt werden, ächzen die Gemeinden unter einer Kostenexplosion, die sie auf das neue Vormundschaftsrecht zurückführen. Seit die Laien entmachtet wurden, so der Tenor, würden realitätsferne Fachteams in ihren Amtsstuben die «Sozialindustrie» mit teuren und oft fragwürdigen Aufträgen füttern.

In Basel-Stadt zum Beispiel stieg der Aufwand für vormundschaftliche Massnahmen in den letzten vier Jahren um satte 34 Prozent, auch im Baselbiet laufen die Kosten gemäss einer Recherche der BAZ unter dem neuen Regime aus dem Ruder. Professionalität habe eben ihren Preis, kontern Vertreter der KESB, das Problem liege auch bei den Gemeinden. Diese würden schwierige Klienten heute gerne an die Profis abschieben, selbst wo dies nicht nötig wäre.

Trügerische Botschaft des Bundesrates

In der Botschaft des Bundesrates zum neuen Abschnitt «Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht» im Zivilgesetz – der Begriff «Vormundschaft» wurde aus dem Vokabular gestrichen, da «stigmatisierend» – war von Geld keine Rede. Die Schrift vermittelt den Eindruck, dass es im Wesentlichen darum gehe, «das Selbstbestimmungsrecht zu fördern» und die Rechte der Betroffenen auszubauen. Eher beiläufig wird gegen Ende der Botschaft moniert, das Vormundschafts-wesen sei «heute uneinheitlich und unübersichtlich organisiert». Die «politisch gewählten Laien ohne einschlägige fachliche Ausbildung» sollten, wie von der Fachwelt schon lange gefordert, deshalb durch Profis ersetzt werden.

Was am Rande erwähnt wurde, erweist sich nun als Herzstück der Reform. Das Vormundschaftsrecht reiht sich damit ein in die Galerie

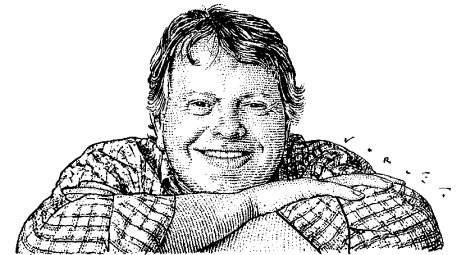
Es geht um Fähigkeiten, die man nicht an einer Universität erlernen kann.

der Gesetzesrevisionen, die als sanfte Modernisierung verkauft worden sind, tatsächlich aber tiefgreifende Systemänderungen nach sich zogen. Augenfällig ist die Analogie zum Strafrecht. Auch hier wurde vorweg der Geist des Gesetzes vernebelt, in dem man verständliche Begriffe («Zuchthaus», «Gefängnis») durch politisch korrekte Wortkreationen («Freiheitsentzug») ersetzte; auch hier urteilen heute Fachgremien in ihren Kabinetten unter Ausschluss der Öffentlichkeit; auch hier wurden die Laien aus dem Recht verbannt.

Dabei ging sträflich vergessen, dass das Laienelement im Staatswesen keineswegs ein

»» Fortsetzung auf Seite 14

Der Babyface-Killer



Michael Dobbs, Serien-Autor.

Der raffinierte Schurke Frank Underwood steckte schon in ihm, bevor er ihn erfunden hatte. Michael Dobbs, der Autor der fabelhaften TV-Serie «House of Cards», ist auch ein Meister des zynischen britischen Understatements. Er fragt sich, ob es eine Bedeutung hat, dass er den gleichen Geburtstag hat wie Prinz Charles, den 14. November 1948, obschon doch er, der Proletarier, «nie im Leben einer ernsthaften Arbeit nachgegangen ist» (es aber immerhin zum Titel «Lord Dobbs of Wylde» gebracht hat). Barack Obama verfolgt im Weissen Haus gebannt die Winkelzüge des Intriganten Underwood (inzwischen Vizepräsident), und der Italiener Renzi hat die Fiction-Folgen seinen Parteigenossen als Pflichtlektionen verordnet. Das Verführerische dieses faszinierenden Machtspielers sei, so vermutet sein Darsteller, der fabelhaft schmierige Shakespeare-Schauspieler Kevin Spacey: Underwood handle. Gelernt hat der Drehbuchschreiber Dobbs sein Handwerk in der politischen Wirklichkeit, und das macht ihn unschlagbar: Er war, schon mit 27, Berater und Redenschreiber der Eisernen Lady Margaret Thatcher, später ihr Chief of Staff, und bekam für seine radikale Schmutzarbeit den Spitznamen «baby-faced hit man» verpasst, weil sein freundliches Gesicht über seine wahren Qualitäten hinwegtäuschte. Dobbs überlebte, wie Maggie Thatcher, 1984 in ihrer Etage den Bombenanschlag der IRA im Grandhotel von Brighton, der 5 Tote und 31 Verletzte forderte. Dass sie ihn 1989 feuerte, vergalt er ihr mit einem Theaterstück über ihre letzten Tage in Downing Street 10 mit Ehemann Denis. Seine eigenen Erfahrungen «beim zu vielen Herumhängen an falschen, aber interessanten Orten» erweiterte er als Vice Chairman der weltgrössten Werbeagentur Saatchi & Saatchi und begann dann aus Frust, Politthriller zu schreiben. Dobbs ist als Autor und Produzent das beste Pferd im Stall des amerikanischen Video-Streaming-Unternehmens Netflix, das jetzt auch Deutschland und die Schweiz erobern möchte. Die Frage wird uns nicht mehr loslassen: Wann macht er Underwood zum Präsidenten? Peter Hartmann

Manko ist, sondern ganz bewusst herbeigeführt wurde. Historisch gesehen, handelt es sich um eine Errungenschaft der Aufklärung und der Französischen Revolution, welche das Institut der Geschworenen hervorbrachte. Die Laien sollten eine Brücke schaffen zwischen Regierung und Regierten, die Öffentlichkeit des Prozesses sollte vor Willkür schützen. Der Obrigkeit und der Beamtenschaft wurde damit das Privileg entzogen, selbstherrlich über Recht und Unrecht zu entscheiden. Juristen haben wohl über die Rechtssicherheit zu wachen, doch was nicht nur recht, sondern auch gerecht ist, das entscheidet das Volk.

Fachleute nur, wenn alle Stricke reissen

Anders als die Medizin oder die Physik, die man getrost den Ärzten und Ingenieuren überlassen darf, sind Justiz und Politik keine exakten Wissenschaften. Das gilt erst recht für den sozialen Bereich. Wie man Kinder am besten erzieht, den Alltag bewältigt und mit anderen Menschen umgeht, das liegt in der Kernkompetenz eines jeden mündigen Bürgers. Es sind dies Fähigkeiten, die man nicht an einer Universität, sondern nur durch praktische Erfahrung erlernen kann. Fachleute haben auf diesem Feld höchstens eine beratende Funktion, und auch das nur, wenn alle Stricke reissen.

Jede soziale Institution, und sei sie noch so gut gemeint, untergräbt die natürliche Solidarität in der Gesellschaft. Wo der Staat die Verantwortung übernimmt, tritt der Bürger zurück, wird vom handelnden Subjekt zum passiven Objekt. Die öffentliche Wohlfahrt ist gleichsam eine sanfte Art der Dressur: Dem Individuum wird Sicherheit geboten, dafür soll es sich dem gutgemeinten Rat der Fachleute unterwerfen. Vom gesunden Essen (vegan wäre auch gut fürs Weltklima) über Gender-Mainstreaming (Puppen auch für Buben) und Sexualkunde (nur mit Gummy) bis zur täglichen Mobilität (ÖV gut, Auto böse) leiten sie den Bürger auf den Pfad der Tugend.

Bis Weihnachten 2008 galt für den mündigen Bürger gleichwohl das Prinzip: Wo eine formale Bevormundung unausweichlich ist, hat diese, wenn immer möglich, durch Freiwillige im nahen und vertrauten Umfeld zu erfolgen – in der Familie, im Quartier, in der Gemeinde. Das neue Gesetz degradiert die freiwilligen Helfer nun selber zu Bevormundeten. Und das ohne Not, obwohl sich das historisch gewachsene System leidlich bewährt hatte – und (fast) ohne lästige Widerrede. Die Dressur zeitigte offenbar bereits Wirkung.

Mehr zum Thema: Seite 40

Verkehr

Vierspurig

Von Alex Reichmuth — Es braucht eine zweite Gotthardröhre. Aber keinen Schildbürgerstreich.

Die Schweiz leistet sich bei Verkehrsbauten zuweilen einen stupenden Luxus. So erstellt sie nur darum gleich zwei Alpen-Basistunnels für die Bahn, weil sich die Regionen nicht auf einen Tunnel einigen konnten. Jetzt soll die nächste Geldverschleuderung aus politischen Gründen kommen: Die Schweiz bohrt am Gotthard eine zweite Röhre für die Strasse – um am Ende die neuen Kapazitäten nicht zu nutzen.

Angesichts der anstehenden Sanierung des bestehenden Strassentunnels ist der Bau einer zweiten Röhre verkehrstechnisch zwar unum-



Ehrlich, bitte: Gotthard.

gänglich. Ansonsten droht ein jahrelanges gigantisches Verkehrschaos mit gravierenden Folgen, insbesondere für das Tessin. In einem Punkt haben die Gegner der zweiten Röhre recht: Dass die beiden Tunnels dauerhaft nur je einspurig genutzt würden, wie es die bürgerliche Seite ankündigt, ist kaum anzunehmen. Spätestens nach einigen Jahrzehnten würden wohl alle vier Spuren genutzt. Ein gegenteiliges Gesetz, wie es in Aussicht gestellt wird, hätte nur eine kurze Halbwertszeit.

Ausnahme zum Alpenschutz

Beim Ausbau des Gotthards ist politische Ehrlichkeit nötig: Es braucht eine zweite Röhre. Und beide Röhren sollen am Ende voll genutzt werden. Zwar steht dem Kapazitätsausbau derzeit der Alpenschutz in der Verfassung entgegen. Dieser wurde 1994 vom Volk beschlossen. Darum braucht es eine obligatorische Volksabstimmung für eine entsprechende Verfassungsanpassung, die den Ausbau auf vier Spuren zulässt – als Ausnahme zum Alpenschutz. Stimmt das Volk zu, wäre rechtsstaatlich alles korrekt: Die zweite Röhre könnte gebaut werden – ohne Schildbürgerstreiche. Resultiert hingegen ein Nein, wird nicht gebohrt. Denn das Volk hat zwar nicht immer recht. Aber was es entscheidet, das gilt.

Abstimmungen

Gebührend

Von Markus Schär — Die zwangsfinanzierten Medien machen Propaganda für die Verlierer.

Wer, bitte, hat hier verloren? Über einen «Achtungserfolg mit Signalwirkung» jubelt die SP nach der Abstimmungsklatsche für ihre Einheitskassen-Initiative. Nach dem Desaster mit der Initiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» von 2003 (27 Prozent) und dem Debakel mit der Initiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» von 2007 (29 Prozent) feiern die Sozialdemokraten beim dritten Anlauf danketwasweniger Gleichmacherei mit 38 Prozent schon fast etwas, was sich mit gutem Willen als ehrenvolle Niederlage bezeichnen liesse. Die Partei, die sich auf das siegreiche Verlieren versteht, leitet daraus die Forderung ab, die Vertreter des fragwürdigen, weil nur von 62 Prozent der Stimmdenden unterstützten Wettbewerbssystems müssten innert dreier Jahre ihre Versprechen umsetzen. Sonst folge der vierte Anlauf.

Was soll's? Niemand beherrscht so wie die SP die Propaganda-Akrobatik, Niederlagen in Erfolge umzudeuten. Ärgerlich ist nur: Niemand sonst erhält dabei so viel Aufmerksamkeit, besonders auf allen Kanälen der SRG.

Die Nachrichtensendung «19h30» von RTS widmet der Einheitskasse gleich zehn Beiträge, sogar die Sieger bekommen 1 Minute 51 Sekunden. Das grösste Schaufenster mit fast sechs Minuten bietet das welsche Fernsehen dem Waadtländer Staatsrat Pierre-Yves Maillard (SP, linker Flügel), um für seine Idee der kantonalen Einheitskassen zu werben – während die Linken und die Welschen sonst immer nach nationaler Gleichmacherei statt föderaler Vielfalt schreien.

In der Deutschschweiz, die zu siebzig Prozent keine Einheitskasse will, greift Radio SRF das Thema begierig auf: Die vier Westschweizer Kantone, die ja sagten, hätten laut Maillard «ihr Misstrauen gegenüber dem heutigen Gesundheitssystem ausgedrückt». Und in der «Tagesschau» spricht Bundesrat Alain Berset (SP), der alles unternahm, um die Initiative zum Wahlschlager für seine Partei zu machen, zwanzig Sekunden über die Pflicht, «zu korrigieren, wo es gibt Probleme». Danach schwärmt Nationalrätin Jacqueline Fehr zwanzig Sekunden lang über die vier befürwortenden Kantone, deren (noch längst nicht bewilligtes) «Pilotprojekt» eine grosse Chance biete, «um Erfahrungen zu sammeln».

Zumindest für die Linken gilt: Wer böse auf die Schnauze bekommt, muss sie umso weiter aufreissen – es hält sicher jemand von der SRG das Mikrofon hin.

Personenkontrolle

Burkhalter, Leuthard, Lenzin, Eberle, Fürer, Nordmann, Graf

Die Bundesratsreise führte jüngst auf Anregung von Bundespräsident **Didier Burkhalter** (FDP) in dessen Heimatkanton Neuenburg. Auch fotografisch sind solche Ausflüge ein netter Anlass, um etwas Farbe in die sonst eher tristen Magistratengalerien zu bringen. Wo gibt es sonst schon Bundesrätin **Doris Leuthard** (CVP) bauchfrei zu sehen, wie sie ein mitgereister Pressefotograf einfindet? Das mit Abstand sympathischste und beste Bild schoss allerdings ein Mitarbeiter der Bundeskanzlei als Amateur, worauf es auf der Internetseite der Bundeskanzlei Verwendung fand. Die *Weltwoche* hätte mit der charmanten Aufnahme



Amtschimmel: Ex-Journalist Lenzin.

me gerne ihr «Psychogramm des Bundesrates» auf dem Titelblatt verkauft. Doch die Bundeskanzlei wollte die Fotografie nicht in ansprechender Auflösung herausrücken. Auf mehrfache Nachfrage meldete sich aus der Kommunikations-Chefetage der Bundeskanzlei ein bekannter Name: **René Lenzin**, langjähriger stellvertretender Inlandchef des *Tages-Anzeigers* und seit ein paar Monaten im Sold des Steuerzahlers. Es könne «nicht Aufgabe der Bundeskanzlei» sein, beschied er, «die Bildagenturen zu konkurrieren». Anstatt das fotografische Juwel auf immer dem Amtschimmel anheimfallen zu lassen, drucken wir gerne eine kleine Version auf Seite 6. (fsc)

Für mehr als eine Viertelmilliarde Franken will der Kanton Thurgau beziehungsweise die ihm gehörende Spital Thurgau AG beim Kantonsspital Frauenfeld den Bettenturm abreißen und durch einen Neubau ersetzen. Diesen grössten Bauauftrag im Kanton möchte natürlich die Frauenfelder Generalunternehmung HRS Holding AG gewinnen. Da gibt es nur ein kleines Problem: Ihr Verwaltungsratspräsident, SVP-Ständerat **Roland Eberle**, ist Verwaltungsrat der Spital Thurgau AG. Doch auch hier fand deren Verwaltungsratspräsident, der Frauenfelder Anwalt **Robert Fürer**



Geschmeidige Lösung: Anwalt Fürer.

(CVP), eine geschmeidige Lösung. Bei der Ausschreibung im Amtsblatt tat er kund: «Eine mögliche Vorbefassung oder sonstiger Informationsvorsprung der HRS Holding AG wurde bereits im Frühjahr 2013 mittels Vereinbarung ausgeschlossen.» Die Thurgauer kennen dieses Spiel schon vom Projekt für das kantonale Kunstmuseum: Die private Stiftung Kartause Ittingen wollte es mit einem dreisten Griff in den Lotteriefonds bauen, um eine Volksabstimmung zu umgehen – eine Beschwerde dagegen liegt beim Bundesgericht. Im Stiftungsrat der Kartause sitzen: **Robert Fürer** und **Roland Eberle**. (sär)

Eine Meldung in nicht ganz eigener Sache: Die *Weltwoche* ist offenbar das Mass der Dinge, wenn es um Enthüllungen geht. Anfang Woche sorgte die Nachricht für Furore, Schweizer Energiekonzerne planten ein «heimisches Kohlekraftwerk». Es wurde der Eindruck erweckt, sie stamme vom offiziellen Twitter-Account der *Weltwoche*. In Tat und Wahrheit war es ein Fake. Hinter der Piratenaktion stand Pro Solar. Diese wiederum ist eine «Initiative» von Swissolar, dem Verband der Schweizer Solarenergiebranche. Deren Präsident ist der Waadtländer SP-Nationalrat **Roger Nordmann**. Die Aktion, die von Kampagnenberater **Daniel Graf**, ehemals bei Amnesty International, ausgeheckt wurde, dürfte nicht bei allen Verbandsmitgliedern Zustimmung gefunden haben. Immerhin gehören dazu so seriöse Unternehmen wie ABB Schweiz oder verschiedene kommunale Werke. Jedenfalls bekam Swissolar schnell kalte Füsse. Die falschen Dokumente und der vermeintliche *Weltwoche*-Account sind bereits wieder gelöscht. (gut)



Kalte Füsse: Kampagnenberater Graf.

Nachruf



Liebenswürdige Dreistigkeit: Sprayer Fischer.

Walter Josef Fischer (1950–2014) — Es hat ihn erwischt. Der bekannteste Graffiti-Künstler seit Harald Naegeli wurde letzten Donnerstag in seinem Wohnort Hamburg von einer S-Bahn erfasst und getötet. Direkt am Fundort ein letztes, frisch gesprühtes «Oz» – sein Erkennungszeichen. Neben dem berühmten Smiley in verschiedenen Gemütslagen findet man dieses Signet überall in Hamburg, bestimmt 250 000-mal, auf grauen Stromkästen, Verkehrsschildern und an den unzugänglichsten Orten wie etwa den obersten Schornsteinen. Es sind Unorte, die mittels seiner malerischen Tätigkeit nun im Bewusstsein hängenbleiben. Es muss ein gewisser Thrill dabei gewesen sein, immer im Verborgenen und trotz Verboten solche Orte zu bespielen. Immer wieder angeklagt, verbrachte er – quasi hartnäckig schuldig – acht Jahre im Gefängnis. So galt er als unbelehrbarer Schmierfink, nur ein paar Künstler standen ihm in den letzten Jahren bei. Und es war eine lebenswürdige Dreistigkeit von ihm, vor dem Start der Tournee meiner Band «Tulip, die singende Tulpe» den Heckscheibenwischer beim frisch gemieteten Tourbus abzumontieren und einfach ein «Oz» mit schwarzer Abtönfarbe auf die Scheibe zu malen. So fuhren wir über Zürich, Bern und Mainz zurück und hatten ein gutes Gefühl dabei. Ach, bei der Rückgabe des Autos wurden tausend D-Mark Selbstbeteiligung fällig, denn jemand hatte uns in Mainz bei eingeschränktem ein totales Halteverbot auf beiden Seiten des Busses mit dem Schlüssel in den Lack gekratzt. – Was meinen Sie? *Holger Steen*

Im Minenfeld der Türken

Von Kurt Pelda und Joakim Medin (Bilder) — Verzweifelt wehren sich die Kurden im syrischen Kobane gegen den Vormarsch des islamischen Terrorstaats. Jetzt haben sie Unterstützung durch amerikanische Luftangriffe erhalten. Ein Bericht aus dem fast völlig eingeschlossenen Ort.

Das Auto hält bei einem Gehöft. Wir steigen aus, ein Hund bellt. Die Nacht ist mondlos, stockfinster, wären da nicht die Flutlichter der türkischen Armee. Die Scheinwerfer tauchen den Grenzstreifen zu Syrien in ein kaltes Licht. Aus dem Gehöft kommt ein Mann auf uns zu. Hände werden geschüttelt und ein paar Worte gewechselt. Dann telefoniert der Schmuggler kurz. Siebenhundert Dollar wollen er und sein Kumpan Mustafa für den riskanten Grenzübertritt.

Die Türkei und Syrien teilen eine 820 Kilometer lange Grenze. Wegen des langjährigen Kriegs mit der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) hat die Türkei ihre Südflanke befestigt, mit Wachtürmen, Bunkern, Nato-Drahtzäunen und Minenfeldern. In regelmässigen Abständen stehen Schützenpanzer, Maschinengewehre und Kanonen auf Syrien gerichtet. Auf der Strasse, ein paar Gehminuten hinter dem Gehöft, tauchen Scheinwerfer auf. Es sind zwei gepanzerte Landrover der Gendarmerie und ein Schützenpanzer der Armee. Der Schmuggler lässt sie passieren.

Endzeitstimmung

Zwei oder drei Kilometer weiter östlich beginnt hinter den türkischen Grenzbefestigungen das sogenannte Islamische Kalifat des irakischen Terroristen Abu Bakr al-Baghdadi. Seine Kämpfer versuchen seit rund zwei Wochen, das Städtchen Kobane zu erobern. Dieses liegt ein paar Kilometer weiter westlich und ist das Ziel unseres nächtlichen Ausflugs. Auf keinen Fall dürfen wir uns zu weit nach Osten in Richtung Kalifat vorwagen, denn dort würde uns alle das Schlimmste erwarten.

Kobane wird mehrheitlich von Kurden bewohnt und hatte vor Ausbruch der Kämpfe schätzungsweise 50 000 Einwohner. Die meisten der umliegenden Dörfer hat der Islamische Staat (IS) bereits erobert, und deren Bevölkerung ist grösstenteils in die Türkei geflüchtet. Die Fluchtwelle soll mehr als 140 000 Kurden erfasst haben, schätzt die Uno. Die Araber benutzen allerdings nicht den kurdischen Namen Kobane. Sie nennen die Ortschaft Ain al-Arab. Übersetzt heisst das ironischerweise «arabischer Frühling». Doch davon ist nichts zu spüren, es herrscht vielmehr Endzeitstimmung.

Vom Gehöft aus sehen wir zu, wie die nächste Patrouille an uns vorbeifährt. Auf diesen Moment hat der Schmuggler gewartet. Jetzt muss alles schnell gehen. Wir laufen über einen abgerenteten Acker bis zum Zaun vor der Strasse. Der Schmuggler kennt eine Stelle, wo man den

Stacheldraht zu einem Loch auseinanderziehen kann. Dadurch passt gerade ein Mensch. Schweres Gepäck wäre jetzt hinderlich, aber ich habe nur einen kleinen Rucksack mit der Kamera und dem Nötigsten dabei. Wir hetzen über die schmale Schotterpiste. Auf der andern Seite liegen die Rollen mit dem Rasierklingendraht. Vorsichtig drückt der Schmuggler sie mit einer Latte zusammen, es entsteht eine Bresche. Jetzt bloss nicht stürzen oder mit den Hosenbeinen an den Klängen hängenbleiben. Doch plötzlich sind wir statt vier nur noch drei Männer. Mus-

tafa läuft weiter, aber sein Kumpan, der Schmuggler, bleibt hinter dem Drahtverhau zurück. Von dort gibt er Mustafa Anweisungen, in welche Richtung wir weitergehen sollen.

Sollen wir umkehren?

Zuerst müssen wir in einen tiefen Graben klettern. Am Rand der gegenüberliegenden Seite liegt der Aushub, ein hoher Erdwall. Er erschwert den Ausstieg, und ich bin heilfroh, dass ich auf zusätzliches Gewicht verzichtet habe. Den Rucksack ziehe ich aus und reiche



Gegen den IS: Die beiden jungen Frauen Rawan und Serhaldan traten der Widerstandsbewegung

ihn hoch zu meinem Übersetzer, der schon hinaufgeklettert ist. Hinter dem Erdwall sollte eigentlich ein Pfad durchs Minenfeld beginnen, doch der Schmuggler hat sich in der Stelle geirrt. Weil er hinter dem Erdwall verschwunden ist, können wir ihn nicht mehr hören. Wir müssen leise sein. Mustafa, der sich weniger gut auskennt, marschiert los, und ich bemühe mich, genau in seine Fusstapfen zu treten. Wir gehen so weit, bis die Lichtkegel der Scheinwerfer hinter uns sind. Wir haben kein gutes Gefühl. Mustafa ruft den Schmuggler an, die Stimmung ist gereizt. Stehen wir schon mitten im Minenfeld? Ich sehe mich um und sehe viele Hufabdrücke im weichen Boden. Ziegen oder Schafe sind schwer genug, um Personenminen auszulösen. Vielleicht haben wir die Gefahrenzone also noch gar nicht erreicht.

Anwar, mein Freund und Übersetzer, ist der Meinung, dass wir umkehren sollten. Wir beraten uns. Dann entscheidet Mustafa, dass wir bis

zum Erdwall zurückgehen und von dort aus den Pfad durchs Minenfeld suchen sollen. Wir folgen unseren eigenen Fussspuren bis zur Aufschüttung und gehen dann geduckt nach Westen. Damit lassen wir die Front und das islamische Kalifat in unserem Rücken. Nach wenigen hundert Metern hören wir Stimmen. Sprechen die Leute Türkisch oder Kurdisch?

Es sind Flüchtlinge, welche die Nacht an der Grenze verbringen – aus Angst vor den Marodeuren des IS. Einige von ihnen schlafen auf dem nackten Boden, von Kopf bis Fuss in Decken eingewickelt. Die Flüchtlinge haben ihre Rinder mitgebracht und mit Stricken angebunden, damit sie sich nicht ins Minenfeld verirren. Zwei Männer kommen mit uns und zeigen uns den Pfad, der weiter nach Syrien führt. Man sieht die Spuren von Motorradreifen. Hier sind wir sicher. «Einfach immer hinter mir hergehen», flüstert Mustafa. Bald erreichen wir einen Bahndamm. Es ist das Gleis der berühmten Bag-

dabahn, die Anfang des letzten Jahrhunderts von den Deutschen gebaut wurde. «Das ist die Grenze, hier drüben beginnt mein Land», sagt Mustafa jetzt in normaler Lautstärke. Er gleitet den Bahndamm herunter, küsst den Boden und lässt Staub und Erde durch seine Finger rieseln. «Syrien, endlich wieder Syrien», murmelt er.

Ungläubiges Anstarren

In der Ferne ist das Stakkato automatischer Waffen zu hören. Manchmal zuckt ein Blitz auf, wenn eine Granate explodiert. Das Raunen und Grollen des Kriegs ist einige Kilometer entfernt. Gekämpft wird vor allem in der Nacht, denn die Stellungen der Kriegsgegner sind meistens weit voneinander entfernt. Am Tag ist eine Annäherung an den Feind deshalb kaum möglich, es sei denn in gepanzerten Fahrzeugen. In der Dunkelheit hingegen haben beide Seiten Gelegenheit, sich anzupirschen und den Gegner zu überraschen und abzumurksen. Es ist die Taktik der kleinen Nadelstiche, und darin sind die Kurden besonders gut.

Am Morgen herrscht dann Stille, nur ein paar Vogelstimmen sind zu hören. Kobane ist eine Geisterstadt. Ich schätze, dass etwa achtzig Prozent der Bewohner – vielleicht auch mehr – geflüchtet sind. Die meisten Rollläden der Geschäfte sind heruntergelassen. Es gibt aber immer noch viele Autos und Motorräder auf den Strassen, auch einige Frauen und Kinder. Ein vielleicht zehnjähriger Bub folgt mir neugierig. Ich gebe ihm einen Kaugummi. Danach strahlt er mich an. Die Menschen sind es nicht gewohnt, einen Europäer mit Kamera durch Kobane schlendern zu sehen. Ich bin der erste westliche Reporter, der es nach dem Angriff des IS auf Kobane in die Stadt geschafft hat. Ein Auto hält an, und der Fahrer starrt mich ungläubig an. Eine Gruppe farbig gekleideter Frauen kommt auf mich zu. Wie mich eine von ihnen als Westler erkennt, erschrickt sie so sehr, dass sie einen Satz zur Seite macht.

Nur wenige hundert Meter entfernt, auf der anderen Seite der Grenze, warten Dutzende von Journalisten aus aller Welt auf Neuigkeiten aus der Stadt. Fernsehkameras auf schweren Dreibeinstativen sind auf Kobane gerichtet. Gerade spricht eine Korrespondentin auf Persisch ihren Aufsager in die Kamera, im Hintergrund ziehen Flüchtlinge vorbei. Seltsamerweise marschieren sie nicht in Richtung Türkei, sondern zurück nach Kobane. Aber das können die Zuschauer zu Hause nicht erkennen.

Der Kanton Kobane, wie die Kurden ihre Enklave nennen, hatte vor dem Krieg schätzungsweise 400 000 Einwohner. Die meisten von ihnen wohnten in Dörfern auf dem Land, und die sind jetzt wegen des IS-Vormarsches evakuiert. Eine alte Frau erzählt, dass Soldaten der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) dem ganzen Dorf dringend geraten hätten, ihre Häuser zu evakuieren. In die Türkei flüchten will die Frau aber nicht. Darum harrt sie zusam-



in Kobane bei.



Anti-IS-Kämpfer an der Westfront.



Seit über einem Jahr wird Kobane angegriffen.



Kriegsopfer in Kobane.

men mit der Familie im Freien aus, wenige hundert Meter von der türkischen Grenze entfernt. Tausende leben so. Sie sind mit Autos, Traktoren und deren Anhängern oder Kleinlastwagen so nahe wie möglich an die türkischen Grenzbefestigungen herangefahren. «Wir sind jetzt schon eine Woche hier», erzählt die Frau. «Hilfe erhalten wir keine, aber wir haben noch etwas Geld und kaufen damit Essen in der Stadt.» Vorgestern Nacht sei ein Flüchtlingsbub gleich hier in der Nähe auf eine Personenmine getreten. «Wir haben ihn am Morgen dort hinten begraben. Manchmal schießen die türkischen Soldaten auch auf unser Vieh, obwohl die Tiere doch klar auf syrischem Boden stehen.»

Schwer zu durchschauendes Spiel

Vor der zur Klinik umfunktionierten alten Zollstation von Kobane trifft ein Pick-up ein. Auf der Ladefläche liegen zwei alte Männer. Für den einen kommt jede Hilfe zu spät, er hat eine Einschusswunde im Brustkorb und eine hinter dem Ohr. Er trägt eine Uniformjacke und Zivilhosen. Die Ärzte sagen, es sei ein Zivilist, und er habe bloss die Grenze in der Nacht illegal überqueren wollen. Der andere Mann zuckt unkontrolliert auf einer Krankenhalle, aber er kann noch sprechen. Sieben türkische Grenzsoldaten hätten ihn erwischt und mit ihren Gewehrkolben brutal zusammengeschlagen, bevor sie ihn nach Syrien zurückschickten. Es ist nicht nur der IS, vor dem sich die Kurden von Kobane zu fürchten haben.

Die Türkei spielt im Kampf um Kobane ein schwer zu durchschauendes Spiel. Einerseits hat Ankara die Grenze eine Zeitlang für Flüchtlinge geöffnet. Und ein islamistisches türkisches Hilfswerk kümmert sich um die Ankömmlinge, so gut es geht. Doch andererseits werfen viele Kurden Ankara vor, den IS heimlich mit Kriegsgerät zu unterstützen. Das meiste davon sind wilde Verschwörungstheorien, handfeste Beweise für diese Behauptung gibt es nicht. Aber wie ein Damoklesschwert hängt über den Kurden Ankaras Drohung, mit militärischen Mitteln gegen den IS in Syrien vorzugehen. Den türkischen Strategen schwebt die Einrichtung einer Pufferzone auf der syrischen Seite der Grenze vor. Präsident Erdogan will den IS zurückdrängen und die syrischen Flüchtlinge von der Türkei in diesen Grenzstreifen zurückschicken. Für die syrischen Kurden, die fast alle im Grenzgebiet leben, stellt sich damit natürlich die Frage, welchen Platz sie in dieser Pufferzone haben sollen und was mit den YPG geschieht.

Für führende YPG-Vertreter entspräche eine solche Invasion einer Kriegserklärung. Zu hören ist aber auch die Theorie, dass Ankara mit der Invasion so lange warten will, bis der IS das «Kurdenproblem» in Kobane auf seine eigene Art gelöst hat. Damit wären für Erdogan zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die YPG in Kobane wären zerschlagen, und die türkische Armee könnte gegen den IS vorrücken – offiziell, um



Autor Pelda, Kurde Uçar in Kobane.

das Massaker an den Kurden zu rächen. Das wäre ein wahrhaft teuflisch-zynischer Plan.

Fehlende Waffen

Rund um Kobane arbeiten Soldaten und Soldatinnen der YPG unermüdlich an ihren Verteidigungsstellungen. Sie häufen Sandsäcke auf oder heben mit Baggern Schützengräben aus, vor allem auf den umliegenden Anhöhen. Die Kämpfer lassen keinen Zweifel daran, dass man nicht aufhören werde, den Islamisten Widerstand entgegenzusetzen – mit oder ohne Hilfe aus dem Ausland. Die Front ist zwar einige Kilometer ausserhalb der Stadt zum Stillstand gekommen, trotzdem ist die Lage verzweifelt. «Um einen Panzer des IS ausser Gefecht zu setzen, mussten sich zwei unserer Kämpfer opfern. Sie kletterten auf den Panzer und warfen Handgranaten durch die Dachluke. Sie kamen

«Um einen Panzer des IS ausser Gefecht zu setzen, mussten sich zwei unserer Kämpfer opfern.»

beide um dabei», erzählt ein YPG-Soldat. Tatsächlich haben die Kurden den Panzern und Geschützen, welche die Steinzeitislamisten vor allem im Irak erbeutet haben, nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Straflös kann die Terrortruppe Kobane mit Artillerie beschiessen – die Kurden können nichts dagegen unternehmen, weil ihnen weitreichende Waffen fehlen.

Offenbar ist inzwischen mindestens eine deutsch-französische Panzerabwehrwaffe vom Typ Milan eingetroffen. In einem YPG-Video sieht man, wie ein Kurde die Rakete abfeuert. In Kobane wird gemunkelt, dass der Schütze ein kurdischer Peshmerga aus dem Irak gewesen sei – also zu jener Truppe gehört, die Berlin mit Milan-Raketen und Sturmgewehren ausrüstet. Trainiert werden die Milan-Schützen ebenfalls von der Bundeswehr.

Spät in der Nacht lege ich mich auf dem Dach des Hauses, in dem man mich unter-

gebracht hat, auf meine dünne Luftmatratze. Im Osten erklingt Gefechtslärm. Plötzlich tauchen, von der Türkei kommend, Lichter am Himmel auf: zwei blinkende weisse und ein rotes. Mehr sieht man nicht von dem unbekanntem Flugobjekt. Ist es eine Aufklärungsdrohne? Und warum wurden dann die Positionslampen nicht ausgeschaltet? Jedenfalls kreisen die Lichter etwa eine Stunde lang über Kobane und dem Umland.

Ich döse ein und werde später durch tiefes Brummen geweckt. Es ist der Lärm von mindestens zwei schweren Propellermotoren. Diesmal sind keine Lichter zu sehen, aber das Flugzeug kreist ebenfalls über Kobane. Eine Transportmaschine, die draussen vor der Stadt Waffen an Fallschirmen abwirft? Genau das haben die Franzosen vor drei Jahren in Libyen gemacht. Unter dem Kriegsgerät befanden sich damals auch Milan-Raketen.

Endlich: Die Amerikaner kommen

Etwa um drei Uhr morgens beginnt sich der Luftzirkus wieder zu drehen. Diesmal sind es Jets, die in kurzer Folge Kobane überfliegen, und zwar in Richtung Osten, wo sich die am heftigsten umstrittene Front befindet. Ich habe ein schlechtes Gehör, und zudem weht der Wind aus Westen und verschluckt deshalb die Detonationen der Präzisionsbomben. Erst kurz vor Morgengrauen flauen die Flugbewegungen ab. Doch schon kurz nach Sonnenaufgang beginnen sie wieder. Jetzt sind mehrere Jagdbomber vom amerikanischen Typ F-15 am Himmel. Auch sie kreisen über der Stadt und der Ostfront. Selbst durch das Fernglas sind die Hoheitszeichen aber nicht zu erkennen. Doch es besteht kein Zweifel: Dies ist die Hilfe, die der zaudernde US-Präsident Obama den Kurden endlich geschickt hat.

Es gibt niemanden in Kobane, der sich darüber nicht freuen würde, auch wenn manche Obamas Motive in Zweifel ziehen. Wird Amerika genug Durchhaltewillen haben, um den IS zurückzudrängen? Wird man den YPG die nötigen Waffen liefern? Viele Flüchtlinge in der Türkei scheinen an Besserung zu glauben. Hunderte von ihnen kommen mit Sack und Pack über den offiziellen Grenzübergang, der für Heimkehrer geöffnet ist. Unter ihnen befinden sich auch viele Männer, darunter irakische Kurden, die für die YPG kämpfen wollen.

Wir fahren hinaus aus der Stadt. Ein paar Kämpfer am Strassenrand halten uns an. «Da, da auf dem Pick-up. Wir haben zwei Dschihadisten erwischt.» Auf dem Fahrzeug liegt ein übel zugerichteter fatter Mann, tot. Neben ihm ein jüngerer Kämpfer, dessen Gehirn auf der Ladefläche verschmiert ist. Die beiden gehörten zu einer IS-Gruppe, welche die YPG in eine Falle lockten. Die Kurden hatten ein Haus an der Front mit Bomben präpariert und warteten, bis die Dschihadisten das Gebäude einnahmen. Dann drückten sie auf den Knopf. ○

Solidarität für Schmidheiny

Stephan Schmidheiny ist in Italien zu achtzehn Jahren Haft verurteilt worden. Das Urteil ist willkürlich. Die Schweiz ist dringend aufgerufen, sich für den grossen Unternehmer einzusetzen. *Von Thomas Matter*

Unternehmer sind es gewohnt, Risiken zu tragen. Wenn es ihnen nicht gelingt, mit ihren Produkten den Konsumenten zu überzeugen, gehen sie unter. Das komplexe Gefüge der Marktwirtschaft kann nur unter dem Schutz von zweckmässigen, zugleich massvollen wie wirksamen staatlich-rechtlichen Rahmenbedingungen funktionieren. Sind diese nicht gegeben, trifft es nicht nur die Betroffenen, sondern die ganze Gesellschaft, den Wohlstand und die Arbeitsplätze.

Als Vertreter der Politik und der Wirtschaft kann ich darum nicht schweigen zu den Vorgängen rund um die Verurteilung von Stephan Schmidheiny. Ausgerechnet dieser erfolgreiche Schweizer Industrielle und Mäzen wurde im Sommer 2013 durch ein Berufungsgericht in Turin zu achtzehn Jahren Haft und Schadenersatzzahlung in Millionenhöhe verurteilt.

Dem Einsatz von Schmidheiny dürften Tausende von Arbeiter ihr Leben verdanken.

Ihm wurde vorgeworfen, durch sein unternehmerisches Wirken vor dreissig Jahren den Asbesttod von über 2000 Arbeitern in italienischen Eternit-Fabriken verantwortet zu haben.

Tatsächlich kann die mineralische Naturfaser Asbest – wie wir heute wissen – schwere Gesundheitsschädigungen und tödliche Tragödien auslösen. Die industrielle Verarbeitung des feuersicheren Baumaterials führt allein in Europa jährlich zu 10 000 Todesfällen, hauptsächlich Langzeitfolgen durch asbestbedingten Krebs. Noch immer arbeiten über 100 000 Menschen weltweit an entsprechend gefährdeten Arbeitsstellen. Doch ausgerechnet Schmidheiny erkannte als weltweit tätiger Pionier schon früh die Risiken der Asbestverarbeitung. Seit 1976 entwickelte der Chef der Schweizerischen Eternit-Gruppe SEG Programme für asbestfreie Produkte und produzierte seit den frühen achtziger Jahren seine Produkte grösstenteils asbestfrei. Via Aktionärsdarlehen und Kapitalerhöhungen ermöglichte es die SEG in der fraglichen Zeit auch der Eternit Italia, massiv in die Sicherheit zu investieren. Aufgrund der grossen Investitionen konnte Eternit Italia jedoch nicht mehr konkurrenzfähig produzieren; das Unternehmen ging 1986 in Konkurs.

In Italien wurde die Asbestverarbeitung allerdings erst viel später – 1991 – erstmals

gesetzlich geregelt und 1992 verboten. Zuvor kümmerte sich der italienische Staat jahrzehntelang weder um den Erlass von Normen zum Schutz der Arbeitnehmer noch um eine Aufsicht über die Asbestindustrie. Im Vordergrund standen der rasche Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und die Schaffung von Arbeitsplätzen. In den Boomjahren verarbeiteten über tausend Firmen der unterschiedlichsten Branchen das Material. Mit den Erdölkrisen und den daraus folgenden Rezessionen verschob sich der Fokus ab den späten 1970er Jahren: Hauptsorge von Gewerkschaften und Behörden war nun die Erhaltung von Arbeitsplätzen, entsprechend wurde grosser Druck auf die – wirtschaftlich ohnehin gebeutelten – Arbeitgeber ausgeübt.

Noch heute übrigens bekundet der italienische Staat grosse Mühe, rechtzeitig Gesetze zum Schutz von Mensch und Umwelt zu erlassen und wirksam umzusetzen. Sprechendes Beispiel ist Europas grösstes Stahlwerk Ilva in Süditalien, das 2013 unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt wurde. Bis heute verpestet Ilva die Umwelt mit krebserregendem Dioxin; gleichwohl verhandelt Ministerpräsident Renzi in diesen Tagen mit der indischen JSW Steel über Verkauf und Weiterbetrieb des Unternehmens.



Pionier: Stephan Schmidheiny.

Als einziges Land in der Staatengemeinschaft arbeitet Italien solche Tragödien über Strafprozesse gegen Einzelpersonen auf. Gerade Asbest-Altlasten sind jedoch kein Problem von Einzelpersonen. Vielmehr stehen Unternehmen, Behörden und Gewerkschaften in der Verantwortung. Praktisch überall sonst versuchen daher Staat und Wirtschaft gemeinsam, faire Lösungen zu erwirken, die der Entschädigung der Opfer und der Beseitigung der über Jahrzehnte generell unterschätzten Asbestgefahr dienen.

Humanitäres Entgegenkommen

Obwohl Stephan Schmidheiny weder je operativ in der Geschäftsleitung noch im Verwaltungsrat eines italienischen Asbestproduzenten verantwortlich war, soll er nun mit einer hohen Freiheitsstrafe büssen. Fakt ist, dass die von ihm geführte SEG einzig eine Beteiligung an der Eternit Italia hielt. Die SEG erwirtschaftete aus ihrem Engagement in Italien wegen der grossen Investitionen in die Asbestsicherheit keinen Gewinn. Dem Einsatz von Stephan Schmidheiny dürften Tausende von Arbeitnehmern ihr Leben verdanken.

Obwohl Schmidheiny den echten Opfern der Tragödie seit 2008 grosszügiges humanitäres Entgegenkommen offeriert, stigmatisierten ihn Opfervertreter, Gewerkschaften und Medien in einer jahrelangen Kampagne als Hauptverantwortlichen, ja gar als «Terroristen», «Serien-Killer» und «Hitler». Damit nicht genug: Auch die Umstände, unter denen in unserem südlichen Nachbarland in diesem Fall Recht gesprochen wird, sind besorgniserregend: Schmidheiny's Verteidigungsrechte wurden während des ganzen Verfahrens massiv eingeschränkt und entlastende Beweise ignoriert. Die Gerichte gingen von einer eigentlichen Schuldvermutung aus und konstruierten in teilweise abenteuerlicher Manier ein Verbrechen, das so im italienischen Strafrecht gar nicht existiert.

Die Hoffnung auf ein gerechtes Urteil, das nur im Freispruch von Schuld und Strafe bestehen kann, ruht jetzt auf dem Kassationshof in Rom. Es kann nicht sein, dass die italienische Justiz Schmidheiny zum Sündenbock für die Versäumnisse anderer macht. Die Schweizer Politik und Diplomatie ist dringend aufgerufen, sich mit Geschick und Überzeugungskraft für einen verdienten Mitbürger einzusetzen, der ohne Absicht und Vorsatz in die Mühlen der willkürlichen italienischen Justiz geraten ist.

Thomas Matter ist Unternehmer und SVP-Nationalrat des Kantons Zürich.

Ihr privates Weltwoche- Archiv.



Jetzt
downloaden!



Als Abonnent/-in lesen Sie die Weltwoche bequem auch unterwegs.

► Auch zum Nachschlagen: Drei vollständige Jahrgänge verfügbar.

► Neu: mit Autorensuche.

Jetzt im App-Store für nur Fr. 5.– (einmaliger Download).

DIE WELTWOCHEN

Wirtschaft

Falsch konzipierte Steuern

Von Kurt Schiltknecht — Die Schweiz muss sich fragen, ob sie sich von der OECD und der G-20 ein Steuersystem vorschreiben lassen will, das die Wirtschaft schwächt.

Es gibt viele internationale Organisationen, deren Abschaffung der Weltwirtschaft zum Vorteil gereichen würde. Zu diesen gehört die OECD. Weil aber Politiker und Bürokraten, ohne dafür legitimiert zu sein, sich den Kampf gegen den Steuerwettbewerb auf die Fahne geschrieben haben, konnte sie überleben. Seit sich die Schuldenberge in vielen Industrieländern auf türmen und die Steuereinnahmen lahmten, finden die Bemühungen der OECD bei den Regierungen ihrer Mitgliedsländer immer mehr Anklang. Sie erhoffen sich von der Abschaffung des Steuerwettbewerbs Mehreinnahmen.

Mit dem Rückenwind der überschuldeten Hochsteuerländer hat der Generalsekretär der OECD, José Ángel Gurría, den Kampf gegen Steuerflüchtlinge und Steueroasen noch intensiviert. Mit der Behauptung, dass Grosskonzerne jedes Jahr rund zwei Billionen Dollar Gewinn in Steueroasen verschieben, suggeriert er den unbedarften Zuhörern – und dazu gehören auch Regierungen –, dass die Abschaffung des Steuerwettbewerbs den Hochsteuerländern riesige zusätzliche Steuereinnahmen einbringen würde. Solche Hoffnungen sind auf Sand gebaut, denn sie vernachlässigen die wirtschaftlichen Implikationen, die sich aus einer stärkeren steuerlichen Belastung der Unternehmen ergeben.

Die Steuerdiskussionen der OECD oder der G-20 sind fast ausschliesslich von der Idee geprägt, wie den Steuerpflichtigen Fussfesseln angelegt werden können, damit sie vor den Steuerlasten nicht fliehen können. Den Fragen, wie ein optimales Steuersystem aussehen sollte und welche Belastung dem Wirtschaftswachstum förderlich wäre, wird kaum Beachtung geschenkt. Da höhere Unternehmenssteuern den Ertrag reduzieren, den die Investoren auf ihren Investitionen erhalten, werden Kapitalinvestitionen weniger attraktiv. Als Folge davon wird weniger investiert und der Kapitalstock wächst langsamer. Die Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert sich und der Wachstumstrend sinkt. Davon sind Beschäftigte und Aktionäre gleichermaßen betroffen. Vor diesem Hintergrund muss sich ein erfolgreiches Land wie die Schweiz fragen, ob man sich von den Gremien der OECD oder der G-20 ein Steuersystem vorschreiben lassen soll, das die Wirtschaft schwächt.

Es macht viel Sinn, dass die Schweiz mit der Unternehmenssteuerreform III die negativen

wirtschaftlichen Folgen der OECD-Forderungen durch eine starke Senkung der Unternehmenssteuern verkleinern will. Letztlich sind niedrige oder gar keine Steuern auf den Unternehmensgewinnen ein wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes. Ob das geplante Vorgehen von den autoritären Steuervögten der OECD und der Hochsteuerländer geschluckt wird, steht auf einem anderen Blatt.

Es braucht Leistungsanreize

So gut die Idee einer drastischen Senkung der Unternehmenssteuern ist, so unsinnig ist der Vorschlag, eine Kapitalgewinn- und eine Wegzugsteuer einzuführen. Die Wegzugsteuer macht den Wirtschaftsstandort Schweiz nicht zuletzt auch für potenzielle Zuwanderer unattraktiv. Die Kapitalgewinnsteuer reduziert die Liquidität auf den Kapitalmärkten, vor allem aber schwächt sie das Interesse der Investoren, nach Anlagen zu suchen, die künftig einen

hohen Gewinn abwerfen könnten. Warum soll jemand sein Geld in ein neues, aufstrebendes, aber noch sehr risikoreiches Unternehmen investieren, wenn im Erfolgsfall der Gewinn zum grossen Teil wegbesteuert und das eingegangene Risiko kaum kompensiert wird? Unter diesen Umständen ist es bequemer, eine risikolose Beteiligung möglichst lange zu halten.



Die Vorsteherin des eidgenössischen Finanzdepartementes und ihre Leute sollten endlich verstehen, dass es für den Wohlstand eines Landes schädlich ist, wenn mit Steuern die Leistungsanreize in der Wirtschaft zerstört werden. Die Suche nach gewinnträchtigen Anlagen und das Wachstum des Kapitalstocks sind entscheidende Voraussetzungen dafür, dass die Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben und sich an die Veränderungen in der Weltwirtschaft rasch anpassen und Arbeitsplätze schaffen können. Die Besteuerung der Vermögen und des Kapitalgewinns behindert eine solche Entwicklung. Mit falsch konzipierten Steuern kann man einer Wirtschaft, und dafür gibt es viele Beispiele, grossen Schaden zufügen. Deshalb sollte den Bestrebungen der OECD, allen Ländern ein einheitliches Steuersystem überzustülpen, entschieden Widerstand geleistet werden. Auf das Niveau der europäischen Wirtschaftsprobleme und der europäischen Arbeitslosigkeit harmonisiert zu werden, ist kein erstrebenswertes Ziel.

Obamas syrische Lernkurve

Von Hansrudolf Kamer — Die Amerikaner weiten den Krieg gegen den Islamischen Staat aus und verstricken sich in Widersprüche. Arabische Koalitionsmitglieder dienen als politische Schutzschilde.



Der Friedensnobelpreisträger führt nun Krieg in sechs Ländern. Es ist das Ergebnis eklatanter Versäumnisse in den letzten Jahren. Sein Handeln belegt die alte Erkenntnis, dass, wer Krieg vermeiden will, sich auf ihn vorbereiten sollte – strategisch, politisch, ideologisch, diplomatisch und zu guter Letzt auch militärisch.

Präsident Obama erntet, was er (nicht) gesät hat. Er führt im Mittleren Osten Kriege, deren Ende nicht abzusehen ist. Der Schlafwandler, wie ihn sogar die *New York Times* nennt, ist abrupt erwacht. Vor der Uno begründete Obama sein Vorgehen. Der Kontrast zur naiv-herablassenden Rede des Vorjahres ist geradezu erschütternd.

Vor einem Jahr hatte er proklamiert, die Welt sei stabiler als vor fünf Jahren. An der Militärakademie in West Point hatte er eine «militärische Lösung» für Syrien lächerlich gemacht. Noch im August hatte er abgewiegt, die Welt sei immer schon «messy» gewesen. Nun machte er vor der Uno geltend, man befände sich an einer Kreuzung zwischen Krieg und Frieden, zwischen Unordnung und Integration, zwischen Furcht und Hoffnung. Die Rhetorik spiegelt Ratlosigkeit.

Nach seiner Uno-Rede versuchte er, sich in einem Interview zu rechtfertigen. Auf die Frage, ob er vom Eindringen der IS-Milizen in den Irak überrascht worden sei, meinte er, die Nachrichtendienste hätten die Geschehnisse unterschätzt. Natürlich nicht: Der Leiter der Defense Intelligence Agency hatte schon im Februar in einem Kongress-Hearing vor der Gefahr durch den IS gewarnt. Er war nicht der einzige Rufer in der Wüste. Doch Obama hatte andere politische Prioritäten.

Vom Paulus zum Saulus auf dem Weg nach Damaskus? Ein paar Videos der IS-Propagandisten mit Enthauptungen entführter Westler liessen die Stimmung und die Meinungsfragen, immer das Motiv für Obamas Handlungswillen, kippen. Ist die neugefundene Entschlossenheit ernst zu nehmen?

Obamas Hofblatt, die *New York Times*, verkündete atemlos, die Entwicklung in Syrien habe gezeigt, dass Passivität gefährlicher sein könne als fokussierte Gewaltanwendung,

dass ein Vakuum die beste Brutstätte des Terrorismus sei. Das ist nun wirklich keine neue Erkenntnis. Wer sich dafür interessiert: Die letzten Jahrzehnte bieten genügend Anschauungsmaterial.

Sogar die damalige Aussenministerin Hillary Clinton hat den Präsidenten genau auf diese Zusammenhänge und Risiken aufmerksam gemacht. Dass sie sich rechtzeitig vom Desaster der Aussenpolitik Obamas distanzieren will, tut der Aussage keinen Abbruch. Die Lernkurve dieses beratungsresistenten Präsidenten ist flacher als bei allen seinen Vorgängern.

Verwicklungen ohne Ausweg

Man reibt sich die Augen. Wie ist es zu diesem monumentalen Schlamassel gekommen? Die Wurzeln liegen in den Aufständen des sogenannten Arabischen Frühlings. Obama zögerte und lavierte und unterminierte die Aufständischen wie auch realpolitisch befreundete Machthaber, die zwar keine Demokratie, aber wenigstens repressive Stabilität versprochen. Sein Aussenminister widmete sich statt dessen dem Nebenschauplatz Palästina.

In Syrien schuf der brutale Abwehrkrieg des Assad-Regimes die Voraussetzungen für das Entstehen des IS. Zuerst ging die Kontrolle über den Norden und Osten des Landes verloren. Obama unterliess es in dieser Frühphase,

Widerstandskräfte zu unterstützen, forderte nur den Rücktritt Assads. Dann folgte das Fiasco mit den roten Linien und dem Einsatz von C-Waffen.

Nun wird es ziemlich kompliziert. Mitglieder von Obamas Sicherheitsteam erklärten vor dem Kongress, man werde die Luftangriffe nicht auf die Streitkräfte Assads ausdehnen. Dies selbst dann nicht, wenn dessen Truppen Aufständische angriffen, auf die man im Kampf gegen den IS angewiesen sei. Das ist eine hochselektive Luftkriegführung.

Bodentruppen sollen nur die regionalen Alliierten stellen. Allerdings sind die Amerikaner im Irak bereits mit gut 1600 Mann am Werk, und *mission creep* ist sichtbar – die automatische Ausweitung des militärischen Engagements. Nicht klar ist, wie Moskau reagieren würde, sollten die Amerikaner Assad direkt angreifen. Putin ist wohl mit «Neurussland» und der Ukraine genügend beschäftigt und würde nur rhetorisch Sperrfeuer geben. Auch die neue irakische Regierung hat sich noch nicht von Assad losgesagt.

Widersprüche und Verwicklungen ohne Ausweg. Die Administration Obama scheint keine Vorstellung davon zu haben, wie das Vakuum in Syrien nach dem Ende des Krieges schliesslich ausgefüllt werden kann. Weil Amerika immer noch eine Weltordnungsmacht ist, hat dies alles Rückwirkungen auf die Grosswetterlage und selbst die Innenpolitik.

Ein amerikanischer Präsident kann sich nicht darauf konzentrieren, «nation-building at home» zu praktizieren, so notwendig dies sein mag. Obama hätte «Wilhelm Tell» lesen sollen: «Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.»



Monumentales Schlamassel: US-Präsident Obama.

Mörgeli

Fiammetta und der Sozialstaat

Von Christoph Mörgeli

Der Schweizer Sozialstaat hat viele Namen. Nur meistens keine Schweizer Namen: Die Confederazione Generale Italiana del Lavoro expandierte 1970 mit ihrer Fondazione ECAP in unser Land. Regionalstellenleiterin Fiammetta Jahreiss-Montagnani erinnert sich: «Ich habe einen Kulturschock erlitten, als ich in die Schweiz gekommen bin und dann, hoppla, merken musste, dass es hier nicht selbstverständlich war, dass die Kinder in den *Chindsgi* oder in die Krippe gehen, sondern bis ins Schulalter zu Hause bleiben.» Bleiben in Italien die Kinder nicht bis zur Pensionierung zu Hause? Die Kultureschockte hat jedenfalls den blühenden Sozialstaat Italia mit der Sozialwüste Helvetia getauscht.

Doch die Verdauung des Kulturschocks gelang Fiammetta mit links. Sie wurde Mitglied der Gewerkschaft VPOD und der SP der Stadt Zürich. Fiammetta gründete die SP-Gruppe Migration, wurde Präsidentin der Kommission zur Integration fremdsprachiger Kinder und Vizepräsidentin der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen. Sie amtierte als SP-Schulpflegerin und SP-Gemeinderätin. Fiammetta traute sich (vergeblich) auch einen Nationalratssitz und das Zürcher Stadtpräsidium zu. Ihre Kinder schickte sie in den alternativen Kindergarten der Roten Fabrik, damit die Ärmsten «nicht nur im Mikrokosmos der Familie» aufwachsen mussten.

Ihr Geld verdient Fiammetta Jahreiss-Montagnani beim Erwachsenenbildungs- und Forschungsinstitut ECAP. Dort werden die Kurs Teilnehmer etwa mit Brechts «Fragen eines lesenden Arbeiters» auf den Klassenkampf eingeschworen. Die ECAP ist «nicht gewinnorientiert». Aber auch nicht gewinnorientierungslos. Denn die Stadt Zürich unterstützt den «Deutschkurs mit Kinderbetreuung» der Fondazione mit einer runden jährlichen Million. Vom «Erasmus»-Geldsegen krallte sich ECAP 340 000 Franken für Frauensprachkurse.

Im Stiftungsrat des «Aus- und Weiterbildungsinstituts für MigrantInnen» sitzen vier italienische Gewerkschafter, vier Vertreter der Unia und ein Vertreter des SGB. Die Subventionen der öffentlichen Hand betragen jährlich 18,8 Millionen. Die Gehälter betragen jährlich 18,6 Millionen. Jede einzelne Stelle, jeder einzelne Lohn des italienischen Gewerkschaftsablegers ECAP bezahlen wir Steuerzahler. Auch Fiammetta Jahreiss-Montagnani ist also nicht umsonst in unser Krippenentwicklungsland zugewandert.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Bodenmann

Allein mit 18-Prozent-Müller

Von Peter Bodenmann — Die Parteien verlassen das sinkende Konzept.



Bewegung im Unterholz: FDP-Chef Müller.

Wie funktioniert die direkte Demokratie in der Schweiz? Wer die Verfassung ändern will, braucht die Mehrheit des Volkes und der Stände. Wer ein neues Gesetz durchsetzen oder ein bestehendes ändern will, braucht nur die Mehrheit des Parlamentes und des Volkes.

Ein Gesetz kann den Wortlaut der Verfassung auch mal ritzen oder verletzen. Kein Verfassungsgericht prüft und korrigiert das. Nur das Volk kann verfassungswidrige Gesetze kippen. Oder auch nicht. Das alles hat sich gar nicht so schlecht bewährt. Die Mehrheit des Volkes hat die Initiative von Franz Weber angenommen. Die Vertreter des Berggebietes haben in erster Lesung im Ständerat ein verfassungswidriges Gesetz verabschiedet. Mit Hilfe der Verfassungsfreunde von der SVP. Vera Weber muss entscheiden, ob sie das Referendum ergreifen will. Und ob das Volk ein zweites Mal entscheiden soll.

Die SVP will – zusammen mit allen bürgerlichen Parteien – verfassungswidrig vier Spuren zwischen Göschenen und Airolo bauen lassen. Und angeblich nur zwei davon benutzen. Wer's glaubt, hat einen doppelten Dachschaten. Jetzt ergreifen die Freunde der Alpen und der Umwelt das Referendum. Das Volk hat nicht immer recht, aber es bekommt recht. Man kann die Masseneinwanderungsinitiative so oder anders umsetzen. Die knappe Mehrheit der Bevölkerung will, dass man die Zuwanderung von heute 80 000 auf morgen 50 000 Men-

schen senkt. Wie, ist vielen so lang wie breit. Simonetta Sommaruga fordert seit mehr als zehn Jahren Zuwanderungskontingente für Ausländer. Die federführende SP-Bundesrätin ist auf der SVP-Linie und umgekehrt. Deshalb forderte der Bundesrat bei den vorletzten Von-Wattenwyl-Gesprächen zusammen mit den Bundesratsparteien die wortgetreue Umsetzung der SVP-Initiative. In der Zwischenzeit kommt etwas Bewegung ins Unterholz.

Die Grünen fordern mit einer Motion die europakompatible Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Die Grünliberalen sind damit inhaltlich einverstanden, ohne für die Motion zu sein. Christian Levrat liess mit Verspätung und diskret Sommaruga im Regen stehen. CVP und BDP basteln an einer unbrauchbaren Verfassungsinitiative gleichen Inhalts. Nur der freisinnige 18-Prozent-Müller hat noch nicht begriffen, dass der Zug – mit Verspätung zwar, aber immerhin – längst in Richtung europakompatibles Gesetz abfährt.

Die Uhr tickt im Bundesrat. Wann wird die Mehrheit des Bundesrates dem unseligen Duo Sommaruga und Müller den Teppich unter seinen politischen Wahnvorstellungen wegziehen? In Schottland würden die Menschen darauf wetten. In der Schweiz fehlt uns dazu die antizipativ-spielerische Fantasie.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Kultur und Winterthur

Von Kurt W. Zimmermann — Wenn Sie nichts zu tun haben, gehen Sie in ein Archiv und blättern Sie eine ältere Zeitung durch.

Per Zufall ist mir ein alter *Tages-Anzeiger* in die Hände geraten. Der *Tages-Anzeiger* ist die grösste Abo-Zeitung des Landes. In die Hände kam mir eine Samstagsausgabe aus dem Jahr 2000.

Ich habe sie durchgeblättert – und ich habe eine Lektion in Mediengeschichte bekommen. Blättern wir von vorne nach hinten.

Auf Seite eins stand im Jahr 2000 immer ein Kommentar. Das Blatt signalisierte damit seinen Anspruch auf Meinungsstärke. Heute ist auf Seite eins kein Kommentar mehr, aber ein grosses Farbbild.

Nun kam der Auslandteil, dann der Inlandteil. Ausland vor Inland. Das Blatt betonte damit seinen Anspruch auf Weltläufigkeit. Heute kommt zuerst der Inlandteil, ein Bekenntnis zur Provinzialität.

Dann kam der Regionalteil. Im Regionalteil gab es damals eine Seite unter dem Titel «Stadt Winterthur». Es gab zudem auffallend viele Artikel über die Zürcher Landschaft und die Seegemeinden. Das Blatt wollte die Leser der umliegenden Regionalzeitungen zu sich holen.

Die Strategie ging schief. Der Verlag des *Tages-Anzeigers* löste das Problem dann auf martialische Art. Er kaufte einfach alle verbleibenden Konkurrenten auf, den *Zürcher Oberländer*, den *Zürcher Unterländer*, die *Zürichsee-Zeitung* und den *Winterthurer Landboten*.

Bevor wir weiterblättern, etwas Statistik. Im Jahr 2000 hatte der *Tages-Anzeiger* einen Umfang von rund neunzig Seiten. Heute sind es rund fünfzig Seiten. Zwei Drittel des geschrumpften Umfangs erklären sich durch weniger Inserate. Ein Drittel der Ausdünnung entstand durch den Abbau von journalistischen Inhalten.

Die Samstagsausgabe des *Tages-Anzeigers* hatte im Jahr 2000 zudem eine Beilage mit hundert Seiten an Stelleninseraten. Heute hat dieselbe Beilage zwölf Seiten. Das macht einen Unterschied von einer Million Gewinn, pro Ausgabe wohl gemerkt.

Dann kam der Wirtschaftsbund. Er war im Jahre 2000 voluminös, denn er enthielt allein acht Seiten mit Börsentabellen. Heute macht das, Internet sei Dank, noch eine Seite aus.

Dann kam der Sportbund. Er war voluminös, zwölf Seiten stark. Er leistete sich auch allerlei Minderheitenprogramme, eine Schachseite zum Beispiel. Die ist längstens weg.

Heute gibt es im *Tages-Anzeiger* keinen eigenständigen Wirtschaftsbund und keinen eigenständigen Sportbund mehr. Sie sind zusam-



Dann kam etwas Interessantes: Tagi im Jahr 2000.

mengelegt und auf die Hälfte des ehemaligen Umfangs eingedampft.

Dann kam der Kulturteil. Er hiess damals «Kultur und Medien», denn er lieferte eine gutgemachte tägliche Medienseite. Die Seite gibt es nicht mehr. Der Kulturteil ist heute deutlich dünner. Dafür liefert er, anders als damals, zwei Seiten an Rätseln wie Sudoku und Quiz.

Und dann kam etwas Interessantes. Dann kam die Wochenzeitung in der Tageszeitung. Der *Tages-Anzeiger* lieferte damals jeden Tag einen speziellen Zeitungsbund zu einem Schwerpunktthema. Es ging um Savoir-vivre, um Reisen, um Geldanlage, um Technik und mit der Beilage «Ernst» um Jugendthemen.

Das ist alles längst abgeschafft. Der *Tages-Anzeiger* besteht heute aus vier Zeitungsbündeln und nicht mehr aus sechs, wie damals. Die Redaktion zählt heute sechzig Köpfe weniger.

Genug geblättert. Beantworten wir zum Schluss die Dauerfrage nach der Qualität. Ist der *Tages-Anzeiger* von 2014 schlechter als der *Tages-Anzeiger* von 2000?

Wenn man Qualität als Informationsleistung definiert, ist er das nicht. Die einzelnen Artikel sind nicht schlechter, sondern eher besser als damals.

Wenn man Qualität aber als Themenvielfalt definiert, dann hat das Blatt verloren. Viel verloren.

Selbstaussbeutung

Von Beatrice Schlag — Ferien nach Belieben? Ja nicht!

Richard Branson hatte eine Idee. Es war nicht seine eigene, aber der britische Milliardär hat mehr Talent als andere, Ideen medienwirksam in die Welt zu posaunen. Er werde, sagte der



Gründer der Virgin Group, es versuchsweise einem Teil seiner Mitarbeiter überlassen, wann und wie oft sie in die Ferien gehen. Wenn sich das Experiment bewähre, solle das Modell, so weit möglich, auf seine gesamte Belegschaft ausgedehnt werden. Wie gesagt, die Idee ist alt. Sie wird von Arbeitgebern und Gewerkschaften seit Jahren diskutiert. Denn einig sind sich alle, dass in vielen Berufen der abgestempelte Achtstundentag nicht mehr viel darüber aussagt, wie viel jemand tatsächlich arbeitet. Wie rechnet man die dank Handy mögliche und von vielen Unternehmen erwartete Erreichbarkeit in der Freizeit gegen Arbeitsstunden auf? Wie beweist ein Mitarbeiter, dass er im Zug, im Flieger oder daheim für die Firma vor dem Computer sitzt und nicht acht Stunden, sondern einiges länger im Einsatz ist? Warum soll er dafür nicht mehr Urlaub nehmen dürfen?

Bransons Ferienmodell wurde auch in Schweizer Medien ausgiebig erörtert. Verblüffenderweise gelangten praktisch alle zum gleichen Schluss: Auf gar keinen Fall! Kann man in diesem Land nicht gelassen über einen unkonventionellen Vorschlag nachdenken? Warum kommen Polizisten, Tramfahrer oder Rettungssanitäter für ein paar zusätzliche Tage Urlaub nicht in Frage, weil sie nach Einsatzplänen arbeiten? Die Idee ist ja nicht, dass jemand nach Lust und Laune unabgemeldet die Koffer packt, statt zur Arbeit zu erscheinen. Das öffentliche Leben bricht nicht zusammen, wenn bei einer Grippe ein paar hundert Polizisten gleichzeitig krank werden. Warum soll es anders sein, wenn sie – angekündigt – ein paar Tage mehr freinehmen? Vor allem Gewerkschaften warnen vor einer noch schlimmeren Gefahr: dem Druck zur Selbstaussbeutung, der auf viele Angestellte wirkt. Als sei der nicht längst da. Keine Stempeluhr zeigt an, ob jemand acht Stunden lang ackert oder eine ruhige Kugel schiebt. An diese Ungerechtigkeit sind wir gewöhnt. Sollte die freie Wahl der Feriendauer je kommen, werden manche profitieren, andere sich wie heute überarbeiten. Kein Grund, eine gute Idee einfach abzuschmettern.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man bei einem schönen Essen der netten und gesprächigen Tischnachbarin, die aber einen penetranten Mundgeruch hat, ein Pfefferminzbonbon anbieten? *Karl Schmid*

Das ist heikel und unpraktisch. Ihre Tischnachbarin kann ja nicht gleichzeitig essen, lutschen und Konversation betreiben. Besser, Sie ermuntern sie stattdessen zum Probieren des Knoblauchbrots oder der Paprikawurst oder dessen, was an geschmacksintensiven Speisen sonst auf dem Menü steht. Dann halten sich die Gerüche in kulinarischen Grenzen, und die Dame wird früher oder später selber zum Pfefferminzbonbon greifen. *Sacha Verna*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Ein kleiner Trost bleibt: Wir kuscheln uns weiterhin gerne an einen wohlriechenden Mann.» *Beatrix Kruger*

Womit der Mann hadert

Nr. 39 – «Rettet die Männer»; Gottfried Schatz über die Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau

Ich muss schon sagen: ein vielversprechender Titel. Aber ich habe mir inhaltlich stärkere Themen vorgestellt, zum Beispiel, wie der aggressive Feminismus und Frauen mit Power den Männern zusetzen. Stattdessen beschert uns der Autor eine Abhandlung über Biologie und bedauert zuletzt den Verlust der Macht des Mannes über das Weib und beschreibt, wie man es wohl wieder gefügig machen könnte. Also, mit dieser Einstellung bestimmt nicht!

Mit dem Wort «Macht» meint er wohl Kontrolle, und das ist genau das, womit der moderne Mann hadert: mit dem Verlust der Kontrolle über die Frau und dass er nicht mehr immer der Chef sein kann, der sagt, wo es langgeht. Heute kann es sich eine Frau natürlich leisten, weniger beeindruckt und gefällig zu sein, da ihre finanzielle Lage im Vergleich zu früher besser ist. Man fragt sich überhaupt: Wie viele Frauen würden noch bei ihren Männern sitzen, gäbe es keine finanzielle Abhängigkeit mehr?

Zuletzt ist es auch eine Frage der Hormone, wie sehr sich eine Frau von einem Mann manipulieren lässt. Definitiv bessere Karten hat er mit einer Jüngerer, und es ist wissenschaftlich bewiesen: Ein hoher Östrogenspiegel verspricht mehr Hingabe, Anpassung und ein gewisses benebeltes Entzücken, während eine ältere Frau für das Macho-Gehabe eines Mannes nur noch ein müdes Lächeln übrig hat und lieber ein Buch liest. Ein kleiner Trost aber bleibt: Wir kuscheln uns weiterhin gerne an einen wohlriechenden Mann.

Beatrix Kruger, Zürich

Alle waren dagegen

Nr. 39 – «Widmer-Schlumpfs Steuerschrauben»; Kommentar von Christian Mundt

Dass die Politik Volksentscheide missachtet, ist nichts Neues. Die sozialistische Kapitalgewinnsteuer wurde bekanntlich am 2. Dezember 2001 mit 65,9 Prozent Nein-Stimmen und von allen Ständen abgelehnt. Das Revival durch die krypto-sozialistische Finanzministerin überrascht nicht: Sie muss doch ihr Wählersubstrat im Parlament (Sozialisten, Grüne, Teile der CVP und der FDP) zufriedenstellen. Bezüglich des damaligen Abstimmungsdatums darf noch angemerkt werden, dass die erfolgreiche Schuldenbremse auf Bundesebene mit 84,7 Prozent Ja-Stim-

men und von allen Ständen angenommen wurde. Dagegen waren: Sozialisten, Grüne, der Schweizerische Gewerkschaftsbund und der Föderativverband des Bundespersonals.

Michael E. Dreher, Küsnacht

Genug vom Krieg

Nr. 39 – «Imperialer Kollaps»; Interview mit Serhy Yekelchuk

Russland wurde in der Zeit zwischen 1812 und 1941, also innert weniger als 130 Jahren, viermal von Westen her angegriffen und mit den verheerendsten Folgen mit Krieg überzogen. Im Zweiten Weltkrieg war die Sowjetunion das Land mit der mit Abstand höchsten Zahl an Todesopfern von allen am Krieg beteiligten Staaten (ca. 25 Millionen Tote!). Die Folge dieser grauenhaften Kriege ist ein tiefes, wohlbegründetes Misstrauen des russischen Volkes gegen alles, was von Westen kommt. Eine Reaktion war die Errichtung eines Satellitengürtels nach dem Zweiten Weltkrieg. So unmenschlich das war, aus der Sicht der Russen ist nachzuvollziehen, dass sie sich sagten: «Das soll uns nie wieder passieren.»

Wir bestreiten nicht, dass das russische Verhalten im und nach dem Weltkrieg unmenschlich war. Aber auch andere Länder legten in jener Zeit ein unmenschliches Verhalten an den Tag, ohne dass daraus heute politisches Kapital geschlagen würde. Die Angst der Oststaaten vor Russland ist genauso wenig begründet, wie wenn wir uns heute vor Deutschland fürchten würden. Das reicht nicht aus zur Rechtfertigung der Wortbrüche der Nato und der daraus entstandenen weltpolitischen Konsequenzen. Völkerrecht beinhaltet eben auch, getroffene Vereinbarungen einzuhalten. Auch der Schweiz wurde 1815 im Wiener Kongress von den Grossmächten unter vergleichbaren Umständen der Neutralitätsstatus diktiert, und niemand wird behaupten können, das habe unserem Land bisher zum Nachteil gereicht. Und wenn es ein Land gibt, das genug vom Krieg hat, dann ist es bestimmt Russland.

Erwin Roth, Effretikon

Ich bin in Odessa, das heisst in Noworossija, als Russlandschweizer aufgewachsen, und auch wenn mein sowjetischer Geburtschein auf Ukrainisch geschrieben ist, weiss ich ganz genau, zusammen mit allen anderen ehemaligen Bürgern des Zarenreichs und der späteren UdSSR, dass Noworossija (Neurussland) und auch die Krim historisch niemals zur Ukraine gehört haben. Und ebenfalls, dass die Ukraine selbst schon immer lediglich aus Malorossija

(Kleinrussland) bestanden hat. Zum Aufbau des Nationalgefühls eines Landes mit geschenkter Unabhängigkeit hat dieser nationalistische Professor aber keine andere Methode gefunden, als zu behaupten, die Krim sei «lediglich ein Teil des russischen Imperiums» gewesen. «Lediglich» beweist aber hier gar nichts. Malorossija (unter diesem Namen) ist selbst «lediglich» ein Teil des russischen Imperiums gewesen.

Victor Lambert, Rickenbach Sulz

Wunder der Verblendung

Nr. 39 – «Die neue Weltunordnung»;
Essay von Michael Ignatieff

Ja, es ist schwierig, ein europäisches Volk davon zu überzeugen, dass es mehr Europa benötigt, so wie es schwierig ist, das Schweizervolk davon zu überzeugen, dass es Europa einverleiben sollte. Ich wünsche mir, dass auch unsere «toleranten» und weltoffeneren Politiker mit etwas mehr Positivismus die Tatkräftigen in unserem Land fördern und sich weniger darauf konzentrieren, wem sie es sonst gerade noch recht machen könnten. Das Sichanlehnen an die Toleranz nützte auch schon Chamberlain politisch kurzfristig – dem Volk brachte es nichts ausser etwas Beruhigung auf Zeit. Churchill hatte erkannt, was langfristig dem britischen Volk zugutekommt. Ein Wunder bei der

Verblendung der Elite, die einfach nicht bereit war aufzuwachen. *Patrick Mächler, Zürich*

So einfach wie logisch

Nr. 39 – «Sabotage von oben»;
Alex Baur über den Sozialstaat

Wie viele neue Sozialpädagogen schwärmen Jahr für Jahr in den Schweizer Arbeitsmarkt? Ist der Arbeitsmarkt gross genug, um alle diese Leute zu ernähren? In der Privatwirtschaft hätten sie kaum Chancen. Damit hätten wir bereits die Antwort auf die Frage. Tatsache ist, dass die einheimische Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zu wenig Substanz produziert, um alle diese Leute zu beschäftigen. Was nicht vorhanden ist, wird «importiert». Das ist so einfach wie logisch!

Frédéric-Marc Fluehmann, Dübendorf

Aufgeteilter Bahnhof

Nr. 39 – «Kreativer Umgang mit der Wahrheit»;
Peter Keller über das Asylwesen

Der Bahnhof Chiasso war bis vor einiger Zeit in einen italienischen und in einen schweizerischen Teil aufgeteilt. So konnte man nicht einfach von Mailand in die Schweiz fahren. Dieser Zustand lässt sich, einfacher, als man denkt, umgehend wiederherstellen!

Jürg Perrelet, Bern

Weniger krasser Unterschied

Nr. 39 – «Mehr Lohn, weniger Geist»;
Philipp Gut über Schweizer Unis

Der Vergleich der Löhne mit Deutschland und Grossbritannien kommt doch etwas gar einfach zustande. Berücksichtigt man nämlich neben den Wechselkursen auch die Kaufkraft und die Abzüge der verschiedenen Länder, fällt der Unterschied, wenn auch immer noch deutlich, schon weniger krass aus.

Matthias Hochuli, Roggwil

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Sehr geehrte/r Weltwoche-Leser/in

Dieser Weltwoche-Ausgabe liegt ein Unterschriftenbogen «NoBillag» bei.

Es ist die erste eidgenössische Volksinitiative, welche die beiden Jungparteien Junge SVP und Jungfreisinnige gemeinsam initiiert haben.



Die politische Debatte über das Radio- und TV-Gesetz wurde nicht grundsätzlich genug geführt und so resultierte eine Lösung, die etatistischer kaum sein könnte: Ein allgemeiner Gebührenzwang für alle – unabhängig davon, ob man ein Empfangsgerät besitzt oder nicht. Diese Mediensteuer ist für uns nicht hinnehmbar. Wir wehren uns gegen diesen Gebührenzwang und fordern ein Mediensystem, welches auf marktwirtschaftlichen Werten beruht.

Wir sind aus nachfolgenden Gründen überzeugt, dass dringend politische Schritte eingeleitet werden müssen, um SRG und Staat voneinander zu trennen:

1. Die Billag-Gebühren kosten neu jeden Haushalt jährlich 400 Franken. Unabhängig davon, ob man diese Sender empfangen möchte oder nicht, wird dieser Betrag mit Steuercharakter gegenstandslos geschuldet und eingezogen. Auch Unternehmen ab 500'000 Fr. Umsatz müssen bezahlen.
2. Auch wenn die Programme der SRG bei weitem nicht allen gefallen, werden doch alle dazu gezwungen, sie mitzufinanzieren. Das ist unfair, asozial und stossend.
3. Staatsmedien sind einer freien Gesellschaft unwürdig. Einem staatlichen Quasi-Medienmonopol, das die Funktion der vierten Gewalt nicht auszuüben vermag, muss aus ordnungspolitischer Sicht sofort der Zwangsgebühren-Geldhahn zugedreht werden.

Wir bitten Sie, unsere jungbürgerliche Zusammenarbeit zu unterstützen – unterschreiben Sie jetzt den beiliegenden Unterschriftenbogen und sammeln Sie weitere Unterschriften in Ihrem Umfeld.

Den ausgefüllten Unterschriftenbogen schicken Sie bitte an: «NoBillag», Bornstrasse 86, 4612 Wangen b. Olten

Nur zurückgeschickte Unterschriften zählen!

Mit freizeithlichem Gruss,

Christian Zulliger
Sammlungsleiter NoBillag-Initiative

Anian Liebrand
Präsident Junge SVP Schweiz

Maurus Zeier
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Eine Zusammenarbeit von:



Wohngemeinschaft

Gegen aussen inszeniert sich der Bundesrat als Wohlfühlzone. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt, mit welchen Finten die Magistraten um ihre Stellung kämpfen. Von Hubert Mooser

Es sind Episoden wie diese, die vor Augen führen, was in der Bundesrats-Wohngemeinschaft schiefläuft. Da fliegt am Montag die Vorsteherin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek), Doris Leuthard (CVP), mit einer Linienmaschine zum Uno-Klimagipfel nach New York. Drei Stunden später landet der Bundesratsjet mit Bundespräsident Didier Burkhalter (FDP) in der Stadt, die niemals schläft. Warum Leuthard und Burkhalter mit separatem Fluggerät nach New York reisten, das kann man in ihren Departementen nicht klar beantworten. Mindestens eine Erklärung gäbe es dafür: Burkhalters Ehefrau Friedrun jettete mit ihrem Didier nach New York. Die Uvek-Chefin hätte wohl die traute Zweisamkeit gestört. Dabei nehmen die Staatschefs normalerweise ihre Ehegattinnen nicht mit, wenn sie beim Dinner und Händeschütteln mit dem amerikanischen Präsidenten am Rande der Uno-Vollversammlung aufmarschieren.

Das ist zwar nur ein kleines Detail, das jedoch die Diskrepanz zwischen öffentlichen Verlautbarungen und der Realität im Bundesrat aufzeigt. Noch vor seiner Wahl in die Regierung flötete Burkhalter in die Mikrofone der Journalisten, der Wille zur Zusammenarbeit sei im Bundesrat ausgeprägt, das Arbeitsklima angenehm. Spannungen entladen sich tatsächlich selten in der Öffentlichkeit. Fasst sich Verteidigungsminister Ueli Maurer (SVP) einmal ein Herz und feuert eine Salve ab, etwa gegen Burkhalters Politik in der Krim-Krise, lässt er dem verbalen Geschoss fast zeitgleich eine Entschuldigung folgen. Auf der anderen Seite schaffen die beteiligten Magistraten es aber nicht, gemeinsam zur Uno-Vollversammlung nach New York anzureisen. Typisch Bundesrat.

Keiner eröffnet Debatten

Dass der konfliktscheue Burkhalter jeder Konfrontation aus dem Weg geht, sich lieber mit Staatsoberhäuptern umgibt, als in Bern die politische Knochenarbeit zu verrichten, ist ein unausgesprochenes Dauerergernis im Bundesrat. Auch weil der Bundespräsident häufig seine Frau mitnimmt, obwohl das Protokoll dies nicht vorsieht. Und weil dann die anderen Bundesräte deswegen von ihren Partnern vorgehalten bekommen, weshalb sie zum Handshaking mit Präsident Obama zum Beispiel nicht mitgehen durften. Burkhalter bringt mit seinen Reisen aber zuweilen auch die Organisation durcheinander. Weil er die ganze letzte Woche in New York verbrachte, fiel am Freitag die Bundesrats-

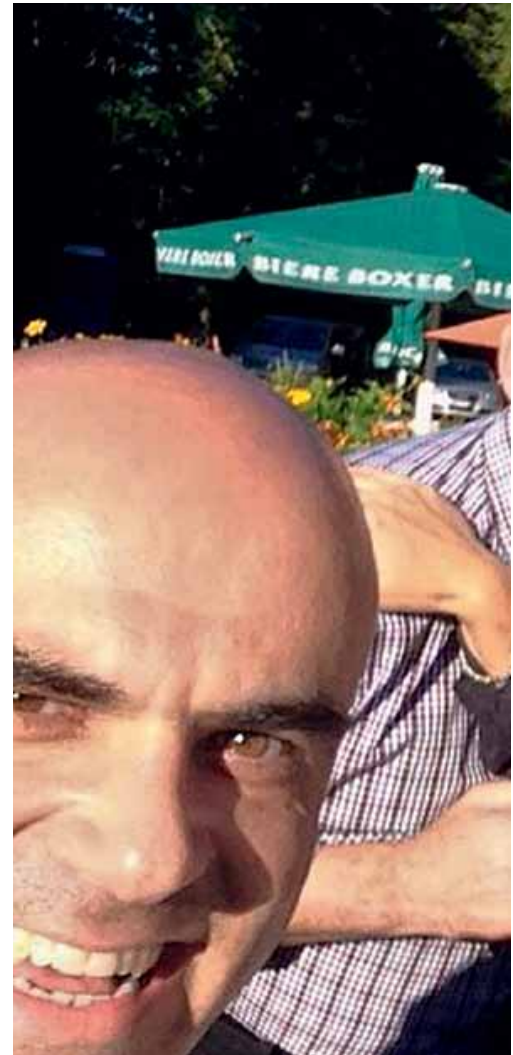
sitzung aus. Dass sich die übrigen sechs Regierungsmitglieder vom Neuenburger widerstandslos in den Rang politischer Eunuchen versetzen lassen, ist ein weiteres Problem der aktuellen Regierung. Keiner spitzt zu, keiner eröffnet Debatten. Die Bundesräte verbreiten stattdessen eine Aura der Langeweile.

Die oberste Maxime des Bundespräsidenten lautet: keine Personifizierung der Dossiers. Die Reform der Altersvorsorge soll nicht bloss ein Projekt von Alain Berset (SP) sein, die Erneuerung des bilateralen Weges nicht nur ein Anliegen von Didier Burkhalter. Weil der Bundespräsident Abstimmungen im Gremium fürchtet wie der Teufel das Weihwasser – er könnte selber hin und wieder als Verlierer dastehen, das erträgt der Romand nicht –, lässt er den Bundesrat die einzelnen Geschäfte bis zur Bewusstlosigkeit ausdiskutieren. Diskussionen seien zwar wichtig, heisst es bei den anderen Departementen, aber manchmal seien die Fronten derart klar, dass eine Debatte nur Zeitverschwendung sei. Mit der weichgespülten Burkhalter-Doktrin können aber alle gut leben. Denn meistens wird das Geschäft dann trotzdem so abgesehen, wie es der federführende Bundesrat einbrachte, obwohl vorher jede Menge Einwände gegen einzelne Punkte vorgebracht wurden.

Das war zum Beispiel bei der Bundesratssitzung vor einer Woche der Fall. Traktandiert war die Unternehmenssteuerreform III, eine Revision, welche OECD und EU der Schweiz aufzwingen haben. Es geht um die Abschaffung von Sonderregeln der Kantone für Holdings und andere Spezialgesellschaften wie Briefkastenfirmen. Dem Bund und den Kantonen drohen Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe und eine Verschlechterung der Standortattraktivität. Dies will der Bundesrat durch Ersatzmassnahmen auffangen. Das Geschäft ist kompli-

Mit der weichgespülten Burkhalter-Doktrin können alle gut leben.

ziert. In einer früheren Sitzung hatte darum Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) die Pläne ausführlich und in allen Einzelheiten ausgebreitet. Nun ging es um die Verabschiedung einer Vernehmlassungsvorlage. Leuthard, Johann Schneider-Ammann (FDP), Burkhalter und Maurer (SVP) meldeten grosse Bedenken an wegen der von Widmer-Schlumpf geplanten Kapi-



Die Erotik der Gruppe: Bundesratsreise 2014.

talgewinnsteuer. Die Finanzministerin will damit einen Teil der Ausfälle kompensieren. Das Quartett versuchte, ihr das auszureden. Es wurde lange diskutiert, die Finanzministerin beharrte auf der Kapitalgewinnsteuer und marschierte am Ende mit unveränderter Vorlage zur Sitzung hinaus. Schneider-Ammann passierte gleichentags zum wiederholten Male mit seiner Fachkräfteinitiative den Bundesrat unbeschadet, obwohl Regierungsmitglieder moniert hatten, das von Schneider-Ammann 2011 initiierte Projekt habe noch immer wenig Fleisch am Knochen. Das Ziel dieser Vorlage ist es, bis 2020 vermehrt in der Schweiz wohnhafte Personen in den Arbeitsmarkt aufzunehmen, «um den Sog aus den Nachbarstaaten zu dämpfen», so Schneider-Ammann. Drei Departemente hatten mitberichtet, Berset, Sommaruga und Widmer-Schlumpf. Unbeeindruckt trat der Wirtschaftsminister vor die Medien.

Als Christoph Blocher und Pascal Couchepin in der Regierung sassen, waren Auseinandersetzungen an der Tagesordnung. Es wurde weniger diskutiert, dafür mehr mit Abstim-



mungen entschieden. Blocher produzierte Mitberichte in grosser Zahl. Aber grosse Debatten führen über ein Geschäft wollte er nicht, sondern sofort zur Abstimmung schreiten. Couchepin war meistens Feuer und Flamme dafür, weil er überzeugt war, die Mehrheit in der Regierung hinter sich zu wissen. Ging es um Geschäfte von Linken und CVP, spannten Blocher und Couchepin zusammen. Auf Antrag von Blocher und gegen den Willen des damaligen Wirtschaftsministers Joseph Deiss (CVP) und der zwei SP-Bundesräte Micheline Calmy-Rey und Moritz Leuenberger flog 2004 beispielsweise die Krippenfinanzierung aus der Legislaturplanung. Auch nach Blochers Abwahl ging es im gleichen Stil weiter. In der Affäre um die Libyen-Geiseln schenkten sich Hans-Rudolf Merz, Micheline Calmy-Rey, Doris Leuthard und Moritz Leuenberger nichts. Kaum war die Libyen-Krise ausgestanden, gab es 2010 Streit bei der Verteilung der Departemente. Sommaruga kam für Leuenberger und bekam als Nichtjuristin das schwierige Justizdepartement mit dem Bundesamt für Migra-

tion aufgebrummt. SP-Präsident Christian Levrat schrie Zetermordio, er war davon ausgegangen, dass die neue Bundesrätin Sommaruga das Wirtschaftsdepartement bekäme.

Wie im Sonntagsgottesdienst

Unter Burkhalter ist die Bundesrats-WG zur vordergründig konfliktfreien Zone mutiert. Die Harmonie wird zelebriert wie der Sonntagsgottesdienst. Hinter den Kulissen aber gilt: Die Mitglieder der Landesregierung verstehen sich trotzdem primär als Vorsteher ihrer Departemente und verfolgen ihre eigenen Strategien. Und es läuft permanent ein Poker um Macht, Einfluss und die Themenführerschaft. Wer mit dem Bundesratsjet unterwegs ist, wer bei Events auftritt, wer nach der Bundesratssitzung vor die Medien tritt, all dies wird in den Departementen akribisch genau registriert. Wird das Bundesamt für Migration (BfM) zum Staatssekretariat aufgewertet, bleibt dies nicht ohne kritische Nebengeräusche. Das Thema Migration habe halt innen- wie aussenpolitisch an Bedeutung gewonnen, verteidigte die

machtbewusste Justizministerin Sommaruga ihren Antrag. Die Übung diene dem Prestigegewinn, hört man in anderen Ämtern. Sommaruga bewirtschaftete mit Schneider-Ammann und Burkhalter das dornige EU-Dossier. Wirtschaftsminister und Aussenminister hätten beide ein Staatssekretariat, da habe Sommaruga nicht hintanstehen wollen.

Besonders in der Europapolitik kochen viele ihr eigenes Süppchen. Schaut man genauer hin, zerfällt die nach aussen zelebrierte europapolitische Geschlossenheit. Es gibt drei Gruppen. Bundespräsident Burkhalter möchte die Personenfreizügigkeit, in ein Paket mit anderen bilateralen Verträgen verpackt, zur Abstimmung bringen und auf diesem Weg das Ja zur Masseneinwanderung aushebeln. Ein Gruppe mit Leuthard, Schneider-Ammann, Widmer-Schlumpf und Maurer will mit einer pragmatischen Auslegung des neuen Verfassungsartikels die Zuwanderung beschränken, aber ohne Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit. Justizministerin Simonetta Sommaruga will ein Gesetz, welches nahe an



Atmosphärische Störungen: Bundesratssitzung.



Unausgesprochenes Dauerärgernis: Burkhalter, Gattin Friedrun.

den Initiativtext herankommt. Sie will offenbar allen zeigen, dass die Masseneinwanderungsinitiative der SVP nicht umsetzbar ist, will man auch in Zukunft die bilateralen Beziehungen mit der EU pflegen. «Es gibt unterschiedliche Szenarien», erklärte Sommaruga am 19. August vor der Wirtschaftskommission des Nationalrates. Diese forderte von der Justizministerin endlich konkretere Angaben.

Misstrauen gegenüber Rossier

Auf dem Ausflugsberg Mont Vully in der Nähe des Murtensees hatte der Bundesrat zuvor eine europapolitische Auslegeordnung vornehmen wollen. Burkhalter hatte diese Klausur angesetzt, um die verschiedenen Szenarien und Möglichkeiten bei der Umsetzung der SVP-Initiative auszuloten. Innenpolitisch könnte ein Referendum drohen, aussenpolitisch der Bruch mit der EU, drei Stunden hatte Burkhalter dafür reserviert. Aber nach einer Stunde ging es drunter und drüber. Auf der Albula-Bergstrecke hatte ein Erdbeben drei Eisenbahnwaggons zum Entgleisen gebracht. Leuthard erfuhr von einem Weibel als Erste davon und informierte das Gremium. Über den weiteren Verlauf dieser Klausur gibt es verschiedene Darstellungen. Version eins: Verkehrsministerin Leuthard habe in Erwägung gezogen, in das Engadin zu fliegen, und sie habe die Frage aufgeworfen, ob man nicht deswegen einen Hubschrauber anfordern sollte. Burkhalter habe protestiert und als Bundespräsident selber an die Unfallstelle fliegen wollen. Version zwei geht anders: Leuthard habe das Gremium über den Unfall informiert, worauf der Bundespräsident sofort ins Engadin wollte. Leuthard und Vizekanzler André Simonazzi hätten ihm das aber ausgedreht – zuerst müsse man mehr über

den Unfallhergang in Erfahrung bringen. Sommaruga nervte sich, dass plötzlich alle vom Unfall sprachen statt von der EU-Politik. Die Sitzung soll in einem Durcheinander geendet haben. Am 8. Oktober will der Bundesrat einen weiteren Anlauf nehmen zu einer europapolitischen Aussprache. Burkhalter wolle einmal im Monat über das EU-Dossier debattieren, sagen Eingeweihte.

Die Sitzung auf dem Mont Vully offenbarte jedoch ein tiefes Misstrauen des Bundesrates gegenüber dem mit den Verhandlungen beauftragten EDA-Staatssekretär Yves Rossier. Der für alle sonst eher hilflose Schneider-Ammann habe durchblicken lassen, dass die Signale, welche er aus Brüssel erhalte, nicht sehr erfreulich

Es vergehe fast keine Sitzung, ohne dass Sommaruga Schneider-Ammann piesacke.

seien. Seine Informationen deckten sich nicht mit jenen, welche Rossier nach Bern rapportierte. Bei einer Dienstreise im Juni hatte des Wirtschaftsministers Staatssekretärin, Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, in Brüssel selber Erkundungen eingeholt, beim EU-Chefunterhändler David O'Sullivan. Die beiden kennen sich aus gemeinsamen Zeiten in der Welthandelsorganisation. Und O'Sullivan hatte ihr beim Gespräch unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass die Ausgangslage für die Schweiz schwieriger sei, als sie von Rossier dargestellt wurde. Ein FDP-Bundesrat, der dem anderen FDP-Bundesrat derart in die Parade fährt – das ist aussergewöhnlich. Je näher die Parlamentswahlen rücken, desto mehr nehmen die unter der Oberfläche schlummernden Kon-

flikte und Animositäten zwischen den beiden Bundesräten zu.

Zwischen Schneider-Ammann und Burkhalter stimmte die Chemie von Anfang an nicht. Die Verschiebung des gesamten Bildungsbereichs inklusive Staatssekretariat aus dem damals von Burkhalter geleiteten Departement des Innern ins Wirtschaftsdepartement von Schneider-Ammann war ein Auslöser des Konfliktes. Seither sind die beiden Freisinnigen wie Hund und Katz. Burkhalter warte immer ab, was Schneider-Ammann sage, und er entscheide dann selber anders. Couchepin und Merz stimmten sich dagegen schon vor der Sitzung gegenseitig ab. Manchmal nahmen an diesen Treffen auch die SVP-Bundesräte Christoph Blocher und Samuel Schmid teil. Die Rivalität zwischen Schneider-Ammann und Burkhalter hat sich seither noch verschärft, weil der zweite Bundesratssitz von verschiedenen Akteuren in Frage gestellt wird. Die Folge davon sei ein übertriebener «Aktivismus». Burkhalter lasse sich auf dem internationalen Parkett als Friedensstifter feiern. Schneider-Ammann winke alle zwei Woche mit der Fachkräfteinitiative.

Der Wirtschaftsminister hat zudem noch ein weiteres Problem: Sommaruga, die selber gerne das Wirtschaftsdepartement führen würde, soll keine sehr hohe Meinung vom Wirtschaftsminister haben. Es vergehe fast keine Bundesratssitzung, ohne dass die SP-Bundesrätin den FDP-Bundesrat piesacke, er solle endlich konkrete Anhaltspunkte zur Fachkräfteinitiative liefern. Hintergrund dieses Konfliktes bildet der Sololauf des Wirtschaftsministers nach der Abstimmung über die Masseneinwanderung am 9. Februar. Schneider-Ammann verweigerte dem Duo Sommaruga/Burkhalter die Zusam-

menarbeit. Mit Vertretern der Wirtschaft wollte er einen gangbaren Weg aufzeigen.

Von grösserer Bedeutung für das Funktionieren des Bundesrates ist das Gerangel zwischen Leuthard und Burkhalter um die Führung im Bundesrat. Leuthard hatte lange Zeit die besten Karten im bundesrätlichen Machtpoker. Sie entschied mit ihrer Stimme häufig, auf welche Seite ein Geschäft kippte. Sie versteht sich gut mit SP-Bundesrat Alain Berset, man unterstützt sich gegenseitig. Damit hatte vor allem Burkhalter seine Mühe. Seit der AHV-Debatte ist das Kräfteverhältnis im Bundesrat nicht mehr eindeutig. Leuthard ist hier für eine Lösung, die näher bei der Wirtschaft liegt. Die von Berset geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer passt ihr nicht. Berset holte darum Burkhalter ins Boot. Kommt es heute bei wichtigen Geschäften hart auf hart, bilden Leuthard, Burkhalter, Widmer-Schlumpf, Sommaruga und Berset oft eine Allianz gegen Maurer und Schneider-Ammann. Das Parteibüchlein steht weniger im Vordergrund als früher. Bei der EU-Debatte gibt es keine klaren Mehrheiten.

Atmosphärische Störungen verursachte zeitweilig auch die Rivalität zwischen Leuthard und Widmer-Schlumpf wegen der Ökosteuerreform. Die Bündnerin wollte hier schneller vorwärts machen, als es Leuthard lieb war. Die Ökosteuer ist inzwischen wieder in der Schublade und das Klima zwischen den beiden erheb-

lich besser. Auch zwischen Berset und Sommaruga geht es nach Startschwierigkeiten besser. Sommaruga hatte Parteikollege Berset in der Vergangenheit mit Einwänden zu Gesundheitsvorlagen Sitzung für Sitzung zur Weissglut getrieben. Gefunden haben sich inzwischen auch Sommaruga und Widmer-Schlumpf, auch wenn der Bündnerin Sommarugas Machtallüren auf die Nerven gehen. Gut verstehen sich auch Maurer und Widmer-Schlumpf: Die Finanzministerin half dem teilweise überforderten Verteidigungsminister bei der Erstellung eines Finanzkonzeptes über die künftige Verwendung der Gripen-Milliarden.

Ueli Maurer mögen fast alle, obwohl er zu fast allem nein sagt. Er leite seinen Widerstand gegen Geschäfte meist mit dem Standardsatz ein: Er wisse, dass er damit keine Chance habe, er sei aber trotzdem dagegen. Oder dass dieser oder jener Punkt eine Steilvorlage sei für die SVP im Wahlkampf. Für solche Hinweise sind Maurer alle dankbar. Seine eigenen Geschäfte seien aber häufig schlecht vorbereitet. Man wisse beim Verteidigungsminister nie, ob er es wirklich ernst meine. Derzeit muss Maurer untendurch.

Seit der Abstimmung vom 9. Februar ist der SVP-Bundesrat für einzelne Magistrate in der WG derjenige, der die Milch zwar ausgetrunken, aber danach nicht ersetzt hat. Seine Geschäfte werden fast systematisch vor der Verkündung kaputtgemacht. Bringt er ein Papier

über die Verwendung der eingesparten Gripen-Milliarden in den Bundesrat, sickert vorzeitig alles in die Medien. Plant Maurer den Kauf eines Pilatus-Businessjets als zweites Bundesratsflugzeug, muss er einen Tag vor der Bundesratsitzung über sein Projekt in den Medien lesen. Dabei hatte er in seinem Antrag explizit darauf hingewiesen, dass er das Geschäft erst am 1. August bekanntgeben wolle.

Vizekanzler Simonazzis Verdacht

Nach der Pilatus-Geschichte lupfte es Maurer den Hut. Ein Eklat, der sich gemäss bundesratsnahen Kreisen folgendermassen abgespielt hat: Er wusste schon gerne, wer die Medien vorzeitig mit seinen Geschäften fütterte, polterte der Verteidigungsminister in einer der darauffolgenden Sitzungen. Vizekanzler Simonazzi soll entgegnet haben, man habe schon einen Verdacht, und er habe dabei in Richtung von Bundespräsident Burkhalter geschaut. Dieser habe sich durch Simonazzis Blick angegriffen gefühlt und den Vizekanzler darum zurechtgewiesen haben: Wenn er wisse, wer dafür verantwortlich sei, solle er es gefälligst sagen. Simonazzi habe aber keine Namen nennen können. Es sind eben auch Szenen wie diese, welche vor Augen führen, wie es wirklich hinter der Wohlfühlkulisse des Bundesrats aussieht.

Hubert Mosser ist Bundeshausredaktor der Basler Zeitung.

Doppelt so schnell, nur halb so teuer. Zufrieden oder Geld zurück!

Der schnellste Desktop-Drucker der Welt:¹ der HP Officejet Pro X – jetzt mit Geld-Zurück-Garantie. Kaufen Sie Ihren passenden Drucker der HP Officejet Pro X Serie mit HP PageWide-Technologie und sichern Sie sich dokumentenechte Ausdrücke bei doppelter Geschwindigkeit² und zur Hälfte der Kosten pro Seite³ im Vergleich zu Laserdruckern. Sie werden von Ihrem neuen Drucker begeistert sein – überzeugen Sie sich selbst. Bei Nichtgefallen erhalten Sie innerhalb der ersten 90 Tage Ihr Geld zurück.* Weitere Informationen finden Sie unter hp.com/officejetprox



Make it matter.

Die HP Officejet Pro X
Serie, schon ab CHF 439**



Informieren Sie sich bei unseren [HP Officejet Pro X](#) Spezialisten:



tel : 041 799 09 09
www.arp.ch



tel : 062 889 80 80
www.brack.ch



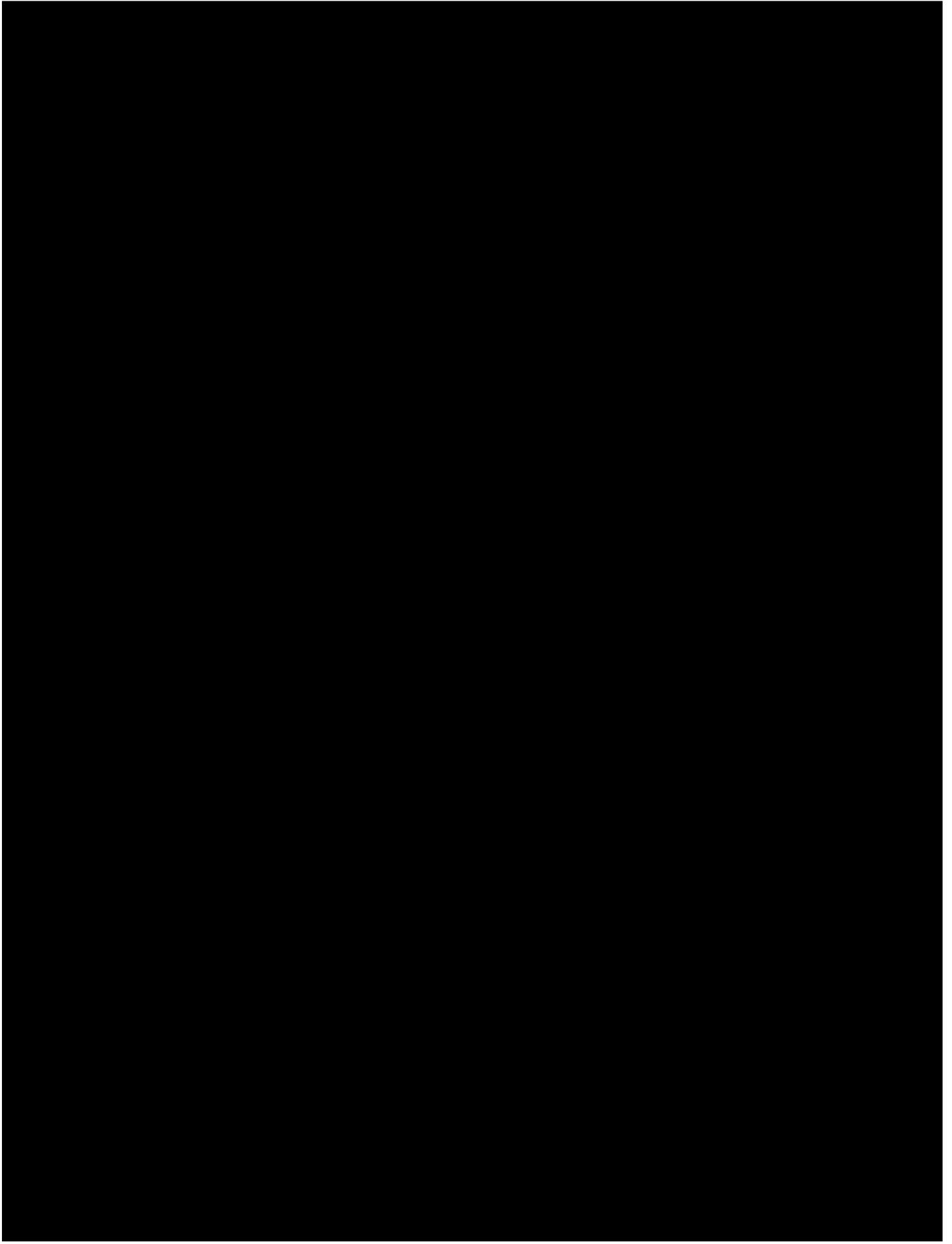
tel : 044 575 96 00
www.digitec.ch

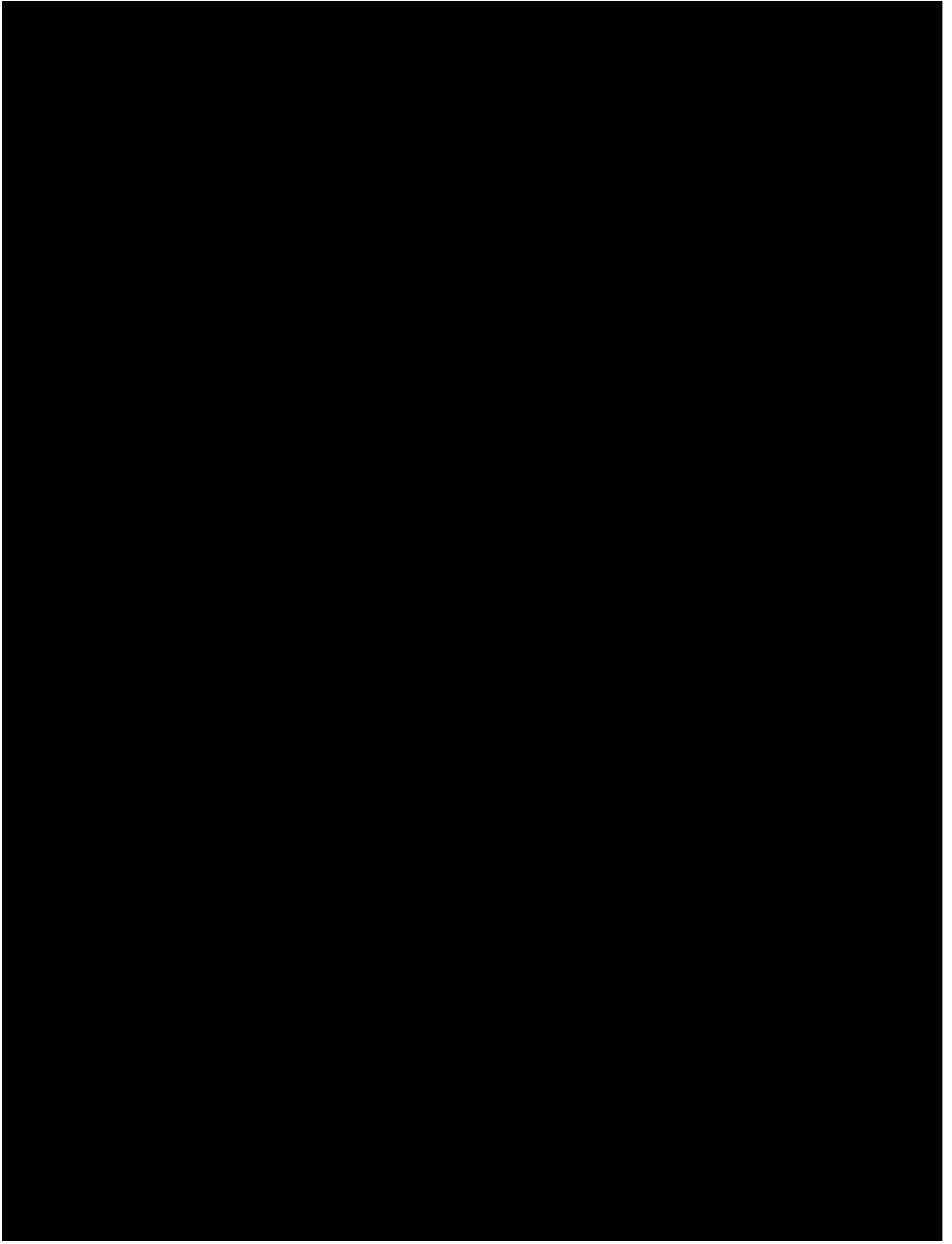


tel : 061 338 50 00
webshop.voegtli.ch

¹ Angaben beruhen auf den veröffentlichten Höchstgeschwindigkeiten der Modelle HP X551dw und X576dw im Vergleich zu Laser- und Tintenstrahl-Desktop-Farb-MFPs unter CHF 1100.- und -Farbdruckern unter CHF 970.-; wie von Buyers Lab Inc. gemeldet BlIQ WW Drucker-Datenbank 9. Mai 2014. Weitere Informationen unter hp.com/go/printerspeeds. ² Vergleich basiert auf dem schnellsten verfügbaren Farbdruckmodus laut Herstellerangaben (Stand: August 2013) und umfasst Farblaser-MFPs unter CHF 1100.- und Farblaserdrucker unter CHF 970.-, die im August 2013 erhältlich waren, basierend auf dem Marktanteil wie von IDC zum 2. Quartal 2013 gemeldet, sowie HP internen Druckertests im schnellsten verfügbaren Farbmodus (Test 4-seitiger Musterdokumente gemäss ISO 24734). Weitere Informationen unter hp.com/go/printerclaims. ³ Angaben basieren auf der Mehrzahl der Farblaser-MFPs unter CHF 1100.- und Farblaserdrucker unter CHF 970.-, Stand August 2013, wie von IDC zum 2. Quartal 2013 gemeldet. Der Vergleich der Kosten pro Seite mit Laser-Verbrauchsmaterial basiert auf den Herstellerangaben für Tintenpatronen mit der grössten Reichweite. Angaben zu den Kosten pro Seite für die HP Officejet Pro X Serie basieren auf dem geschätzten Verkaufspreis für die Tintenpatronen HP 970XL/971XL, der veröffentlichten erzielbaren Reichweite für Farbdruke und fortlaufendem Druck. Tatsächliche Preise und Reichweite können hiervon abweichen. Weitere Informationen unter hp.com/go/learnabouthsupplies. * Die Aktionsbedingungen finden Sie hier: hp.com/de/geld-zurueck. ** EVK inkl. MwSt.

© 2014 Hewlett-Packard Development Company, L.P. Die enthaltenen Informationen können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. HP haftet nicht für hierin enthaltene technische oder redaktionelle Fehler oder Auslassungen.







Hohe Klickzahlen: Shefqet Krasniqi hetzt in Pristina gegen Christen; er war auch schon in der Schweiz zu Gast.

Gefahr der Balkan-Muslime

Der Islam in Osteuropa galt bislang als tolerant. Das muss immer deutlicher bezweifelt werden. Mindestens drei radikale Prediger aus Bosnien und dem Kosovo traten in der Schweiz auf. Viele Balkan-Moslems sind extremer als erhofft. *Von Florian Schwab*

Wenn Dr. Shefqet Krasniqi, der Imam der Grossen Moschee von Pristina im Kosovo, seine Predigten ins Internet stellt, dann sind ihm hohe Klickzahlen gewiss. Zwischen zehntausend und Hunderttausenden von Aufrufen pro Video zählt die Online-Plattform Youtube. Der Schweizer Journalist Enver Robelli, der selbst aus dem Kosovo stammt, machte die hasserfüllte Botschaft des Imams vor einigen Tagen im *Tages-Anzeiger* publik. So hetzte Krasniqi gegen Mutter Teresa (sie gehöre in die Hölle, da Christin) und verdamme die westliche Lebensweise. Pikant: Krasniqi nahm im Jahr 2011 und 2013 an Treffen des Islamischen Zentralrats Schweiz (IZRS) teil.

Noch beunruhigender sind die Aussagen von Imam Mazllam Mazllami, auch er ein isla-

mischer Würdenträger aus dem Kosovo. Dieser trat letztes Jahr in einer Moschee im basellandschaftlichen Liestal auf. Er wettet, so Robelli, «gegen die angebliche Assimilierung der Albaner in der Schweiz». Die Heirat zwischen Muslimen und Christen verteufler er.

11 000 Franken Spenden aus Baselland

Ein weiteres Beispiel für die Radikalisierung machte im März die Gratiszeitung *20 Minuten* publik: Der Bosnier Bilal Bosnic trat mehrfach in einer Moschee in Wallisellen auf und sang dabei «Mit Sprengstoff an unserer Brust ebnen wir den Weg ins Paradies».

Neben ideologischen Botschaften, so Kenner Robelli, gehe es den radikalen Predigern aus dem Balkan auch darum, Geld zu sammeln für

obskure Ziele: «Am Ende seiner Rede gibt er [Mazllami, Anm. d. Red] bekannt, dass die Anwesenden knapp 11 000 Franken gespendet hätten – «für arme Leute», wie der Imam augenzwinkernd hinzufügt.» Ob das Geld tatsächlich für humanitäre Zwecke verwendet wird oder religiösen Fanatikern zufließt, bleibt unklar.

Während Hassprediger wie Mazllami, Krasniqi und Bosnic in der Schweiz offenbar unbehelligt herumreisen können, sind in ihrer Heimat die Behörden aktiv geworden. Mitte September wurden die drei Prediger gemeinsam mit zwölf weiteren Personen in einer grenzüberschreitenden Aktion im Kosovo, in Bosnien und Serbien festgenommen. Der Vorwurf: Aufwiegelung zu religiösem Hass und Gefährdung

der Verfassungsordnung. In einer ersten Verhaftungswelle im August waren im Kosovo bereits vierzig Scharfmacher festgenommen worden, die entweder selber an kriegerischen Handlungen in Syrien beteiligt gewesen waren oder Propaganda für islamische Terrororganisationen betrieben hatten, darunter für den IS.

Bosnische Wurzeln des 11. September

Für Eingeweihte ist die zunehmende Präsenz radikalislamischer Prediger auf dem Balkan keine Überraschung. So enthält der letztjährige Jahresbericht über die religiösen Freiheiten im Kosovo, den das US-Aussenministerium veröffentlicht hat bereits erhellende Fakten: So habe die Anzahl Moscheen zwischen 1999 und 2013 um rund einen Drittel zugenommen. Die grösste muslimische Vereinigung im Kosovo, zu deren religiösen Zentren auch Krasniqis Grosse Moschee in Pristina gehört, ist eng mit der ersten islamistischen Partei des Landes, der Islamischen Einheitsbewegung LISBA verbunden.

Muss die Vorstellung des toleranten Islam auf dem Balkan revidiert werden?

Der *Weekly Standard* sieht in LISBA die «erste fundamental-islamistische Partei» auf dem Balkan und in Europa. Rund ein Drittel der Moscheen im Kosovo sei in der Hand radikaler Islamisten, schätzt das US-Aussenministerium.

Muss aufgrund dieser Erkenntnisse die Vorstellung des toleranten Islam auf dem Balkan revidiert werden? Journalist Enver Robelli stellt fest, dass die religiöse Radikalisierung kleiner Gruppen im Kosovo, aber auch in Albanien und Bosnien-Herzegowina weitgehend an der europäischen Öffentlichkeit vorübergegangen ist.

Das gelte auch für die Schweiz: «Die Albaner-Moscheen befinden sich meist in Industriequartieren. Was dort passiert, interessiert fast niemanden.» Zwar träten nicht scharenweise junge Männer und Frauen zum IS über, und gemässigte Muslime sähen die zunehmenden Umtriebe der Radikalen durchaus mit Sorge. Dennoch seien die Extremisten, weil gut organisiert, gefährlich. Sie würden mit Geldern aus dem arabischen Raum unterstützt. Der gemässigte Islam auf dem Balkan werde von einzelnen Hasspredigern in Frage gestellt.

Tatsächlich lassen sich zahlreiche historische und aktuelle Berührungspunkte finden. So kämpften in den Balkankriegen der neunziger Jahre Tausende sogenannter «bosnischer Mudschahedin» auf Seiten der bosnischen Muslime gegen Serbien. Viele von ihnen stammten aus dem arabischen Raum und hatten in Afghanistan gegen die Russen gekämpft. Mit amerikanischer Hilfe gelangten sie dann nach Bosnien. Nach Einschätzung des früheren amerikanischen Balkan-Chefunter-

händlers, Richard Holbrooke, hätten die bosnischen Muslime ohne diese Unterstützung «nicht überlebt». Diese Zusammenarbeit bezeichnete er als «Pakt mit dem Teufel». Zu Recht: Etliche «bosnische Mudschahedin» traten später al-Qaida bei. Der *L.A.-Times*-Reporter Terry McDermott identifiziert in seinem Buch über die Attentäter zwei der Flugzeugentführer vom 11. September 2001 als Bosnien-Veteranen: die aus Saudi-Arabien stammenden Khalid al-Mihdhar und Nawaf al-Hazmi. Der Schwiegersohn Osama Bin Ladens, Sulaiman Abu Ghaith, kämpfte ebenfalls in Bosnien. Er wurde im März vom Obersten Gerichtshof in den USA zu lebenslanger Haft verurteilt.

Aus Saudi-Arabien fliesst heute offenbar gezielt Geld in den Ausbau radikaler Moscheen im Kosovo. So hat die Islamische Stiftung al-Waqf al-Islami (AWAI), die durch ihre Unterstützung radikaler Prediger in ganz Europa auffällt, im Kosovo die Errichtung von Moscheen unterstützt. Ein Sprecher der islamischen Gemeinschaft des Kosovo liess sich vom *Weekly Standard* mit der Aussage zitieren: «Wir haben eine Kooperation mit AWAI.»

Heute, so der Bericht des US-Aussenministeriums, gebe es im Kosovo «Rekrutierungs- und Transitzentren» für «Extremisten auf ihrem Weg in den syrischen Kampf». Die Zahl der IS-Kämpfer im Irak und in Syrien aus dem Kosovo wird auf rund 150 geschätzt, aus Bosnien-Herzegowina auf 350, aus Albanien auf 100.

Der kosovarische Journalist Visar Duriqi, der kritisch über die zunehmende Präsenz radikalislamischer Propaganda und Rekrutierungsversuche für Terrorgruppen geschrieben hat, wurde Anfang September mit dem Tode durch Enthauptung bedroht. Die Organisation «Reporter ohne Grenzen» verlangt seither Schutzmassnahmen für sein Leben.

Die radikalislamische Agitation im Kosovo hat laut Einschätzung von Enver Robelli auch Folgen für die Schweiz und andere westeuropäische Staaten. Insbesondere bei schlecht integrierten Jugendlichen könnten solche Botschaften verfangen. Der auf den Dschihadismus spezialisierte ETH-Forscher Lorenzo Vidino dagegen sieht das Problem umfassender. In einem Kommentar für die *NZZ* schrieb er, es gebe eine «wachsende Anzahl Dschihadismus-Sympathisanten aus der Mitte der Gesellschaft». Im März liess er sich mit der Aussage zitieren, dass «ein Grossteil der extremen Muslime in der Schweiz» heute «Migranten aus dem Westbalkan» seien.

Ähnliche Befürchtungen hegt ein Zürcher Stadtpolizist, welcher seit vielen Jahren mitten im Geschehen steht. Aufgrund seiner exponierten Stellung möchte er sich nur anonym zitieren lassen. Er stellt bei vielen Einwanderern aus dem Balkan eine hohe Gewaltbereitschaft im Zusammentreffen mit der Polizei fest. «Sie lehnen unseren Rechtsstaat ab und stellen den Familienclan über diesen.» Es gebe «Zonen in

Zürich, wo Streifenwagen nicht mehr alleine agieren könnten, vor allem an Wochenenden.» Einzelne Polizeipatrouillen müssten mittlerweile davon absehen, Autos zu kontrollieren, in denen mehrere junge Kosovo-Albaner zu vermuten seien, weil «Probleme programmiert sind». Offenkundig sei zudem die Nähe albanischer Einwanderermilieus zum Drogenhandel. Dieser werde «zu einem grossen Teil» durch Clans aus dem Balkan organisiert.

Eine religiöse Radikalisierung habe er in Zürich zwar noch nicht festgestellt, «aber der Nährboden dafür ist vorhanden», so der Polizist. Das Gewaltversprechen, das der IS in seinen Videos propagiere, sei zweifellos für viele Jugendliche aus dem betreffenden Kulturkreis attraktiv. «Das bestärkt sie in ihrem Gewalttausch, welchem unser Staat keine adäquaten Mittel entgegenzusetzen weiss.»

Zurückhaltender Nachrichtendienst

Wie stellen sich offizielle Stellen zu der Gefährdung? Der Islamische Zentralrat Schweiz, auf dessen Einladung Shefqet Krasniqi mehrmals in die Schweiz reiste, hält dessen Verhaftung für «politisch motiviert». Beim Verein Kandil in Liestal, wo Mazllam Mazllami auftrat und Geld sammelte, war niemand zu erreichen.

In Österreich überwachen die Behörden mittlerweile eine Wiener Moschee, die als Zentrum der islamistischen Fanatiker aus Bosnien gilt. In der Schweiz hält sich der Nachrichtendienst des Bundes (NDB), der für die Terrorabwehr zuständig ist, dagegen bedeckt. Er treffe die gebotenen Massnahmen, wenn er von Besuchen radikaler Prediger erfahre. Konkret wollte er sich nicht dazu äussern, dass mindestens drei der fünfzehn kürzlich verhafteten radikalen Prediger unbehelligt in die Schweiz reisen, auftreten und Geld sammeln konnten. Auch liess der NDB die Frage offen, ob er in den Muslimen aus dem Balkan eine besondere Gefahr sehe. ○

Jürg Hoss • Liquidator

Villen-Liquidation in Zollikon ZH

Im Auftrage der Erben gelangt die gepflegte, umfangreiche Einrichtung einer 8-Zimmer-Villa zum Verkauf.

Bilder von: Anker, Alice Boner, A. Dietrich, C.W. Liner, Moilliet, P. Bodmer, W. Weber usw.



Details unter: www.hoss-liquidator.ch

Freie Besichtigung und Verkauf:

**ab Donnerstag, 2. Oktober
bis Montag, 6. Oktober 2014, 9 bis 17.30 Uhr,
Samstag, 9 bis 15 Uhr**

Dufourstrasse 35, 8702 Zollikon
(Bus Nr. 912 oder Nr. 916 ab Bahnhof Tiefenbrunn bis Felbenstrasse)

Beauftragte Firma: **Jürg Hoss, Liquidator 33**

www.hoss-liquidator.ch

Der talentierte Monsieur de Weck

Warum ich, zu meiner eigenen Verwunderung, ein Loblied auf den SRG-Generaldirektor anstimme.
Von Kurt W. Zimmermann

Der entscheidende Tag in der Karriere von Roger de Weck war ein Freitag im April des Jahres 1997. Er traf sich zu einer Aussprache mit seinem direkten Vorgesetzten.

Es war der Tag, an dem Roger de Weck den Ruf erwarb, von moralischer Integrität umweht zu sein.

Sein direkter Vorgesetzter war damals Hans Heinrich Coninx, der Verleger des Zürcher *Tages-Anzeigers*. De Weck war Chefredaktor des Blatts. Bei der Aussprache setzte er sich rechts von Coninx hin.

Wann immer es geht, setzt sich Roger de Weck rechts von seinem Gesprächspartner hin. Denn sein linkes Auge ist sein starkes Auge. Mit dem linken Auge erkennt er die Welt und sein Gegenüber vollkommen scharf. Mit dem rechten Auge irrlichtert sein Blick, seit Geburt, hingegen schielend in der Welt herum.

De Weck sass also linksäugig von Verleger Coninx und sagte in entrüstetem Ton: «Er oder ich.»

Er, das war Michel Favre, der damalige Vorsitzende der Geschäftsleitung. Der bestand darauf, dass de Weck das Redaktionsbudget seiner Zeitung um zusätzliche zehn Prozent zu kürzen habe. Coninx unterstützte ihn. De Weck nahm also den Hut wegen «Unvereinbarkeit bei den Sparbemühungen».

Für die Journalisten des Landes war er ein Held. Seit diesem Tag umweht Roger de Weck die Aura der moralischen Integrität.

Ultimatum aus «jugendlichem Übermut»

Wie man später erfuhr, war sein Ultimatum eine kalkulierte Drohkulisse. De Weck verhandelte damals bereits mit dem deutschen Wochenblatt *Die Zeit*, um dort Chefredaktor zu werden. Sein dramatischer Abgang war sein finales moralisches Argument.

De Weck war immer schon ein Meister der pragmatischen Anpassung. Er hat ein enorm gutes Sensorium für die Dramatik des Momentums. Das brachte ihn fünfzehn Jahre später auch ins Amt des Generaldirektors der Schweizer Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) – aber darauf kommen wir noch.

Roger de Weck, kein Zweifel, ist eine der interessantesten Figuren der neuen Schweizer Mediengeschichte.

Und ich muss sagen: Er ist der beste Generaldirektor, den die SRG je hatte. Er hat in den fast vier Jahren, in denen er an der Spitze des Staatsfunks steht, eine hervorragende Leistung geboten. Die SRG ist politisch besser verankert als je, sie ist finanziell stabiler als je, sie

ist programmlich innovativer als je, und sie hat eine unternehmerische Zukunftsvision, die überzeugt.

Wer sich eine schwache SRG wünscht, sieht das natürlich anders.

Die SRG war tatsächlich nie besser aufgestellt als heute. Am letzten Freitag stimmten die beiden eidgenössischen Räte in der Schlussabstimmung dem neuen Radio- und Fernsehgesetz zu. De Weck hatte kräftig und erfolgreich dafür lobbyiert. Das Gesetz wird die SRG für immer unantastbar machen – aber darauf kommen wir noch.

De Weck nennt sein Unternehmen «eine eidgenössische Institution». Die Institution ist nun unantastbar, und vieles davon ist das Verdienst ihres Generaldirektors. Ich muss ehrlich sagen: Er machte einen viel besseren Job, als ich es vor vier Jahren erwartet hatte. Meine Strafe ist das Loblied, das ich nun schreiben muss.

Zum ersten Mal haben wir uns in Chiasso getroffen, 1979 bei der Gerichtsverhandlung zum sogenannten SKA-Skandal. Die damalige

Kein Zweifel, er ist eine der interessantesten Figuren der Schweizer Mediengeschichte.

Schweizerische Kreditanstalt hatte dubiose Gelder aus Italien nach Liechtenstein verschoben. Wir waren beide unerfahrene Journalisten, beide Mitte zwanzig.

Ich schrieb über den Prozess dann ein paar Artikel. Roger de Weck schrieb über den Prozess ein Buch.

Das ist der Unterschied.

Zum letzten Mal haben wir uns vergangene Woche getroffen, im Hotel «Montana» in Luzern. Während zweier Tage fand dort die Verwaltungsratssitzung der SRG statt. Er setzte sich rechts von mir, und wir redeten ein bisschen über die alten Zeiten. Sein damaliges Ultimatum an Verleger Coninx, so sagte er nun, war wohl «jugendlichem Übermut» zuzuschreiben.

Wir redeten auch über die Zukunftsstrategie der SRG. Die Zukunft der SRG ist rosarot und finanziell schwarz – denn ihr Chef sieht seine Zahlen heute aus einem ganz anderen Blickwinkel als auch schon.

Roger de Weck und ich sassen in den neunziger Jahren gemeinsam in der Geschäftsleitung des Medienhauses Tamedia. Er war als Chefredaktor des *Tages-Anzeigers* so etwas wie der

oberste Publizist des Hauses. Ich war verantwortlich für die Zeitungen und Zeitschriften und damit so etwas wie der oberste Kommerz-Heini des Hauses.

In finanziellen Fragen waren wir uns selten einig. Ich plädierte dafür, dass die Kosten für den Journalismus dem ökonomischen Umfeld anzupassen seien, hinauf in guten Zeiten, hinunter in Krisenzeiten. Er argumentierte, dass Qualität ihren festen Preis habe, unabhängig von der Ertragslage des Unternehmens. Er konnte sehr stur sein.

In der SRG hat de Weck nun einen Mittelweg zwischen betriebswirtschaftlichem Realismus und programmlicher Ambition gefunden. In diesem Jahr wird die SRG bei einem Umsatz von gut 1,6 Milliarden eine schwarze Null schreiben. Das ist ansprechend, weil 2014 ein Sportjahr ist. Dann fallen jeweils zwanzig Millionen Franken an zusätzlichen Kosten für Rechte und Produktionen an.

Man muss de Weck dennoch nicht gleich als kühnen Sanierer bejubeln. Es gab, als er anfang, in der SRG genügend Potenzial für eine höhere Effizienz. Immerhin, er hat es angepackt und ist auch in einige vormalige Heilig-tümer vorgestossen.

So werden nun die Radio- und TV-Studios zusammengelegt, vorher eine Tabuzone. Der Brunnenhof, wo das Deutschschweizer Radioteam sitzt, zieht um in die TV-Zentrale am Leutschenbach. Die Tessiner Radiojournalisten zügeln aus Besso nach Comano, wo ihre TV-Kollegen arbeiten. Die vier News-Produktionssysteme der vier Landesteile, zuvor unantastbare IT-Hoheiten, werden zusammengelegt. Die Geschäftsleitung der SRG hat de Weck von dreizehn auf sieben Mitglieder verkleinert. Auch das Backoffice schrumpft.

Es ist ein neuer, nüchterner Stil, der am SRG-Sitz an der Giacomettistrasse in Bern sichtbar wird. Man sieht das schon, wenn man das Büro betritt.

Trojanisches Pferd als Gegenkandidat

De Wecks Vorgänger Walpen versank jeweils gravitatisch in seinem wuchtigen, dunkelroten Ledersofa. Als Gesprächspartner sass man vis-à-vis in einem ähnlichen Möbelmonster, das zum längeren Verbleib aufforderte. Bei de Weck sitzt man als Besucher auf einem unbequemen Barhocker an einem erhöhten Tisch, von dem man sich am liebsten möglichst schnell davonmachen möchte.

Es gibt einige Mythen um de Wecks Berufung in sein heutiges Büro. Die meisten gehen davon



Meister der pragmatischen Anpassung: SRG-Generaldirektor de Weck.

aus, dass der damalige Medien-Bundesrat Moritz Leuenberger seinen Duzfreund Roger in den Job bugsierte. Das ist nur halb richtig.

Der SRG-Verwaltungsrat beauftragte 2010 einen Headhunter mit der Suche nach dem neuen SRG-Spitzenmann. Martin E. Heuberger vom Personalvermittler Amrop Executive Search bekam das Mandat. Er evaluierte verschiedene Kandidaten und sprach auch Roger de Weck auf ein mögliches Interesse an. De Weck signalisierte Interesse.

Erst nun kam Leuenberger ins Spiel. Er bat den SRG-Verwaltungsrat, die Kriterien der Personalsuche zu verändern. Statt betriebswirtschaftlicher Kompetenz, wie zuvor im Jobprofil gefordert wurde, forderte er nun mehr publizistisches Know-how – de Weck war damit durch.

Leuenberger hatte einen sicheren Instinkt. De Wecks einziger Gegenkandidat war Hans-Peter Rohner, der VR-Präsident des Werbevermittlers Publigroupe. Sein Unternehmen, in diesem Sommer definitiv untergegangen, war schon damals in einer schweren Krise.

Alle wunderten sich damals, warum Rohner zur SRG wollte und dafür eine jährliche Lohnbusse von einer Million Franken in Kauf nahm. Ich wunderte mich auch, doch die Wahrheit habe ich erst später erfahren. Rohner, in Absprache mit seinem Verwaltungsrat, bewarb sich als SRG-Generaldirektor, nicht weil er SRG-Generaldirektor werden wollte, sondern um sein eigenes Unternehmen zu retten. Er sollte, falls er den Job bekam, seine Werbefirma Publicitas mit der erfolgreichen SRG-Werbetochter Publisuisse fusionieren. Ziel war die Rettung eines maroden Privatunternehmens durch ein gesundes Staatsunternehmen.

Rohner war ein trojanisches Pferd. Er kehrte nach der gescheiterten Mission darum auch problemlos auf seinen vormaligen Sessel des VR-Präsidenten zurück. Leuenberger hatte geahnt, dass etwas faul war, und er hatte auf de Weck gesetzt.

Am meisten gelernt hat de Weck vermutlich als Chefredaktor der *Zeit*, wo er von 1997 bis 2001 in dieser Position tätig war. Er übernahm eine träge, weltfremde und elitäre Truppe. Doch er hatte auch hier das Sensorium für die Dramatik des Momentums. Er wusste, dass er etwas ändern musste.

Sein erster Arbeitstag bei der *Zeit* war am Montag, dem 1. September. Am Vortag, dem 31. August, war in Paris Prinzessin Diana ums Leben gekommen. De Weck leitete seine erste Redaktionssitzung. Er sagte, er werde einen Kommentar zu dieser Ikone Lady Di und dem menschlichen «Urbedürfnis nach dem Mythos» schreiben. Es schlug ihm blankes Entsetzen über solchen Boulevardstil entgegen. Er schrieb den Kommentar dennoch.

Nur wenige Jahre später war er noch mehr isoliert. Er hatte in der Zwischenzeit ein Dutzend Ressortleiter ersetzt und sich durch

seinen eher arroganten Auftritt auch sonst viele Feinde gemacht. Als zusätzlich auch der kommerzielle Erfolg ausblieb, weil er die Kosten nicht genügend senkte, wurde er schnörkellos entlassen.

Inzwischen ist die *Zeit* eines der erfolgreichsten Wochenblätter Europas. Man muss fairerweise anerkennen, dass dieser Aufschwung von de Weck angestossen wurde. Anders als noch zu seinen Zeiten beim *Tages-Anzeiger*, versuchte er in Hamburg nicht, verkrustete Strukturen zu erhalten, sondern er versuchte, sie zu erneuern.

Tragende Rolle statt Pausencdown

Bei der SRG traf er vor vier Jahren eine ähnliche Ausgangslage an. Er hatte nicht mit diesem Job gerechnet.

De Weck hatte sich auf ein Leben als entspannter Frührentner eingerichtet. Er präsentierte am Fernsehen die «Sternstunde Philosophie», ein feines Kleinkabarett unter Ausschluss der Öffentlichkeit, er schrieb Bücher über wohlfeile Themen wie Kapitalismus und

Unerwartet bekam er eine letzte Chance, dieses Land doch noch mitzugestalten.

Deutschland, er moderierte Podiumsdiskussionen, dies aber immerhin zu einem Tagessatz von 5000 Franken und mehr.

Das Jobangebot der SRG kam dann unerwartet. Er sagte schnell zu.

Roger de Weck erkannte umgehend die Opportunität, statt seiner Rolle als gutbezahlter Pausencdown doch noch eine tragende Partie in dieser Gesellschaft spielen zu können. Nach den zwei unglücklichen Engagements beim *Tages-Anzeiger* und bei der *Zeit* und nach sieben Jahren Selbständigkeit im Salon bekam er eine letzte Chance, dieses Land doch noch mitzugestalten.

Seine Arbeit als SRG-Generaldirektor ist heute dreigeteilt. Ein erstes Drittel seines Jobs ist die Politik. Er trifft Bundesräte, Parlamentarier, Spitzenbeamte, meist ungeplant und nicht nach durchgetakteter Agenda. Er hält sich dabei an seinen habituellen Stil, freundlich und verbindlich, aber stets auch ein wenig von oben herab, wie das ein Vertreter des Freiburger Adels eben pflegen kann.

Ich kenne Roger de Weck seit bald vierzig Jahren. Es geht mir wie allen. Er hält auch gegenüber alten Bekannten stets Distanz. Er hat keine Körpersprache. Diskussionen mit ihm sind selten kollegial entspannt. Es würde mir auch nach vierzig Jahren nie einfallen, ihn einmal herzlich zu umarmen.

Das zweite Drittel seines Jobs ist die Betriebswirtschaft. Hier hat er den früheren Lotterhaufen SRG auf Kurs gebracht. Das muss man anerkennen. Kurz nach seinem Start sagte er den Satz, den viele im Schuldenstadel SRG

als Bonmot empfanden: «Mit roten Zahlen hat man keine rosa Zukunft.»

Das Bonmot war ein Versprechen, und er löste es ein. De Wecks Vorgänger Armin Walpen hatte noch jährliche Defizite zwischen fünfzig und achtzig Millionen angehäuft. Inzwischen ist das Budget im Lot.

De Wecks beste betriebswirtschaftliche Leistung war allerdings die Verschlankung seines Apparats. Er schichtete dazu Mittel aus der Verwaltung ins Programm um. Seit seinem Start haben die Programmkosten um dreizehn Prozent zugenommen, der Kostenblock der Verwaltung ist um vierzehn Prozent gesunken. Das nennt man bessere Kundenorientierung.

Es ist lange her, dass de Weck sich als finanztechnischer Luftikus darstellte. Unvergesslich war etwa sein aufgedrehter Auftritt an der Protestkundgebung für den Zürcher Schauspielhaus-Intendanten Christoph Marthaler, der wegen seiner notorischen Verschwendungssucht entlassen werden musste. De Weck fand die Entlassung «bireweich».

Das dritte Drittel seines Jobs ist die Strategie. Strategie ist in der SRG eine Angebotsstrategie. Beim Radio ist das heutige Menü unstrittig. Beim Fernsehen hingegen lautet die Dauerfrage: «Was soll der Service public bieten und was nicht?»

De Weck interpretiert den Service public noch breiter als seine Vorgänger. Er reicht bei ihm von US-Serien bis Formel 1 und von Soaps bis zu Reality-Shows. Mehr als seine Vorgänger drängt er hingegen auf vermehrte Eigenproduktionen, von Serien wie «Der Bestatter» über Live-Events wie «SRF bi de Lüt» bis zu Samstagabend-Shows wie «The Voice of Switzerland».

Die Überlegung dahinter ist marktopportun. Auch de Weck weiss, dass sich sein heutiger TV-Marktanteil von gut dreissig Prozent mittelfristig nicht halten lässt. Die zunehmende Segmentierung des Angebots und der zunehmend zeitverschobene Konsum drücken in allen Ländern die Marktanteile der Landesender nach unten.

Um die Gebühren zu rechtfertigen, setzt de Weck in seiner Argumentation darum nicht mehr auf den durchschnittlichen Marktanteil, sondern auf die Einschaltquoten seiner Highlights. Wenn bei Eigenproduktionen wie dem «Bestatter» um die 43 Prozent zuschauen, so seine Argumentation, dann halte dieses Einzelereignis die Eidgenossenschaft zusammen.

Die Highlight-Strategie scheint aufzugehen. Auch Sendungen wie «Anno 1914», «Swiss Awards», «Auf und davon» und «SRF bi de Lüt» erreichten zuletzt Marktanteile von über vierzig Prozent.

Darum wird das Schweizer Fernsehen künftig noch mehr Geld in kostspielige Eigenproduktionen investieren. «Was im TV erfolgreich ist, ist teuer», sagt de Weck. Die neue Legitimation des Service public wird nun mit Geld erkaufte.

Der Systemwechsel bei den Gebühren kam darum im rechten Moment. Künftig werden alle Haushalte und Unternehmen Gebühren zahlen, auch wenn sie die SRG-Angebote gar nicht nutzen. Die Empfangsgebühr ist zu einer Mediensteuer geworden.

Das gibt de Weck und seiner SRG für die Zukunft enorme Sicherheit. Finanziell ist der Staatsfunk nicht mehr zu destabilisieren.

Die SRG ist heute in einer Position der absoluten Stärke. Das wissen de Wecks Verbündete genauso gut, wie es seine Gegner ahnen.

Der martialische Tonfall der Gegner

Seine SRG ist für die SP und die restliche Linke wie Alice im Wunderland. Sie freuen sich über einen Markt, in dem die gesamte Population zwangsbeglückt wird. Dieser Markt ist unter starker obrigkeitlicher Regulierung und wird von einem subventionierten Bundesbetrieb als Marktleader quasi monopolisiert. Im Schweizer Rundfunk ist jene zentralstaatliche und antiprivatwirtschaftliche Fantasie verwirklicht, die zu realisieren der Linken in anderen vergleichbaren Branchen wie Kranken- oder Pensionskassen bisher misslang.

Natürlich sagen auch seine Gegner einiges über ihn aus.

Zwischen de Wecks SRG und den privaten Medienhäusern herrsche ein «eigentlicher Krieg», weil er für die Verlage eine «existenzielle Bedrohung» sei, lamentierte etwa Verlegerpräsident Hanspeter Lebrument. Grund für seinen martialischen Tonfall war de Wecks Absicht, Werbung auch auf den Internetseiten seines Hauses zu schalten.

De Weck krebste dann ein bisschen zurück und willigte in einen vorläufigen Verzicht auf Online-Werbung ein. Inzwischen bereitet er drei parallele Konzepte vor, welche die privaten Medienhäuser noch viel existenzieller bedrohen werden, als es sich diese heute vorstellen können – doch darauf kommen wir später noch.

Zu den traditionellen Opponenten gehört auch der Gewerbeverband. Bei der Revision des Radio- und TV-Gesetzes lobbyierte de Weck erfolgreich bei Medienministerin Doris Leuthard und bei bürgerlichen Parlamentariern für die Ausdehnung des Gebührenzwangs. In der SRG nennt man die Zwangsgebühr darum nun beschönigend «Medienabgabe».

Auch die SVP läuft auf

Gewerbeverbandspräsident Hans-Ulrich Bigler hat das Referendum gegen das neue Radio- und TV-Gesetz angekündigt. De Weck hat bereits ein Konzept, wie er diesen Angriff kontern wird. Es wird de Wecks grösster Triumphzug seiner Amtszeit werden und ihn zu einem ewigen Säulenheiligen machen – doch darauf kommen wir später noch.

Und natürlich dürfen wir die SVP nicht vergessen. Sie schlägt sich tapfer, aber völlig er-



Erfolg mit weltfremder Truppe: Zeit-Chefredaktor de Weck, 1998.

folglos gegen den SRG-Chef. Da will Nationalrätin Natalie Rickli das Programmangebot des Service public eindampfen. Da will die Junge SVP die Billag-Gebühren per Volksentscheid abschaffen. Da kritisiert Nationalrat Christoph Mörgeli de Wecks «buchhalterische Geisterbahn». Da will Nationalrat Gregor Rutz, dass auch private Anbieter SRG-Sendungen produzieren.

Alles schön und gut, an Roger de Weck perlt es ab.

De Weck lässt sie auflaufen, die Verleger wie die Politiker. Dabei kommt ihm sein Charakter entgegen, dass er mitunter autistische Züge annehmen kann. Externe Gesprächspartner sind immer wieder irritiert, wenn sie mit ihm reden. Sie wissen nicht, ob er ihnen überhaupt zuhört. Mimische oder gestische Rückmel-

Das Vorbild bei seinem bisher vielleicht ehrgeizigsten Projekt ist ausgerechnet Rupert Murdoch.

dungen auf ihre Ausführungen bleiben aus. Schon zu seinen Zeiten als Chefredaktor baute er mit dieser Unnahbarkeit einen Schutzwall um sich herum.

Im kleinen Kreis, sagen Mitarbeiter, ist er meistens anders. Hier hört er zu.

Am besten zugehört hat er in den letzten Jahren im Bereich Internet. Als de Weck seinen Job antrat, verstand er sich immer noch zu einem schönen Teil als *Homme de Lettres*. Von den Möglichkeiten der digitalen Welt verstand er wenig.

Die Lernfortschritte sind bemerkenswert. Seine Kernstrategie nennt er inzwischen «die Verbindung von *broadcast* und *broadband*». Der

klassische Rundfunk wird mit den Datenmengen des digitalen Netzes verknüpft. Das eröffnet neue Angebote sowohl im Programm wie auch – Verleger aufgepasst – in der kommerziellen Werbung.

Drei digitale Grossprojekte sind in der SRG derzeit in Arbeit.

Da ist zuerst einmal der Pilotversuch «Blue botton», ein Modell, das der Jugendsender Joiz seit einiger Zeit anwendet. Wenn am Fernsehen ein Werbespot läuft, erscheint daneben ein blauer Knopf. Mit der blauen Taste auf der Fernbedienung kann nun der Zuschauer aktiv werden. Er kann zum Beispiel Zusatzinformationen zu den beworbenen Produkten einsehen oder auch gleich einen Kaufabschluss vornehmen. Natürlich sind diese Informationen auch mit der SRF-Website verlinkt. Weil der Zuschauer via Bildschirm zum Produkt gelangt, kann mit diesem Trick auch das SRG-Werbepot im Internet umgangen werden.

Eine ähnliche Angebotsausweitung ist auch rund um die neue Gerätetechnik HbbTV bis in die Testphase gediehen. Dabei wird in der unteren Hälfte des Fernsehschirms ein Balken eingeblendet. Darauf sind Informationen wie News, Wetter, Flugverkehr oder Fussball abrufbar. Auch Videos und Webcasts, etwa als Ergänzungen zu ausgestrahlten Sendungen, sind geplant. Und logischerweise kann der Sender auch kommerzielle Informationen und Werbung anbieten und damit sein Online-Werbepot korrigieren. Bereits protestierte der Verlegerverband heftig gegen diese «weitere Wettbewerbsverzerrung gegenüber den Privaten».

Das vielleicht ehrgeizigste Projekt ist die Schiene, bei der tatsächlich *broadcast* und *broadband* eng zusammenrücken. Das Vorbild von Roger de Weck ist hier ausgerechnet Rupert

Murdoch. Murdoch ist in Grossbritannien sowohl an TV-Sendern wie auch an Kabelnetzen beteiligt. Dadurch kennt er die Sehgewohnheiten der TV-Nutzer genau. Er kann aufgrund ihrer TV-Nutzung detaillierte Persönlichkeitsprofile der einzelnen Zuschauer erstellen.

Murdochs Kanal BskyB strahlt darum nicht mehr einen übergreifenden Werblock für das gesamte Publikum aus. Stattdessen werden gleichzeitig sieben Werbeblöcke für unterschiedliche Zielgruppen über die Set-Top-Box ausgestrahlt. Die jungen Zuschauer bekommen andere Werbespots als die älteren Zuschauer, die Autoliebhaber bekommen andere Spots als Modeinteressierte, die ländliche Bevölkerung andere Spots als urbane Londoner.

Das Beste für ihn kommt erst noch

Dasselbe Modell will auch de Weck umsetzen. Dazu will er strategische Allianzen mit den Netzbetreibern Swisscom und Cablecom aushandeln, um an die Nutzerdaten seiner Zuschauer heranzukommen.

Für die private Konkurrenz im Werbemarkt sind das schlechte Nachrichten. Der einzige Vorteil von Zeitungen, Zeitschriften und Internet gegenüber dem Massenteppich des Fernsehens war bisher, dass TV-Werbung keine ausgewählten Zielgruppen ansprechen konnte. Dieser Vorteil der Verleger wäre mit de Wecks Plänen dahin.

Es ist ein hübscher Wandel, den Roger de Weck in seiner Amtszeit durchgemacht hat. Da sitzt er nun in seinem Büro in Bern und doziert mit Begeisterung, wie er der SRG neue Werbeeinnahmen erschliessen wird. Ich erinnere mich an ähnliche Begeisterungsschübe, wenn er früher über die Segnungen der EU oder den Zusammenhalt der Landesteile referierte.

Ich fand, der Mann sei talentiert.

Doch das Beste für ihn kommt erst noch.

Man kann davon ausgehen, dass das Referendum zum neuen Radio- und TV-Gesetz und zu seiner Mediensteuer zustande kommen wird. Der Gewerbeverband ist dazu kraftvoll genug. Bereits im November 2015 kann die Volksabstimmung zur SRG stattfinden.

Sie wird zu einem Plebiszit werden. Roger de Weck wird der erste SRG-Generaldirektor der Geschichte sein, der sein Unternehmen in eine Volksabstimmung führen wird. Es gab seit 1291 noch nie einen Urnengang zur Schweizer Radio- und Fernsehgesellschaft.

Es ist leicht vorzusagen, wie die Abstimmung ausgehen wird. In der Deutschschweiz werden sich mindestens 65 Prozent hinter die SRG stellen. In der romanischen Schweiz werden es 75 Prozent sein. Das Volk wird der SRG mit dem Stimmzettel zujubeln.

Roger de Weck steht vor einem Triumphzug. ○

Mehrabgaben und Apéros

Die Herbstsession ist Geschichte. Welche Geschäfte kosten den Steuerzahler am meisten? Welche Fragen haben die Parlamentarier am meisten beschäftigt? Der Sessions-Check.

Von Christian Mundt



Linksabweichung: Gotthard-Strassentunnel.

Von den vier Sessionen pro Jahr ist die Herbstsession die unspektakulärste: Die mit Apéros und Reisen verbundenen Präsidentenwahlen finden im Winter statt, die Fraktionsausflüge im Sommer, im Frühjahr ist das Programm von Feiertagen begleitet. Dafür haben die Volksvertreter im Herbst mehr Zeit, um Gesetze zu verabschieden und neue Ausgaben zu beschliessen.

Die teuerste Abstimmung

Rund 2,7 Milliarden Franken kostet die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels. Ein halbes Jahr nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat dem Bau einer zweiten Röhre zugestimmt, wobei es (vorerst?) bei einer Spur pro Richtung bleibt. Geschlossen gegen das Projekt stimmte der links-grüne Block: die Grünen, die Sozialdemokraten und die Grünliberalen. Gegen einen weiteren Tunnel zwischen Göschenen und Airolo, und damit gegen ihre Bundesrätin, stimmten zudem die beiden Zürcherinnen Maja Ingold (EVP) und Barbara Schmid-Federer (CVP) – was Letzterer dem Vernehmen nach an der Fraktionssitzung böse Worte von Verkehrsministerin Doris Leuthard einbrachte. Die fast schon obligate Linksabweichung unter den Freisinnigen erfüllte diesmal Christa Markwalder alleine. Das letzte Wort dürfte das Volk im kommenden Jahr ha-



Geometrische Buchenhecken: Grüne Trede.

ben: Umweltverbände haben das Referendum angekündigt.

Die kreativste Wortschöpfung

Keine Steuer, sondern eine Abgabe mit Spezialcharakter sei die Empfangsgebühr für Radio und Fernsehen. Diese bürokratische Bezeichnung ist wichtig, denn jede Steuer braucht eine Grundlage in der Verfassung – was eine Volksabstimmung nötig machen würde. Während es bei einer Steuer keine direkte Gegenleistung gibt, ist eine Gebühr das Entgelt für eine direkte Gegenleistung. Mit der Revision des Radio- und Fernsehgesetzes wird die bisherige Gebühr faktisch zur Steuer: Neu muss jeder die Empfangsgebühr zahlen und nicht mehr nur wie heute, wer ein Empfangsgerät – Radio, TV, PC oder Handy – besitzt. Das führt dazu, dass auch Blinde Fernsehgebühren, Taube fürs Radio bezahlen müssen. Trotz kreativer Wortschöpfung: Auch die Abgabe mit Spezialcharakter wird vom Volk genehmigt werden müssen, wenn der Gewerbeverband das Referendum ergreift.

Die längste Anschubfinanzierung

Gemäss Duden ist eine Anschubfinanzierung eine «stützende finanzielle Massnahme, mit der Anfangsschwierigkeiten eines Projekts überwunden» werden sollen. Damit in der Schweiz mehr Krippenplätze – in Beamten-

deutsch «familienergänzende Kinderbetreuung» – angeboten werden, sprach das Parlament darum im Jahr 2002 200 Millionen Franken für eine Anschubfinanzierung. Im Oktober 2010 wurde dann die Verlängerung dieser Anschubfinanzierung bis zum Jahr 2015 beschlossen, wofür weitere 120 Millionen gesprochen wurden. Nun hat das Parlament auf Initiative von Rosmarie Quadranti (BDP) zum dritten Mal eine Weiterführung beschlossen. Dies, so Quadranti, «weil das Programm äusserst erfolgreich, der Prozess aber noch nicht abgeschlossen ist». Ungeklärt bleibt die Frage, wann der Prozess abgeschlossen sein wird – und wie viele Subventionen bis dahin noch fliessen müssen. Und so zahlt der Steuerzahler vorerst weitere 120 Millionen, die zwischen 2015 und 2019 ausgeschüttet werden. Schon jetzt steht fest: Es handelt sich um einen der längsten Anschläge der Bundeshausgeschichte.

Die wichtigen Fragen

Die Sessionswoche beginnt im Nationalrat traditionellerweise mit der Fragestunde. Die Bundesräte beantworten dabei aktuelle Fragen, die von den Parlamentariern eingereicht wurden. Die Bedeutsamkeit einzelner dieser Anliegen erschliesst sich dem Zuschauer allerdings nicht immer. So wollte die Grüne Aline Trede wissen, ob sich der Bundesrat an den Bäumen in den Höfen des Bundeshauses stört, da er diese durch geometrisch geschnittene Buchenhecken ersetzen will. Oder ob er den Widerspruch zwischen der «Grand Tour of Switzerland» – einer Autoferienroute durch die Schweiz, die von Schweiz Tourismus beworben wird – und der Verminderung des CO₂-Ausstosses erkennt? Die Antwort vom Bundesrat: Ein Preisgericht kam zum Schluss, «dass durch das Weglassen der Bäume der Stellenwert des Baudenkmals erhöht wird», und, nein, er sehe keinen Widerspruch. Die Waadtländer SP-Frau Rebecca Ruiz stört sich am «Hass auf sozialen Netzwerke» und wollte darum vom Bundesrat wissen, ob er Massnahmen gegen diese Aufrufe zum Hass ergreife – was dieser verneinte, da er dagegen nichts machen könne. Anstatt selber das Grundbuch zu konsultieren, wandte sich die St. Galler Grüne Yvonne Gilli lieber an den Bundesrat: «Ist das Breitfeld in St. Gallen wirklich im Besitz des VBS?», fragte sie die Regierung an. Denn, so führte sie weiter aus, «die Besitzverhältnisse des Breitfeldgeländes sind dem Vernehmen nach unklar». Das VBS bestätigt, dass die 230 Hektaren Eigentum des Bundes sind. O

Staatsschutz und Islamismus

Der Ruf nach einem IS-Verbot ist so wohlfeil wie wirkungslos. Die Schweiz muss zu einem wirksamen und vernünftigen Staatsschutz zurückkehren. Und die entsprechenden Instrumente bereitstellen.

Von David Zollinger

Nach Jahren der relativen Ruhe kehrte letzte Woche der Terrorismus in die Schweiz zurück. Die Medien berichteten von der Verhaftung dreier Aktivisten des Islamischen Staates (IS), die mutmasslich Anschläge in der Schweiz geplant hätten. Die Politik verlangte umgehend ein Verbot des IS in der Schweiz. Eine der wenigen besonnenen Stimmen kam vom Verteidigungsminister. Er bezeichnete ein Verbot des IS als das, was es in erster Linie wäre: ein Ausdruck der «internationalen Solidarität», aber ohne grosse praktische Wirkung. Reine Symbolpolitik also.

Man nimmt mit Erstaunen zur Kenntnis, dass ein Parlament, das im Jahre 2003 bei der Strafgesetzrevision die eventualvorsätzliche Terrorfinanzierung für strafflos erklärt hatte, nun plötzlich bereits die Zugehörigkeit zum IS bestrafen will. Die Zugehörigkeit zu einem Kampfverband notabene, der wohl weder über Statuten noch über eine Mitgliederliste verfügt und damit im Gegensatz zu einer Partei formell gar nicht fassbar ist. Zutreffend vermeldeten hingegen verschiedene Medien, was das Parlament eigentlich hätte wissen können: dass in der 2011 erlassenen Al-Qaida-Verordnung bereits «Organisationen und Gruppierungen, die in Führung, Zielsetzung und Mitteln mit der Al-Qaida übereinstimmen», verboten sind. Und die Uno-Sanktionsliste 1267, welche für alle Angehörigen der al-Qaida sowie verwandter Organisationen eine Vermögenssperre (*asset freeze*), eine Ein-/Durchreisesperre (*travel ban*) und ein Verbot der Ausrüstung mit Waffen (*arms embargo*) vorsieht, gilt selbstredend auch für das Uno-Mitglied Schweiz.

Hilfe aus dem Ausland reicht nicht

Nun lautet das Argument, nur ein formelles Verbot des IS könne verhindern, dass die Schweiz zum ungestörten Rückzugsraum für dessen Aktivisten werde. Ob sich ein Dschihad-Tourist davon beeindruckt lässt, ist mehr als fraglich. Das Problem ist ja nicht, dass Angehörige extremistischer Vereinigungen in der Schweiz einfach mal ausspannen möchten. Sondern dass sie sich in schöner Regelmässigkeit nicht als Terroristen zu erkennen geben und stattdessen verdeckt handeln. Sanktionen können aber nur greifen, wo eine Person als sanktioniert erkennbar ist.

Es geht daher in erster Linie nicht um das Verbot einer Organisation oder einer Ideologie, sondern um das Erkennen und die Verhinderung geplanter terroristischer Akte und damit um präventives, vorbeugendes Han-

deln. Im Gegensatz zur Strafverfolgung, die mit wenigen Ausnahmen immer erst nach vollbrachter oder wenigstens versuchter Tat eingreift, soll die Prävention die Tatausführung und wenn möglich schon deren Planung verhindern. Wenn die Bombe explodiert ist, kann man den oder die Täter schon zu bestrafen versuchen, sofern er oder sie sich nicht selbst in die Luft gesprengt hat bzw. haben – die Opfer werden dadurch aber auch nicht mehr lebendig. Und selbstverständlich gilt: Natürlich hat sich in einem freiheitlichen Rechtsstaat auch der Staatsschutz an die Regeln zu halten, welche ihm die Politik vorgibt.

Will man tatsächlich terroristische Akte verhindern, so gibt es für ein Land wie die Schweiz nur eine begrenzte Zahl von Strategien. Man muss erstens den Datenaustausch mit ausländischen Partnerdiensten konsequent betreiben. Informationen sind eine Ware, für die es einen internationalen Markt gibt. Ein Land wie die Schweiz wird für die Informationsgewinnung nie das Budget einer Grossmacht haben.

Im Fall der drei verhafteten IS-Aktivisten berichteten die Medien, das Verfahren sei durch «Hinweise eines befreundeten Nachrichtendienstes» ausgelöst worden. Es braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, welche Länder zur Überwachung des internationalen Mail- und Telefonverkehrs oder von Profilen

auf sozialen Netzwerken etc. in der Lage sind. Man kann diesen Umstand beklagen, aber er ändert an der Macht des Faktischen nichts.

Und man muss zweitens den Staatsschutzbehörden in der Schweiz die technischen Mittel zur Verfügung stellen, die es ihnen ermöglichen, potenzielle Täter zu erkennen und verdeckt zu kontrollieren. Es reicht nicht, sich ausschliesslich auf die Informationen aus dem Ausland zu verlassen, die vielleicht vorhanden sind und vielleicht auch geteilt werden. Dass es im vorliegenden Fall zur Aufdeckung einer möglichen Zelle gekommen ist, heisst nichts für die nächste Situation.

Schweiz behindert sich

Im Zeitalter der umfassenden Mobilkommunikation muss daher mindestens prinzipiell auch deren Überwachung durch den Staatsschutz möglich sein. Wenn private Sicherheitsdienste über bessere – wenn auch nicht zwingend legale – Mittel der Aufklärung verfügen als der staatliche Nachrichtendienst, dann stimmt mit dem System etwas nicht.

Heute können private Organisationen mit einem sehr überschaubaren Budget den Mobiltelefonverkehr ihrer Zielpersonen mittels (im Ausland erworbener) IMSI-Catcher überwachen und ihre Besammlungsorte mit GSM-Wanzen abhören, während der Nachrichtendienst in der Schweiz noch nicht einmal verdeckt eine private Räumlichkeit durchsuchen, geschweige denn eine Abhöreinrichtung installieren darf. Wie er auf diese Weise Prävention betreiben soll, ist schleierhaft. Der Vollständigkeit halber ist festzuhalten: Natürlich muss im Falle eines Fehlalarms die Überwachung ohne Folgen für den Betroffenen beendet werden. Das ist aber nicht eine Frage der nachrichtendienstlichen Kompetenzen, sondern der *checks and balances*, also der Kontrolle.

Heute sind es im Gegensatz zur Zeit des Kalten Krieges nicht mehr politisch abweichende Meinungen, welche die Abwehr beschäftigen. Sondern Pläne für konkrete Anschläge, welche das Leben einer Vielzahl von Menschen betreffen können. Die Schweiz sollte daher die Verhaftung der drei IS-Aktivisten zum Anlass nehmen, statt Symbolpolitik zu betreiben, ihr Verhältnis zum Staatsschutz zu überdenken. Damit tut sie langfristig für die öffentliche Sicherheit mehr, auch wenn es etwas länger dauert als der Erlass eines Verbotes für die Galerie.

David Zollinger, ehemaliger Staatsanwalt und Bankier, ist heute Geschäftsführer der Beratungsfirma Phos4House.



Verbot für die Galerie.



Staatlich anerkannter und finanzierter Psychoterror.

Nicht mit meiner Tochter

Jahrelang lebte ich glücklich mit meinem Kind im Kanton Schwyz. Bis ich plötzlich bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) antraben musste. Damit begann ein nicht enden wollender Albtraum. Ein Erfahrungsbericht in zwei Teilen von Penelope Meyer*

Sie wollen sich an Ihrem oder Ihrer Ex rächen, mit dem oder der sie ein Kind gezeugt haben, um das Sie sich aber nicht kümmern, weil Sie freiwillig irgendwo anders leben, zum Beispiel auf Bora Bora? Wenn Sie mit einem Schweizer oder einer Schweizerin verheiratet waren, dann haben Sie Glück: Sie gehen einfach zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB).

Sie müssen sich dafür nicht einmal in die Schweiz bewegen, Sie können bequem auf Bora Bora bleiben und weiterhin Ihren Hobbys fröhnen. Alles, was Sie brauchen, ist Geld für

einen Anwalt, der die Behörde mit Anträgen zuschüttet, vom Antrag auf Urlaub bis hin zum Antrag auf Erziehungsbeistand. Damit machen Sie Ihrem Ex-Partner, der sich Tausende von Kilometern von Ihnen entfernt tagtäglich um Ihr Kind sorgt, garantiert die Hölle heiss. Manchmal ist die Kombination von zu viel Zeit und zu viel Geld der Anfang von grossem Übel. Zu viel Zeit und Geld hat in diesem Fall nicht nur der auf Bora Bora weilende Antragsteller, sondern – was noch bedenklicher ist – die Schweizer Behörde, die in diesem Bericht im Fokus stehen soll.

Vor wenigen Monaten erhielt ich eine Einladung vom Schweizer Fernsehen, um mich als Gast einer Diskussionsrunde zu einem Thema zu äussern. Das Thema interessierte mich, und ich wollte schon zusagen, da bekam ich – nur Minuten später – eine von meiner Anwältin weitergeleitete E-Mail von der KESB. Es hiess darin, es seien verschiedene Anträge eingegangen und ich solle sofort vorbeikommen, damit man mir «die Sachlage» erklären könne. Ich rief meine Anwältin an. Sie winkte ab: Die KESB sei juristisch nicht zuständig, aber vielleicht könne man das ja im

Rahmen eines Vermittlungsgesprächs klären. Vor allem sollte man verhindern, dass immer wieder Anträge eingehen, denn das könnte der Antragsteller immer wieder tun, wenn er erst mal Spass daran gefunden habe. Das wäre dann gewissermassen staatlich anerkannter und finanzierter Psychoterror.

«Unverzüglich!»

Man geht davon aus, dass in einer Behörde, die den Begriff «Schutz» im Namen trägt, vernünftige Menschen sitzen. Menschen mit Sach- und gesundem Menschenverstand. Mit anderen Worten: Ich ahnte nichts Böses.

Ich rief an, um einen Termin zu vereinbaren. Es hiess, ich müsse sofort kommen. Aus beruflichen Gründen gehe das erst die kommende Woche, erklärte ich, überrascht über die Dringlichkeit. Man beharrte: «Unverzüglich!» Mir entging nicht der drohende Ton. Kurzerhand sagte ich die Fernsehsendung ab und fuhr hin. Aber es machte mich doch stutzig: Hat die KESB wirklich nichts Besseres zu tun, als sich mit dem fragwürdigen Antrag auf einen massgeschneiderten Urlaub eines Elternteils auseinanderzusetzen, der sich zwanzig Flugstunden weit weg befindet und – aus meiner Sicht – vollkommen unangemessene Sonderwünsche äussert? Aber auf den Schweizer Sozialbehörden hat man ja bekanntlich gerade für Sonderwünsche besonders viel Verständnis. Vielleicht beschäftigen sie sich einfach lieber mit Luxusproblemen von Leuten, die zu viel Zeit und Geld haben, als mit dem realen Elend, für das eine Kinderschutzbehörde eigentlich zuständig wäre.

Was folgt, ist kein Gespräch und schon gar kein Vermittlungsversuch, sondern ein Kreuzverhör.

Im oberen Stock eines modernen Gebäudes führt mich ein Mann in kariertem Hemd in ein Zimmer, eine Art Klassenzimmer mit Projektor. Eine Wandtafel ist da, unbenutzt, und alles ist neu. Die Möbel und der Teppich riechen, als wären sie gerade erst geliefert worden.

Sie sind zu zweit. Herr T. und Frau K. Die Frau fragt mich als Erstes, wie ich auf die Idee komme, einen Termin verschieben zu wollen. Überrascht von der Frage und dem abstrafenden, vorwurfsvollen Ton, erkläre ich, dass ich freiberuflich tätig bin. Manchmal müsse ich kurzfristig Entscheidungen treffen, zum Beispiel die Einladung in eine Fernsehsendung wahrnehmen. Ich hätte die jetzt aber abgesagt, damit ich hier mit ihnen reden könne. Herr T. und Frau K. nicken einmütig, irgendwie zufrieden und als wäre das selbstverständlich.

Dann lehnt sich Herr T. zurück und packt einen Kaugummi aus. Kauend mustert er mich und beginnt Notizen zu machen. Innerlich schüttle ich den Kopf: Macht man das – Kau-

gummi kauen –, während man in einer Anhörung einer Mutter gegenüber sitzt? Ist das jetzt mangelnde Erziehung, mangelnder Respekt, Machtgehebe oder alles zusammen? *People skills*, davon hat man bei der KESB offenbar noch nichts gehört.

Aber Herr T. hat keine Bedenken. Er ist sich sehr sicher. Genau genommen habe ich in meinem ganzen Leben noch nie einen Menschen getroffen, der sich so sicher war wie Herr T., und ich habe einigen begegnen dürfen, und deshalb bin ich verblüfft und frage mich, wie es möglich ist, dass ein Herr T. sich wichtiger fühlt als – sagen wir – Prince Charles?

Herr T. ist ein Sozialarbeiter, Frau K. eine ehemalige Kindergärtnerin. So stellen sie sich vor. Ist das alles? Braucht man keine kinderpsychologische Ausbildung, eine gewisse Fachkenntnis, um auf einem Amt für Kinderschutz zu arbeiten? Offenbar nicht.

Irgendwo habe ich mal gelesen, die Leute, die für die KESB arbeiten, seien professioneller als diejenigen, die früher arbeiteten, als die Institution noch Vormundschaftsbehörde hiess – eine unrühmliche Behörde, die man mit Verdingkindern und grausamen, menschenverachtenden Aktionen in Verbindung bringt. Alles soll jetzt besser sein, nicht nur der neue Teppich.

Im Kreuzverhör

Schon kommen Zweifel auf. Noch keine drei Minuten sind vergangen, und ich merke, dass hier etwas massiv nicht stimmen kann. Aber ich habe in diesem Moment keine Zeit, darüber nachzudenken. Herr T. und Frau K. sind im Element. Sie müssen zumindest ziemlich gut geschult sein im Fragenstellen, denn was folgt, ist kein Gespräch und schon gar kein Vermittlungsversuch. Ich fühle mich wie in einem schlechten Vorabendkrimi, den ich spätestens zu diesem Zeitpunkt ausschalten würde, mitten im Kreuzverhör. Ich bin angeklagt. Wie von aussen blicke ich ungläubig auf die Szenerie:

«Wie sieht der Alltag Ihrer Tochter aus?» – «Wenn sie nicht bei mir ist, besucht sie einen zweisprachigen Privatkindergarten», sage ich. – «Warum?» – «Warum nicht?», frage ich zurück. Eigentlich möchte ich fragen: «Was geht Sie das an?» – «Und sonst?» – «Einmal pro Woche geht sie ins Ballett. Sie tanzt gerne.» – «Wie viele Minuten?» – «Wie bitte? Was hat das mit der Sache zu tun?» – «Beantworten Sie die Frage!» – «Eine Unterrichtsstunde Kinderballett dauert 45 Minuten. Warum?»

Frau K. runzelt die Stirn und schaut mich an, als hätte ich gerade einen riesigen Fehler gemacht, den ich noch bereuen würde. «Ziemlich viel Programm für ein viereinhalbjähriges Kind», sagt Frau K., die selber keine Kinder hat. Ich atme tief. Will sie mir jetzt vielleicht sagen, ich überfordere meine Tochter? Das ist

EINE NEUE TROUVAILLE AUS DEM SCHAFFHAUSER BLAUBURGUNDERLAND.



Peter Rahm, Weinkellerei Rahm, Hallau: «Exklusive Cuvée der vielversprechendsten neuen Rebsorten, 16 Monate im Fass gereift. Kräftig und voller Genuss.»
CHF 28.– (75 cl)
www.weinkellerei-rahm.ch



SCHAFFHAUSER
**BLAU
BURGUNDER
LAND**

www.blauburgunderland.sh

es ja, was Mütter bekanntlich am allerliebsten haben: Wenn Leute, die garantiert nicht wissen, wovon sie reden, bevormundend Ratschläge erteilen.

Ich bin also in Windeseile hierhergekommen, um mich über die Vorzüge eines Privatkinderkindergartens und das relativ exklusive Freizeitprogramm meiner Tochter zu unterhalten? So ist es, ob man es glaubt oder nicht: Wir befinden uns im Kindergarten für Erwachsene, genau genommen auf dem supermodernen, State-of-the-Art-ausgerüsteten Spielplatz für KESB-Angestellte. Der Sozialarbeiter und die Ex-Kindergärtnerin toben sich aus. Ich schaue auf die Uhr.

Langsam wird es mir zu dumm, und ich will jetzt wissen, mit wem ich es zu tun habe, werfe ein paar Brocken hin: Entwicklungspsychologie, frühkindliches Bindungsverhalten – zufälligerweise mein Spezialgebiet. Man schaut mich an, als käme ich vom Mars. Nein, davon habe man noch nie gehört. Das ist bedauerlich, um nicht zu sagen: gefährlich, in ihrer verantwortungsvollen Position. Aber das denke ich nur. Denn ab sofort lässt man mich nicht mehr ausreden. Keinen einzigen Satz. So ist es wohl auch in China, wenn man verhört wird und weiss: Man hat keine Chance.

Reine Taktik

«Sie verdrehen die Dinge», erklärt man mir. Aha. Jetzt versucht man, mich zu verunsichern. Reine Taktik. Frau K. klopft auf einen Stapel mit Akten. Wir haben es im Griff, will sie damit sagen. Wir haben die Macht. Sie lehnen sich jetzt beide über den Tisch, reden von Massnahmen, Verfügungen. Betonnen immer wieder ihre Zuständigkeit, als ob sie sich plötzlich selber nicht mehr so sicher wären. Und was sie alles so machen könnten – wenn sie denn wollten.

Unglaublich, diese Drohgebärden, denke ich. Dieses subkutane Angsteinjagen. Ein schwächerer Charakter wäre schon längst zermalmt. Dann schweift mein Blick über die Aktenschränke. Darin verbergen sich die Dossiers, Hunderte vielleicht. Ich sehe verzweifelte Mütter und Väter. Wehrlose Kinder. Wenn ich denke, dass die alle der himmelschreienden Inkompetenz von Leuten wie Herrn T. und Frau K. ausgeliefert sind, packt mich das nackte Grauen. Mir wird schlecht.

Jetzt reicht's. Eigentlich möchte ich schon längst mit der Faust auf den Tisch hauen, aber ich bleibe ruhig und sage stattdessen druckfertige Sätze, erkläre einen mir wichtigen Sachverhalt, der unbedingt in das Protokoll gehört. Aber genau in diesem Moment hat Herr T. entschieden, auf taubstumm zu schalten. Ein Staatsdiener der gefährlichen Sorte. Leute, die Urteile fällen, bevor sie nachdenken, und auch niemals zuhören. Weil sie alles schon zu wissen glauben. Es ist jetzt klar, die beiden hatten sich ihre Meinung schon ge-

bildet, bevor ich hierherkam. Was sich in diesen Räumlichkeiten gerade abspielt, ist nichts anderes als eine Farce.

«Das ist reine Schikane», sage ich. – «Ich höre Ihnen doch zu», sagt Frau K. und lächelt jetzt – zum ersten Mal. Ein gespielt unschuldiges Kindergärtnerinnenlächeln. – «Aber Sie schreiben nicht auf», sage ich. «Halten Sie mich für blöd?»

In diesem Moment stehen beide auf. Gleichzeitig. Gespenstisch, wie Marionetten.

Beim Hinausgehen komme ich an einem Bistrotisch vorbei, darauf steht eine Schale mit Schokolade. Es sind diese kleinen Schokoladen, die man auf dem Flughafen kauft, in Souvenirgeschäften, mit idyllischen Postkartenbildchen der Schweiz drauf. Die Schweiz im

Um die misshandelten und missbrauchten Kinder in diesem Land kümmert sich niemand.

Kleinstformat. Die Brücke von Luzern. Ein Schwan auf dem Vierwaldstättersee. Meine Hand gleitet in die Schale. «Ich nehme eine Schokolade mit für meine Tochter», sage ich und blicke noch mal zurück, lächelnd, von einem Bedürfnis getrieben, diese insgesamt unguete und höchst seltsame Begegnung, die ich nur noch in der Kategorie Kuriositäten einordnen kann, irgendwie freundlich zu beenden. Doch nicht einmal das soll möglich sein. Frau K. starrt mich an mit tiefgefrorenem Blick. «Die Schokolade gehört den Angestellten hier», sagt sie in einem Ton, der so humorlos ist, dass ich von ganzem Herzen hoffe, diese Person möge nie wieder in ihrem Leben mit Kindern in Berührung kommen.

Tatsächlich hat Frau K., ohne es selbst zu ahnen, eine sehr interessante Frage aufgeworfen: Wem gehört die Schokolade? Dem Staat? Oder dem Bürger? Wer hat sie bezahlt? Ist es möglicherweise so, dass sich der Staat hier im übertragenen Sinne an der Schokolade – näm-



lich dem Geld des Steuerzahlers – fettgefressen hat unter dem Vorwand, Kinder zu schützen? Wird hier der Staat gar zur Gefahr für den Bürger?

Als ich wenig später das Protokoll lese, weiss ich nicht, ob ich lachen oder weinen soll. Alles ist falsch, verdreht, lückenhaft. «Das ist inakzeptabel!», rufe ich in den Hörer. Die Anwältin ist selbst überrascht, nein, sie ist verzweifelt: Sie hat einen Fall auf dem Tisch, der das Kindeswohl massiv bedroht. Seit Monaten. Ein unbearbeitetes Dossier. Ein gefährdetes Kinderleben. Doch die KESB, die genau für solche Fälle ins Leben gerufen wurde, tut nichts. Stattdessen hat sie sich auf mich gestürzt wie eine Hyäne. Es ist unbegreiflich.

Im Namen des Kinderschutzes

Wir wissen jetzt: Die KESB hat ein neues Spiel erfunden – es heisst: verkehrte Welt. Oder: Wie eröffnet man in kurzer Zeit so viele Dossiers, dass einem garantiert für Jahrzehnte die Arbeit nicht mehr ausgeht? Und dann in den Medien gekonnt darüber jammern, man sei überfordert. Ich weiss jetzt, warum: Die KESB ist zu mindestens zwei Drittel damit beschäftigt, Fehler auszubügeln, die aus purer Inkompetenz entstanden sind. Um die misshandelten und missbrauchten Kinder in diesem Land kümmert sich niemand. Dafür hat man leider, leider keine Zeit. Allein mein Fall ist das Dokument eines unfassbaren Behördenpfuschs.

Trotzdem (oder gerade deshalb?) wird meine Aufsichtsbeschwerde abgelehnt. Immerhin erfährt man darin, dass Frau K. einen Bruder hat, der die Beschwerden bearbeitet. Einen grossen Bruder zu haben, der sich in der gleichen Firma karrieretechnisch ein paar Stufen weiter oben befindet, ist natürlich immer nützlich – ganz besonders, wenn man bedenkt, dass der Sprung von der Kindergärtnerin zur Staatsangestellten sicherlich eine erfreuliche Optimierung darstellt, auch was den Lohn betrifft.

Korrekterweise ist der Bruder von Frau K. bei der Bearbeitung meiner Beschwerde in den Ausstand getreten. Man will schliesslich keinen Skandal. Ein kluger Mann hat mir mal erklärt, wie das so vor sich geht, wenn in einem Gremium von drei Leuten einer in den Ausstand treten muss: Es ist ein bisschen wie in einem schlechten Theaterstück, bei dem am Ende alle auffliegen, man aber schon von der ersten Minute an weiss, wer welche Motive verfolgt.

Übrigens ist kurz darauf auch Frau K. in den Ausstand getreten. Wegen Befangenheit. Was geht hier vor? Die Hyänen ziehen sich ins Dunkel zurück. Was sie dort im Namen des Kinderschutzes sonst noch so treiben, weiss niemand.

* Die Autorin ist eine Persönlichkeit des Schweizer Kulturbetriebs. Sie schreibt hier unter Pseudonym.

Lesen Sie nächste Woche: Wie mich die Sozialbehörde mit einzuschüchtern versuchte und den Kinderschutz missbraucht, um sich selber zu schützen.

«Ich bringe euch um»

Schlechte Neuigkeiten von «Carlos»: Der ehemalige Jugendkriminelle soll in einem Trainingscenter herumpöbeln, droht auf Facebook mit Erschiessung und Ermordung und postet Videos von islamischen Hasspredigern und. Erfahrene Kampfsportler warnen vor dem Neunzehnjährigen. *Von Alex Reichmuth*



«Ein freier Mann»: Kampfsportler «Carlos».

Selbstdarstellungen als Kampfsportler, primitive Äusserungen, Verlinkung von Reden islamistischer Prediger, unverhohlene Gewaltdrohungen – so präsentiert sich der als «Carlos» bekanntgewordene ehemalige Jugendstraf-täter auf Facebook im Internet. «Mein Ziel ist es gegen jeden zu kämpfen», hielt er am 28. Juli auf seiner Seite «Carlos Staatsfeind» fest. Mehrfach postete er Bilder von sich in Kampfposen und von seinem gestählten Oberkörper. «Ich bin nicht weit von Tyson entfernt», prahlte er am 26. August. Ein Tag später folgte der Eintrag «So lüt söt man eifach erschüsse» – wobei nicht klar ist, wem die Drohung gilt. Am 1. September setzte «Carlos» einen Link auf ein Video des umstrittenen deutschen islamistischen Hasspredigers Pierre Vogel. «Lass dir nix gefallen schlag schnell zu», empfahl er am 10. September. Am 20. September dann: «Ich wird eu verdamt no mal um bringe.»

Angesichts der Vergangenheit von «Carlos» erschrecken solche Drohungen besonders. Denn als Fünfzehnjähriger hat er tatsächlich einen Jugendlichen mit einem Messer beinahe umgebracht. Zum Medienthema wurde «Carlos» 2013, nachdem bekanntgeworden war, dass er sich in einem vom Kanton Zürich angeordneten Resozialisierungsprogramm befand, das monatlich 29 000 Franken an Steuergeldern kostete. Dieses «Sondersetting» umfasste eine

Kampfsportausbildung bei Kickbox-Weltmeister Shemi Beqiri.

Aufgrund des öffentlichen Aufschreis steckte die Jugendanwaltschaft Zürich «Carlos» daraufhin für mehrere Monate in geschlossene Erziehungsanstalten. Nachdem das Bundesgericht diese Inhaftierung im Februar als rechtswidrig beurteilt hatte, liess die Zürcher Justiz das zuvor abgebrochene Setting zu tieferen Kosten weiterführen. Im Juni war wieder Schluss. Trainer Beqiri beendete die Zusammenarbeit mit «Carlos», weil dieser alle Abmachungen missachtet habe. Abgesehen von ein paar restlichen Betreuungsmassnahmen, die Ende September ausliefen, ist der inzwischen volljährige «Carlos» seither auf sich gestellt.

Die Jugendanwaltschaft Zürich hatte während der Inhaftierung von einem «unklaren Gefährdungspotenzial» gesprochen, das von «Carlos» ausgehe. Nach Abbruch des Sondersettings im Mai verweigerte der zuständige Jugendanwalt Patrik Killer aber sämtliche Auskünfte zu allfälligen Gefahren für die Öffentlichkeit – wegen des Amtsgeheimnisses. Jedenfalls trainiert «Carlos» seit einigen Wochen wieder. Im Fitnesscenter «David Gym» in Schlieren hat der ehemalige Straftäter dort sogar einen persönlichen Boxtrainer. Er engagiere sich unentgeltlich für «Carlos», versichert dieser der *Weltwoche*, um diesen auf

gute Bahnen zurückzubringen. Der Trainer streitet ab, dass der Jugendliche gefährlich sei. Im Übrigen sei dieser «ein freier Mann».

«Potenzieller Amokläufer»

Ganz anders sehen dies mehrere erfahrene Kampfsportler, die im David Gym trainieren und «Carlos» dort beobachtet haben. Sie bestätigen übereinstimmend, dass der Neunzehnjährige im Trainingslokal regelmässig aggressiv aufträte und herumschreie. Sie erachten «Carlos» als «hochgefährlich». Es sei verantwortungslos, ihn im Kämpfen auszubilden.

«Wenn ich sehe, dass er wie wild auf einen Sandsack einschlägt und dabei lautstark «Ich mache dich kaputt» brüllt, ist das für mich eine unhaltbare Situation», meint einer dieser Kampfsportler. Ein anderer hält «Carlos» sogar für einen «potenziellen Amokläufer». Offenbar haben mehrere Sportler, die zum Training ins David Gym gehen, die Leiterin des Lokals vor «Carlos» gewarnt – scheinbar ohne Wirkung. Ein bekannter Kampfsportler hat daraufhin die Mitgliedschaft bei David Gym gekündigt und das Lokal verlassen.

Die Leiterin des David Gym, die namentlich nicht genannt werden möchte, bestreitet gegenüber der *Weltwoche*, dass «Carlos» im Lokal aggressiv aufträte. Er verhalte sich im Gegenteil «sehr anständig». «Carlos» habe eine zweite Chance verdient, betont sie. Die Einträge auf Facebook seien zwar «nicht geschickt», aber diese bedeuteten nicht, dass «Carlos» gefährlich sei. Den Mitgliederbeitrag von tausend Franken habe er bar bezahlt.

Laut dem persönlichen Boxtrainer findet diese Woche eine Aussprache zwischen dem Jugendlichen und seinen Betreuern im David Gym statt. Auf Nachfrage betont die Leiterin des Lokals, dass es bei diesem Gespräch nicht um Probleme mit «Carlos» gehe, sondern um «seine sportliche Zukunft».

Muss die Öffentlichkeit vor «Carlos» geschützt werden? Bei der Oberstaatsanwaltschaft Zürich heisst es, man könne prinzipiell nicht präventiv intervenieren. Das sei allenfalls Sache der Polizei. Die Kantonspolizei Zürich schreibt, man habe die Äusserungen von «Carlos» zur Kenntnis genommen und verfolge die Situation aufmerksam. «Bei Bedarf wird die Kantonspolizei Zürich [...] entsprechende Massnahmen umsetzen», steht in der Stellungnahme weiter.

«Carlos» selber konnte für eine Stellungnahme nicht erreicht werden. ○

Die Kunst, Geld zu machen

Kulturleute wettern gerne gegen Kapitalismus und Abzockerlöhne. Die zum Teil üppigen Gehälter von Theater- und Museumsdirektoren hingegen sind für sie kein Thema. Mehr noch: Sie werden strikt geheim gehalten. Höchste Zeit, etwas Licht ins Dunkel zu bringen. *Von Rico Bandle*



«Keine öffentliche Aufgabe»: Zürcher Opernhaus-Intendant Homoki.

Für die österreichische Kulturschickeria ist der Termin fast so wichtig wie der Wiener Opernball: Immer Ende Dezember veröffentlicht der staatliche Rechnungshof den Einkommensbericht, in dem auch die Direktorengehälter der wichtigsten Kulturbetriebe aufgelistet sind. Anhand jener Zahlen erstellen die Medien jeweils ein vielbeachtetes Einkommensranking mit den Auf- und Absteigern des Jahres. Auf der jüngsten Rangliste steht der abtretende Intendant der Salzburger Festspiele, **Alexander Pereira**, mit einem Gehalt von 304 500 Euro an der Spitze, das sind 50 000 Euro weniger als im Vorjahr. Auf Rang zwei und drei folgen die

Direktoren des Albertina-Museums und des Kunsthistorischen Museums in Wien.

Sosehr die Liste voyeuristische Bedürfnisse bedient, sie ist auch staatspolitisch bedeutsam. Die Kulturbetriebe werden zu einem grossen Teil von Steuergeldern finanziert, also soll der Steuerzahler auch wissen dürfen, wofür das Geld verwendet wird. Grundsätzlich gilt diese Prämisse auch in der Schweiz. Die Löhne der CEOs von staatsnahen Betrieben wie der SBB, der Post oder der Ruag sind öffentlich. Bei den Kulturbetrieben in der Regel nicht. Von den grossen Institutionen ist nur der Lohn des Direktors des Nationalmuseums (vormals Lan-

desmuseum) bekannt: **Andreas Spillmann** verdiente letztes Jahr 241 863 Franken, dazu erhielt er Vorsorgeleistungen in der Höhe von 43 911 Franken. Bei allen anderen bedeutenden Institutionen blocken die Verantwortlichen ab: Die grossen Theater, Museen und Konzerthäuser halten die Gehälter ihrer Top-Kader geheim, obschon in der Regel mehr als die Hälfte der Einnahmen dieser Betriebe aus Subventionen stammen. Was gibt es zu verbergen?

Bringen wir etwas Licht ins Dunkel. Weil von offizieller Seite jegliche Information verwehrt wird, bleibt nichts anderes übrig, als sich auf Angaben von Branchenkennern und ehemaligen Amtsträgern zu stützen. Bei den nachfolgend genannten Gehältern handelt es sich um ungefähre Werte, die anhand von Dutzenden Gesprächen mit Fachleuten ermittelt wurden.

Beginnen wir bei der teuersten Kulturinstitution des Landes, dem Zürcher Opernhaus. Der stolze Betrieb am Sechseläutenplatz erhält über 80 Millionen Franken aus der Staatskasse jährlich, Tendenz steigend. Der frühere Intendant, **Alexander Pereira**, erzielte dank einer Beteiligung an den Sponsoreneinnahmen ein Jahreseinkommen von 1,2 Millionen Franken. Damit war er wohl der bestbezahlte Kulturmanager Europas. Bei seinem späteren Job bei den Salzburger Festspielen verdiente er nicht einmal die Hälfte davon. Pereiras Nachfolger in Zürich, **Andreas Homoki**, ist nicht mehr an den Sponsoreneinnahmen beteiligt. Wie viel verdient er? **Markus Notter**, Verwaltungsratspräsident des Opernhauses und früherer SP-Regierungsrat, sagt: «Die Bedingungen der heutigen Intendanz und Geschäftsleitung sind nicht mit denjenigen der Vorgänger-Ära vergleichbar: Sämtliche Löhne sind bedeutend tiefer.»

«Keine Transparenzpflicht»

Trotzdem liegt der Lohn Homokis noch immer deutlich über demjenigen von Intendanten an vergleichbaren Häusern. Sein Grundgehalt beträgt knapp 300 000 Franken, hinzu kommen Bezüge für seine Regiearbeiten in Zürich und an anderen Häusern. Insgesamt kommt Homoki auf ein Einkommen von 600 000 Franken – damit verdient er mehr als ein Bundesrat und auch mehr als ein Intendant eines Renommierbetriebs wie der Wiener Staatsoper.

Um die Geheimhaltung von Homokis Lohn zu rechtfertigen, greifen die verantwortlichen Behörden in die juristische Trickkiste. Das Opernhaus ist als Aktiengesellschaft eine privatrechtliche Organisation, nach Gesetz

gilt auch eine solche als öffentliches Organ, sofern sie mit der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe betraut ist. «Nach unserer Einschätzung ist der Betrieb einer Oper keine öffentliche Aufgabe», sagt ein Sprecher des Kantons auf Anfrage der *Weltwoche*, deshalb bestehe keine Transparenzpflicht. Der Betrieb der Oper ist also keine öffentliche Aufgabe, dennoch wird sie mit öffentlichen Geldern finanziert – eine eigenwillige Logik. Dass mit Markus Notter ein Sozialdemokrat an der Spitze einer Unternehmung steht, an dem Spitzensänger über 20 000 Franken pro Vorstellung erhalten, passt zwar zu Zürich, ganz wohl scheint dem Verwaltungsratspräsidenten dabei aber nicht zu sein. Er verspricht, das Anliegen nach Transparenz an einer nächsten Sitzung des Verwaltungsrates zur Diskussion zu stellen.

Der Kanton Basel-Stadt, dem diverse grosse Museen und Theater unterstehen, begründet die Geheimhaltung mit dem Persönlichkeitsschutz der Direktoren. «Ich darf Ihnen keine Auskunft geben», lautet die klare Durchsage des Leiters der Fachstelle Kultur, Philippe Bischof. Auch der Stadt Zürich, die Häuser wie

Andreas Homoki verdient mehr als ein Bundesrat und als der Intendant der Wiener Staatsoper.

die Tonhalle, das Schauspielhaus oder das Kunsthaus finanziert, scheinen die Spitzengehälter in den Betrieben egal zu sein: «Die Löhne liegen in der Verantwortung der Aufsichtsgremien der jeweiligen Institutionen», sagt Peter Haerle, Leiter der Abteilung Kultur. Hat der Steuerzahler nicht das Recht, zu wissen, was die Direktorin des Schauspielhauses verdient? «Der Steuerzahler weiss, wie hoch die Subventionen an das Schauspielhaus sind, über die Kommunikation einzelner Löhne entscheidet der Verwaltungsrat.» Haerle weist darauf hin, dass die Stadt in dem Gremium keine Mehrheit hat, weshalb sie nicht über eine Offenlegung bestimmen könne.

Das ist nur halb korrekt. Stadt und Kanton zusammen verfügen sehr wohl über eine Stimmenmehrheit im Verwaltungsrat, sie finanzieren den Betrieb mit 37 Millionen Franken pro Jahr, was fast achtzig Prozent der Einnahmen des Schauspielhauses entspricht – sie könnten jederzeit eine Herausgabe der Lohndaten verlangen, notfalls unter Androhung einer Subventionskürzung. In der rot-grün dominierten Stadt fehlt dazu indes der Wille. Schämt man sich etwa für die Löhne, die dem Leitungsteam am betont kapitalismuskritischen Schauspielhaus ausbezahlt werden?

Vom früheren Direktor **Matthias Hartmann** ist bekannt, dass er zusätzlich zum Grundlohn von 240 000 Franken eine Erfolgsbeteiligung erhielt; inklusive seiner Regie-



Alexander Pereira.

auch verbessert. Inklusive Regie-Gagen dürfte auch sie mittlerweile gegen eine halbe Million einnehmen.

Zu den Top-Verdienern der Branche gehört auch **Michael Haefliger**, der höchst erfolgreiche Intendant des Lucerne Festival. Er hat das traditionsreiche Klassikfestival an die Weltspitze gebracht, ein hoher Lohn ist bei ihm



Barbara Frey.

Theater zu 65 bis 85 Prozent.

Im Museumsbereich hinken die Honorare der Spitzenkräfte jenen im Theater- oder Konzertbereich hinterher. **Christoph Becker**, Direktor des Zürcher Kunsthauses, verdient rund 280 000 Franken im Jahr, der Lohn der Kunstmuseumsdirektoren in Basel (**Bernhard Mendes Bürgi**) und Bern (**Matthias Frehner**) liegt leicht darunter.



Matthias Hartmann.

Der Star der Szene ist **Sam Keller** von der Fondation Beyeler in Riehen, wahrscheinlich ist er der bestverdienende Museumsdirektor der Schweiz. Im boomenden Kunstbereich ist das grosse Geld indes nicht in den Museen zu holen, sondern im Handel. Galeristen wie **Iwan Wirth** (Hauser und Wirth) oder Auktionatoren wie **Pierre Koller** (Auktionshaus Koller) gehören zu den wichtigsten Namen in dieser millionenschweren Branche.

Der anhaltende Boom führt dazu, dass Museumsangestellte zuweilen ihr Honorar mit Nebentätigkeiten aufbessern. Sam Keller

Gagen kam er auf einen Lohn von über 500 000 Franken – ein Spitzenwert im europäischen Theaterbetrieb. Seine Nachfolgerin, **Barbara Frey**, hatte anfangs wohl weniger komfortable Bedingungen, kürzlich allerdings wurde ihr Vertrag verlängert und wahrscheinlich



Michael Haefliger.

ist als ehemaliger Leiter der Kunstmesse Art Basel eine der einflussreichsten Persönlichkeiten im globalen Kunstmarkt und ein entsprechend hochdotierter Berater. **Beatrice Ruf**, die Direktorin der Zürcher Kunsthalles und designierte Leiterin des Stedelijk Museum in Amsterdam, kümmert sich nebenher um die private Kunstsammlung von **Michael Ringier**. Solche zum Teil hochlukrativen Zusatzverdienste bergen auch Risiken: Kurator **Oliver Wick**, der für die Fondation Beyeler, das Kunsthaus Zürich und das Bundesamt für Kultur tätig war, hat vor einigen Jahren für ein stolzes Honorar von 300 000 Dollar ein Gemälde des amerikanischen Malers Mark Rothko als



Sam Keller.

echt zertifiziert. Das Bild stellte sich nachträglich als Fälschung heraus. Der US-Sammler, der das Gemälde aufgrund von Wicks Expertise für 7,2 Millionen Franken erworben hatte, reichte eine Klage ein gegen den Schweizer. Der Fall ist noch hängig.

Ob solche Vermischungen öffentlicher und privater Aufträge problematisch sind, wollen weder die Kulturinstitutionen noch die Behörden kommentieren. In der Branche gilt allgemein das Credo: Man nimmt zwar gerne das Geld vom Steuerzahler, wer sich in welchem Umfang daran schadlos hält, hat aber gefälligst niemanden zu interessieren. ○

Sie suchen eine professionelle Immobilienverwaltung ?



Professionelle Leistungen zu fairen Preisen
Verlangen Sie unsere kostenlose Offerte

044 318 70 70
www.simtra.ch

Seit 1994 Ihr Partner in allen Immobilienfragen
Stockwerkeigentum | Bewirtschaftung | Verkauf



Doch dann legt sich ein glasiger Schleier über die Augen: Europaparlament in Strassburg.

Ein Achselzucken

Die Schweiz regt in der EU niemanden mehr auf, ihr Beitritt gilt als längst vollzogen. Sie kann in Zukunft nur verlieren – egal, ob sie sich fürs Mitmachen oder fürs Abseitsstehen entscheidet.

Von Wolfgang Koydl

Viel macht sie nicht her, die Eidgenossenstrasse in Brüssel. Vierhundert, fünfhundert Meter ist sie lang, eine Aneinanderreihung schäbiger Backsteinhäuser. Am unteren Ende eine Apotheke und ein Restaurant für afrikanische und europäische Spezialitäten, auf halber Höhe eine Bierkneipe und das Döner-Restaurant «Chez Titi». Oben mündet sie in die Patriotenstrasse, unten führt sie in die Eburonenstrasse – als ob die Brüsseler Stadtplaner des Fin de Siècle gehäht hätten, dass es sich bei diesen Eidgenossen um eine Mischung aus überzeugten Vaterlandsfreunden und wilden Keltenkriegern handelte.

Haus Nummer 13 ist zu vermieten, allem Anschein nach schon lange. Im Vorgarten wuchert Unkraut, die Rollläden hängen auf halbmast schief in den Fenstern. Das ist seltsam, liegt die stille Seitenstrasse doch in Gehdistanz zum Zentrum der europäischen Macht: Eine Woh-

nung im Schatten der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates und der Botschaften und Lobby-Vertretungen sollte eigentlich über Nacht weggehen.

Doch die Eidgenossenstrasse fristet ein Mauerblümchendasein, und das ist irgendwie symbolisch für das Verhältnis der Eidgenossen-

Berlin mochte arm und sexy sein, die Schweiz ist reich und langweilig.

schaft zur Europäischen Union. Man ist sich nah, sehr nah, ja oft sogar unangenehm nah – auf Tuchfühlung sozusagen. Und doch liegt die Schweiz, von Europas Höhen aus betrachtet, in einem toten Winkel. Europas Technokraten, Politiker und Bürokraten sondern die üblichen Lippenbekenntnisse zu politischer Reife und

direkter Demokratie ab. Doch dann legt sich rasch ein glasiger Schleier über die Augen. Berlin mochte arm und sexy sein, die Schweiz ist reich und langweilig.

Eine rotweisse Stoffwurst

Viel machen auch die Eidgenossen nicht her in Brüssel. Das Schild an ihrer Vertretung an der Place du Luxembourg, wenige Meter vom Europaparlament entfernt, ist minimalistisch. Wie eine rotweisse Stoffwurst hängt das Schweizerkreuz in der windstillen Luft träge am Flaggenmast. Sehr europäisch ist die Musik in der Telefonwarteschleife: Rossinis Ouvertüre zu «Wilhelm Tell» – die italienische Vertonung eines deutschen Dramas.

Nur wenn sie Ärger machen, tauchen die Schweizer punktuell auf dem europäischen Radarschirm auf, etwa nach dem Ja zur Begrenzung der Masseneinwanderung im vergange-

nen Februar. Da war die Schweiz plötzlich in aller Munde, wurde gerügt, abgekanzelt, ermahnt, zurechtgestaucht. Doch seitdem die Verhandlungen – detailliert, harzend, mühsam – über die Umsetzung der Initiative laufen, ist es wieder still geworden. «Es ist ein wenig wie in einer grossen Familie», erklärt der britische Europa-Publizist und Lobbyist Paul Adamson. «Die braven Kinder laufen mit, um die kümmern sich die Eltern nicht. Nur die ungezogenen erheischen manchmal Aufmerksamkeit. Aber bei 28 Kindern ist nicht einmal das sicher.»

Die Schweiz und Europa – das ist eine schwärende Wunde. Mal schmerzt sie, mal bemerkt man sie kaum. Nur verheilen tut sie nicht. Das Thema polarisiert und spaltet das Land, es wühlt auf, und es erregt. Christoph Blocher zieht erneut ins Feld gegen einen schleichen den Beitritt, den viele Linke sich insgeheim in nig wünschen. Für die Schweiz steht vieles auf dem Spiel, nicht weniger als ihre eigene Identität. Aber wie sieht man diese Frage in Europa? Welchen Stellenwert hat die Eidgenossenschaft bei EU-Kommission und EU-Parlamentariern? Sieht man in ihr einen Hort der Unbotmässigkeit, ein veritables Asterix-Dorf, das andere Europäer auf dumme, weil Euro-skeptische Gedanken bringen könnte? Oder besitzt die Schweiz Freunde innerhalb der Union, die ihr klammheimlich die Daumen drücken, damit sie durchhält in ihrem Widerstand gegen Standardisierung und Gleichmacherei?

Auf die Grösse kommt es an

Zumindest auf die letzte Frage gibt es eine mehr oder minder eindeutige Antwort: Früher, als die EU noch kleiner war, da war das Leben leichter. Die direkten Nachbarn, die mit der Schweiz Sprachen, Kulturen und Traditionen teilen, hatten ein grösseres Gewicht. «Mit jedem Erweiterungsschritt wurde es komplizierter», heisst es von Schweizer Seite in Brüssel. «Die neuen Mitglieder haben wenig mit uns gemeinsam, ihnen sind wir entweder egal, oder sie haben keine Geduld für unsere Wünsche, weil sie selber so viele Kröten schlucken mussten, um in die EU aufgenommen zu werden.»

Die Realität ist ernüchternd: Ob in Strassburg oder Brüssel, ob bei Politikern oder Bürokraten – ein Aufreger ist die Schweiz mit ihren Sorgen und Nöten um die bilateralen Verträge wirklich nicht. «Die Schweiz ist ja ein vergleichsweise kleines Problem», meint ein europäischer Spitzendiplomat. «Zumal dann, wenn man es mit Ebola, dem Islamischen Staat oder der Ukraine vergleicht.» Schweizer Kenner der EU-Szene nicken zustimmend: «Wir sind wichtig genug, dass man sich darum kümmert, was wir tun und denken, aber wir sind nicht so wichtig, dass wir unverzichtbar wären.» Denn auch im 21. Jahrhundert gilt eine Steinzeitmaxime: Auf die Grösse kommt es an. Die Schweiz hat mehr zu verlieren als Europa, denn sie sei «total» auf die EU angewiesen. «Wir auf sie nicht.»



«Wie eine Familie»: Europa-Publizist Adamson.

Die Schweiz ist aber vor allem auch deshalb kein Problem für die EU, weil nach deren Ansicht das Problem schon längst gelöst ist: «Seien wir doch realistisch», sagt ein Spitzenbeamter aus der Kommission, «de facto ist die Schweiz doch längst ein Mitglied. Nur mitbestimmen kann sie nicht.»

«De facto ist die Schweiz doch längst ein Mitglied. Nur mitbestimmen kann sie nicht.»

Er hat recht: Die Schweiz ist fest eingebunden in das europäische Rechtssystem, weil sie neunzig Prozent der europäischen Rechtsvorschriften übernimmt – vom Grundsätzlichen zum Banalen, Grundrechte ebenso wie Verordnungen über die Wattstärke von Staubsaugern. Der



«Ecken und Zacken»: CDU-Politiker Schwab.

schleichende Beitritt wurde längst vollzogen. Er erfolgte in klitzekleinen, kaum wahrnehmbaren Schritten, aber so unaufhaltsam wie eine Wanderdüne, die alles unter sich begräbt. Es hat sich nur noch niemand getraut, den Schweizer Bürgern dies auch offen zu sagen.

Immerhin gibt es einen Ort in Brüssel, wo die Eidgenossenschaft im Mittelpunkt steht: die Westeuropa-Abteilung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Wobei Westeuropa nur jenen Teil des Kontinents umfasst, der noch nicht in der EU ist: Norwegen, Island, Andorra, Monaco, San Marino, Liechtenstein, der Heilige Stuhl und eben die Schweiz. Dass man sich überdurchschnittlich viel mit ihr befasst, liegt aber nicht daran, dass Bern besonders renitent sei, beteuern EU-Diplomaten, sondern an der Wirtschaftsgrösse und der geografischen Lage des Landes.

«Jeder Mitgliedstaat ein Sonderfall»

Ihren Namen möchten die Diplomaten nicht in der Zeitung lesen, und dass der Chef der Abteilung vor einiger Zeit gegen seinen ausdrücklichen Willen von der *Neuen Zürcher Zeitung* geoutet wurde, nun, das hat ihn definitiv nicht amüsiert. Nur so viel kann verraten werden: Geografisch stehen sie der Schweiz nahe. Sie stammen nicht aus Polen, Portugal oder Rumänien, sondern aus direkten Nachbarstaaten der Eidgenossenschaft.

«Wir sind nicht blind und taub gegenüber der Situation in der Schweiz», betonen sie denn auch wiederholt. Gewiss, die Schweiz sei etwas Spezielles, vielleicht auch ein Sonderfall, und glatt und reibungslos laufe es eigentlich nie bei den Verhandlungen mit Bern. «Aber Sie müssen berücksichtigen, dass auch die EU speziell, dass jeder Mitgliedstaat ein

Sonderfall ist.» Die EU sei zwar kein «Monster», aber sie werde nicht 28 Staaten ummelden, nur um die Schweiz zufriedenzustellen. «Sicher, ich verstehe, dass die Schweizer sich wünschen, einzuschlafen und am nächsten Morgen weit weg von der EU aufzuwachen», meint ein anderer Diplomat mit verständnisvollem Lächeln. «Aber wir sprechen von der Geografie. Wir sind gezwungen, miteinander zu leben.»

Szenenwechsel nach Strassburg. Das Europäische Parlament tagt in dieser Woche wieder mal in der ostfranzösischen Stadt. Es ist eine der vielen bizarren Besonderheiten, welche die Europäische Union so speziell machen. Jeden Monat zieht das Parlament mit Sack und Pack für vier Sitzungstage von Brüssel in die französische Provinz. Vor den Bürotüren stapeln sich rote Boxen aus Hartplastik, in denen tonnenweise Dokumente verstaut werden, die dann mit Lastwagen an den jeweils anderen Sitzungsort verfrachtet werden. Das erinnert ein wenig an einen russischen Hilfskonvoi für Donezk und kratzt nicht unwesentlich am sorgsam gepflegten Image des Europaparlaments als «grünes Parlament».

Europäer ist, wer EU-Bürger ist

Die meisten Parlamentarier zeigen sich überrascht, wenn man sie auf die Schweiz anspricht. Der Eindruck, der sich auch in Brüssel einstellte, wiederholt sich hier: Europäer ist nur, wer EU-Bürger ist. Andere, die zufällig geografisch denselben Kontinent teilen, haben noch nicht das gleiche höhere Entwicklungsstadium erreicht. Ausser der Abstimmung zur Masseneinwanderung fällt den meisten Parlamentariern das Bankgeheimnis ein – und die Art und Weise, wie die USA Bundesrat und Banken in Rekordzeit haben kuschen lassen. Es ist unübersehbar, dass man darin ein Vorbild für den Umgang mit den widerspenstigen Eidgenossen sieht.

Dass die Schweiz aussergewöhnlich sperrig sein kann, das erkennt auch schon der Jüngste von Andreas Schwab, wenn er das Europa-puzzle spielt. Dabei müssen die einzelnen Länder richtig in die Landkarte eingepasst werden. «Die Schweiz ist klein und hat viele Ecken und Zacken», meint der 41-jährige Deutsche. «Die Kleinen tun sich schwer damit.»

Schwab vertritt einen Wahlkreis, der von Ofenbürg bis nach Konstanz reicht. Deshalb kennt er die Schweiz sehr gut. Er fühlt sich mit ihr verbunden – als Alemanne, geografisch, vor allem aber wirtschaftlich. Baden-Württemberg und die Schweiz sind wichtige Handelspartner. Doch es sei ein Trugschluss, anzunehmen, dass die Eidgenossenschaft auch anderswo im vereinten Europa im Brennpunkt stehe. Von Lissabon, Lodz oder Lübeck aus gesehen schrumpft die Schweiz zur Marginalie. «Heute spielt sie eigentlich nur für die direkten Anrainer eine Rolle, oder wenn man



«Da werden sie sich halt anpassen müssen»: Europaparlamentarier Brok.

Geld von ihr haben will, oder wenn man am Gotthard im Stau steht.»

Andere Abgeordnete äussern sich ähnlich: Die Schweiz, so heisst es fast einstimmig, könne ihren vermeintlichen Sonderstatus nicht mehr vermitteln. Ja, vor zwanzig Jahren, zum Zeitpunkt der Abstimmung über den EWR-Beitritt, da sei die Alpenrepublik noch eine kritische

Je mehr Bern in Brüssel mitreden darf, desto weniger dürfen die Schweizer in Bern mitreden.

Grösse gewesen. Heute, mit 28 Staaten von Bulgarien bis Irland, ist sie zur Quantité négligeable geschrumpft. Und wenn die Schweizer drohen? Die Antwort ist ein Achselzucken. Die Bilateralen aufkündigen? Sollen sie doch.

Keiner sagt das so unverblümt wie Elmar Brok. Der einflussreiche Vorsitzende des aussenpolitischen Ausschusses des Parlaments steht vor dem Plenarsaal und echauffiert sich. Sein Bauch hängt noch weiter über den Gürtel als das Hemd aus der Hose, und die Gesichtsfarbe hat jenen Grad von Karmesinrot erreicht, bei dem man ärztlichen Rat beiziehen sollte. «Mein Büro vergisst immer, dass ich Parlamentarier bin», blafft er eine Mitarbeiterin an. Die hat offenbar eine Besuchergruppe aus Broks Wahlkreis verloren, ständig piepst sein Handy, und drinnen steht gleich die Abstimmung über das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine an.

Brok weiss also im Augenblick nicht, wo ihm der Kopf steht, und jetzt soll er sich auch noch zur Schweiz äussern. Ausgerechnet zur Schweiz, die er nach der Masseneinwanderungsinitiative ziemlich heftig gerüffelt hatte.

Doch zunächst einmal ist er höflich. «Die Schweiz geniesst einen guten Ruf in Europa», bellt er – weil er eben gerade diesen Gesprächsmodus eingestellt hat. Was denn die Schweiz davon hätte, wenn sie sich der Union anschliessen würde? «Sie könnte mitentscheiden.» Die Antworten werden knapper, Brok linst immer häufiger auf die Uhr. Und wie würde das Prinzip der direkten Demokratie zu den Entscheidungsprozessen in der EU passen? Brok macht ein Gesicht, als ob er in eine ebenso unbekanntere wie unappetitliche Frucht gebissen hätte. «Da werden sie sich halt anpassen müssen.»

Aufgabe der direkten Demokratie

Das ist die Wahl, die die Schweiz hat, eine Wahl, die eigentlich keine ist. Sie kann weitermachen wie bisher, nicht ganz drinnen sein in der EU, aber auch nicht wirklich ausserhalb. Sie kann sich – per automatischen Nachvollzug – Gesetz um Gesetz aus Brüssel einflössen lassen, ohne an deren Rezeptur beteiligt zu sein. Oder sie kann über ihren eigenen Schatten springen und den heimlichen Beitritt auch offiziell vollziehen. Doch der Preis wäre die Aufgabe der direkten Demokratie. Wie formulierte es doch ein EU-Beamter: «In der Theorie ist das ein gutes System, aber in der Praxis müssen Regierungen handlungsfähig bleiben.» Anders gesagt: Je mehr Bern in Brüssel mitreden darf, desto weniger dürfen die Schweizer in Bern mitreden.

Wie sich die Schweiz entscheidet, ist allein ihre eigene Angelegenheit, da gibt man sich in Brüssel grosszügig: «Das ist ein souveräner Entschluss eines jeden Landes.» Europa kann sich diesen Grossmut leisten. Verlieren, so meint man, kann nur die Schweiz. Egal, wie sie sich entscheidet. ○

«Diese Suppe möchten wir nicht»

Der umtriebige Europa-Parlamentarier Elmar Brok hält die Schweiz für fremdenfeindlich. Wer ist der Deutsche, der sich unverfroren in die inneren Angelegenheiten eines Landes einmischt, das nicht mal Mitglied der EU ist? Von Henryk M. Broder

An Elmar Brok kommt keiner vorbei. Das liegt weniger an seiner korpulenten Figur als an der Fülle seiner Ämter. Brok sitzt seit 1980 für die CDU beziehungsweise die EVP im Europäischen Parlament (EP). Er ist, unter anderem, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments; Mitglied der EP-Delegation zur Volksrepublik China; Vertreter des Europäischen Parlaments bei den Verhandlungen des Europäischen Rates zur Schaffung einer echten Wirtschafts- und Währungsunion; ausenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Ehrenvorsitzender der Europa-Union Deutschland. Der joviale und trinkfeste Westfale gilt als bestens vernetzt, er hat Freunde in allen Fraktionen des Europaparlaments. Die Pausen zwischen den Sitzungswochen nutzt er gerne für Reisen in die Ferne, nach Washington, Kiew und Moskau, wo er beim zwölften Petersburger Dialog ein Impulsreferat zum Thema «Die Zukunft der Europäischen Union» hielt.

Brok und ich sind uns einige Male begegnet. Bei «Hart aber fair» im Westdeutschen Rundfunk, bei einem Streitgespräch für die *Welt* und zuletzt bei einer Veranstaltung der Europa-Union Deutschland in Berlin, die mir einen «Negativ-Preis» für meine «vornehmlich unsachliche und polemische Europakritik in dem Buch «Die letzten Tage Europas» verliehen hat. Ja, das gibt es wirklich.

Am Ende der Veranstaltung ergriff Elmar Brok das Wort. An mich gewandt, sagte er:

«Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Broder, der Sie ein Berufsjournalist geblieben sind, habe ich zwischendurch mehrfach den Beruf geändert und bin schliesslich auch Politiker geworden. Das unterscheidet uns ein bisschen. Sie sind strikt bei Ihrer Art geblieben, und ich muss sagen, ich weiss manchmal nicht, ob es Geschäftsinteresse ist, dass Sie das machen, oder ob das Überzeugungsarbeit ist.»

Es wäre der richtige Moment gewesen, aufzustehen und den Raum zu verlassen. Aber ich ahnte, dass es noch besser kommen würde. Nachdem Brok die EU über den grünen Klee gelobt hatte, dass es ihr gelungen sei, die «Schlachtereie der Jahrhunderte» unter den Nationalstaaten zu beenden, kam er unvermittelt auf die Schweiz zu sprechen:

«In der Schweiz, die Sie ja manchmal, Herr Broder, als grosses Beispiel darstellen, hat man Freizügigkeit durch Volksabstimmung beendet. So ein Europa möchte ich nicht. Und zwar hat man grade in den Regionen fremden-

feindlich abgestimmt, wo es keine Ausländer gibt. Und diese Suppe möchten wir nicht mehr.» Dann lobte Brok die Wahl des Europäischen Parlaments als «viel demokratischer» als die Wahlen in den USA und als «das britische System», nannte die Wahl von Jean-Claude Juncker zum Präsidenten der Kommission eine «demokratische Revolution» und sparte nicht mit Selbstlob ob seiner Verdienste um die europäische Integration.

«Das ist deutscher Postkolonialismus»

Am Ende seiner Ausführungen kam Brok noch einmal auf die Schweiz zu sprechen.

«Die Schweiz kann Schweiz sein, weil es Europa gibt. Die Schweiz hat ihre Unabhängigkeit auch nicht mehr. Heute war der Vertreter des Schweizer Bundesrates bei mir im Büro. Die versuchen jetzt, ihr fremdenfeindliches Referendum europakompatibel zu machen. Ich hab gesagt: «Das geht nicht. Wenn ihr fremdenfeindlich seid, könnt ihr auch nicht den Binnenmarkt haben.» Und wir sind jetzt in der Lage, Überlegungen in Gang zu setzen, die auch fast von der Hälfte der Schweizer Bevölkerung geteilt werden, von denen wir gebeten werden: «Bleibt da hart, dass diese Fremdenfeindlichkeit wieder verschwindet.»

An dieser Stelle machte ich etwas, was man eigentlich nicht tut – ich intervenierte.



«Eine Brücke bauen»: Brok (l.), Broder.

Broder: «Der Schweiz Fremdenfeindlichkeit zu unterstellen, ist eine absolute Scham- und Masslosigkeit. Die Schweiz hat einen höheren Ausländeranteil als die Bundesrepublik und die meisten europäischen Länder. Das ist nicht Polemik, das ist Demagogie. Sie erzählen nur Märchen.»

Brok: «Herr Broder, ich rede zum Publikum, nicht zu Ihnen, und wenn Sie das hier als eine Positionierung von mir gegen Ihre Position aufnehmen, ist das Ihr Problem. Ich hab Sie gar nicht gemeint.»

Broder: «Ich stelle nur fest, dass Sie hier Märchen erzählen.»

Brok: «Ich schicke Ihnen die Ausgabe der *NZZ* mit den Ergebnissen, wo und wie abgestimmt worden ist, dann können Sie das einmal studieren.»

Broder: «Ich kenne die Ergebnisse.»

Brok: «Und wenn ein Land, ein Land...»

Broder: «Das ist deutscher Postkolonialismus...»

Brok: «Das ist nicht deutsch, das ist Europa.»

Broder: «Genau das!»

Drei Tage später bekam ich von Brok eine E-Mail, in der er seine Position noch einmal darlegte. Er halte «die SVP, Herrn Blocher und die Motive für den Erfinder des Referendums in der Schweiz zur Arbeitnehmerfreizügigkeitsregelung mit der EU für fremdenfeindlich». Damit stehe er nicht allein. «Kirchen, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Sozialisten, Liberale, christliche Demokraten in der Schweiz teilen meine Sorgen. Es gibt da eine intensive Zusammenarbeit, um der Schweiz eine Brücke zu bauen. Daran bin ich übrigens von meiner EP-Funktion her intensiv beteiligt. Im Übrigen ist dieses Referendum ein Hinweis dafür, wie problematisch das System eines Referendums sein kann.»

Nicht problematisch dagegen ist, wenn sich der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments in die inneren Angelegenheiten eines Landes einmischt, das nicht einmal Mitglied der EU ist. Seine Legitimation bezieht er aus dem Umstand, dass er von irgendetwas aus der Schweiz gebeten wurde, darauf hinzuwirken, «dass diese Fremdenfeindlichkeit wieder verschwindet».

So einer Bitte kann sich der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im EU-Parlament nicht verweigern. Vor dem nächsten Referendum sollten die Schweizer unbedingt Elmar Brok konsultieren. Sonst gibt's wieder was auf die Finger. ○

Die stumpfe Waffe des Embargos

Wirtschaftssanktionen sind wieder in Mode. Wirtschaftlich mögen sie wirkungsvoll sein – politisch sind sie verheerend. Es gibt klügere Alternativen.

Von Reiner Eichenberger und Marco Portmann



Politik in der Sackgasse: Merkel, Putin.

Derzeit versuchen wirtschaftsmächtige Akteure wie die EU und die USA – nennen wir sie «Senderländer» –, unliebsam handelnde «Zieländer» wie Russland wirtschaftlich zu schädigen und so deren Regierungen zu Verhaltensänderungen zu zwingen. Die Verfechter solcher Handelsembargos hoffen, dass die Verschlechterung der Wirtschaftslage die Regierung und ihre Entourage schädigt, die Finanzierung ihres Machtapparats erschwert, zu verstärkter Opposition führt und so einen Kurswechsel oder die Absetzung der Regierung herbeiführt. Tatsächlich verknappen Embargos im Zielland die Importgüter und treiben einen Keil zwischen Inland- und Weltmarktpreise, während Exportgüter an Wert verlieren. Dadurch sinkt zwar das Realeinkommen der Bevölkerung, der Regierung aber nützt es zumeist.

Verantwortlich dafür sind drei ökonomische Mechanismen. Erstens werden viele Güter, die

der Staat oder staatsnahe Kreise produzieren oder deren Verteilung die Regierung kontrolliert, knapper und somit wertvoller. Anders formuliert: Handelsembargos sind von aussen verordneter Protektionismus. Bekanntlich gibt es aber Gewinner des Protektionismus. Sie hätten die Grenze schon lange gerne geschlossen, konnten sich aber innenpolitisch nicht durchsetzen. Umso mehr freut sie das Embargo.

Zweitens ermöglichen die Preisunterschiede zwischen In- und Ausland riesige Schmuggelgewinne. Die illegalen Ein- und Ausfuhren werden jedoch weitgehend von der Regierung organisiert. Während die regierungsnahen Schmuggler nur die zumeist laxen Kontrollen der Senderländer umgehen müssen, werden unabhängige Schmuggler von der Regierung des Ziellandes aufs schärfste verfolgt.

Drittens geben die Sanktionen und die grosse Güterknappheit der Ziellandregierung einen

Freipass für Importbeschränkungen und Rationierungsprogramme. Die Verteilung der Importquoten und Ausnahmegewilligungen kann die Regierung leicht dazu missbrauchen, neue Abhängigkeiten zu schaffen und regierungstreue Personen und Regionen zu bevorzugen. Deshalb erstaunt es nicht, dass die russische Regierung auf die westlichen Sanktionen zurzeit mit freiwilligen Importbeschränkungen reagiert – eine Einschränkung des Freihandels, welche unter anderen Umständen scharfe internationale und inländische Proteste ausgelöst hätte. Damit kann die Regierung ganz gezielt die von ihr und ihrer Entourage kontrollierten Güter verknappen, wertvoller machen und dann im eigenen Interesse verteilen.

Die Regierungsmitglieder und ihre Gefolgsleute können sich aber dank den Embargos nicht nur persönlich bereichern. Vielmehr wird auch ihre Position relativ zur Opposition und

zur Bevölkerung gestärkt, die von der Nutzung der «Embargogewinne» ausgeschlossen sind. Die Opposition kann direkt beeinflusst werden, indem Schmuggelrechte und Importbewilligungen an einzelne ihrer Exponenten als Gegenleistung für politisches Stillhalten vergeben werden und dadurch die Glaubwürdigkeit der gesamten Opposition untergraben wird.

Gleichzeitig macht das Embargo breite Bevölkerungsschichten von der Regierung abhängig. Da viele Güter nur noch über Regierungskanäle bezogen werden können, setzt jede Wirtschaftstätigkeit gute Beziehungen zum Regime voraus. Dadurch treibt das Embargo selbst regimekritische Bürger und Geschäftsleute in die Arme der Regierung. Wer nicht kollaboriert, dem droht Verarmung und Konkurs.

Darüber hinaus ziehen Handelsembargos oft die Nachbarstaaten der eigentlich zu treffenden Länder in Mitleidenschaft. Dies scheint geradezu zynisch, wenn wie im Falle Russlands dessen destabilisierendes Verhalten gegenüber Nachbarländern der eigentliche Anlass für die Sanktionen war. So bestritt die Ukraine bisher rund dreissig Prozent des Aussenhandels mit Russland, und die Schmuggelgewinne dürften prorussischen Separatisten und wohl auch manchen ukrainischen Politikern eine willkommene Einnahmequelle bieten.

Profiteure von Castro bis Kim

Wie gut «unliebsame Regierungen» dank Embargos leben, illustrieren die langen Regierungszeiten von Fidel Castro in Kuba, Saddam Hussein im Irak, Slobodan Milosevic in Serbien oder der Kim-Dynastie in Nordkorea. Die vom Hussein-Clan angehäuften Schmuggelgewinne verblüfften genauso wie die grossen illegalen Benzin- und Öleinfuhren nach Serbien, die von Regierungskreisen kontrolliert wurden. Die Firmen der Familie Milosevic und ihrer Freunde wurden jahrelang mit rationierten Inputs versorgt, ähnlich wie die Unternehmen kubanischer Generäle. Viele Hauptfiguren der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung waren in die Schmuggelgeschäfte der irakischen Regierung eingebunden. Durch die häufigen, mit Schmuggelgewinnen erkaufte Seitenwechsel einiger ihrer Führer wurde die irakische Opposition genauso geschwächt wie die serbische.

Ein aktuelles Beispiel bietet die israelische Blockade der Palästinensergebiete und die Arbeiterschwernisse oder gar -verbote für palästinensische Grenzgänger. Sie lassen die Bevölkerung verarmen, stärken aber den Einfluss der Hamas, die den Schmuggel sowie die Verteilung der rationierten Güter und Hilfslieferungen kontrolliert. Damit erhält das Problem eine neue Dimension: Die Regierungen der Zielländer sind zum Teil froh, dass sie unter Embargo stehen, was sie aber nicht öffentlich sagen können. Vielmehr müssen sie gegen das Embargo und seine Urheber wettern, aber stets dafür besorgt sein, dass das Embargo in der für sie opti-

malen Stärke – nicht zu hart, aber auch nicht zu weich – aufrechterhalten wird. Kurz: Sie müssen die dem Embargo zugrunde liegenden Konflikte lange kochen lassen.

Für die Regierungen der Senderländer sind Embargos attraktiv, weil sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit das militärische Potenzial der Zielländer im internationalen Vergleich schwächen. Die Leiden der Bevölke-

Das Embargo macht breite Bevölkerungsschichten von der Regierung abhängig.

rung und die lokale militärische Balance interessieren dagegen oft weniger. Zuweilen schätzen die Regierungen der Senderländer auch die kurzfristige Stabilisierung der Zielregierung, weil sie die Gefahr schwer kontrollierbarer Entwicklungen, etwa fundamentalistischer Revolutionen oder territorialer Desintegration, kurzfristig mindert. Da die Regierung des Ziellandes als Folge des Embargos zunehmend selbstherrlich handeln kann, wird sie zum wachsenden internationalen Störfaktor. Dadurch werden die Regierungen der Senderländer in ihrer Auffassung bestätigt, dass die Regierung des Ziellandes tatsächlich gefährlich und mit allen Mitteln zu bekämpfen ist.

Die längerfristigen Wirkungen sind aber oft katastrophal und auch für die Senderländer nachteilig. In den unter einem Embargo stehenden Ländern werden wirtschaftliche und politische Aktivitäten zentralisiert und auf den obersten Regierungschef ausgerichtet; so werden die rechtsstaatlichen Institutionen ausgehöhlt. Das führt nach dem Sturz der Regierung – der zumeist so wie im Irak, in Libyen, Serbien, Haiti, Somalia und anderen Ländern erst durch eine internationale Militärintervention erfolgte – oft zu einem völligen Machtvakuum und einem langjährigen Chaos, das bis in die Senderländer ausstrahlt.



Die Probleme mit Embargos haben zu den sogenannten *smart sanctions* geführt. Anstelle der Bevölkerung soll ausschliesslich die Führungselite getroffen werden. Leider kranken *smart sanctions* an ähnlichen Problemen wie klassische Embargos: Die internationale Isolierung regierungsnaher Personen durch Einreise- und Geschäftsverbote macht diese noch stärker von der Regierung abhängig. Gezielte Finanztransaktionsverbote umgehen sie meist leicht über Staatskanäle und Strohmänner. Auch gezielte Sanktionserleichterungen für die Bevölkerung versagen. So erhielt das Hussein-Regime im Irak durch das Hilfsprogramm «Oil for Food» knappe Güter, die es dann entgegen den Programmregeln an dem Diktator ergebene Gruppen verteilen oder teuer verkaufen konnte.

Markt für ausländische Kandidaten

Dass Sanktionen ihr Ziel konsequent verfehlen, heisst nicht, dass es keine wirksameren Alternativen gibt. Notwendig ist eine frühzeitige, umsichtige Unterstützung effektiver demokratischer Institutionen in Konflikt- und Problemgebieten. Dazu gehört eine echte Dezentralisierung mit grosser Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften. Zudem wäre es sinnvoll, die lokale und nationale Politik für auswärtige und ausländische Politiker zu öffnen, indem das passive Wahlrecht von Nationalität und Wohnsitz unabhängig wird. Das schafft einen internationalen Markt für gute Politik. Plötzlich könnten glaubwürdige auswärtige und ausländische Kandidaten auftreten, die viel stärkere Anreize hätten, sich auch nach den Wahlen für das Wohl der Bürger, echte Demokratie und Menschenrechte einzusetzen. Auf einem solch internationalen Markt für Kandidaturen wäre es ein erfolgversprechendes Argument, die politischen Institutionen nachhaltig und gegen das Interesse der Classe politique zu reformieren. Diese Globalisierung der Politik könnte durch internationale Verträge à la WTO durchgesetzt werden, ebenso natürlich nach siegreichen militärischen Interventionen.

Gegen unliebsame Regierungen sollte genau das Gegenteil von Embargos angewendet werden. Der Handlungsspielraum ihrer Profiteure sollte nicht durch Sanktionen verengt, sondern erweitert werden. Ihnen sollte Asyl angeboten werden. Im Tausch gegen die Kooperation in Wahrheitskommissionen zur Aufdeckung illegaler und unmoralischer Regierungstätigkeit sollte ein kleiner Teil des von ihnen angehäuften Reichtums legalisiert werden. Dieses Vorgehen ist verwandt mit der Kronzeugenregelung, wie sie heute im Kampf gegen Kartelle, Steuerhinterziehung und gegen die Mafia erfolgreich eingesetzt wird.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg. **Marco Portmann** ist Oberassistent am Departement für Volkswirtschaftslehre der Universität Freiburg.

Kissingers Helden

Der frühere US-Aussenminister Henry Kissinger hat seinen 90. Geburtstag inzwischen hinter sich. Mit überlegenem Durchblick deutet er das Weltgeschehen. Wir sprechen über sein neues Buch und die Frage, warum es heute an souveränen Führern fehlt. *Von Andrew Roberts*

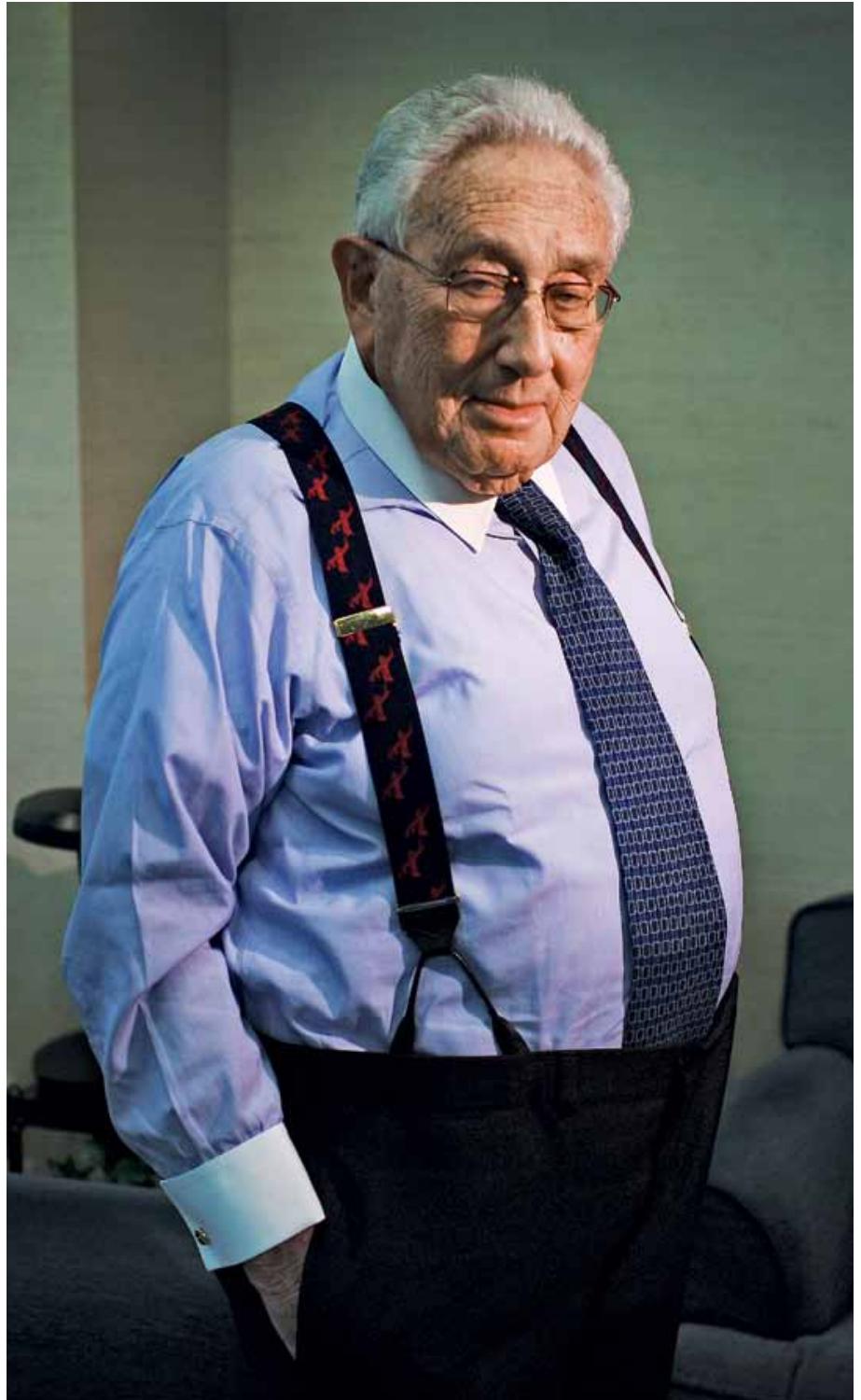
Henry Kissinger hält nichts von Ruhestand. Der 91-Jährige, der sich erst vor drei Monaten einer Herzoperation unterziehen musste, hat ein neues Buch mit dem Titel «World Order» geschrieben. Da unser Gespräch am 11. September stattfand, fragte ich ihn nach seinen Erinnerungen an den Tag vor dreizehn Jahren. «Ich war in Frankfurt, hielt eine Rede vor Unternehmern», erzählte er mit seiner charakteristischen knarzigen Rasselstimme. «Ein Zuhörer hatte gerade eine Frage gestellt, als jemand aufs Podium kam und sagte, er müsse eine wichtige Mitteilung machen. Ich sagte, das könne ja sein, aber zuerst wolle ich die Frage beantworten, was ich auch tat, und dann erklärte der Mann, dass es in New York einen Anschlag gegeben habe. Das war ungefähr um zwei Uhr nachmittags deutsche Ortszeit; ich sollte anschliessend nach Peking fliegen, doch mein Flugzeug blieb am Boden. In den ersten Stunden kursierten Theorien, dass südamerikanische Drogenkartelle oder andere Gruppen die Anschläge ausgeführt hätten, aber die selbstmörderische Art der Durchführung brachte mich sofort zur Vermutung, dass die Aktion im Nahen Osten geplant worden war.»

Rasche, entschlossene und letztlich akkurate Analysen sind Kissingers Stärke und der Grund, warum Klienten weltweit noch immer jedes Jahr Millionen Dollar für seine Auftritte hinblättern. Sein Büro in Manhattan, Ecke Park Avenue und 51st Street, strahlt eine nüchterne Arbeitsatmosphäre aus.

Am Abend zuvor hatte ich in einem Kino der Upper West Side den neuen Dokumentarfilm «The Fall of Saigon» gesehen. Ich fragte Kissinger, wie diese chaotischen Tage im April 1975 ihn geprägt hätten. «Ich denke oft an das Trauma von Saigon», sagte er. «So etwas darf nie wieder passieren. Amerika hat seit 1945 fünf Kriege geführt, sein Ziel aber nur in einem erreicht, im Golfkrieg. Die Tragik Amerikas ist, dass diese Kriege mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung begannen, dass im Laufe der Zeit aber über die Legitimation des Krieges gestritten wurde und manche Leute erklärten, dass Rückzug die einzig mögliche Option sei.»

Die grosse Tragödie Amerikas

«Ohne Watergate», fuhr er fort, «wäre die Invasion der Nordvietnamesen gewiss aufzuhalten gewesen. Wenn es zu einem grösseren Bruch des Friedensabkommens gekommen wäre [das er mit dem nordvietnamesischen Aussenminister Le Duc Tho ausgehandelt und in Paris unterzeichnet hatte, die Red.], hätten wir unsere



Lobgesang auf das geordnete Miteinander souveräner Staaten: Kissinger.



«Selbstmörderische Art»: New York, 2001.

Luftwaffe und Marine eingesetzt, um einen Sieg Hanoi zu verhindern. Immerhin wurde die Offensive 1972 von den Südvietnamesen auch ohne amerikanische Bodentruppen zurückgeschlagen. Wir hätten das Friedensabkommen militärisch verteidigt, wenn Watergate nicht dazwischengekommen wäre. Es war die grosse Tragödie Amerikas, dass Watergate uns im Weg stand.»

Auch wenn es in seinem Buch nicht um Barack Obama geht, sondern um prominente Staatsmänner wie Richelieu, Metternich und Bismarck, drängte sich natürlich die Frage auf, in welcher Weise der heutige Präsident zu einer Stärkung der internationalen Ordnung beitrage. Ich fragte Kissinger also, ob Führung

«Es war die grosse Tragödie Amerikas, dass Watergate uns im Weg stand.»

wichtig sei – immerhin hatten die USA keinen herausragenden Präsidenten in den dreieinhalb Jahrzehnten zwischen Lincoln und Theodore Roosevelt, als das Land auf der Weltbühne eine wichtige Rolle zu spielen begann. «Führung ist absolut unerlässlich, wenn es vergleichbare Länder gibt, die die Sicherheit der Welt gefährden», antwortete Kissinger. «In der Zeit zwischen Lincoln und Roosevelt wurde das Land von weiten Ozeanen geschützt und in der Praxis durch die britische Marine. Heute haben wir eine andere Situation. Obama setzt auf Rückzug.»

Kissinger wünscht sich zweifellos, dass die USA ihre Interessen sehr viel direkter verteidigen. «1904 wurde ein Ion Perdicaris aus New Jersey von marokkanischen Banditen unter dem Kommando eines gewissen Mulai Raisuli



Chaotische Tage: Evakuierung von ausländischen Staatsbürgern aus Saigon, 1975.

entführt. Das State Department schickte eine klare Botschaft: «Die Regierung der USA will Perdicaris lebend oder Raisuli tot haben.»»

«World Order» ist ein Lobgesang auf das geordnete Miteinander souveräner Staaten, das durch den Westfälischen Frieden entstand, mit dem der Dreissigjährige Krieg beendet wurde. Dieser Frieden wurde aber nicht bei einem der illustren Gipfeltreffen geschlossen, an denen Kissinger so oft teilgenommen hat. Der Schweizer Gesandte, schildert er, sei in einer Kammer über einer Wollweberei einquartiert worden, in der es nach Wurst und Lebertran stank, während es für die 29 Mitglieder der bayrischen Delegation nur achtzehn Betten gab. Dennoch war es ein grosser Erfolg. «Wenn man die Weltordnung als ein System definiert, dessen Ziel unter anderem die Verhinderung von Krieg ist, dann ist das Westfälische System eine typisch westliche Ordnung. In jeder anderen Region der Welt wurde der Frieden durch unterschiedliche imperiale Herrschaftsformen hergestellt, etwa bei den Chinesen oder im islamischen Raum. Das Westfälische System prägte die Beziehungen zwischen Staaten seit 1648 und wurde dann von den Kolonialmächten in der ganzen Welt verbreitet. Wenn man von Verstössen gegen das Völkerrecht spricht und dabei auf das Westfälische System verweist, wird das in vielen Teilen der nichteuropäischen Welt nicht akzeptiert.»

In Europa hat der vom Westfälischen Frieden begünstigte Nationalismus Kriege aber nicht verhindern können. Kissinger schreibt die Tragödie von 1914 kurzfristigen Politikern zu, die sich nicht vorstellen konnten, was sie in Gang setzen würden. «Wenn Teddy Roosevelt während des Krieges Präsident gewesen wäre, hätte er vermutlich versucht, eine Verhandlungslösung zu finden, wie er sie bei den erfolgrei-

chen Friedensverhandlungen zwischen Russland und Japan 1905 erreicht hatte. Es wäre besser gewesen, den Krieg ohne Unruhen und Umwälzungen in ganz Europa zu beenden.» Ich fragte Kissinger, was er an Woodrow Wilsons Stelle bei der Pariser Friedenskonferenz getan hätte. «Ich hätte, in Anlehnung an die Wiener Friedensordnung, alles versucht, um Deutschland mit ins Boot zu holen.» In seinem Buch schreibt er: «Deutschland ist für den Frieden in Europa in der meisten Zeit seiner Geschichte entweder zu schwach oder zu stark gewesen.»

Tolerantes Heiliges Römisches Reich

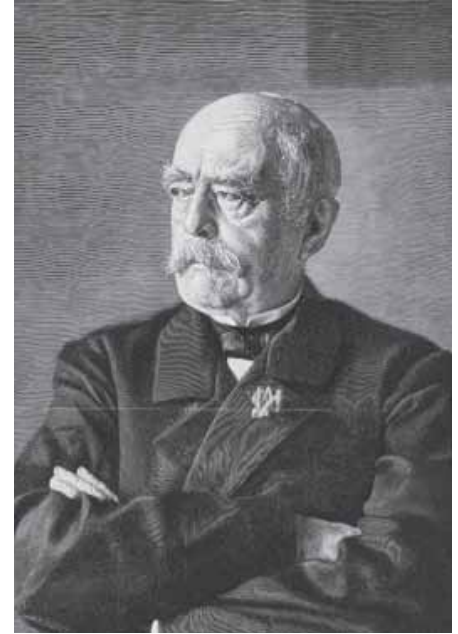
Auf meine Frage, welche Rolle der Protestantismus bei der Herausbildung des Westfälischen Systems gespielt habe, antwortete Kissinger: «Der Protestantismus war eine starke Antriebskraft im Zeitalter der Entdeckungen. Ihm verdanken wir den Begriff der nationalen Souveränität und die moderne Staatslehre. Ohne den Protestantismus wäre das alles nicht möglich gewesen. Ich frage mich aber, was passiert wäre, wenn ein tolerantes Heiliges Römisches Reich die Politik von Kardinal Richelieu praktiziert hätte, der sich ein integrierteres Europa vorgestellt hatte. Hätten Karl V. und seine Nachfolger keine religiöse Orthodoxie erzwungen, hätte auf der Grundlage der Prinzipien Richelieus ein friedlicheres Europa entstehen können.» Richelieu, der die französische Aussenpolitik von 1616 bis 1642 prägte, zählt, neben Konrad Adenauer, zu Kissingers Helden. «Für mich sind Richelieu, Metternich und Bismarck die bedeutendsten europäischen Staatsmänner, die die politischen und ideologischen Machtverhältnisse ihrer Zeit korrekt analysiert und ihre Politik danach ausgerichtet haben. Auch Grossbritannien hatte eine Reihe von heraus-



«Neue Realität»: Kissinger, Nixon, 1973.



«Führung ist absolut unerlässlich»: Richelieu.



«Friedlicheres Europa»: Bismarck.

ragenden Staatsmännern – Palmerston, Disraeli, Gladstone, Salisbury –, denen es vor allem um das globale Gleichgewicht der Kräfte ging.»

Mit Sorge erfüllt Kissinger, dass die heutigen Staatsmänner wegen der permanenten Überflutung mit Informationen kaum noch Zeit zum Nachdenken haben. «Richard Nixon hat sich nur ungern mit Detailfragen abgeben. Er hat sich oft mit seinem gelben Notizblock zurückgezogen und in Ruhe alles durchdacht. Er hatte damals viel Zeit für Reflexionen und Diskussionen. Natürlich heisst das nicht, dass wir keine Fehler gemacht haben. 1969 habe ich gesagt, dass wir die Sowjetunion aus dem Nahen Osten rauswerfen wollten. So war es in der Tat, aber es war ein Fehler, das laut zu sagen. Als ich in Washington anfang, wusste ich nichts von Nachrichtenzyklen. Nixon wusste als Politiker davon, aber er hatte seinen eigenen Arbeitsrhythmus. Bei uns gab es das nicht, dass ständig Leute ins Büro kommen, die einem die neuesten Meldungen bringen.»

Dafür macht er nicht zuletzt das Internet verantwortlich: «Man muss unterscheiden zwischen Information, Wissen und Weisheit. Im Internet-Zeitalter werden diese Dinge gern verwechselt. Je mehr Zeit man dafür aufwenden muss, Informationen einfach aufzunehmen, desto weniger Zeit bleibt für die Verarbeitung. Und es gibt ja auch den gesunden Menschenverstand. Lord Salisbury hatte lange Phasen des Nachdenkens, in denen er mit Weisheit und gesundem Menschenverstand an die Dinge heranging.»

«Ambivalente Supermacht»

Da Kissinger und Nixon anlässlich ihres Staatsbesuchs bei Mao Zedong im Jahr 1973 die Volksrepublik China in die internationale Politik ge-

holt hatten, lag die Frage nahe, ob die Chinesen in der künftigen Weltordnung eine positive oder negative Rolle spielen werden. «Die Chinesen sind nicht von Natur aus Imperialisten. Wenn sie die stärkste Macht der Welt sind, wird sie das zerreissen. Manche Chinesen werden fordern, dass die neue Weltordnung diese neue Realität spiegeln müsse, aber ihre Kultur treibt sie nicht dazu an, das auch durchzusetzen. Sie wollen respektiert werden. Ich glaube nicht, dass China irgendwann anfängt, ein Imperium zu errichten. Im Südchinesischen Meer beispielsweise geht es den Chinesen nicht um Vorrang an sich, denn sie wissen, dass es einen Konflikt geben wird, wenn sie die Schifffahrtsstrassen sperren. Es geht eher darum, dass sie ihren Nationalismus in einer Zeit behaupten wollen, in der das Land im Innern einen grossen Wandel erlebt. Ein hochrangiger chinesischer Politiker erklärte mir kürzlich, dass die Frage des Südchinesischen Meers von einer zukünftigen Generation entschieden werden solle.»

Künftige kriegerische Konflikte zwischen grossen Mächten werden nach Kissingers Ansicht höchstwahrscheinlich im Cyberspace beginnen. «Wenn unser Bankensystem von einem Feind lahmgelegt wird, kann man nicht einfach zurückschlagen, weil die andere Seite nicht über ein ähnliches globales Bankensystem verfügt. Man müsste anders vorgehen. Ich glaube, ein Krieg könnte im Cyberspace anfangen und dann in einer Weise eskalieren, deren Konsequenzen niemand vorhersehen kann, genau wie 1914.» Wären die Vereinigten Staaten denn bereit, einen Cyberkrieg zu führen? In seinem Buch bezeichnet er Amerika als «ambivalente Supermacht». Und wann hat die Ambivalenz begonnen? «Mit Vietnam», antwortete Kissinger. «In dieser Situation wurde

zum ersten Mal in unserer Geschichte die moralische Grundlage der amerikanischen Aussenpolitik in Frage gestellt.»

Die heutige Situation sei aber noch schwieriger als damals. «Bei den heutigen Politikern sehe ich nicht mehr die Reflexionsfähigkeit, die ich bei Männern wie Dean Acheson, David Bruce oder George Marshall erlebt habe. Zu meiner Zeit wurde die Aussenpolitik vom Ostküsten-Establishment dominiert, heute hat sich die Zusammensetzung und Verteilung unserer Bevölkerung sehr verändert. Es gibt weniger gemeinsame Erfahrungen und Konzepte bei den Gruppen, die die grosse Politik machen.» Ganz zu schweigen vom Isolationismus. Was hält er von Rand Paul, dem libertären Senator aus Kentucky, der 2016 vermutlich für die Republikaner kandidieren wird? «Paul ist ein intelligenter Mann, der im Amt lernen könnte. Aber dieses Risiko sollten wir nicht eingehen.»

Die Erwähnung all der vielen herausragenden Politiker gibt Kissinger die Gelegenheit, sich an eine Begegnung mit Präsident Truman im Jahr 1961 zu erinnern, als er ein Berater von Präsident Kennedy war. «Ich sagte, dass wir schon gelernt hätten, dass die vierte Säule des Staates die Bürokratie ist, die jedermanns Macht zügeln kann, selbst die des Präsidenten. Truman erwiderte, dass es Quatsch. Der Präsident könne im Grunde tun, was er wolle, wenn er nur weiss, was er will!» Sollte Präsident Obama im Unklaren darüber sein, was er aussenpolitisch will, muss er bloss «World Order» lesen.

Dieser Artikel erschien erstmals im *Spectator*. Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Andrew Roberts ist ein britischer Historiker und Autor. Zuletzt erschien von ihm eine Geschichte des Zweiten Weltkriegs, «The Storm of War». In diesem Herbst erscheint seine Biografie über Napoleon.

Herbst der Alternativen

Von Thilo Sarrazin — Die Eurozone darbt. Flüchtlinge und angebliche Flüchtlinge rücken an. Islamisten entfesseln einen Terrorkrieg. Die deutsche Regierung beschäftigt sich mit Mietpreisbremsen.



Es wird herbstlich im politischen Berlin: Die konjunkturellen Frühindikatoren gehen seit einiger Zeit zurück, die Wachstumsprognosen sinken, die Steuereinnahmen werden langsamer wachsen. Die für 2015 erstmals (und dann auf ewig) erwartete Nullverschuldung des Bundes ist gefährdet. Die grossen Partner in der Europäischen Währungsunion, Frankreich und Italien, versinken in Dauerstagnation und wachsender Staatsverschuldung.

Die Europäische Zentralbank (EZB) dagegen begibt sich durch ihre neue Ankaufspolitik für Kreditforderungen südeuropäischer Banken in eine neue Rolle: Sie wird zur «Bad Bank» Europas. Es lohnt schon gar nicht mehr zu streiten, ob sie damit ihr Mandat überschreitet oder nicht. Sie wird ihr Ziel nicht erreichen, auf diesem Wege die Wirtschaft in Frankreich und Italien anzuschieben. Deren Problem ist nicht billiger Kredit, sondern mangelhafte Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen. Die durch die EZB ausgelöste Abwertung des Euro wird zudem – wenn überhaupt – nicht Frankreich und Italien, sondern die exportstarken Nordländer des Euro-Raums begünstigen.

Die fiskalischen Konsolidierungsziele von Frankreich und Italien sind zu Schall und Rauch geworden. Der Versuch Deutschlands, über die EU verbindliche Konsolidierungsziele zu setzen, ist gescheitert: Frankreich und Italien wollen zwar möglichst viel Solidarhaftung über die Europäische Währungsunion, aber sie weigern sich, als Partner eines Risikoverbundes fiskalische Autonomie aufzugeben.

Krasse Führungsprobleme

Deutschland selber hat ja bisher nur zum Schein konsolidiert:

— Die unabweisbar heranrückende demografische Krise der Sozialversicherung wird ignoriert.

— Die erhoffte Nullverschuldung des Bundes wurde mit einer anhaltenden Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur und der Bundeswehr erkauft: Ganze Einheiten liegen brach, weil das schwere Gerät – Transportflugzeuge oder Panzer – aus Altersgründen oder wegen mangelhaften Unterhalts nicht funktioniert.

Bei solchen Konsequenzen geht es ja nicht nur um Geldmangel, sondern um krasse Führungs- und Verwaltungsprobleme. Das beeinträchtigt mittlerweile ernsthaft die Fototermine der stets strahlenden und gut geföhnten Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen.

— Länder und Gemeinden zeigen sich mit dem in diesem Jahr stark anschwellenden Zustrom an Flüchtlingen und Asylsuchenden mehr und mehr überfordert. Die jüngsten Skandale betreffs Übergriffe privater Sicherheitsdienste gegen Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen sind hier ein sprechendes Symptom.

Keines dieser Themen wird in der deutschen Politik mit angemessener Tiefe diskutiert. Der Konflikt in der Ukraine und der Terrorkrieg des Islamischen Staates treten hinzu. Sie machen die schweren Einsatzmängel der Bundeswehr zum Politikum, zusätzlich weckt der breite Zustrom radikalierter europäischer Muslime zu den IS-Terroristen grosse Zweifel am bisherigen Integrationsmodell der europäischen Länder.

Tugendterror statt Politik

Womit beschäftigt sich vor diesem Hintergrund die deutsche Politik?

— Die Rente mit 63 und der bundesweite Mindestlohn stehen bereits im Gesetzblatt.

— Jetzt bereitet die SPD-Arbeitsministerin gesetzliche Einschränkungen der Leiharbeit vor.



Ganze Einheiten liegen brach: von der Leyen.

— Der CSU-Verkehrsminister bemüht sich um die Einführung einer europarechtswidrigen PKW-Maut.

— Der SPD-Justizminister möchte Fotos nackter Kinder verbieten und Zuwiderhandlungen strafrechtlich verfolgen.

— Der SPD-Wirtschaftsminister möchte bei den geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA internationale Schiedsabkommen zum Investorenschutz verhindern.

— Das Bundeskabinett hat kürzlich eine Mietpreisbremse für Neuvermietungen beschlossen.

— Alle gemeinsam streiten über den Vorschlag des Ethikrats, die Strafbarkeit von Inzest aus dem Strafrecht zu streichen.

Da ist genügend Platz für eine zweite Partei rechts von der Mitte.

Die deutsche politische Klasse spiegelt gegenwärtig die typischen Verhaltensweisen eines überforderten Unternehmensmanagements: Wenn einem zur existentiellen Absatz- und Kostenkrise nichts einfällt, reformiert man ersatzweise gern das betriebliche Vorschlagswesen oder erweitert den Speiseplan der Kantine.

Vor diesem Hintergrund muss man die jüngsten Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD) in Brandenburg und Thüringen sehen. Vor einem Jahr hatte sie mit 4,8 Prozent den Einzug in den Bundestag knapp verfehlt, jetzt liegt sie bundesweit bei 10 Prozent. Die FDP ist atomisiert. Wenn die AfD keine schweren Fehler macht und sich nach rechts ausreichend abgrenzt, ist sie gekommen, um zu bleiben. Die CDU/CSU, unter Angela Merkel selbst zu einer halbblinken Partei geworden, steht gegenwärtig drei linken Parteien gegenüber, SPD, Linkspartei und Grünen. Da ist genügend Platz für eine zweite Partei rechts von der Mitte.

Die etablierten Parteien sind nervös: Finanzminister Schäuble (CDU) vergass sich kürzlich in einem Interview und versuchte, die AfD in die rechtsradikale Ecke zu rücken.

Auf Einladung lese ich aus meinen Büchern bei allen demokratischen Parteien, allerdings nicht in Wahlkampfzeiten. Vor zwei Wochen war ich erstmals bei der AfD zu Gast, in einem kleinen Zirkel tief in der westfälischen Provinz. Das reichte der SPD-Generalsekretärin Fahimi, um mich über die Presse zum Parteiaustritt aus der SPD aufzufordern. Und dies wiederum führte dazu, dass an einem Freitagabend ein ganzer Pulk von Journalisten in das kleine Bad Iburg reiste, um sich dort meine Lesung anzuhören. Die handelte von Tugendterror und Meinungsfreiheit, nicht aber von grosser Politik.

Wenn man die AfD gross machen will, ist man auf dem richtigen Weg.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.

Solidarität für Schmidheiny

Stephan Schmidheiny ist in Italien zu achtzehn Jahren Haft und Schadenersatzzahlung in Millionenhöhe verurteilt worden. Das Urteil ist willkürlich und ungerecht. Die Schweizer Politik ist dringend aufgerufen, sich für den grossen Unternehmer und verdienten Mitbürger einzusetzen. *Von Thomas Matter*

Unternehmer sind es gewohnt, Risiken zu tragen. Wenn es ihnen nicht gelingt, mit ihren Produkten den Konsumenten zu überzeugen, gehen sie unter. Das komplexe Gefüge der Marktwirtschaft kann nur unter dem Schutz von zweckmässigen, zugleich massvollen wie wirksamen staatlich-rechtlichen Rahmenbedingungen funktionieren. Sind diese nicht gegeben, trifft es nicht nur die Betroffenen, sondern die ganze Gesellschaft, den Wohlstand und die Arbeitsplätze.

Als Vertreter der Politik und der Wirtschaft kann ich darum nicht schweigen zu den Vorgängen rund um die Verurteilung von Stephan Schmidheiny. Ausgerechnet dieser erfolgreiche Schweizer Industrielle und Mäzen wurde im Sommer 2013 durch ein Berufungsgericht in Turin zu achtzehn Jahren Haft und Schadenersatzzahlung in Millionenhöhe verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, durch sein unternehmerisches Wirken vor dreissig Jahren den

Dem Einsatz von Schmidheiny dürften Tausende von Arbeiter ihr Leben verdanken.

Asbesttod von über 2000 Arbeitern in italienischen Eternit-Fabriken verantwortet zu haben.

Tatsächlich kann die mineralische Naturfaser Asbest – wie wir heute wissen – schwere Gesundheitsschädigungen und tödliche Tragödien auslösen. Die industrielle Verarbeitung des feuersicheren Baumaterials führt allein in Europa jährlich zu 10 000 Todesfällen, hauptsächlich Langzeitfolgen durch asbestbedingten Krebs. Noch immer arbeiten über 100 000 Menschen weltweit an entsprechend gefährdeten Arbeitsstellen. Doch ausgerechnet Schmidheiny erkannte als weltweit tätiger Pionier schon früh die Risiken der Asbestverarbeitung. Seit 1976 entwickelte der Chef der Schweizerischen Eternit-Gruppe SEG Programme für asbestfreie Produkte und produzierte seit den frühen achtziger Jahren seine Produkte grösstenteils asbestfrei. Via Aktionärsdarlehen und Kapitalerhöhungen ermöglichte es die SEG in der fraglichen Zeit auch der Eternit Italia, massiv in die Sicherheit zu investieren. Aufgrund der grossen Investitionen konnte Eternit Italia jedoch nicht mehr konkurrenzfähig produzieren; das Unternehmen ging 1986 in Konkurs.

In Italien wurde die Asbestverarbeitung allerdings erst viel später – 1991 – erstmals gesetzlich geregelt und 1992 verboten. Zuvor kümmerte

sich der italienische Staat jahrzehntlang weder um den Erlass von Normen zum Schutz der Arbeitnehmer noch um eine Aufsicht über die Asbestindustrie. Im Vordergrund standen der rasche Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und die Schaffung von Arbeitsplätzen. In den Boomjahren verarbeiteten über tausend Firmen der unterschiedlichsten Branchen das Material. Mit den Erdölkrisen und den daraus folgenden Rezessionen verschob sich der Fokus ab den späten 1970er Jahren: Hauptsorge von Gewerkschaften und Behörden war nun die Erhaltung von Arbeitsplätzen, entsprechend wurde grosser Druck auf die – wirtschaftlich ohnehin gebeutelten – Arbeitgeber ausgeübt.

Noch heute bekundet übrigens der italienische Staat grosse Mühe, rechtzeitig Gesetze zum Schutz von Mensch und Umwelt zu erlassen und wirksam umzusetzen. Sprechendes Beispiel ist Europas grösstes Stahlwerk Ilva in Süditalien, das 2013 unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt wurde. Bis heute verpestet Ilva die Umwelt mit krebserregendem Dioxin; gleichwohl verhandelt Ministerpräsident Renzi in diesen Tagen mit der indischen JSW Steel über Verkauf und Weiterbetrieb des Unternehmens.

Als einziges Land in der Staatengemeinschaft arbeitet Italien solche Tragödien über Strafpro-

zesse gegen Einzelpersonen auf. Gerade Asbest-Altlasten sind jedoch kein Problem von Einzelpersonen. Vielmehr stehen Unternehmen, Behörden und Gewerkschaften in der Verantwortung. Praktisch überall sonst versuchen daher Staat und Wirtschaft gemeinsam, faire Lösungen zu erwirken, die der Entschädigung der Opfer und der Beseitigung der über Jahrzehnte generell unterschätzten Asbestgefahr dienen.

Humanitäres Entgegenkommen

Obwohl Stephan Schmidheiny weder je operativ in der Geschäftsleitung noch im Verwaltungsrat eines italienischen Asbestproduzenten verantwortlich war, soll er nun mit einer hohen Freiheitsstrafe büssen. Fakt ist, dass die von ihm geführte SEG einzig eine Beteiligung an der Eternit Italia hielt. Die SEG erwirtschaftete aus ihrem Engagement in Italien wegen der grossen Investitionen in die Asbestsicherheit keinen Gewinn. Dem Einsatz von Stephan Schmidheiny dürften Tausende von Arbeitnehmern ihr Leben verdanken.

Obwohl Schmidheiny den echten Opfern der Tragödie seit 2008 grosszügiges humanitäres Entgegenkommen offeriert, stigmatisierten ihn Opfervertreter, Gewerkschaften und Medien in einer jahrelangen Kampagne als Hauptverantwortlichen, ja gar als «Terroristen», «Serien-Killer» und «Hitler». Damit nicht genug: Auch die Umstände, unter denen in unserem südlichen Nachbarland in diesem Fall Recht gesprochen wird, sind besorgniserregend: Schmidheiny's Verteidigungsrechte wurden während des ganzen Verfahrens massiv eingeschränkt und entlastende Beweise ignoriert. Die Gerichte gingen von einer eigentlichen Schuldvermutung aus und konstruierten in teilweise abenteuerlicher Manier ein Verbrechen, das so im italienischen Strafrecht gar nicht existiert.

Die Hoffnung auf ein gerechtes Urteil, das nur im Freispruch von Schuld und Strafe bestehen kann, ruht jetzt auf dem Kassationshof in Rom. Es kann nicht sein, dass die italienische Justiz Schmidheiny zum Sündenbock für die Versäumnisse anderer macht. Die Schweizer Politik und Diplomatie ist dringend aufgerufen, sich mit Geschick und Überzeugungskraft für einen verdienten Mitbürger einzusetzen, der ohne Absicht und Vorsatz in die Mühlen der willkürlichen italienischen Justiz geraten ist.

Thomas Matter ist Unternehmer und SVP-Nationalrat des Kantons Zürich.



Pionier: Stephan Schmidheiny.



Der Körper als letzter Fluchtpunkt: Tatowierer, Teheran 2014.

Generation Exodus

Flucht, Sucht und Körperkult: Die jüngste Generation des Iran ist in die innere Emigration geflüchtet. Doch ihre soziale Sprengkraft hat sie nicht verloren. Sie hat das Potenzial, die Islamische Republik in ihren Grundfesten zu erschüttern – oder sie zu neuer Blüte zu führen. Von Urs Gehriger

Chatami hat es wieder getan. Er hat getwittert. Was der geistige Führer des Iran seinem Volk untersagt, nimmt er gern als persönliche Freiheit in Anspruch: Twitter, Facebook, Instagram. Der geistige Führer des Iran ist ein agiler Techie. Bis zu zehn Mal täglich stößt er einen Tweet ab.

Auf Persisch, Englisch und Arabisch. Oft mit einer Breitseite gegen Amerika. «Wie können die USA behaupten, sie seien die Anführer im Krieg gegen den Terror, während ihre Hände mit Menschenblut getränkt sind?», twitterte er am Sonntag. Man könnte meinen, sein Land stünde im heißen Krieg und nicht im diplomatischen Endspiel um das Atomprogramm.



Depeschen aus dem Iran (Teil 3)

Dabei tickt die Bombe tatsächlich. Nein, nicht jene Bombe, vor der sich die ganze Welt fürchtet. Diese Bombe befindet sich in aller Öffentlichkeit, in Kaffeehäusern, Parks und Privatwohnungen. Ihr Sprengstoff ist die soziale Unrast in Irans «dritten Generation».

Die erste Generation der iranischen Revolutionäre hat 1979 Schah Resa Pahlawi gestürzt und unter Imam Chomeini die Islamische Republik gegründet. Sie hat längst das Pensionsalter erreicht, hält aber immer noch alle Fäden in den Händen. Die zweite Generation erwuchs im Krieg gegen den Irak 1980–88. Eine Viertelmillion Iraner ist dabei gestorben, eine halbe Million kehrte als Krüppel nach Hause. Sie nennt sich die «verlorene

Generation», sie ist traumatisiert und abgestumpft.

Die dritte Generation hat weder den Schah noch die Revolution erlebt. Sie wurde nach 1979 geboren. Die einzige Macht, die sie kennt, ist jene der Ajatollahs. Sie macht mehr als die Hälfte der 75 Millionen Iraner aus. Sie ist freiheitsliebend und war einst aufmüpfig und engagiert. Je länger ihre Hoffnungen enttäuscht wurden, desto lauter wurde ihre Stimme. 2009 wurden ihre Exponenten brutal niedergeschlagen.

91 Peitschenhiebe für «Happy»

Heute scheint die dritte Generation des Iran verstummt. Ihr Charakter hat sich markant verändert. Ich nenne sie Generation Exodus. Sie hat der Islamischen Republik den Rücken

gekehrt. Zehntausende – viele von ihnen gehören zur intellektuellen Elite – haben sich in den letzten fünf Jahren aufgemacht, um im Westen ihr gelobtes Land zu suchen. Die meisten allerdings haben weder die finanziellen Mittel, die Kraft noch den Willen, das Land zu verlassen. Sie flüchten in die innere Emigration, in die eigenen vier Wände oder in eine virtuelle Welt.

Wer sich dabei trotz staatlicher Repression und westlichen Sanktionen die gute Laune nicht verderben lässt, muss aufpassen, dass er sie nicht öffentlich kundtut. Sonst könnte es ihm gleich ergehen wie jenen sechs iranischen Jugendlichen, die zum Welthit «Happy» des Amerikaners Pharrell Williams ein Video drehten und auf Youtube stellten. Sie wurden wegen Verstosses gegen die Sittengesetze verhaftet und zu sechs Monaten Gefängnis sowie 91 Peitschenhieben verurteilt.

Glück ist ein kostbares Gut im Iran. Der Iran ist das zweitglücklichste Land der Welt, direkt hinter dem Irak. Dies hat Gallup, eines der weltweit renommiertesten Meinungsforschungsinstitute, 2013 mit einer repräsentativen Umfrage in 138 Staaten eruiert.

Neulich habe ich Hamid Reza Taraghi zur Lage der Nation befragt. Taraghi ist seit 42 Jahren enger Weggefährte von Revolutionsführer Ajatollah Ali Chamenei, er sass während des Schah-Regimes mit ihm im Gefängnis und zählt heute zu seinem engsten Beraterzirkel. Kurz vor unserem Gespräch hatte sich Chamenei an der Prostata operieren lassen. «Ein kleiner Eingriff bloss», kommentierte Taraghi. Chamenei erfreue sich bereits wieder grosser Vitalität.

Kind von Demokratie und Theokratie

Auf die Frage, was dem geistigen Führer hinsichtlich seines Volkes am meisten Sorge bereite, sagte Taraghi: «Er hegt keine speziellen Sorgen, ausser vielleicht in kulturellen Fragen.» Der Revolutionsführer glaube nämlich nicht, dass die Atomgespräche zu einer Lösung führen und die Sanktionen aufgehoben werden. Um den Widrigkeiten zu trotzen, müsse die Gesellschaft mehr Selbstdisziplin walten lassen.

Diesbezüglich äusserte Chamenei allerdings gewisse Bedenken. Die jungen Iraner seien Sportmuffel, teilte er der Welt via Twitter mit. Auf seinen Wanderungen, die er jeweils frühmorgens im Gebirge nördlich von Teheran unternimmt, treffe er selten junge Leute an. «Es stimmt mich traurig, dass die jungen Menschen nicht von dieser wunderbaren Natur profitieren.»

Ob der oberste Führer möglicherweise nicht ganz akkurat über die Nöte und Interessen der Jugend informiert wird?

Profan ausgedrückt, sieht der iranische Gottesstaat so aus, als hätten Demokratie und Theokratie gemeinsam ein Kind gezeugt. Schematisch skizziert, gleicht er einer Pyramide. Blickt man auf die breite Basis der Pyramide, so

scheint es, dass die Macht vom Volk ausgeht. Man stösst auf Institutionen, die an westliche Vorbilder erinnern: ein Parlament, ein Präsident, die beide durch allgemeine Wahlen bestimmt werden. Man stösst auf Eigenschaften wie die Unabhängigkeit der Exekutive, der Legislative und der Rechtsprechung.

Hebt man jedoch den Blick zur Pyramidenspitze, wo der oberste Rechtsgelehrte (Chamenei) sitzt, bemerkt man eine seltsame Spaltung. Zwischen der Pyramidenspitze und den Massen besteht kaum eine Verbindung. Der oberste Rechtsgelehrte – der Vormund – könnte gerade so gut direkt vom Himmel auf die Pyramidenspitze verpflanzt worden sein.

Die Generation Exodus birgt ein riesiges Reservoir an Intellekt, Inspiration und Innovation.

Gemäss der Verfassung von 1979 soll niemand dem Volk sein «gottgegebenes Recht» nehmen dürfen, sein «soziales Schicksal» selbst zu bestimmen. De facto haben der Vormund und seine Repräsentanten jedoch ein Vetorecht gegenüber der gesamten Regierung. Theoretisch sind die drei Regierungsgewalten voneinander getrennt. In der Praxis kann der Vormund alle drei manipulieren. Auch der Präsident, der vom Volk gewählt ist, amtiert letztlich nur von Vormunds Gnaden.

Manifestiert sich im Volk heftige soziale Unrast, hat der Vormund im Prinzip zwei Möglichkeiten: Entweder er besänftigt das Volk mit wohl dosierten Reformen (zum Beispiel freie Nutzung des Internets, Lockerung der Kleidervorschriften oder Pressezensur), auf die Gefahr hin, dass dies nach immer mehr Freiheiten ruft, die schliesslich die Pyramidenspitze des Gottesstaates untergraben könnten. Oder er greift zur Repression.

Letzteres hat er 2009 getan, als nach der Wiederwahl von Präsident Achmadinedschad Millionen Schiebung monierten und durch die Strassen zogen. Nach der Niederschlagung der Proteste ist die dritte Generation ins innere Exil emigriert. Nach dem Motto «Mein Körper ist mein Tempel» zelebriert sie Freiheit an Haut und Haaren, den letzten Fluchtpunkten, die ihnen im Leben geblieben sind: Wilde Frisuren, plastische Chirurgie, Tätowierungen, Bodybuilding liegen im Trend.

Wem der Körper als Freiheitsterrain zu wenig hergibt, der stösst ins Reich des Rausches vor. Der Iran hat ein massives Drogenproblem, und die Regierung macht längst keinen Hehl mehr daraus. Einzig über die Dimension gehen die Ansichten auseinander. Offiziell wird die Zahl der Drogenabhängigen auf 1,5 bis 2 Millionen beziffert. Drogenfachleute gehen von bis zu 6 Millionen Süchtigen aus, wobei in den letzten Jahren vor allem der Missbrauch von Amphetaminen eklatant zugenommen hat.

Die Generation Exodus will keine Revolution. Sie ist nicht antireligiös, sie respektiert den Islam, aber sie will nicht, dass er jeden Teil ihres Lebens besetzt. Sie will einen guten Job, mehr individuelle Freiheit und mehr Kontakt mit der Welt. Sie hat die Hoffnung auf Reformen nicht endgültig begraben, aber sie ist nicht bereit, sich in einem blutigen Kampf gegen die Sicherheitskräfte dafür aufzuopfern.

Die grösste Gefahr für den Iran

Doch die Repression hat die soziale Bombe nicht entschärft, sie tickt immer noch, leise und mit einer langen, vielleicht sehr langen Zündzeit. Nicht die Wirtschaftssanktionen und nicht der Krieg in der Nachbarschaft, die Generation Exodus ist die grösste Gefahr für den Iran – und gleichzeitig sein grösstes Kapital. Sie birgt ein riesiges Reservoir an Intellekt, Inspiration und Innovation. Würde man ihr freien Lauf lassen, könnte der Iran zu einem Leuchtturm werden von blendender Strahlkraft weit über das Mittelmeer und den Indischen Ozean hinaus.

Vielleicht sollte jemand mit dem geistigen Führer darüber reden.

Nächste Woche in der letzten Depesche aus dem Iran: Die Wurzel des Zerwürfnisses mit dem Westen. Blick auf die Welt aus der Warte der geistlichen Führung.



Schweizerzeit

Riskanter Mindestkurs des Frankens zum Euro – droht nun der Crash unserer Altersvorsorge?

Lesen Sie es in der aktuellen «Schweizerzeit»!

Jetzt die «Schweizerzeit» abonnieren für jährlich 70 Franken (Online-Abo: 30 Franken) und restliche Ausgaben 2014 gratis erhalten.
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
abonnement@schweizerzeit.ch
www.schweizerzeit.ch

Das Mimosen-Syndrom

Empört, betupft, verletzt: Frauen können am Arbeitsplatz mit Kritik deutlich schlechter umgehen als ihre männlichen Kollegen. Diese Tatsache lässt sich glücklicherweise ändern.

Von Beatrice Schlag

Die Mimose wittert bereits Missachtung, wenn der Nachbar im Treppenhaus morgens nur ein halbwachses «Hallo» knurrt. Sie kommt schlechtgelaunt ins Büro, weil der Portier, der gerade am Telefon war, ihr nicht grüssend zunicke. Als der Chef sie in der Konferenz am Vormittag anblafft, so viel Ideenlosigkeit sei doch nicht menschenmöglich, ist sie waidwund. Zwar hat der Chef nicht nur sie angeherrscht, sondern alle, die stumm in der Konferenz sass. Aber sie nimmt es so persönlich, als habe der Tadel nur ihr gegolten. Und ist für den Rest des Tages unansprechbar.

Jeder kennt sie, die überempfindlichen Bürokolleginnen, deren Antennen für jedwede Kritik, real oder nicht, ständig ausgefahren sind. Sie sind zahlreich, tüchtig und meist überhaupt nicht unsympathisch. Aber sie können offenbar nicht anders, als jeden schrägen Blick, jeden unterlassenen Gruss und jede üble Laune als Vorwurf an sich zu empfinden. Nach Konferenzen, bei denen der Chef miese Stimmung hatte, fallen in Betrieben überall mehr oder weniger dieselben Sätze. Die Männer sagen gelassen: «Der Chef hat wieder einmal einen schlechten Tag.» Die Frauen sind wütend: «Das lass ich mir nicht mehr gefallen. Ich sag in der Sitzung kein Wort mehr.» Was wiederum bei den Männern regelmässig Verwunderung auslöst. Wieso glauben Frauen immer, Kritik sei gegen sie persönlich gerichtet? Und selbst wenn sie tatsächlich kritisiert werden: Wo ist das Problem? Es geht um Arbeit, nicht um Beziehungsdiskussionen. Warum reagieren Frauen häufig, als werde nicht eine bestimmte Leistung in Frage gestellt, sondern gleich ihre ganze Person?

«Nicht zu hundert Prozent mein Thema»

Dass das Selbstbewusstsein der Frauen sich selten mit dem der Männer messen kann, wenn es um die Einschätzung der eigenen beruflichen Stärken geht, belegen seit Jahrzehnten Dutzende von Studien. Männer können sich gelassen anpreisen, ohne deswegen arrogant zu wirken. Die meisten Frauen sind dabei weitaus zögerlicher. Sie empfinden das, was sie beruflich zu bieten haben, nicht als besondere Assets, sondern als normal. Auf die Frage, warum in SRF-Sendungen so wenig Frauen auftreten, antwortet «Club»-Redaktionsleiterin und Moderatorin Karin Frei: «Ich bin immer bemüht, Frauen dabeizuhaben. Aber Frauen trauen sich weniger zu. Nicht selten sagen sie: «Lieber nicht, ist nicht zu hundert Prozent mein Thema.» Der Mann in derselben Situation sagt: «Ist

zwar nicht zu hundert Prozent mein Thema, aber doch, doch, dazu kann ich schon etwas sagen.» Dasselbe, sagt Karin Frei, sei auch in den Diskussionsrunden selber oft der Fall: «Frauen nehmen sich zurück, obwohl sie mehr zu sagen hätten. Oft animieren wir sie vor der Sendung, sich voll in die Diskussion einzubringen. Klappen tut es bei weitem nicht immer.»

Marianne Gilgen, im Oktober abtretende Redaktionsleiterin der «Arena», hat ähnliche Erfahrungen gemacht: «Frauen geben uns viel öfter einen Korb als Männer. Frauen sind zu bescheiden oder ängstlich und weisen uns an

«Frauen sind zu bescheiden und weisen uns an einen Kollegen weiter, der qualifizierter sei als sie.»

einen Kollegen weiter, der qualifizierter sei als sie.» Unvergessen die Antwort von Roger Schwinski auf die Frage, warum er in seiner Fernscheidung «Schawinski» so selten Frauen interviewte: Es sei, sagte er, «in der Schweiz einfach schwierig, spannende Frauen zu finden. Frauen nehmen in unserer Gesellschaft zu selten spannende Positionen ein.» Das ist zwar eine peinlich-dreiste Behauptung, aber richtig daran ist, dass viele spannende Frauen sich keinen aggressiven Schlagabtausch vor der Kamera zu trauen oder zumuten. Die Frauenstärken am Arbeitsplatz heissen nicht umsonst Soft Skills: emotionale Intelligenz, Kommunikation, Beobachtungsgabe, Empathie, Organisation, Delegation – all jene sozialen Kompetenzen, die angeblich in Betrieben so hoch geschätzt werden und mit denen Frauen dennoch nur selten auf einen grünen Zweig kommen.



Die Frage ist, wie sich beruflich kompetente Frauen, die Karriere machen wollen, das nötige Auftreten und die Selbstsicherheit aneignen können, die männliche Vorgesetzte als aufstiegstauglich erachten. Dass Frauen die Antworten noch immer nicht kennen oder kennen wollen, obwohl schon seit Jahrzehnten die überwiegende Mehrheit von ihnen berufstätig ist, kann kein Zufall sein.

Ein noch grösseres Killerargument

Sich am Arbeitsplatz so zu benehmen, dass Männer einen als potenzielle Konkurrentin respektieren, ist, wie eine Fremdsprache lernen zu müssen, an der man eigentlich kein Interesse hat. Wieso sollen Frauen männliche Machtspiele mitspielen können, die ihnen schon immer etwas lächerlich vorkamen? Wieso darf man Vorschläge nicht in Frageform ausdrücken, sondern muss behaupten, dass es sich um ultimative, grossartige Ideen handelt? Fragen würden Diskussionen auslösen, was viel spannender wäre. Aber nein, jeder Berater trichtert karrierewilligen Frauen ein, Vorschläge in Frageform seien ein No-go, weil sie schwächlich wirken.

Genauso warnen sie natürlich davor, irgend etwas, was im Betrieb passiert, persönlich zu nehmen, weil das am Arbeitsplatz Unfug sei. Gefühle im Betrieb seien unerwünscht. Unerwünscht? Wer gelegentlich in Sitzungen die Aggressivität zwischen Männern beobachtet, denkt, Frauen seien das eindeutig rationalere Geschlecht. Nur weil keiner beleidigt tut, sondern um ein noch grösseres Killerargument ringt, ist das noch lange nicht unemotional.

Für Frauen und Männer, die gerne berufstätig sind, hat Arbeit viel mit Herzblut zu tun. Warum sind ausser Aggressivität nur Coolness und Sachlichkeit zulässig? Fakten, Zahlen, Messbarkeiten kann man in E-Mails auflisten. Dafür brauchte es aus weiblicher Sicht keine Begegnungen. Braucht es aber, weil man dabei steil herauskommen kann. Der männliche Drang, sich zu produzieren, obwohl es viele zeitsparende Methoden gäbe, ist beachtlich.

Es gibt berufstätige Frauen, die sich Anerkennung durch ein Höchstmass an Aggressivität zu verschaffen versuchen. Sie werden häufig laut, um klarzumachen, dass man sie nicht unterschätzen soll. Oft sind ihre Argumente gut, aber sympathisch findet sie niemand, weder Frauen noch Männer. Und Karriere machen sie auch nicht. Auch nicht die, die sich mit Männern kumpelhaft verhalten, kein Wort



Warum sind ausser Aggressivität nur Coolness und Sachlichkeit zulässig?

über ihr Privatleben verlieren, nichts persönlich zu nehmen scheinen und am liebsten über Eishockey und Fussball reden. Es ist eine Anbiederung, die Männer nicht schätzen. Die meisten Männer spielen Fussball, seit sie zwei sind. Auch wenn eine Frau sämtliche Fussballergebnisse vom letzten Sonntag kennt und jeden Eishockeymatch verfolgt, wird sie nicht in den Boys-Klub aufgenommen. Man hält ihre sportlichen Interessen für einen billigen Trick, um dazuzugehören. Meist stimmt es. Frauen, die gelegentlich einen Kuchen in die Firma mitbringen, weil man sie dafür mögen wird, tun sich ebenfalls keinen Gefallen: Der Kuchen ist im Nu weggegessen und an ihren Aufstiegschancen hat sich nichts geändert. Sie ist nur die Kollegin mit dem feinen Kuchen.

Der beste Rat für Frauen mit Ambitionen auf Karriere ist der alte amerikanische Spruch: «Fake it till you make it – Tu so, als ob, bis du es kannst.» Irgendwann wird die Erwähnung deiner Stärken so selbstverständlich aner-

Der beste Rat für Frauen mit Ambitionen ist der alte Spruch: «Fake it till you make it.»

kannt, dass du sie selber respektierst. Dein Mantra, dass nichts bei der Arbeit persönlich gemeint ist, wird dir glaubwürdig, weil du herausfindest, dass es wirklich so ist. Der Prozess erfordert eine Menge Verbiegungen. Eigentlich wundert man sich nicht, dass viele

Frauen ihre Karrieren aufgeben, weil der Preis zu hoch ist.

Frauen wie Männer disziplinieren

Übrigens: Wenn Männer und Frauen zu Hause streiten, wird meist die Frau laut und der Mann läuft irgendwann davon und knallt die Tür hinter sich zu. Sein Stress-Level ist durch den Streit ungleich höher als ihres, und er kommt viel langsamer herunter als sie. Frauen finden solche Gespräche befreiend und glauben, sie hätten die Partnerschaft gestärkt, man sei sich nähergekommen. Die meisten Männer hassen sie. Es ist nicht überraschend, dass Männer am Arbeitsplatz, wo sie die Mehrheit bilden, so viel dransetzen, Frauen nach ihren Regeln zu disziplinieren. ○

«Gestohlene Lebenszeit»

An unseren Schulen herrsche Geisterstunde, schreibt Konrad Paul Liessmann in seinem neuen Buch. Der Wiener Philosophie-Professor über das Unvermögen der heutigen Jungen, richtig zu googeln, die falschen Kriterien der OECD und die Irrtümer der Schweizer Bildungspolitik. *Von Markus Schär und Erol Gurian (Bild)*

Herr Liessmann, Sie schreiben: «Die Schweiz ist in der glücklichen Lage, ein einigermaßen bewährtes und auch einigermaßen erfolgreiches Bildungssystem zu haben.»

Genau.

Danke für die Blumen. Schweizer Bildungsexperten sehen unsere Schulen viel kritischer.

Darüber wundere ich mich manchmal. In Deutschland und Österreich fordern die Experten Reformen, weil wir bei den Pisa-Tests so schlecht abschneiden. Das trifft für die Schweiz eher nicht zu. Und in Österreich läuft eine heftige Debatte: Wo stehen unsere Hochschulen? In den Rankings finden wir sie auf Platz 175 oder 220 oder weiss Gott wo. Die kleine Schweiz hat aber zwei weltberühmte Hochschulen. Da fragt man sich doch: Warum glaubt ein Land, das sich so auszeichnet, teure und problematische Bildungsreformen durchführen zu müssen? Nur weil es gerade Mode ist?

Es gibt für Sie «keinen Vorwand für Reformbedürftigkeit» – bei uns laufen aber seit zwanzig Jahren ständig Reformen. Woher kommt dieser Furor?

Das ist mir ein Rätsel. Einerseits gehören Bildungseinrichtungen ja zu jenen Institutionen, die ihren Zweck umso besser erfüllen, je stabiler sie sind. Andererseits kämpft jedes Bildungssystem mit dem Vorwurf, es könne sich nicht an veränderte Bedingungen anpassen. Daraus ergibt sich der Gedanke, dass Bildung stets zusammenfällt mit ihrer Reform.

Wo begegnet Ihnen dieser Gedanke?

In Debatten höre ich Sätze wie: «Es ist unerträglich, dass wir immer noch ein Bildungssystem haben, das aus dem 19. Jahrhundert stammt.» Da frage ich zurück: «Leben wir in unterschiedlichen Welten? Seit Jahrzehnten stossen wir jedes Jahr eine Reform an. Wie kommen Sie nur auf Ihre Idee?» Die Antwort – in Österreich – ist: «Wir haben immer noch die 50-Minuten-Stunde.» Dass man an diesem Takt festhält, weil er sich bewährt hat, kommt niemandem mehr in den Sinn. Alles, was länger als zwei Jahre währt, steht im Bildungssystem unter Verdacht.

Für Reformen spricht, dass seit zwanzig Jahren die Globalisierung den Wettbewerb massiv verschärft. Da schreckt uns der Gedanke auf: «Achtung, unser Bildungssystem genügt nicht mehr!»

Alle argumentieren so, aber sie konstruieren dabei auch falsche Zusammenhänge. Die Schweiz ist ein interessantes Beispiel: Sie ist eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Länder – dabei entspricht ihr Bildungssystem mit dem differenzierten Schulsystem, der dualen Berufsbildung, der niedrigen Maturanden- und Akademikerquote überhaupt nicht den Kriterien, die gemäss OECD zum Erfolg führen. Es gibt also eine Ideologie, dass wir unser Bildungssystem aufgrund des verschärften Wettbewerbs umbauen müssen. Aber sogar empirische Bildungsforscher überprüfen diese Ideologie nicht. Sie sehen deshalb auch nicht, dass ein stabiles Bildungssystem, in dem Kinder, Jugendliche und Eltern wissen, was sie zu erwarten haben, ein Wettbewerbsvorteil sein könnte.

Heute stehen wir bei Pisa nicht schlecht da. Aber bei der ersten Studie schockte uns der Vergleich, als wir sahen, dass die Finnen und die Südkoreaner viel mehr erreichen.

Es war anfangs vielleicht ein heilsamer Schock, dass wir uns mit anderen verglichen. Ich bleibe aber Skeptiker, was Pisa betrifft, dies aus zwei

«Alles, was länger als zwei Jahre währt, steht im Bildungssystem unter Verdacht.»

Gründen. Einerseits vertritt Pisa einen extrem verengten Bildungsbegriff; es werden nur drei Dimensionen getestet, und dies auf eine Weise, die unserer mitteleuropäischen Wissens- und Prüfungskultur nicht entspricht. Das führte anfangs zu Verzerrungen, vor Pisa kannten wir Multiple-Choice-Tests kaum. Wer nun lernt, damit umzugehen, schneidet besser ab. Pisa testet also, wie gut sich Länder auf Pisa-Testfragen einstellen, sonst gar nichts. Andererseits müssen Sie sehen, was der Schweizer Ökonom Mathias Binswanger in einem lesenswerten Buch über «sinnlose Wettbewerbe» zeigt: Stehen die Absolventen eines Schweizer Gymnasiums im Wettbewerb mit den Absolventen einer lappländischen Gesamtschule? Natürlich nicht, die Pisa-Tests erzeugen also eine völlig unnötige Panik und Hektik.

Seit Jahrzehnten beklagen Gesellschaftskritiker die Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Aber letztlich geht es doch um die einfache – ökonomische – Frage: Was schaut bei den Mitteln, die wir reinstecken, an Ertrag raus? Was soll an dieser Frage unsittlich sein?

An der Frage gar nichts. Unsittlich ist, wie wir den Ertrag definieren. Darüber herrscht ja keine Einigkeit. Unsittlich und darüber hinaus dumm ist es, zu sagen, der Ertrag einer Schule lasse sich mit ihrem Abschneiden bei Pisa-Tests messen. Und es ist unsittlich und nicht weniger dumm, wenn wir zu wissen glauben, was wir in Zukunft brauchen.

Was muss denn für Sie in der Schule als Ertrag heraus schauen?

In der Grundschule ist das Beherrschen der Kulturtechniken unerlässlich. Die Kinder müssen also lesen, schreiben und rechnen können und Basiswissen gewinnen. Eine Schule versagt nicht, wenn sie keine Kurse für den Umgang mit Computern oder Smartphones anbietet. Das lernen die Schüler ohnehin selber. Wir führten ja in den fünfziger Jahren auch kein Schulfach «Fernsehen» ein, als der Fernseher aufkam. Darüber hinaus glaube ich schon, dass die Schule die wesentlichen Grundlagen unserer Kultur vermitteln sollte. Ein junger Mensch muss lernen, wie man wissenschaftliche Erkenntnisse erarbeitet und umsetzt; er sollte wissen, wie Gesellschaften und politische Systeme funktionieren; und er sollte auch kennen, was früher altertümlich «Kulturgüter» hiess. Kultur besteht zum grossen Teil aus ihrer Geschichte, und die Kenntnisse dieser Geschichte muss die Schule vermitteln.

Sie können an der Uni nicht einmal mehr Grundkenntnisse der Bibel voraussetzen.

So ist es, ja. Die Bibel war über Jahrhunderte die Grundlage des gemeinsamen Wissens. Natürlich hat sie nicht mehr den Stellenwert wie in einem Haushalt des 18. Jahrhunderts, wo sie oft das einzige Buch war. Aber Sie können in kein Museum gehen ohne Kenntnisse der Bibel – Sie verstehen gar nicht, was diese Bilder zeigen.

Es ist eine der Haupttätigkeiten von Lehrern, Leistungen zu messen. Aber sie wehren sich erbittert dagegen, die eigenen Leistungen messen zu lassen.

Das gilt für andere Berufe ebenso. Sie gehen auch nicht zum Arzt und sagen, nachdem er Ihnen den Blutdruck gemessen hat: «Jetzt schauen wir mal, wie es bei Ihnen aussieht.» Auch die Bildungsforscher, die so gerne messen, lassen sich nur ungern selbst messen und bewerten – womöglich käme heraus, dass man ihre Stellen auch einsparen kann.

«What gets measured gets done», heisst die wichtigste Management-Maxime. >>>



«Stellt der Schüler in seinem Garten eine Guillotine auf?»: Philosoph Liessmann.

Nein, das Messen ist – zumindest im Bildungsbereich – nicht so wichtig, wie es die Ideologie des Testens nahelegt. Es ist zwar eine klassische Aufgabe von Lehrern, Leistungen von Schülern zu beurteilen und ihnen eine Rückmeldung zu ihrem Leistungsverhalten zu geben. Aber wie wollen Sie die Leistung des Lehrers messen? An der Anzahl Leute, die er zu einem Abschluss bringt? Wir kennen die Evaluationen an Hochschulen, aufgrund deren das Einkommen der Dozenten an die Leistungen der Studenten gekoppelt wird: Da werden die Studenten automatisch besser. Selbstverständlich soll man diskutieren: Was ist ein guter Lehrer? Aber es geht um qualitative Fragen: Was können wir von einer Lehrperson an fachlichen Kenntnissen, an didaktischen Fertigkeiten, an sozialer Sensibilität erwarten? Allerdings ist es selbst in grossen Metastudien nie gelungen, einen wirklich verbindlichen Kriterienkatalog für einen guten Lehrer zu erarbeiten. Denn die Schüler sind nicht alle gleich. Sie kennen das sicher aus Ihrer eigenen Schulerfahrung: Ein Schüler liebt den Lehrer, sein Sitznachbar hasst ihn.

In den Grundlagen zum Schweizer Lehrplan 21 steht: «Der neue Lehrplan wird den Bildungsauftrag an die Schulen kompetenzorientiert abfassen. Es wird beschrieben, was alle Schülerinnen und Schüler können müssen.» Was können Sie da dagegen haben?

Viel. Zum Beispiel halte ich es für einen Grundfehler, Kompetenzen nur als Können zu definieren. Die Schulen sind nicht nur dazu da, Können zu erzeugen, sondern auch dazu, Wissen zu vermitteln.

Geschieht das in unseren Schulen nicht mehr?

Es steht zumindest nicht mehr explizit in den Lehrplänen. Wenn es noch geschieht, dann nur, weil sich Lehrer über den Lehrplan hinwegsetzen. Weiter soll die Schule meiner Meinung nach auch Wissen vermitteln, das sich nicht in Können überführen lassen muss. Gemäss den kompetenzorientierten Konzepten sollen die Schüler alles Lernen mit einer Tätigkeit unter Beweis stellen. Es gibt aber viele spannende Dinge, bei denen das nicht möglich oder sinnvoll ist.

Zum Beispiel?

Ich nahm im Juni an einer Tagung in Zürich teil. Da schwärmte ein Mitautor des Lehrplans 21 davon, dass die Schüler im Geschichtsunterricht nicht mehr sinnlos Jahreszahlen auswendig lernen müssten, sondern nun Einsichten aus der Geschichte in ihrer Lebenswelt anwenden könnten. Ich erlaubte mir die Frage: «Wie schaut es denn aus, wenn der Schüler die Französische Revolution in seiner Lebenswelt anwendet? Stellt er in seinem Garten eine Guillotine auf?» Es gibt doch historisches Wissen, das

Konrad Paul Liessmann

«Eine Streitschrift» nennt Konrad Paul Liessmann sein Buch «Geisterstunde. Die Praxis der Unbildung» (Hanser), das diese Woche erschienen ist. Tatsächlich bietet er eine brillant formulierte, amüsant polemisierende Attacke auf die Unbildung, «ihre Erscheinungsformen und Tendenzen, ihre Ideologie und Verblendung, ihre Wortführer und Propagandisten, ihre Exzesse und Absurditäten». Schreibt hier ein Nostalgiker, gar ein Reaktionär, der die Welt der Schulen nicht mehr versteht?

Die Unterstellung verbietet sich beim 61-jährigen Professor für Methoden der Vermittlung von Philosophie und Ethik an der Universität Wien. Er setzt sich gerne vor grossem Publikum mit Alltagsfragen auseinander, so im Philosophicum in Lech am Arlberg, in Radiosendungen zu den grossen Philosophen oder in Artikeln in Tageszeitungen; das brachte ihm 2006 die Wahl zum österreichischen «Wissenschaftler des Jahres» ein. Andererseits sieht er sich seit seinen Zeiten als marxistisch-leninistischer Student immer noch als Linken: Mit seiner «Theorie der Unbildung» (2006) und der «Praxis der Unbildung» führt er die «Theorie der Halbbildung» von Theodor W. Adorno fort. (sär)

wir hier und jetzt nicht anwenden können. Vor zwanzig Jahren hätte jeder sagen können: «Warum muss ich wissen, wie die Krim zur Ukraine kam?» Jetzt müssen wir es wissen, um zu erklären, warum es dort Krieg gibt. Was heisst in diesem Fall «kompetenzorientiert»? Es heisst gar nix.

Bei den alten Römern hiess es: «Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir.»

Der Satz wird immer falsch zitiert, Seneca sagte: «Non vitae, sed scholae discimus.» (Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir.) Das war natürlich ironisch gemeint. Aber ich glaube tatsächlich, die Schule sollte auch ein Raum sein, wo man sich vom Leben zurückziehen kann – «scholé» hiess ursprünglich «Musse». Der Sinn von Kultur ist es gerade, Dinge zu lernen, die kein anstehendes Lebensproblem lösen müssen. Sie können den Satz des Pythagoras lernen, ohne später als Landvermesser zu arbeiten. Die beglückendsten Momente waren in meiner Schulzeit und sind es jetzt in meiner Lehrtätigkeit, mich in eine Sache vertiefen zu können, ohne immer an die Anwendung zu denken – und am Schluss zu merken: «Hoppla, das erklärt mir doch etwas, was mit mir zu tun hat.»

Heute kommt es doch nicht mehr darauf an, über Wissen zu verfügen, sondern darauf, es erarbeiten zu können.

Das war immer so, auch die gebildetsten Menschen konnten nie alles wissen. Jeder wusste: «Wenn ich etwas wissen will, muss ich in eine Bibliothek gehen.» Das begann in der Antike mit der Bibliothek von Alexandria – so alt ist dieses Konzept. Das Einzige, was sich geändert hat: Wir müssen nicht mehr ein Schiff nach Alexandria besteigen, sondern nur das Smartphone einschalten. Um mich in der Bibliothek orientieren zu können, musste ich aber etwas wissen. Und das gilt – sogar in höherem Mass – auch für das Internet.

Sie spotten, die Jungen könnten nicht einmal richtig googeln.

Ja, weil sie zu wenig wissen. Es kommt eben auch darauf an, was ich selber weiss. Selbst was ich wieder vergesse, hinterlässt Spuren in meiner Persönlichkeit.

Mit den Jungen wird es seit Sokrates immer schlimmer. Sind Sie ein Kulturpessimist?

Nein, ich sage auch nicht, es werde immer schlimmer. Ich sage nur: Viele Möglichkeiten und Notwendigkeiten unserer Kultur enthalten wir den Jungen vor, aus falscher Menschenfreundlichkeit – das muss nicht sein. Darum bin ich auch gegen die einseitige Ausrichtung auf Projektarbeiten. Es bringt nichts, in einem halben Jahr wie Archimedes das Phänomen des Auftriebs mit Hilfe von Gummienten nochmals zu «entdecken»; das ist gestohlene Lebenszeit. Es ist gerade das Wesen der Kultur, dass nicht jeder alle Erfahrungen selber machen muss. Sonst gäbe es gar keinen Fortschritt.

Sie schreiben: «Der Widerstand in der Schweiz dokumentiert, dass nicht mehr alles zähneknirschend akzeptiert wird.»

Ja, dieser Widerstand ist neu, es gab ihn weder in Deutschland noch in Österreich. Er zeigt, dass es knirscht zwischen jenen, die den Lehrplan aushecken, und jenen, die ihn umsetzen müssen.

Lässt sich denn über Lehrpläne abstimmen? Wir Schweizer sind dafür berüchtigt, dass es in der direkten Demokratie angeblich auch mal falsch herauskommt.

Ja, ja. Bildungsinhalte sind vielleicht kein Fall für die direkte Demokratie, die Rahmenbedingungen aber sehr wohl. Sie könnten die Schweizer fragen: «Wollt ihr einen Lehrplan, in dem auf zehn Seiten steht, dass die Schüler lesen, schreiben, sprechen und rechnen lernen sollen? Oder wollt ihr einen Lehrplan, der auf fünfhundert Seiten vorschreibt, dass die Kinder in sechs Jahren 4500 Kompetenzen erwerben müssen?»

In der Schweiz haben Sie nur die SVP auf Ihrer Seite. Damit sind Sie als Intellektueller erledigt.

Wieso? Diese Initiativen gegen den Lehrplan 21 tragen – soviel ich weiss – auch linke Lehrerverbände mit. Es wäre gefährlich, die Kritik an der Kompetenzorientierung mit einer konservativen Position gleichzusetzen. ○

GELESEN

**Yahoo-Chefin Mayer kassiert
36,6 Millionen für halbes Jahr**

GELESEN

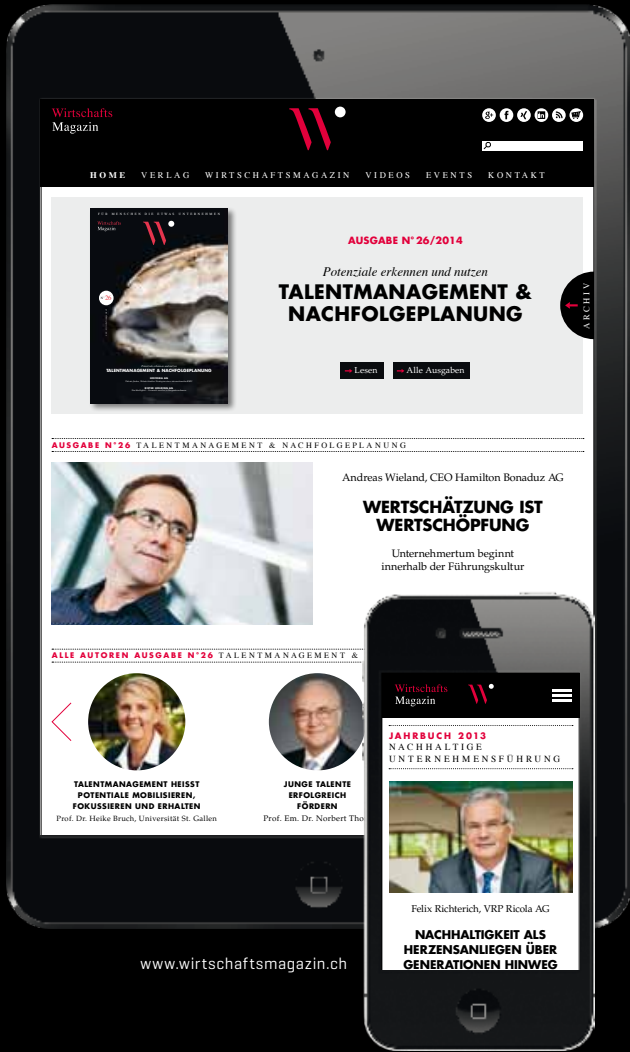
**«400 Millionen Inder versuchen
mit weniger als einem Franken
pro Tag zu überleben»**



Zwei Beiträge aus dem Tages-Anzeiger.
Gedruckt, online, als App und in unserer Vielfalt an Blogs.

Du bist, was du liest.

Tages-Anzeiger



BR AN DI NG

Wir entwickeln starke Marken

Klare Strategie, modernes Design und überzeugende Kommunikation – die Marke muss einzigartig definiert und über alle Medien hinweg inszeniert werden. Nur eine starke Identität fasziniert und überzeugt Ihre Kunden.

Wir begleiten Sie auf dem Weg zu Ihrem crossmedialen Unternehmensauftritt.



Dossier

Magie des Geldes

Die Schweiz, das Gold und die Zukunft des Finanzplatzes

66 Umfrage: «Was bedeutet Geld für Sie persönlich?»

68 Im Sog der Preise: Die neue Angst vor einer Deflation

72 Lars Christensen: Der Wikinger unter den Bankern

74 Geld aus dem Schwarm: «Crowdfunding» als Konkurrenz für Kreditgeber

76 Reportage: Schein und Sein in Panama

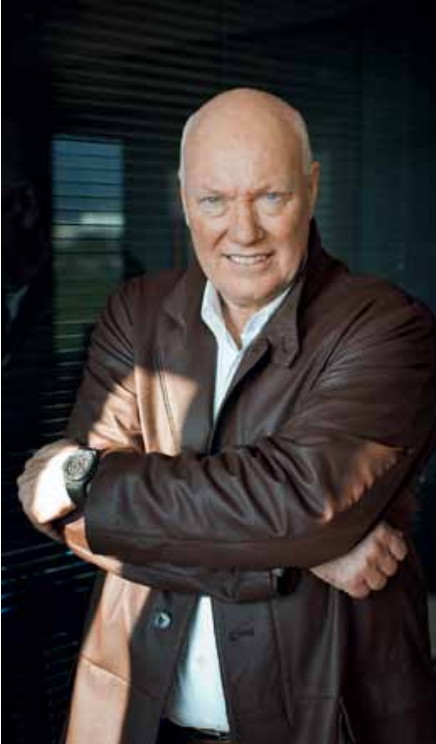
79 Das Gold-Idyll: Am Papiergeldsystem kommen immer mehr Zweifel auf – zu Recht?

80 Fünf Börsenregeln von Heinz Zimmermann

82 Finanzplatz Schweiz: Ballenberg des Bankgeschäfts

85 Zentralbanker: Halbgötter unserer Zeit

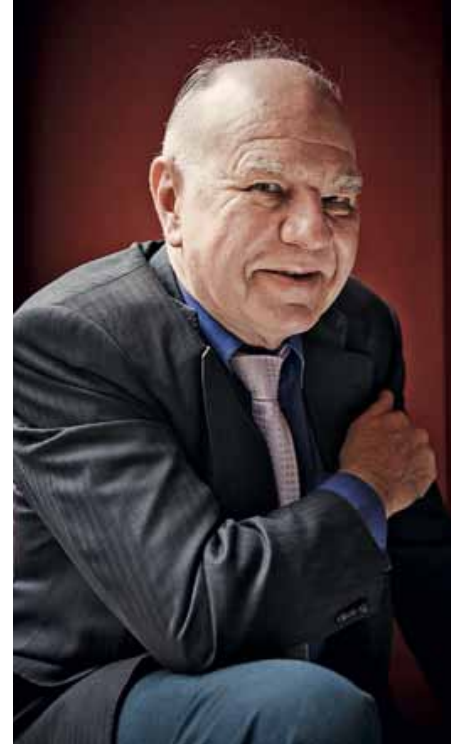
86 «Gute Instrumente»: Investor Liotard-Vogt



«Freiheit»: Jean-Claude Biver.



«Informationen»: Tito Tettamanti.



«Buchführung»: Marc Faber.

Magie des Geldes

«Teilen macht reich»

Die *Weltwoche* fragte vermögende Unternehmer und Finanzspezialisten, was Geld für sie persönlich bedeute.

Jean-Claude Biver, CEO Hublot — Geld bedeutet zuerst Freiheit, auch die Freiheit zur unternehmerischen Aktivität. Man braucht zwar nicht unbedingt Geld dafür, aber mit Geld wird es schon etwas einfacher. Aus Geld folgt Unternehmertum, daraus folgen Arbeitsplätze. Geld bedeutet aber auch, Steuern zu bezahlen und somit seinen Teil der Bürgerpflicht zu erfüllen. Zuletzt und am wichtigsten bedeutet Geld: teilen. Geld ohne Teilen ist wie totes oder armes Geld. Am Ende des Tages macht Teilen reich!

Tito Tettamanti, Financier — Geld ist Geist, eine der interessantesten Schöpfungen des Geistes. Das war das Thema eines Referats, das ich vor vielen Jahren an der Tagung der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) gehalten habe.

Geld hilft auch, Macht zu haben, steht aber heute in Konkurrenz zu Informationen. In der heutigen Gesellschaft wird der Unterschied zwischen «Have» und «Have not» nicht mehr durch den Besitz von materiellen Gütern bestimmt, sondern über die Fähigkeit, Informationen zu haben, zu beurteilen, zu benützen. Falls ich, im geläufigen Sinn, mit Geld die

Papierwährung meine, dann denke ich an das beste System für die Regierungen, durch Entwertung ihre Schulden nicht zu zahlen. Auf jeden Fall bleibt Geld aber ein Mittel und kein Zweck.

Marc Faber, «Dr. Doom» — Man muss zuerst unterscheiden: Geld ist nicht gleich Vermögen. Was das Vermögen betrifft, so habe ich glücklicherweise relativ früh erkannt, dass jemand mit Vermögen ein freieres Leben führen kann als jemand ohne Vermögen. Ich reise viel in Schwellenländern umher und weiss daher, was echte Armut ist. Ganz arme Leute leiden Hunger, sie sind den Temperaturschwankungen sowie Krankheiten und Unfällen schutzlos ausgeliefert und können meistens auch nicht an einen besseren Ort umziehen oder auswandern.

Natürlich gibt es auch Menschen, die viel verdienen und trotzdem eine Art Sklavendasein führen, weil sie beispielsweise ihr ganzes Einkommen sofort ausgeben und deshalb Ende Monat auf ihren Lohn warten müssen, um ihre Schulden zu begleichen. Aber das müssten sie ja nicht tun. Das Sklavendasein der Armen ist existenzieller.

Zum Bargeld: Ursprünglich wurde das Bargeld erfunden, um den Umtausch von Vermögenswerten in andere Vermögenswerte zu erleichtern. Der Metzger musste den Bäcker nicht mehr mit Fleisch bezahlen, sondern mit einem anerkannten Tauschmittel. Die Erfindung des Geldes vereinfachte auch die Buchhaltung: Sowohl Äpfel als auch Birnen lassen sich in Geldwerten ausdrücken. Für eine verständliche Buchführung ist ein einheitliches Mass unverzichtbar.

Im Vergleich zum Vermögen in einem umfassenden Sinn überschätzen aber viele Leute den Wert von Bargeld, weil sie den Eindruck haben, es sei ein gutes Wertaufbewahrungsmittel. Wenn Geld ehrlich ist, dann sollte es seine Kaufkraft behalten. Das ist aber höchstens in Bezug auf Konsumgüter des täglichen Bedarfs der Fall. Schon lange nicht mehr der Fall ist es in Bezug auf Vermögenswerte wie Aktien oder Immobilien. Wer vor zwanzig Jahren ein Bankkonto eröffnet hat, anstatt eine Immobilie in Zürich zu kaufen, ist vergleichsweise ärmer geworden. Ich bin mir sicher, dass die Notenbanken in Zukunft die Kaufkraft des Geldes völlig zerstören werden. Wer sich auf das Papiergeld als Vermögensanlage verlässt, wird relativ arm



«Macht»: Oliver Herren.

sterben. Immerhin kann er sich mit der abschliessenden Gerechtigkeit trösten, dass es nicht mehr darauf ankommt, ob man arm oder reich war, wenn man erst einmal tot ist.

Oliver Herren, Start-up-Unternehmer (unter anderem Digitec) — Das Spannende an Geld ist, dass es nur einen relativen Wert hat. Einen Wert, der sich durch die Akzeptanz der Teilnehmer eines Wirtschaftssystems ergibt und der sich dauernd ändert. Geld an und für sich hat keinerlei Wert. Erst der Konsens untereinander führt dazu, dass man bereit ist, real existierende Güter gegen abstraktes Geld zu tauschen. In der Annahme, dass man es zu einem späteren Zeitpunkt wieder gegen ähnlich wertvolle Güter zurücktauschen kann.

Geld auf einem Bankkonto ist nicht mehr als eine Nummer in einer Datenbank. Und die Verlässlichkeit des Rechtssystems, in dem sich die Bank und das Konto befinden. Darin liegt auch der Sinn des Bankgeheimnisses, man kann sich vor einem korrupten Staat schützen. Aber zugleich kann man auch einen rechthaffenen Staat betrügen. Was wiegt schwerer? Wenn das Vertrauen in die Sicherheit fehlt, dann fällt das System zurück auf den ineffizienten Tauschhandel. Es ist beeindruckend, wie stabil und zuverlässig dies funktioniert. Geld ist ziemlich abstrakt. Darum können vermutlich so viele Menschen nicht damit umgehen. Und die meisten Lottomillionäre enden in Schulden.

Mit Geld kann man sich Luxus kaufen. Ich verachte Luxus. Ich habe Respekt vor Qualität.



«Arbeitsplätze»: Alain Duménil.

Aber die Illusion der Exklusivität ist ein Betrug. Wer der Illusion unterliegt oder wer ihr unterliegen möchte, für den hat Luxus einen Wert. Ich mag daher den Satz nicht, dass es Luxus ist, Zeit zu haben. Luxus ist unnötig, Zeit ist alles andere als unnötig. Man sollte nach der falschen Verwendung von Wörtern fahnden und sie ahnden ...

Am ehesten bedeutet Geld Möglichkeiten, Macht. Mit Macht kommt Verantwortung. Wie kann ich für die Gesellschaft, für das System und für meine Familie einen Mehrwert generieren mit dem Geld? Es ist eine Freude,

«Man darf es nicht zu ernst nehmen, sonst hört der Spass auf.»

sich dieser Herausforderung zu stellen. Man darf Geld nicht zu ernst nehmen, sonst hört der Spass auf.

Man braucht nicht viel Geld, um ein gutes Leben zu führen. Bücher bekommt man in der Bibliothek, eine schöne Wanderung beginnt vor der Tür, ein gutes Lauftraining im Wald kostet Disziplin, für einen schönen Abend reicht eine sympathische Begleitung.

Alain Duménil, Verleger L'Agefi — Geld zu haben, bedeutet für mich Freiheit. Es eröffnet einem Handlungsspielräume und die Möglichkeit, seine Meinung offen zu sagen. Ein kleiner Angestellter muss alle Launen seines Chefs über sich ergehen lassen. Einem Kleinin-



«Ersatzmittel»: Christoph Blocher.

dustriellen gibt vielleicht die Bank plötzlich keinen Kredit mehr und bringt ihn in Schwierigkeiten. Doch wer Geld hat, sollte es investieren. Wer all sein Geld auf der Bank behält, bringt der Gesellschaft nichts. Investitionen zeitigen alle möglichen Effekte. Das dient der Gesellschaft mit Arbeitsplätzen und Steuern.

Christoph Blocher — Geld ist ein Ersatzmittel, um Vermögen zu erwerben. Wer nur dem Geld nachspringt, springt immer nur einem Ersatz nach. Darum sind geldgierige Menschen komische Menschen. Und weil der Tauschhandel etwas kompliziert ist, hat man eben das Geld geschaffen, dank dem jedes zu erwerbende Objekt einen Wert hat, den man mit Geldscheinen befriedigen kann. Für mich als Unternehmer ist klar, dass man Geld benötigt, um umfangreiche Investitionen zu tätigen: Man investiert in Maschinen, in Forschungsprojekte, in Mitarbeiter und vieles mehr, um damit forschen, entwickeln, produzieren und verkaufen zu können. Man schafft damit Mehrwert, welcher sich dann im Unternehmenswert niederschlägt. Ein gutes Unternehmen hat einen hohen Wert. Es gibt nichts Traurigeres als einen Unternehmer, der arm ist, weil sein Unternehmen ja nichts wert ist. Der Unternehmer hat zwar meistens kein Geld – aber Vermögen.

Zusammengestellt von Florian Schwab

Im Sog der Preise

Nach der Finanzkrise haben die Notenbanken die Geldmenge massiv ausgeweitet. Dann kamen Inflationsängste auf. Die neue Furcht heisst Deflation. Wie gefährlich sind sinkende Preise?
Von Christian Siedenbiedel und Judith Lamberger (Illustration)

Jetzt ist es amtlich: Die Inflation im Euro-Raum hat den niedrigsten Stand seit fast fünf Jahren erreicht. Die Inflationsrate rutschte im September auf nur noch 0,3 Prozent ab. In einigen südeuropäischen Ländern wie Griechenland, Portugal, Spanien und nun auch Italien sind die Preise auf Jahressicht sogar gesunken. Aber selbst in Deutschland lag die Inflationsrate nur noch bei mickrigen 0,8 Prozent. Nicht nur Benzin und Heizöl wurden billiger – auch die Preise für viele Nahrungsmittel im Supermarkt wie etwa Kartoffeln (minus 32 Prozent) oder Gurken (minus 17 Prozent) waren zuletzt gesunken.

Das ist seltsam: Die Inflation sinkt immer weiter – dabei hatten viele mit dem Gegenteil gerechnet. Als die Zentralbanken nach der Finanzkrise begannen, die Welt mit billigem Geld zu fluten, da erwarteten viele Experten Inflation. Gerade viele Deutsche sahen sich im Geiste schon wieder Geld in Wäschekörben transportieren – wie während der Hyperinflation der zwanziger Jahre. Aber auch in der Schweiz fürchteten viele, früher oder später könnte die Inflation aus der Euro-Zone importiert werden – und im schlimmsten Fall das Papiergeld wertlos machen.

Ein für alle Mal verschwunden?

Warum also ist die Inflation nicht gekommen? Sind wir diese Geissel der Menschheit womöglich endgültig los? Oder ist, umgekehrt, die Deflation die neue grosse Gefahr für die Welt – eine Ära beständig sinkender Preise?

Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), hat auf jeden Fall klargemacht: Er hält die Deflation derzeit für die grössere Gefahr – und legt ein Notprogramm nach dem andern auf. Gerade hat die EZB den Leitzins noch einmal gesenkt, von 0,15 Prozent auf nur noch 0,05 Prozent. Ausserdem will sie Pfandbriefe und sogenannte ABS (Asset-Backed Securities) aufkaufen – Wertpapiere, die mit Krediten besichert sind. Aber auch einen Ankauf von Staatsanleihen im grossen Stil wie in Amerika (Quantitative Easing) schliesst Draghi nicht aus – wenn die Erwartungen für die Inflation weiter sinken.

Ob das so kommt, ist noch ungewiss. Sicher aber ist: Die Vorstellung einer starken Geldentwertung als unmittelbare Folge der lockeren Geldpolitik in aller Welt hat sich als falsch erwiesen. In der Euro-Zone insgesamt gibt es zwar keine Deflation, also sinkende Preise – aber doch

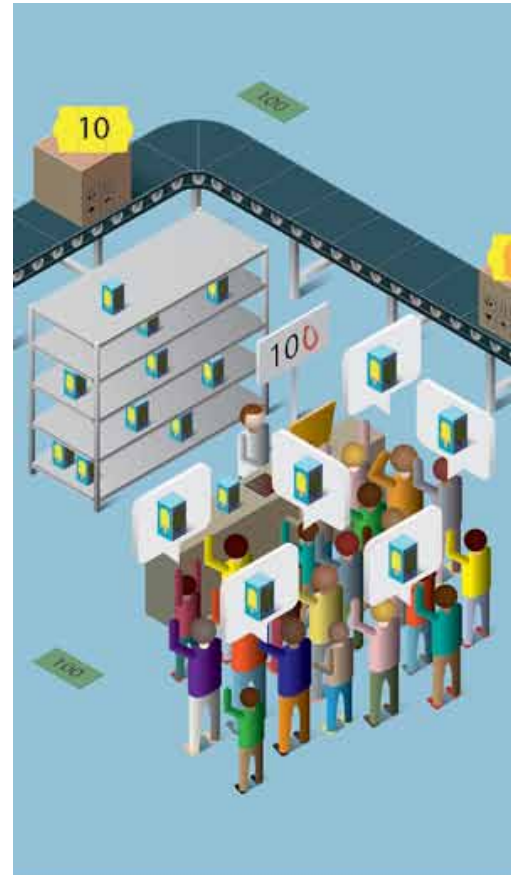
Disinflation, also sinkende Inflationsraten. Viele Experten lagen mit ihren Prognosen daneben. So hatten Banken wie die Commerzbank in Deutschland, aber auch die UBS in der Schweiz bereits für 2013 eine höhere Inflation vorhergesagt. Die gängige Prognose, die damals einleuchtend klang: Die Konjunktur in Deutschland zieht wieder an – und dann kommt die Inflation. Doch obwohl die Wirtschaft wuchs und die Arbeitslosigkeit auf ein Rekordtief sank, war von Inflation weit und breit nichts festzustellen. In der Schweiz war die Inflationsrate zwischenzeitlich sogar negativ, jetzt liegt sie knapp über null.

Es gibt nur drei Möglichkeiten, das zu erklären. Entweder die Gefahr einer Inflation wurde grandios überschätzt. Oder die Inflation ist längst da und wird nur von der amtlichen Statistik nicht vernünftig erfasst. Oder aber: Es gab Fehleinschätzungen lediglich hinsichtlich des zeitlichen Ablaufs – und das dicke Ende kommt noch.

Spekulationen über eine neue Ära, in der klassische Inflation (ein Anstieg der Preise auf breiter Front) grundsätzlich keine Rolle mehr spielt, gibt es seit längerem. Schon 1996 erschien ein vielbeachtetes Buch unter dem Titel «Das Ende der Inflation» vom damaligen Chefökonom der britischen Bank HSBC. Seine Theorie: Mit der Inflation ist es in der globalisierten Welt vorbei – weil immer neue Billigprodukte etwa aus Asien das Preisniveau überall auf der Welt ständig sinken lassen und Druck nach unten auch auf die Löhne in den Industrieländern ausüben.

Diese Theorie gibt es jetzt in neuer Gestalt. Sie besagt: Wenn heutzutage viel billiges Geld unterwegs ist, dann führt das vor allem zu einem Anstieg der Vermögenspreise, nicht mehr der Preise im Supermarkt. Das Geld fliesst also in Aktien und Immobilien und treibt Börsenkurse und Hauspreise nach oben. Es bilden sich Finanzblasen, die zur neuen Gefahr in einer Welt werden, die klassische Inflation wie in den siebziger Jahren nicht mehr kennt.

Ein wichtiges Argument spricht allerdings dagegen, dass die Inflation als Phänomen ein für alle Mal verschwunden ist: Es gibt in vielen Schwellenländern noch hohe Inflationsraten. Die Inflation ist nicht weg – sie ist nur woanders. In Russland lag die Preissteigerung zuletzt bei 7,5 Prozent, in Brasilien bei 6,5 Prozent – und im krisengeschüttelten Argentinien sogar bei mehr als 10 Prozent.



Auf einmal macht es «schwups»: Die Inflation



(oben) könnte zurückkehren; eine Deflation (unten) wird derzeit mehr gefürchtet.

Aber auch in den Industrieländern kann die Inflation durchaus wieder steigen. Volkswirte verweisen dazu gern auf das Jahr 1968, als die Inflation in Deutschland auch schon mal nur knapp über null lag. Damals hatte der deutsche Wirtschaftsminister Karl Schiller erklärt, die Inflation sei tot, «so tot wie ein rostiger Nagel». Kurze Zeit später kehrte die Inflation zurück und steigerte sich in den siebziger Jahren nach der ersten Ölkrise in ein Desaster für alle, die auf stabile Preise gesetzt hatten.

Vieles spricht deshalb dafür, dass auch jetzt die Inflation nicht für immer verschwunden ist. Sondern dass es sich zumindest bei den extrem niedrigen Inflationsraten um eine vorübergehende Erscheinung handelt. EZB-Präsident Draghi nannte unlängst die Krise in der Ukraine als einen Grund für die niedrige Inflation – aber die Hauptursachen liegen tiefer. «Hinter den niedrigen Inflationsraten stecken Folgen der weltweiten Finanzkrise», sagt Otmar Issing, der frühere Chefvolkswirt der Deutschen Bundesbank.

Offenbar hat die Finanzkrise zunächst dafür gesorgt, dass die Notenbanken die Schleusen der Geldpolitik öffneten – dann aber sorgte sie auch dafür, dass das Geld, das die Notenbanken ausgaben, gar nicht bei den Haushalten und Unternehmen ankam.

Banken horten Zentralbankgeld

Der Mechanismus geht so: Die Notenbank hat zwar mehr Geld an die Banken ausgereicht. Die Banken aber bieten weniger Kredit an, und die Unternehmen fragen weniger Kredite nach als in normalen Zeiten. Deshalb hat sich zwar die Menge an Zentralbankgeld erhöht – die Menge des tatsächlich umlaufenden Geldes aber wächst nur ganz schwach.

Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen Amerika und Europa. In Amerika war die Geldpolitik sehr viel expansiver als in Europa. Trotzdem liegt auch dort die Inflationsrate im Augenblick bei nur rund 2 Prozent – was Notenbankern gern mit «Preisstabilität» gleichsetzen.

Warum aber haben viele Ökonomen das nicht geahnt – und sich so in ihren Prognosen verschätzt? «Viele Ökonomen, und da will ich mich gar nicht ausnehmen, hatten nicht damit gerechnet, dass diese Krisenfolgen so lange anhalten», räumt Geldpolitik-Experte Issing ein. Die amerikanischen Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff hätten jedoch gezeigt, dass es nach Finanzkrisen lange dauern kann, bis die Wirtschaft sich wieder normalisiert – bis zu zehn Jahre.

«Sobald die Weltwirtschaft sich erholt, kann es durchaus dazu kommen, dass die Inflation zurückkehrt», meint Clemens Fuest, der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim.

Die Inflation kommt noch: So argumentieren auch andere Ökonomen, die in der Vergangenheit vehement vor Inflation gewarnt haben

– von Jürgen Stark (ehemals EZB) über Joachim Starbatty (Universität Tübingen) bis hin zum traditionsreichen Frankfurter Bankhaus Metzler. Sie vergleichen die Inflation gern mit einer Ketchup-Flasche: Wenn man die umdreht und drauf klopft, kommt erst lange nichts. Aber auf einmal macht es «schwups». Und danach bekommt man das Zeug ausgesprochen schlecht wieder in die Flasche.

Ihnen allen hält der amerikanische Nobelpreisträger Paul Krugman vor, nicht genug aus dem Ausbleiben der Inflation gelernt zu haben. Er spricht von einer *inflation-is-coming crowd*: einer Meute der unbelehrbaren Inflationserwarteter. Manche, so Krugman, glaubten wohl lieber an ein Wunder, als sich einzugestehen, dass mit ihrem ökonomischen Modell etwas nicht stimmt. Allerdings: Mit Prognosen für die Inflation hält Krugman selbst sich zurück.

Aber auch wenn die Zahlen eine andere Sprache sprechen – die Bürger in Deutschland fühlen eine starke Inflation bei den Fixkosten. Steigen nicht überall die Mieten? Sind die Ne-

Warum aber haben viele Ökonomen das nicht geahnt – und sich verschätzt?

benkosten nicht geradezu explodiert? In einer Umfrage äusserten 42 Prozent der Befragten den Eindruck, die meisten Produkte würden teurer – 17 Prozent meinten sogar: alle. Aber sollten solche Gefühle für die Politik einer Notenbank eine Rolle spielen? Sicher nicht.

Die gemessene Inflationsrate jedenfalls, an der die EZB ihre Politik ausrichtet, entwickelt sich rückläufig auf niedrigstem Niveau. Deshalb stellt sich die Frage: Wie gefährlich ist die Deflation, vor der Notenbank-Chef Mario Draghi so eindringlich warnt? Was ist eigentlich so schlimm an fallenden Preisen? Schliesslich freut sich jeder zunächst einmal, wenn Benzin an der Tankstelle oder Kartoffeln und Gurken im Supermarkt billiger werden. Das klingt eher hervorragend als bedrohlich.

Zwei Argumente hört man, warum sinkende Preise eine Gefahr darstellen: Erstens kann es eine Abwärtsspirale geben. Die Leute kommen auf die Idee, grössere Anschaffungen aufzuschieben. Schliesslich ist das neue Auto nächstes Jahr viel günstiger als heute. Also horten die Menschen ihr Geld, statt es auszugeben. Wenn sich alle so verhalten, kann das die ganze Wirtschaft ausbremsen.

Schlimmer noch kann es jedoch für die Schuldner kommen. Wenn in einem Land Preise und Löhne sinken, bleibt trotzdem eines gleich hoch: die Schulden, die zum Beispiel Hausbauer und Unternehmen gemacht haben. Wenn nun das Geld immer mehr wert wird, weil Deflation herrscht, werden auch die Schulden und Zinsen, die darauf zu zahlen

sind, immer drückender. Bis sie irgendwann nicht mehr tragbar sind – und Firmen pleitegehen, Menschen ihre Arbeit verlieren und Häuser zwangsversteigert werden.

Aber muss es so kommen? Sind diese Folgen wirklich unabwendbar, selbst wenn die Deflation zeitlich und der Höhe nach begrenzt bleibt? Sicher nicht. Als Horrorbeispiel gelten zwar die Vereinigten Staaten von Amerika in der Weltwirtschaftskrise. Zwischen 1929 und 1933 fielen die Preise dort um 25 Prozent – in einzelnen Jahren um 10 Prozent. Damals sanken die Preise, zu denen die Unternehmen ihre Waren verkaufen konnten, viel schneller als die Löhne. Das liess die Gewinne der Unternehmen zusammenschmelzen und viele in die Pleite gehen. Die Folge war eine weltweite Depression.


«Gute und schlechte Deflation»

Doch so muss es nicht in jedem Fall kommen – das zeigen etwa die Erfahrungen in der Schweiz. Seit mehr als vier Jahren liegt die Schweizer Inflationsrate nun schon unter einem Prozent – in den Jahren 2012 und 2013 war sie sogar negativ. Trotzdem steht die Schweizer Wirtschaft ausgesprochen robust da: Prognosen gemäss wird sie dieses Jahr um rund zwei Prozent wachsen, und die Arbeitslosenquote liegt unter 3,2 Prozent – verglichen mit 11,5 Prozent im Euro-Raum.

«Es gibt offenbar gute und schlechte Deflation», sagt Andreas Höfert, der Chefökonom der UBS. In der Schweiz seien die sinkenden Preise sogar ein Zeichen für die Stärke des Landes: Viele internationale Anleger suchten die Schweiz in der Krise als «sicheren Hafen» – das trieb den Kurs des Frankens hoch, bis die Zentralbank ihn künstlich begrenzte. Die starke Währung verbilligte viele Waren aus dem Ausland. Zugleich sinkt das Preisniveau in der Schweiz auch deshalb, weil viele Dinge traditionell teurer waren als im Ausland – und mit der Öffnung der Märkte ein gewisser Ausgleich stattfindet.

Ohnehin ist die These, dass sinkende Preise in jedem Fall zum Horten und zu einer sinkenden Nachfrage führen müssen, alles andere als zwingend. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel hat gerade in einer empirischen Studie gezeigt: Es gibt auch den Effekt, dass die Leute Dinge, die billiger werden, besonders gern und viel kaufen – und sich keine Gedanken darüber machen, ob ein weiterer Aufschub des Kaufs noch Geld sparen würde. Das lässt sich beispielsweise an Computern, Waschmaschinen und Digitalkameras zeigen. Das stützt die Vermutung, dass es sehr auf die Umstände ankommt – und sinkende Preise allein noch keine Katastrophe darstellen müssen. Die Wissenschaftler jedenfalls raten den Notenbanken, sie sollten nicht in Panik verfallen – und dem Deflationsgespenst «gelassen ins Auge blicken».

Christian Siedenbiedel ist Wirtschaftsredaktor bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.



**Ich bestimme
die Strategie.
Dann übernehmen
die Experten.**

Vermögensverwaltung – so individuell wie Sie.

Nutzen Sie das Können unserer Anlageexperten und profitieren Sie direkt von unserer globalen Finanzexpertise. Wir steuern Ihr Portfolio zielgenau nach Ihrer persönlichen Strategie.

credit-suisse.com/invest

Der Wikinger unter den Bankern

Lars Seier Christensen ist der Architekt der Saxo Bank. So untypisch wie seine Bank ist er auch selber. Ein Gespräch über Unternehmertum, Politik, das Unmoralische am normalen Bankgeschäft – und darüber, warum die Schweiz ein gutes Land ist. *Von Florian Schwab und Dan Cermak (Bild)*

Viele Banken-CEOs haben glasklare politische Ansichten, aber sie äussern sie nur in den eigenen vier Wänden bei einem Glas Wein. Nicht so Lars Seier Christensen. Im vergangenen Jahr sprach der Gründer der global tätigen Saxo Bank auf Einladung der liberalen Denkfabrik Adam Smith Institute. Das überraschende Thema seiner fast einstündigen Rede: die amerikanische Philosophin Ayn Rand. Wie sie besser und lebensnäher als jeder andere Philosoph das Wesen des Unternehmers erfasst habe. Dann, ein Jahr später, trat er am Liberalen Institut in Zürich, in seiner Wahlheimat Schweiz, wo er mit seiner Frau und fünf Kindern lebt, auf. Der Titel des Vortrags: «Unternehmertum in Europa – Kann es noch schlimmer werden?» Die Antwort des Dänen: Es kann.

Wir treffen Christensen am Sitz des Schweizer Tochterunternehmens der Saxo Bank im zürcherischen Zollikon. Er ist ein grossgewachsener, nordischer Typ. Seine Antworten kommen pfeilgerade und in bemerkenswerter Offenheit. Kein Lavieren, kein Ausweichen, keine rhetorischen Nebelkerzen.

Restaurant in Spanien

Die Bank selbst belegt eine Etage in einem eher zweckmässigen Geschäftsgebäude. Ohne Aussicht. Flächenmässig nimmt der sogenannte Trading-Floor am meisten Raum ein in den Büros der Saxo Bank: Die Mitarbeiter sitzen an imposanten Bildschirmen, über welche in Echtzeit die Preise der wichtigen Handelsplätze flimmern. Man ist über blitzschnelle Leitungen mit der Zürcher Börse verbunden. Tempo ist wichtig, denn im Takt von Millisekunden zucken die Preise. Kaufen und Verkaufen, der ewige Zweisatz der Marktwirtschaft. Adam Smith lässt grüssen.

Christensen, so bekennt er selbst, habe «schon immer unternehmerisch gedacht» und nie «auch nur die geringsten sozialistischen Instinkte» verspürt. «Ich mag die Freiheit, das eigene Schicksal zu gestalten.» Nach dem Schulabschluss in Dänemark eröffnete er ein Restaurant in Spanien; in der Absicht, nach spätestens zwei Jahren ein Studium aufzunehmen. Philosophie, Archäologie, etwas über die klassische Antike. Dazu ist es nie gekommen: Der Gastronomie blieb er fünf Jahre lang treu, bevor er nach London in die Finanzindustrie wechselte. Der dänische Auswanderer arbeitete für verschiedene Broker, bevor er im Jahr 1992 mit einem Partner seine eigene Firma



«So unabhängig wie nur möglich»: Finanzunternehmer Christensen.

gründete: Midas, benannt nach dem mythologischen König, der mit seiner Berührung alles in Gold verwandelt. Die abstrakte Geschäftsidee: neue technologische Möglichkeiten zu nutzen, um den Kunden einen raschen, unkomplizierten und vor allem preisgünstigen Börsenhandel zu ermöglichen. Im Namen Midas offenbarte sich die Ambition der beiden Gründer: «Wir waren jung und sahen in dem Namen eine lustige Referenz für unsere Kunden, die ja auch Geld machen wollen.»

Zehn Jahre später wurde aus Midas die Saxo Bank mit Sitz in Kopenhagen. Auch dieser Name hat einen tieferen Sinn: Saxo war der erste Däne, der über die Wikinger schrieb und darüber, wie sie die Welt eroberten. «Mit unserer Dienstleistung die Welt erobern, das wollten wir auch.» Mit Erfolg: Die Finanzkrise hat das Unternehmen weitgehend unbeschadet überstanden und ist in über dreissig Ländern präsent.

Knapp dreissig Banken und lizenzierte Tochtergesellschaften wickeln ihren Handel in der Schweiz über die Plattform der Saxo Bank ab. Depots im Umfang von knapp einer halben Milliarde Franken führen die Kunden bei der Schweizer Niederlassung. Weltweit sind es zwanzig Milliarden dänische Kronen (3,2 Mrd. Franken). Als Privatperson ist man ab einem Depot von 10 000 Franken dabei.

Die weltweit 1500 Mitarbeiter der Saxo Bank eint eines: Sie haben «Atlas Shrugged» gelesen, den Bestseller der amerikanischen Philosophin Ayn Rand. Aus diesem philosophischen Roman leitet die Saxo Bank ihr Leitbild ab. Als Christensen das Buch mit 38 Jahren las, fand er darin eine «philosophische Grundlage für das, was mir mein Bauchgefühl schon immer gesagt hatte: Freiheit ist besser als das Gegenteil». Ayn Rand erkläre, warum es ethisch sei, seine persönlichen Interessen zu verfolgen, reich zu werden. «Klar hat der Kapitalismus bessere Ergebnisse erzielt als der Kommunismus, aber das genügt als Begründung nicht.» Rand sei eine «sehr gute Philosophin». Man könne mit ihr einverstanden sein oder nicht, aber sie biete eine «schlüssige Weltanschauung».

«Eine Wasserflasche, kein Schnellzug»

Was ist der Kern der randschen Philosophie? «Wie schon der Name sagt: Objektivismus.» Christensen deutet auf die Wasserflasche auf dem Tisch: «Die Anhänger von Ayn Rand legen Wert darauf, dass man die Dinge beim Namen nennt. Das ist eine Wasserflasche und kein Schnellzug.» Man kann die Realität verweigern, sie träumerisch verklären, aber niemals überwinden.

Christensen glaubt, dass es die allererste Pflicht jedes Menschen sei, sein eigenes Haus zu bestellen. Und zwar, indem man den Tatsachen ins Auge sehe («Objektivismus») und auf ehrliche, vertrauenswürdige und verlässliche Weise seinen persönlichen Vorteil suche.

Die Philosophie von Ayn Rand stelle hohe moralische Anforderungen. Am Ende profitiere jeder, denn «wenn alle Leute Diebe oder Politiker sind, dann gibt es gar nichts zu stehlen». Er selber habe das Glück gehabt, durch sein unternehmerisches Engagement zu Vermögen zu kommen, doch ein unternehmerisches Leben sei ein Wert an und für sich, selbst wenn es sich finanziell nicht auszahle: Im Zentrum steht «die Möglichkeit, Dinge so zu machen, wie man es möchte».

Das Vernebeln der objektiven Tatsachen in pompösen Phrasen sei das Herrschaftsinstrument aller, die auf Kosten anderer leben möchten. Der Unternehmer dagegen wisse: Wenn es schlecht läuft, ist er selber schuld.

Konsequenterweise verschwanden nach der Ayn-Rand-Entdeckung durch den Gründer die Bekenntnisse zu allen möglichen Verantwortungen aus dem Leitbild der Saxo Bank: soziale, ökologische, gesellschaftliche, nachhaltige. Alles Geschwurbel, das den Blick auf das Reale verstelle.

Sein Lebenswerk hat Christensen in einer Industrie aufgerichtet, die über das Geldwesen eng mit dem Staat verzahnt ist. Der Staat produziert via Zentralbank das Papiergeld, das er der Finanzindustrie (und schliesslich sich selber) zu übermässig günstigen Konditionen zur Verfügung stellt. Trotzdem stimmt der Saxo-

«Mit einem EU-Austritt Grossbritanniens ginge mein grösster Traum in Erfüllung.»

Bank-Gründer nicht in den Schlachtruf vieler Radikalliberaler ein, die mit einem «End the Fed» das Papiergeldregime der Zentralbanken und insbesondere der amerikanischen Federal Reserve schon morgen pulverisieren möchten.

«Wer die Zentralbanken abschaffen will, ist ein reiner Utopist. Man kann den über Jahrzehnte aufgehäuften Unsinn nicht über Nacht abtragen.» Sicher könnte man «auf einem weissen Blatt Papier ein besseres Geldsystem erfinden», aber man müsse realistisch bleiben. Zudem: Profitiert nicht auch die Saxo Bank davon, dass die Zinsen so tief sind? Lars Seier Christensen winkt ab: «Das ist nicht unser Geschäft bei der Saxo Bank. Die Kunden bringen uns ihr Ersparnis, um damit selber Finanzprodukte zu kaufen.» Bestünde sein Geschäft hingegen darin, sich Gratsgeld von der Zentralbank zu leihen und dieses in «zinstragende Banktitel zu investieren», so hätte er «ein moralisches Problem». Viele Leute in der Finanzindustrie nutzen das System aus, weil es ihnen zu wenig abverlange.

Christensen hat sich bereits positiv über die Kryptowährung Bitcoin geäussert und wäre «eigentlich interessiert» daran, mit Saxo Bank Bitcoin-Angebote zu lancieren. Die regulatorische Unsicherheit sei aber derzeit zu gross. Nichtsdestotrotz sieht er in der Technologie

eine grosse Chance: Wenn Transaktionen in einer sogenannten *block chain* von Abertausenden Computern gespeichert und legitimiert werden, dann könne sie nachher niemand mehr hinterfragen. Eine E-Mail oder ein Vertrag dagegen seien rasch gefälscht.

«Bestes Land»

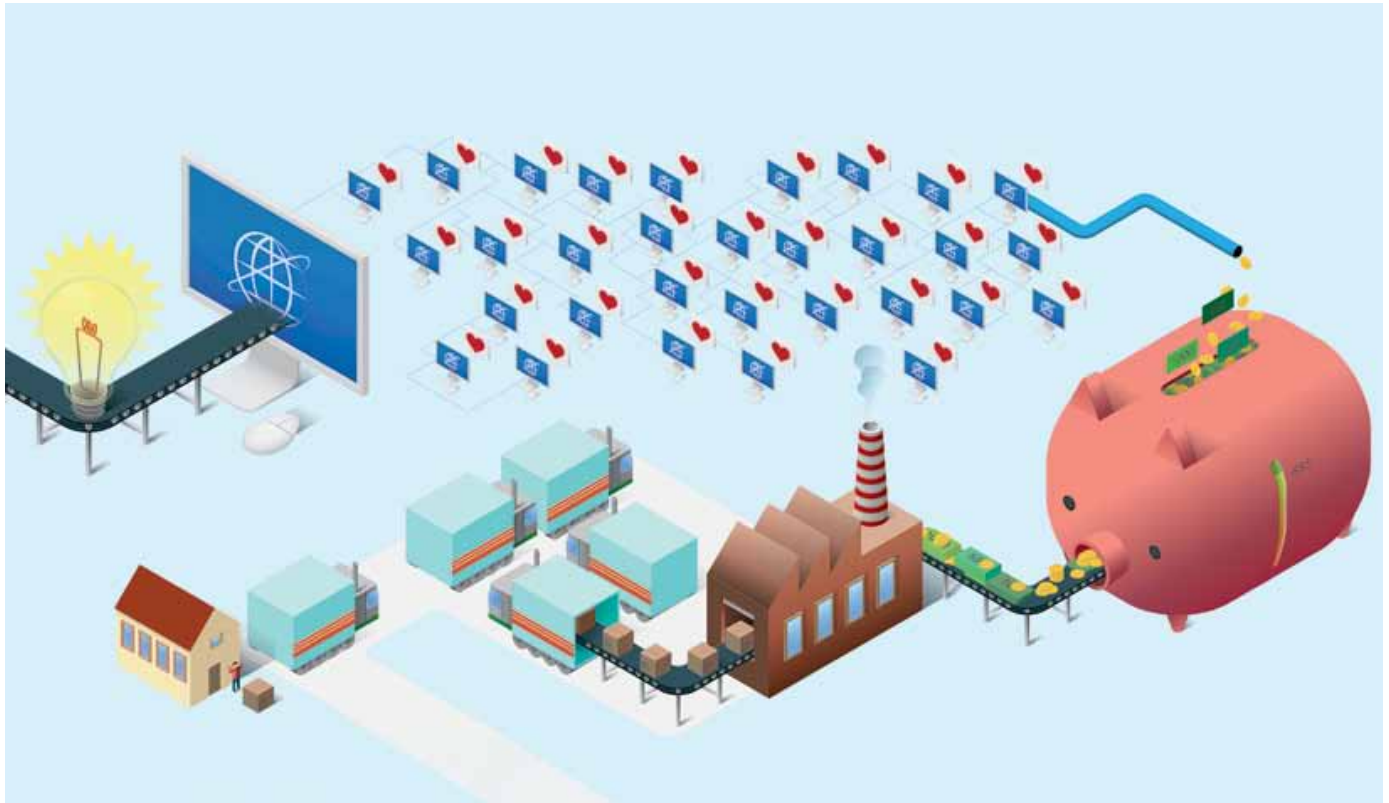
Das reine Gegenteil einer freiheitlichen Gesellschaft, wie sie ihm vorschwebt, ortet Lars Seier Christensen in der Europäischen Union, beim «Monster von Brüssel». In seinem Heimatland Dänemark unterstützt Christensen die EU-kritische Liberale Allianz – im Wissen, dass politisches Engagement selten etwas bewirke: «Zwei Drittel der Dänen leben von staatlichen Zuschüssen und verteidigen ihre Ansprüche.» Er setzt demzufolge auch keine Hoffnung in eine Art Reagan/Thatcher-Revolution, sondern vertraut darauf, dass das Fantasiegebäude der EU «auf lange Sicht» an den Klippen der Realität zerschellen wird. Vorläufig ginge, so Christensen, mit einem «Austritt Grossbritanniens aus der EU mein grösster Traum in Erfüllung». Die EU mache ungefähr alles falsch, was sie in die Finger bekomme. Sie dämonisiere die Unternehmer und lege ihnen Steine in den Weg. «Sie behauptet, dass sie den Unternehmern helfe. Aber das ist lächerlich: Sie hat keine Ahnung davon. Mit Steuergeld schafft man kein echtes Unternehmertum.» Man nehme den erfolgreichen Geldweg und verteile es an jene, die politisch genehme Pläne hegen.

Christensens Ablehnung der EU war ein Grund, weswegen er im Jahr 2010 in die Schweiz gezogen ist. «Ich hatte mir das bereits fünf Jahre früher überlegt. Damals waren auch Luxemburg und das Vereinigte Königreich noch Alternativen, im Jahr 2010 war nur noch die Schweiz übrig.» Wegen ihrer Distanz zu der zusehends zerfallenden EU, welcher stürmische Zeiten bevorstehen dürften: «Wenn die Leute hungrig werden, werden sie wütend.» Steuerliche Überlegungen haben auch eine Rolle gespielt. «Ich hatte Angst, in einem goldenen Käfig eingesperrt zu werden.» Tatsächlich beschränkte Dänemark kurz danach die Möglichkeiten, mit seinem Eigentum auszuwandern.

In der Schweiz fühle er sich wohl, könne ein freies Leben führen und geniesse mit seiner Familie die wohltuende Privatsphäre. So lernten auch seine Kinder noch etwas anderes kennen als das «sozialistische Dänemark».

Dennoch: «Das einzige Problem, das die Schweiz nicht lösen kann, ist ihre geografische Lage inmitten der Europäischen Union.»

Die EU werde die Schweiz, wie ihre eigenen Mitglieder, bis zum Äussersten erpressen. «Ich hoffe, dass die Schweiz so unabhängig wie nur irgend möglich bleibt.» Denn: «Viele Schweizer sehen gar nicht, dass sie immer noch im besten Land Europas leben.» Eine Eingliederung in die EU komme langfristig wohl teurer zu stehen als die Opposition zu Brüssel. ○



Geldsuche im Internet: Viele kleine Investoren ersetzen die Bank.

Magie des Geldes

Kapital aus dem Schwarm

Sind Crowdfunding-Plattformen eine Konkurrenz für Kreditgeber?
Von Mirjam B. Teitler und Judith Lamberger (Illustration)

Die Schweizer Skitouren-Community tourt seit diesem Jahr edel dokumentiert mit dem «Ski- & Snowboard-Tourenatlas Schweiz» von Markus von Glasenapp und Nicolas Fojutu durch Schneeparadiese fernab von der Piste und wird dies bestimmt auch in der in wenigen Wochen beginnenden neuen Tourensaison wieder tun. Der Atlas ist ein kanalübergreifendes Tool, das aus einem Buch, einer App und Kartenmaterial besteht. Das innovative Projekt konnte nur dank einer erfolgreichen Schwarmfinanzierung im Internet, dem sogenannten Crowdfunding, realisiert werden. Ab fünfzig Franken war man beim Projekt dabei. Als Return on Investment erhielten die Geldgeber ein Buch, oder bei Beträgen von über tausend Franken winkte eine zweitägige Tour mit den Autoren inklusive Hüttenübernachtung und Bergführer. Die Geldsucher haben auf diese Weise einen Fünftel des Startkapitals aufgetrieben. Der Rest wurde mit herkömmlichen Krediten finanziert. Neben der Kapitalbeschaffung war vor allem die Kommunikation mit der Community ein grosser

Vorteil der hierzulande noch nicht so verbreiteten Finanzierungsform.

Vorzugskonditionen, Erlösbeteiligung

Anfangs wurde Crowdfunding von der Finanzbranche belächelt. Wer sich in diesem Bereich als Financier betätigte, galt als Schöngest, der Paradiesvögeln unter die Arme griff. Das Crowdfunding ist aber keine Spende. Dem Investor werden typischerweise Vorverkäufe zu Vorzugskonditionen oder Erlösbeteiligungen für den Fall des Projekterfolgs in Aussicht gestellt. Heute werden weltweit zahlreiche unternehmerische, künstlerische und soziale Projekte sowie auch Immobilienkonzepte auf diese Weise finanziert. Stellt die Schwarmfinanzierung mit ihren auch hierzulande weiter steigenden Umsätzen somit eine ernstzunehmende Konkurrenz für traditionelle Kreditfinanzierungen der Banken dar?

Die Zürcher Kantonalbank empfindet Schwarmfinanzierung heute nicht als Konkurrenz, da die wenigsten Crowd-Projekte auch für eine Bankfinanzierung in Frage kommen.

Es sei jedoch möglich, dass künftig im Bereich von Klienten- und Konsumkrediten eine gewisse Konkurrenz aufkomme. Auch Postfinance schliesst nicht aus, dass sich langfristig eine gewisse Konkurrenz etablieren könnte. Allgemein haben die Schweizer Banken bis heute keine konkreten Vorkehrungen getroffen, um Kon-

Diese Finanzierungsform kann deutlich attraktiver sein als traditionelle Kredite.

kurrenten abzuwehren oder in den neuen Geschäftszweig einzusteigen. Aber man beobachte die Entwicklungen beim Crowdfunding.

Über das gesamtschweizerische Crowdfunding-Volumen gibt es noch keine verlässlichen Zahlen. Die erfolgreichste Schweizer Plattform Wemakeit.ch, auf der auch die Gelder für den «Tourenatlas» aufgetrieben wurden, hat seit ihrem Start 2012 über vier Millionen Franken Kapital generiert, und 66 Prozent der Eingaben haben ihre Finanzierungsziele erreicht. Eine

hohe Erfolgsquote im internationalen Vergleich: So können etwa auf der bekannten, international tätigen Plattform Kickstarter nur etwa 40 Prozent der Projekte finanziert werden.

Für Bankdarlehen ist Folgendes typisch: Der Kreditnehmer verhandelt mit der Bank. Sie bestimmt den Zins, die Laufzeit und die Rückzahlungstermine für das Fremdkapital. Der Kreditnehmer ist verpflichtet, der Bank Sicherheiten wie beispielsweise ein Grundpfand oder die Bürgschaft eines Dritten einzuräumen – nicht immer ein leichtes Unterfangen. Scheitert er mit seinem Projekt und kann er das Darlehen nicht zurückbezahlen, verwertet die Bank notfalls die ihr eingeräumten Sicherheiten.

Beim Crowdfunding hat der Initiator des Projekts nicht nur einen Ansprechpartner, sondern eine Vielzahl von möglichen Unterstützern: die «Crowd», die er überzeugen muss. Dafür ist erheblich mehr Kommunikation notwendig. Ab der Aufschaltung auf einer Crowdfunding-Plattform braucht es mindestens einen Monat, bis genügend Mittel zusammengekommen sind.

Die Kommunikation mit der Crowd hat aber gleichzeitig einen Marketingeffekt: Die Unterstützer in der Crowd wirken als Multiplikatoren. Schliesslich werben sie oft in ihren Netzwerken für das Projekt. Die Funding-Phase dient dem Initiator gezwungenermassen auch als Marktforschung: Gelingt die Fi-

nanzierung durch die Crowd, scheint eine gewisse Nachfrage für das Produkt gesichert.

Von Glasenapp und Fojtu haben von einem Sogeeffekt im Netz profitiert: Das Projekt ist sehr erfolgreich in die Sammelphase gestartet, was zahlreiche nachziehende Geldgeber mit sich brachte. Ihr Finanzierungsziel haben sie in der einmonatigen Finanzierungsrunde um das Doppelte übertroffen.

Der Initiator verpflichtet sich in der Regel nur, das Projekt tatsächlich umzusetzen, wenn er das geplante Finanzierungsziel erreicht. Bei den Investoren ist die Beteiligung oft mit Herzblut verbunden, und sie sind emotional stark involviert.

Wer trägt das Risiko?

Die Crowdfunding-Portale empfehlen, Investitionen auf mehrere Projekte zu verteilen, um die Risiken zu streuen und allfällige Verluste durch andere erfolgreiche Investments auszugleichen. Auf seriösen Portalen haben die Geldgeber die Möglichkeit, ihren Beitrag anonym oder namentlich zu leisten.

Wird mit dem Crowdfunding ein Produktbezug in Aussicht gestellt, so dürfte es sich meistens um eine Art Vorverkauf handeln. Dies bedeutet, dass die Projektmanager Verkäufer sind und die gleichen Pflichten gegenüber Käufern haben wie beim herkömmlichen Verkauf: Falls das Projekt nicht zustande kommt, müssen sie

den Investoren das Geld zurückgeben, da sie ihre Verbindlichkeiten, die Lieferung des Produkts, nicht einhalten konnten. Beim Crowdfunding mit Erlösbeteiligung tragen dagegen die Investoren im Regelfall das volle Risiko. Im Gegensatz zur Bank schiessen sie kein Fremd-, sondern Eigenkapital ein. Der Tüftler trägt kein Verschuldungsrisiko, falls er mit dem Projekt scheitert. Es sei denn, er habe die Investoren vorsätzlich oder grobfahrlässig hinters Licht geführt. Dann würde er Schadenersatzpflichtig.

Nicht jedes Produkt will schon früh und breit beworben sein. Ist dies aber der Fall, kann diese Finanzierungsform für den Erfinder deutlich attraktiver als traditionelle Kredite sein. Soweit das Projekt auch noch den Investoren aus der Crowd ernsthafte Erträge glaubhaft macht, stellt Crowdfunding tatsächlich eine Konkurrenz gegenüber dem Angebot der Banken dar. Wie das Beispiel des «Ski-&Snowboard-Tourenatlas Schweiz» zeigt, können Kredit- und Crowd-Finanzierung auch kombiniert werden. Das Buch ist so erfolgreich, dass bereits ein Nachdruck erschienen ist. Seine Entstehung und den guten Ruf hat es auch dem Crowdfunding zu verdanken.

Mirjam B. Teitler ist als Anwältin in Zürich auf Medienrecht spezialisiert.

ePRIVATE BANKING

DIE BESTE ADRESSE FÜR
VERMÖGENSVERWALTUNG
ist meine eigene.

Jetzt mehr erfahren auf:
www.swissquote.com/epb



SWISSQUOTE
THE SWISS LEADER IN ONLINE BANKING



«Neue Schweiz»: lateinamerikanische Finanzmetropole Panama-Stadt.

Magie des Geldes

Schein und Sein in Panama

Von Florian Schwab — Das mittelamerikanische Land gilt als Hochburg für Steuerhinterziehung und dubiose Finanzströme. Ein Besuch am Isthmus zeigt ein anderes Bild.

Vielleicht wurden bei Helmut Linssen, dem ehemaligen Finanzchef der deutschen CDU, Kindheitserinnerungen wach, als er in Panama eine Firma eröffnete. Schliesslich trägt ein bekanntes Kinderbuch den Titel «Oh, wie schön ist Panama» und beschreibt «die Geschichte, wie der kleine Tiger und der kleine Bär nach Panama reisen».

Für Linssen nahm der Ausflug nach Mittelamerika ein unglückliches Ende. Am 4. Februar dieses Jahres deckte die Zeitschrift *Stern* seine Panama-Connection auf. Zwei Tage später doppelte die *Süddeutsche Zeitung* nach und sprach von einem «Anschlag auf die Demokratie». Gleichentags trat Linssen zurück, offenbar auf direkte Anweisung von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Bereits im letzten Herbst hatte die *Süddeutsche* zwecks Anprangerung angeblicher Steuerhinterziehung die Namen von bekannten Deutschen an die Öffentlichkeit gezerzt, welche Firmen in Panama besitzen oder besaßen: Milliardär Klaus-Michael Kühne, der verstor-

bene Kaffee-Baron Klaus J. Jacobs, der verstorbene Bankier Christoph von Metzler, die Familien Quandt, Burda, Piëch, Porsche und Baron August von Finck.

Rechtshilfeersuchen in den Papierkorb

An den Galionsfiguren der deutschen Wirtschaft prallten die Anwürfe ab, doch Linssen kosteten sie die Stelle. Zum Verhängnis wurden dem deutschen Politiker ausgerechnet die Daten-CDs, welche die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen erworben hatte. Auf einem Datensatz der Luxemburger Niederlassung der britischen Hongkong & Shanghai Banking Corporation (HSBC) taucht Linssens Name als wirtschaftlich Berechtigter am Vermögen der panamaischen Firma auf. Bitter für Linssen: Er hatte als Finanzminister im Bundesland Nordrhein-Westfalen selber ebenfalls solche CDs aufgekauft.

Die deutsche Tageszeitung *Die Welt* rief Panama daraufhin zum «neuen Paradies» für «Steuerflüchtlinge» mit «Schwarzgeld» aus.

Der *Spiegel* wusste: «Panama ist die neue Schweiz, mit einem Bankgeheimnis, bei dem Deutschland seine Rechtshilfeersuchen gleich an den Papierkorb im Finanzministerium adressieren könnte.»

Das wirft die Frage auf: Gibt es tatsächlich eine Jurisdiktion auf der Welt, die sich dem globalen Druck zur Transparenz entziehen kann? Und wenn ja: Wie stellt sie das an?

Die globale Jagd auf sogenannte Steueroasen begann im April 2009, als die OECD ihre «graue» und «schwarze» Liste «unkooperativer Jurisdiktionen» ins Leben rief. Zentral für die Entfernung aus dieser Liste: Ein Land musste mindestens zwölf Doppelbesteuerungsabkommen nach OECD-Standard abschliessen. Das bedeutet: Steuerlich relevante Daten werden auf dem Amtshilfeweg zwischen den Ländern ausgetauscht.

Es ging dann weiter mit dem automatischen Informationsaustausch (AIA) von Bankdaten, an dem die OECD seit rund zwei Jahren arbeitet und der dieses Jahr im Detail beschlossen wurde.



Im Rahmen der ersten Offensive gegen die Steuerflucht wurde Panama gemeinsam mit der Schweiz auf die graue Liste der unkooperativen Steueroasen gesetzt. Stein des Anstosses für die OECD war die Tatsache, dass in Panama die Eigentümer von Inhaberaktien komplett anonym sind. Um aus der grauen Liste entfernt zu werden, unterzeichnete Panama die gefragten Doppelbesteuerungsabkommen. Dasselbe tat die Schweiz. Mit der Wirkung, dass beide Länder im Jahr 2011 von der grauen Liste genommen wurden.

Warum galt Panama den Medien dennoch weiterhin als Steuerparadies mit einem «Bankgeheimnis», härter als das schweizerische?

Wir reisen nach Panama-Stadt, wo das Weltwirtschaftsforum WEF diesen Frühling sein jährliches Südamerika-Regionaltreffen abgehalten hat. Eigentlich sollte der erweiterte Panamakanal in diesen Tagen eröffnet werden, das Nadelöhr des Welthandels. Doch der Bau verzögert sich. Der sogenannte Isthmus ist die Stelle Mittelamerikas, wo nur gut 50 Kilometer Landmasse die beiden Ozeane trennen und an der vor hundert Jahren der berühmte Panamakanal in Betrieb genommen wurde: Mit einem Schleusensystem werden die Schiffe zunächst um einige Meter ins Landesinnere gehoben und verkehren dort durch einen Kanal. Sie müssen mehrmals einige Höhenmeter mit Hilfe weiterer Schleusen überwinden.

Bereits beim Landeanflug auf den Flughafen Tocumen sieht man Dutzende Schiffe, die vor dem Isthmus darauf warten, die mühsame Landdurchquerung anzutreten – und dadurch mehrere Wochen einsparen im Vergleich zu einer südlichen Umrundung des Kontinents.

Aufgrund der Wichtigkeit des Kanals für die Schifffahrt, über die nach wie vor ein Grossteil des Welthandels abgewickelt wird, waren die USA zunächst der Geburtshelfer und danach

Panama wurde auf die graue Liste der unkooperativen Steueroasen gesetzt – wie die Schweiz.

stets eine Art Schutzmacht für das kleine Land, das historisch zu Grosskolumbien gehörte, einem ab 1821 unabhängigen Staat auf der Fläche der heutigen Staaten Kolumbien, Venezuela, Ecuador und eben Panama (Isthmus-Provinz).

Auffallender Wohlstand

Im Jahr 1902 verlangten die USA von Kolumbien die Übergabe Panamas, um dort die Bauarbeiten am Kanal zu übernehmen. Als Kolumbien nicht einwilligte, besetzte die US-Armee ein erstes Mal das Staatsgebiet und installierte eine neue Regierung. Seither war Panama unabhängig, der Kanal aber faktisch unter der Kontrolle Washingtons, das in Panama stets eine bedeutende Militärpräsenz unterhielt.

In einem Abkommen von 1977 verpflichteten sich die USA, den Kanal im Jahr 1999 an Panama zu übergeben, behielten sich aber darüber hinaus das Recht zur militärischen Intervention vor. Noch vor der geplanten Übergabe des Kanals an Panama, gegen Ende der 1980er Jahre, griffen die USA ein zweites Mal militärisch durch: Der Militärgeneral Manuel Noriega, der sich an die Spitze des Landes gesetzt hatte, verweigerte den USA den geplanten Ausbau der militärischen Präsenz, worauf Präsident Reagan eingriff, um «amerikanische Leben zu schützen».

Die mehr oder weniger demokratische Entwicklung in Panama erlaubte dann aber wie geplant die Übergabe des Kanals im Jahr 1999. Seither sind auch keine amerikanischen Truppen mehr in Panama stationiert. Geblieben dagegen ist der US-Dollar als Landeswährung. Zwar nennt sich die panamaische Währung offiziell Balboa und wird in Münzen geprägt, der Wechselkurs zum Greenback ist aber auf eins fixiert. Das faktische Zahlungsmittel sind Dollarnoten.

Heute fällt in Panama City vor allem der relative Wohlstand auf: Im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern gibt es so gut wie kein öffentlich sichtbares Elend, keine Barackenviertel und wenig Obdachlose. Für Arbeiter aus den umliegenden Ländern ist es sehr attraktiv, in Panama zu arbeiten. Das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandprodukt pro Kopf beträgt für lateinamerikanische Verhält-

nisse komfortable 16 658 US-Dollar. Die Stadt Panama ist nicht gerade ein architektonisches Juwel. Sie ist an die Pazifikküste im Westen gebaut, dabei war die Maxime offenbar maximale Platzausnutzung: Im geschäftlichen Zentrum reißen sich eher schmucklose Wolkenkratzer aneinander, in den Aussenquartieren wirken die Häuser wie übereinandergestapelt.

«Guten Tag, Don Eduardo!»

Der erste Eindruck von den *panameños* ist freundlich und lebensfroh. Wie eigentlich überall an den heiss-schwülen Küsten Mittelamerikas trifft man ein buntes Gemisch an Hautfarben.

Wir sind verabredet mit Carlos Troetsch. Sein Arbeitsplatz befindet sich in einer der obersten Etagen des Morgan & Morgan Tower. Er ist verantwortlich für die MMG-Bank innerhalb der Treuhand-, Finanz- und Rechtsberatungsgesellschaft Morgan & Morgan und gleichzeitig Präsident der panamaischen Bankiervereinigung, der Asociación Bancaria de Panamá.

Eine Assistentin führt uns in eines der lichtdurchfluteten Sitzungszimmer. Die lateinamerikanische Schönheit kontrastiert deutlich mit den etwas sauer-töpferischen Empfangsdamen an guten Zürcher Finanzadressen. Vom Sitzungszimmer aus hat man zudem einen atemberaubenden Panoramablick auf das smaragdgrüne Meer. Schon zwei gute Argumente für den Steuersünder, denkt man sich im Geheimen.

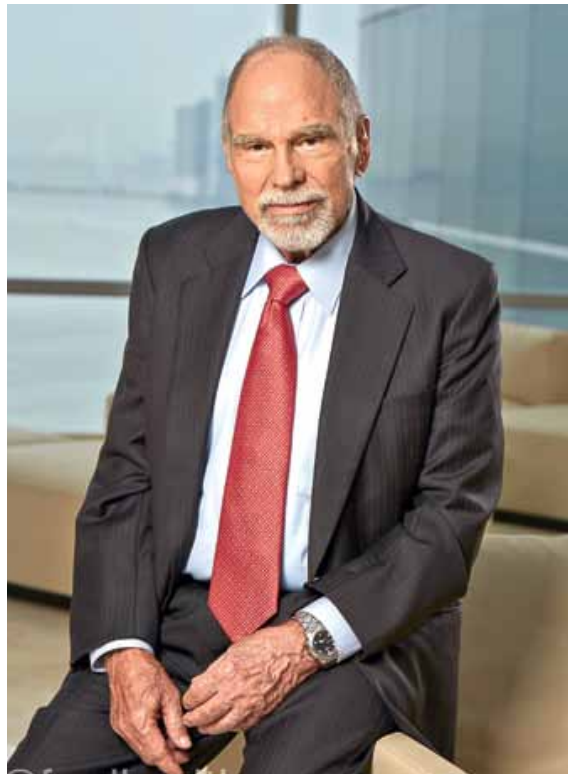
Dann betritt *ingeniero* Troetsch das Büro. Panama eine Steueroase mit einem Bankgeheimnis härter als das schweizerische, das Scharen von Steuerflüchtlingen anzieht? Troetsch lacht. Sein Land biete viele Vorteile, wenn man in Lateinamerika Geschäfte machen wolle. Doch die Vermögensverwaltung für wohlhabende Kunden, die gehöre nicht zu den Spezialitäten der örtlichen Finanzindustrie. Er verweist darauf, dass die Privatvermögen, die bei panamaischen Banken lagern, nicht einmal achtzig Milliarden US-Dollar betragen. Im Vergleich zur Schweiz ist dies ein Klacks. Es sei schwierig, als Ausländer ein Bankkonto in Panama zu eröffnen, wenn man dort keinen Wohnsitz habe.

Das Thema «Bankgeheimnis» kann man also getrost abhaken. Panama ist kein Offshore-Paradies. Wie sieht es mit Firmen aus? Können vermögende Ausländer in Panama undurchsichtige Firmen und Finanzvehikel gründen, die sich zur Steuerhinterziehung eignen?

Troetsch erzählt, dass sich ein Grossteil des Finanzsektors in Panama tatsächlich auf Firmengründungen spezialisiert habe. Steuerhinterziehung sei aber auch hier kein grosses Thema, weil kaum eine von Ausländern ge-

gründete Panama-Gesellschaft oder -Stiftung ihre Bankkonten in Panama habe: «Der Bank müssen Sie sagen, wer der wirtschaftlich Berechtigte an der Firma ist.»

Trotzdem scheinen zumindest in der Vergangenheit Panama-Gesellschaften viel (und für manche: zu viel) Privatheit geboten zu haben – weshalb würde die OECD sonst auf die Abschaffung der anonymen Inhaberaktien drängen? Troetsch sagt, dass sein Land ab 2015 keine solchen Beteiligungen mehr zulassen werde. Für bestehende Beteiligungen gelte



Viel Privatheit: Finanzpionier Morgan.

eine Übergangsfrist bis 2018. Der *ingeniero* bietet uns an, ein Treffen mit dem Co-Gründer von Morgan & Morgan zu organisieren, Eduardo Morgan Junior. Der 77-Jährige amtierte bereits als Finanzminister des Landes und als Botschafter in Washington. Er schreibt einen weitherum beachteten Weblog zu Finanzmarktthemen.

Am nächsten Tag treffen wir ihn in seinem Eckbüro im obersten Stock der «Torre Morgan & Morgan». Auf einen Gehstock gestützt, führt uns Eduardo Morgan Jr. durch sein neuestes Werk, den «Tower», in dem sich auch eine Schweizer Grossbank eingemietet hat. Don Eduardo grüsst sämtliche Mitarbeiter. Die Männer mit einem Kopfnicken, die Frauen winkend. Von allen Seiten schallt es: «Guten Tag, Don Eduardo!»

Die OECD, beginnt der Firmengründer ohne Umschweife, sei ein Kartell der Hochsteuerländer. Vor allem die USA versuchten überall auf der

Welt das zu verbieten, was in ihrem eigenen Land gang und gäbe sei: Steuerhinterziehung. Morgan, der bereits früh eine Vermögensverwaltung in Zürich eröffnet hat, welche hauptsächlich für UBS-Kunden Panama-Gesellschaften errichtete, bedauert, dass die Schweiz keinen Widerstand gegen die OECD-Regeln geleistet habe und gegenüber den USA eingeknickt sei. Ob die Schweiz denn eine Wahl gehabt habe.

Morgan überlegt lange. Er kenne die Amerikaner. Sie führen immer ihr grösstes Geschütz auf, und wenn man sich einschüchtern lasse, habe man verloren. Mit den Amerikanern müsse man klar und offen sprechen. Wenn sie sich der Tatsache bewusst würden, dass ihre Position moralisch nicht haltbar sei, dann würden sie das anerkennen. «Aber die Schweiz hat sich nicht verteidigt.»

Zurück in Zürich, treffen wir Oliver Arter, Konsulent der internationalen Anwaltskanzlei Froriep. Sein Schwerpunkt ist der Bereich Private Clients, und er berät vermögende Privatpersonen, vor allem in Vermögensfragen. Arter erklärt den Denkfehler all derer, die in Panama den Nachfolger der Schweiz als «Steueroase» sehen:

Kaum ein Vermögender möchte sein Geld in ein Land bringen, wo er kein allzu grosses Vertrauen in die politische Stabilität, das Rechtssystem und in die Finanzmarktstabilität habe. Ein Bankkonto in Panama komme daher für den überwiegenden Teil der Betroffenen nicht in Frage. Die Banken blenden die Firmenkonstrukte aus, die zwischen dem wirtschaftlich Berechtigten und seinem Vermögen stehen. Sie seien verpflichtet, den Namen der Person zu kennen, der Gelder zuzurechnen sind. «Keine Schweizer Bank eröffnet ein Bankkonto für eine Panama-Gesellschaft, wenn sie nicht weiss, wem das Geld letztlich gehört.» Im Vergleich zu den schweizerischen Vorschriften weniger streng sind die Vorgaben in den USA, weshalb sich für Nichtamerikaner beispielsweise ein Konto in Miami anbietet.

Steuerliche Vorteile

Panama, so Arter, biete Vermögenden manche Vorteile bei der Strukturierung ihres Vermögens. Auch legale steuerliche Vorteile seien durchaus denkbar, da in Panama nur das inländische Einkommen einer Firma besteuert werde. Zudem gehe es aber oft auch um erboder güterrechtliche Fragen. Auch Helmut Linsens Firma in Panama war legal. In ihr wurde eine alte Erbschaft verwaltet, auf der aber keine steuerbaren Vermögenserträge anfielen.

Beim Abschied im Morgan-&-Morgan-Turm war Eduardo Morgan zuversichtlich: Wie jedes Kartell werde auch das Hochsteuerkartell der OECD nicht ewig währen. ○



Magie des Geldes

Das Gold-Idyll

Ein Jahrhundert der Inflation und häufiger Finanzkrisen nährt Zweifel am Papiergeld-System. Manche Nostalgiker suchen das Heil in einer Anbindung der Währungen an das Gold. Das ist zu kurz gesprungen. *Von Ernst Baltensperger*

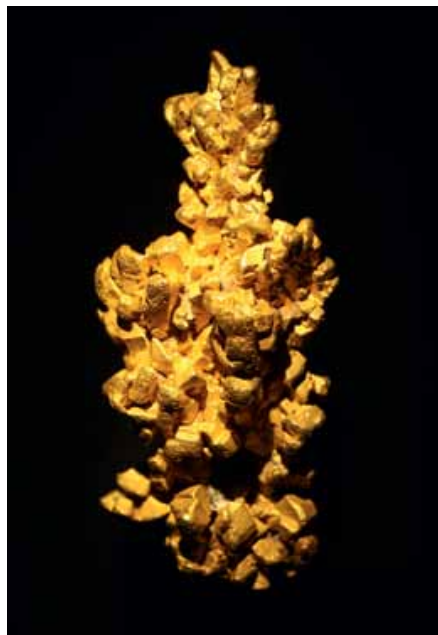
Seit je hat das Gold als Symbol für Reichtum, Macht und Einfluss die Menschen fasziniert, oft auch begleitet von Betrachtungen der Moral. So in der Sage von König Midas, der sich zum Wunsch verstieg, alles, was er berühre, möge sich zu Gold verwandeln – und prompt daran zu ersticken drohte, als ihm Dionysos seinen Wunsch erfüllte. Doch auch unsere Vorstellung vom Geld – welches als allgemein akzeptiertes Tausch- und Zahlungsmittel und als gemeinsamer Wertmassstab für unsere Gesellschaft und ihren Wohlstand unabdingbar ist – ist seit Jahrtausenden vom Silber und vom Gold geprägt. Weltweit waren Geld- und Währungsordnungen bis vor wenigen Jahrzehnten an eines dieser Metalle, oder gar an beide zugleich, gebunden.

Keynes: «Barbarisches Relikt»

Erst 1973 ist diese Bindung mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems – eines auf dem Gold und dem US-Dollar basierenden globalen Systems fester Wechselkurse – ganz weggefallen. Die Metallwährungen sind seitdem dem System reiner Papierwährungen gewichen. Diese Zäsur bildet den wohl stärksten Bruch in der modernen Geschichte des Geldes, auch in jener der Schweiz. Nach vorherrschender Sicht ist dieser Bruch endgültig, gemäss Keynes' berühmtem Verdikt von 1923, welches das Gold als «barbarisches Relikt» aus früheren Stufen der menschlichen Gesellschaft bezeichnete. Dennoch gibt es immer wieder Vorschläge, die Goldwährung erneut aufleben zu lassen. Anstösse dazu finden sich auch in unserem Land. Manche sehen darin die beste Lösung zur Überwindung der Instabilität des heutigen Geldsystems.

Tatsächlich kann man aufgrund der Erfahrungen der vergangenen vier Jahrzehnte nicht ohne Vorbehalt behaupten, der Papiergeld-Standard habe den Test der Zeit mit Bravour bestanden. Mit ihm sind die Zentralbanken zu den alleinigen Hüterinnen der Geldstabilität geworden. Nicht immer sind sie dieser Verantwortung auch gerecht geworden. Das 20. Jahrhundert lässt sich nicht umsonst als «Jahrhundert der Inflation» bezeichnen. Gerade die Erfahrungen der jüngsten Finanz- und Verschuldungskrise haben erneut Zweifel am herrschenden Papiergeld-System geweckt.

Doch wir sollten uns davor hüten, die Goldwährung in romantischer Verklärung zu sehen. Mit ihr sind auch Nachteile verbunden. Sie schafft eine Abhängigkeit der Geldversorgung von der Goldproduktion und dem kommerziellen Markt für Gold, und als Ergebnis davon einen Mangel an Flexibilität hinsichtlich der Geldbedürfnisse der Wirtschaft. Dies ist historisch häufig als Mangel empfunden worden. Vor allem aber ist in Erinnerung zu rufen, dass auch Metallwährungen ihren Stabilitätsanker verlieren können und historisch



Jahrtausendealter Wertmassstab.

häufig verloren haben – die Währungsgeschichte ist voll von Beispielen der Münzverschlechterung und der Aufhebung oder opportunistischen Anpassung vermeintlich fester Metallparitäten.

Die Goldwährung ist nicht inhärent stabil. Ihre Stabilität beruht auf einer Selbstbindung, einer Verpflichtung der monetären Behörden, einen fixierten Goldgehalt der Währungseinheit – des Frankens, Dollars, Pfunds – «auf ewig» aufrechtzuerhalten. Selbstbindungen sind wertvoll und nützlich. Sie bauen Hürden auf, die vor allzu opportunistischen Anpassungen schützen. Doch sie sind letztlich

immer nur so viel wert wie der hinter ihnen stehende Wille, sie wirklich zu befolgen. Als Idealfall einer Metallwährung gilt in der Regel der internationale Goldstandard des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Der Goldstandard hat in dieser Epoche mit dem britischen Pfund Sterling als dominanter Währung in der Tat gut funktioniert.

Ewige Schwäche der Regierungen

Doch wäre das heute ebenso der Fall? Daran hege ich grosse Zweifel. Der Goldstandard ist daran zerbrochen, dass die Regierungen vieler Länder nicht mehr gewillt waren, seine Regeln einzuhalten, und die Geldpolitik stattdessen an nationalen Zielsetzungen ausrichten wollten. Das wäre heute kaum viel anders. Warum sollte die Verpflichtung auf eine fixe Goldparität eine stärkere Bindungskraft entwickeln als ein Verfassungs- oder Gesetzesauftrag, der von der Zentralbank die Sicherung der Preisstabilität verlangt, wie wir ihn heute haben? Wer befürchtet, dass Verfassungs- oder Gesetznormen die Zentralbankpolitik nicht hinreichend «in Fesseln legen» und die Regierungen vom Missbrauch ihres Geldmonopols abhalten können, muss genauso befürchten, dass diese Regierungen einer «Flexibilisierung» und Anpassung der Regeln des Goldstandards nicht widerstehen würden, sobald sich dies aus ihrer Sicht als opportun erweist.

Monetäre Stabilität ist ein hohes Gut. Ihre Verwirklichung setzt voraus, dass Bevölkerung und Politik sie als erstrebenswert und für unser gesellschaftliches Wohlergehen zentral anerkennen. Nur dann wird der politische Wille vorhanden sein, sie tatsächlich durchzusetzen. An dieser Einsicht führt kein Weg vorbei. Eine Rückkehr zur Goldbindung der Währung würde daran nichts ändern. Wer meint, monetäre Stabilität lasse sich über die Wiederbelebung der Goldwährung quasi automatisch erzwingen, fällt einer Fata Morgana zum Opfer.

Ernst Baltensperger ist emeritierter Professor für Volkswirtschaft an der Universität Bern. Er gehört zu den wichtigsten Experten für das Geldsystem.



Der Zufall kann erbarmungslos sein: Freude und Leid an der New Yorker Börse.

Magie des Geldes

Fünf Börsenregeln

Wer an das Ende der tiefen Zinsen glaubte, wurde in der jüngsten Vergangenheit eines Besseren belehrt. Der Anlagenotstand wächst weiter, und viele Anleger fragen sich, ob sie ihr Glück am Aktienmarkt versuchen sollen. *Von Heinz Zimmermann*

1 — Wie bei allen Tätigkeiten ergibt sich der Erfolg an der Börse aus einem Mix aus Können und Glück, Misserfolg entsprechend aus Unfähigkeit und Pech. Können steht stellvertretend für viele Qualitäten wie Versiertheit im Anlagegeschäft, Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge, Einschätzung des Anlageklimas, welche in ihrer Summe in eine Strategie einfließen. Die Börsengewinne wird man meistens seinem Können zuschreiben, die Verluste hingegen sind Pech. Der Grund dafür ist einfach: Welche Entscheidung in einer konkreten Situation richtig oder falsch ist, lässt sich meistens nur schwer feststellen, ausser im Nachhinein, wenn es nicht mehr relevant ist. Deshalb ist die Grenze zwischen Zufall und Können bei Anlageentscheidungen fließend und kann stets unschwer zum eigenen Vorteil interpretiert werden. Skepsis ist angezeigt!

Weil Glück und Pech an der Börse einen nicht genau feststellbaren Anteil am Erfolg darstellen, ist es besonders schwierig, vom erzielten Erfolg auf Können zu schliessen. So entstehen regelmässig falsche Erwartungen und böse Überraschun-

gen. Das ist im normalen Leben einfacher. Dem Walliser Ulrich Inderbinen, der in seinem Leben 371 Mal das Matterhorn bestieg, wird man nebst einer Portion Glück kaum bergsteigerisches Können absprechen. Diese vollkommene Gewissheit besteht selbst bei Jahrhundertinvesto-

Der erzielte Anlageerfolg lässt nicht auf das Können des Investors schliessen.

ren wie Keynes, Soros oder Buffett nicht: Vielleicht haben sie doch einfach über lange Perioden mit ihrer Strategie Glück gehabt – denn irgendeine Strategie erweist sich natürlich rein statistisch immer als die beste von mehreren möglichen. Und dass die am längsten überlebende Strategie höchst erfolgreich ist, vermag nicht zu erstaunen: Es dürfte schwierig sein, jahrelang Geld zu verlieren und dabei zu überleben! Darum merke: Wer einen langen und erfolgreichen Track Record aufweist, muss seine Sache nicht zwingend besser machen. Eine Strategie (von

möglicherweise mehreren) hat einfach überlebt! Eine völlig andere, aber entscheidende Frage ist hingegen, ob dies vorauszusehen war.

Buffetts Erfolg als jahrzehntelange Glückssträhne? Das ist tatsächlich ziemlich unwahrscheinlich. Die Betonung der Aussage im letzten Abschnitt liegt auf dem Wort «selbst»: Der Zufall kann nie gänzlich ausgeschlossen werden, bei durchschnittlichem Erfolg erst recht nicht. Aber Zufall gilt als unpopuläre Erklärung. Aus der Sozialpsychologie weiss man, was der Mensch alles erfindet, um dem Zufall nicht in die Augen blicken zu müssen: Es muss doch etwas Übernatürliches im Spiel sein. Liest man nicht stets von der jährlichen Pilgerreise der Glaubensgemeinschaft zum «Orakel von Omaha»? Dabei wäre ein kühler Kopf die bessere Voraussetzung für eine Geldanlage.

2 — Gewinne als Gradmesser des Könnens sind auch aus einem anderen Grund gefährlich: Auch Mr Madoff galt lange Jahre als äusserst erfolgreicher Investor. Erfolg lässt sich im Finanzbereich nicht nur schlecht von Glück

unterscheiden, sondern auch von Betrug. Wer viel verspricht und die ersten Versprechungen einhält, dem fliegen nicht nur die Herzen zu, sondern auch das anlagesuchende Kapital. Das System perfektioniert hat Charles Ponzi vor knapp einem Jahrhundert, und wenn auch sein Leben als Pleitier in einem brasilianischen Gefängnis endete, bedeutete es nicht das Ende seines Geschäftsmodells.

Denn wenn immer ein Geschäft schneller wächst als die versprochenen Zinsen, schafft dies den Nährboden für Ponzi-Pyramiden, die früher oder später zusammenbrechen. Tiefzinsphasen sind deshalb besonders prädestiniert für ihr Funktionieren. Regelmässig werden Renditen über der risikolosen Verzinsung nicht nur garantiert, sondern anfänglich auch tatsächlich ausgeschüttet. Dies schafft Vertrauen, und das Geschäft kommt in Schwung. Das Wachstum findet irgendwann ein Ende, und je später man einsteigt, umso grösser ist die Gefahr eines Totalverlustes.

Staatlich regulierte Versicherungs- und Rentensysteme mit kapitalmarktfernen Leistungsgarantien funktionieren nach demselben Muster. In den Worten der Finanzmarktaufsicht (Finma): «Im System der beruflichen Vorsorge werden Altersrenten ausbezahlt, die sich durch vorsichtige Anlagen am Kapitalmarkt und durch Beiträge allein nicht finanzieren lassen» (NZZ, 6.9.2014). Kurzfristig profitiert man natürlich davon, langfristig – wenn das Wachstum der beitragszahlenden Bevölkerung abnimmt – führt's in die Pleite, wie bei der Pyramide. Deshalb: Man investiere nur in Dinge, deren zugrundeliegende Konstruktion man wirklich durchschaut. «Wunder» bergen hohe Risiken.

3 — Zurück zur Frage: Sind Gewinne an der Börse wirklich nur vom Glück abhängig? Das wurde nicht behauptet: Nur der Umkehrschluss, dass Erfolg auf Können schliessen lässt, ist unzulässig. Unverkennbar haben mit der Verbreitung der Portfolio- und Finanzmarkttheorie Modelle als Entscheidungsbasis für Anlageentscheidungen an Bedeutung gewonnen, vor allem für institutionelle Investoren. Liefern sie bessere Anlageerfolge? Modelle sind keine Geldautomaten; in erster Linie formalisieren sie das Wissen über grundlegende ökonomische Zusammenhänge und machen diese empirisch testbar. So tragen sie dazu bei, die Risiken sowie die Verarbeitung von Informationen im Finanzsystem besser zu verstehen.

Wer an der Börse investiert, muss über eine minimale Risikofähigkeit und Risikobereitschaft sowie über eine gute Nase verfügen. Die Sache mit der Nase wird meist unterschätzt, denn sie muss nicht nur gut, sondern überdurchschnittlich gut sein. Wer lediglich Gerüchte und Informationen aufspürt, auf welche alle anderen Nasen bereits gestossen sind, oder daraus keine neuen Schlüsse ableitet, kann nicht

mit Erfolg rechnen. Dies wird die meisten Leute nicht davon abhalten, sich als überdurchschnittlich zu betrachten, und das ist auch ganz gut so, denn der Markt wird im Durchschnitt umso effizienter bei der Verarbeitung von Informationen, je mehr Leute sich überschätzen. Es handelt sich um einen relativen, nicht absoluten Wettbewerb um Informationen: Es ist wie bei Klausuren, wo die Notenskala so angesetzt wird, dass immer die Hälfte der Klasse eine ungenügende Note erhält. Genau dieses Um-die-Wette-Rennen findet an der Börse bei der Verarbeitung pri-

Überschätzen Sie sich ruhig, ärgern Sie sich über die Dummheit der Massen.

vater Informationen statt. Die Hälfte wird leer ausgehen, aber der Durchschnitt wird dafür umso höher ausfallen. Die Logik des Spiels besteht darin, dass sich ex ante alle als überdurchschnittlich betrachten. Darum: Überschätzen Sie sich ruhig, ärgern Sie sich über die Dummheit der Massen – Sie erweisen damit der Allgemeinheit einen Dienst, wenn auch nicht unbedingt sich selbst. Der Allgemeinheit schaden Sie bloss, wenn Sie dafür fremdes Geld verwenden.

Ein wichtiger Unterschied besteht allerdings zwischen Klausur und Börse: Bei Letzterer kann man sich nämlich von vornherein dem Wettbewerb entziehen und sich eine Vier (den angenommenen Durchschnitt) gutschreiben lassen. Weniger abstrakt: Die durchschnittliche Performance der Börse lässt sich immer nahezu gratis erwirtschaften, indem man in einen passiven Marktindex investiert.

4 — Das zentrale Thema der Kapitalanlage liegt im Umgang mit Risiken. Der Grundsatz lautet bekanntermassen: Diversifikation. Man denkt dabei meistens an Einzeltitel, Staaten oder Währungen. Aber in einer globalen Wirtschaft sind vermehrt ganze Sektoren makroökonomischen oder regulatorischen Einflüssen unterworfen, so dass die Diversifikation auch diese Dimension zu berücksichtigen hätte. Aber man kann es auch übertreiben: Es ist wenig sinnvoll, nur zur Risikodiversifikation in ein Anlagesegment zu investieren, das einen nicht interessiert und dessen Ertragsquellen man nicht versteht. Pflegen Sie die Mode bei Ihrer Garderobe, nicht bei der Geldanlage. Für die reine Risikoreduktion ist es effizienter, einen Teil des Vermögens in risikoarme Geldmarktfonds zu investieren.

Es gibt auch Missverständnisse bei der Diversifikation, insbesondere im Zusammenhang mit der Länge des Anlagehorizonts. Wenn ich plane, in einem halben Jahr eine Immobilie zu erwerben und dazu meine Wertschriften zu verkaufen, werde ich diese kaum in Aktien investieren. Das sähe anders aus, wenn der Verkauf in zehn oder zwanzig Jahren geplant wäre. Bedeutet dies, dass Aktien über einen

längeren Planungshorizont ein tieferes Risiko aufweisen? In gewisser Weise ja, in anderer Hinsicht nein. Häufig wird ein zeitlicher Diversifikationseffekt geltend gemacht – das Auf und Ab der Börse gleiche sich langfristig aus. Man beachte: Diversifikation bedeutet, dass ein Risiko auf mehrere Einzelrisiken aufgeteilt wird; ein Portfolio wird auf mehrere Teilsegmente (Märkte, Sektoren, Titel) alloziert.

Ein zeitlicher Diversifikationseffekt würde beim *Dollar-cost averaging* vorliegen: Eine zu erwerbende Investition wird nicht an einem einzigen Datum getätigt, sondern tranchenweise in zeitlichen Abständen. Aber bei einer Ausdehnung des Anlagehorizonts verhält es sich anders: Die Risiken werden kumuliert, nicht unterteilt. Jedes Börsenjahr lässt sich mit dem zufälligen Wurf eines Würfels vergleichen: Man erhöhe die Zahl der Würfe und addiere die Augenzahlen.

Entsteht der Eindruck, dass die kumulierte Augenzahl bei zehn Würfeln ein kleineres Risiko repräsentiert als bei einem einzigen Wurf? Natürlich hängt dies von der Risikodefinition ab. Im einfachsten Fall ist es die Abweichung des schlechtesten und des besten Ergebnisses vom Durchschnitt; dann nimmt das Risiko mit der Anzahl Würfe zu. Betrachtet man die Standardabweichung, nimmt das Risiko ebenfalls zu – aber nur mit der Quadratwurzel der Anzahl Würfe. Eben doch nicht linear, sondern unterproportional! Man könnte sich weiter fragen, ob die Marktschwankungen langfristig wirklich dem Zufallsmechanismus eines Würfels folgen oder nicht viel mehr zyklischer Natur sind.

Ein langer Zeithorizont bietet eine wesentlich grössere Flexibilität als ein kürzerer, Fehler oder Fehlerwartungen zu korrigieren und die Strategie – möglicherweise auch den Lebensstandard – anzupassen. So lässt es sich rechtfertigen, bei einem langen Horizont einen höheren Teil des Vermögens in Aktien zu investieren: aber nur in Verbindung mit einer langfristigen Finanzplanung! Als grobe Richtschnur für die Aufteilung des Vermögens zwischen Anleihen und Aktien halte ich es mit der «Fünf-plus-Regel»: Die prozentuale Aktienquote ergibt sich aus der Fünf plus der Zahl der Jahre bis zur geplanten Pensionierung.

5 — Diese Richtschnur lässt vieles ausser Acht: vor allem, dass man bei der Beschäftigung mit der Börse Erfahrungen sammelt, ja vielleicht sogar daran Spass hat und gerade im Zeitpunkt der Pensionierung nicht auf langweiligen Anleihen sitzen möchte. Hier wäre jedoch zu empfehlen, das Hobby strikt von der Finanzplanung zu trennen. Oder wie Keynes es formuliert hat, drei separate Kassen zu führen: eine für die täglichen Ein- und Auszahlungen, eine für die sichere Vorsorge und eine für die Börsenspekulation. Und Keynes war ein höchst erfolgreicher Investor, ohne jeden Zweifel.

Heinz Zimmermann ist Ordinarius für Finanzmarkttheorie an der Universität Basel.

Ballenberg des Bankgeschäfts

Von Claude Baumann und Peter Hody — Die wichtigsten Finanzplätze haben ein Profil. Luxemburg steht fürs Fondsgeschäft, Singapur fürs Private Banking, Hongkong für den Handel mit China, London ist die Geldmetropole par excellence und New York das Zentrum der Hochfinanz. Was macht die Schweiz aus?



Klare Signale bleiben aus: Schweizer Banken am Zürcher Paradeplatz.

Vielleicht schrieb Jürg Zeltner unlängst ein Stück Schweizer Finanzgeschichte. Bei einem Lunch mit einigen Journalisten in Zürich sagte der Chef der Vermögensverwaltung der UBS: «Ich gehe davon aus, dass die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug auch in der Schweiz fallen wird.» Einen Zeitpunkt für das Eintreffen dieser Prognose nannte der Banker zwar nicht. Doch mit seiner Aussage liess er keinen Zweifel daran, dass das Bankgeheimnis – zumindest so, wie wir es gekannt haben – über kurz oder lang vollends verschwinden wird.

Das ist brisant. Besonders, wenn es ein so hochrangiger Bankmanager ist, der den Abgesang auf ein jahrzehntealtes Rechtsverständnis anstimmt. Das Bankgeheimnis hielt ja nicht nur die finanzielle Privatsphäre hoch,

sondern bescherte der Geldbranche auch bedeutende Erträge und der Schweiz einen beachtlichen Wohlstand. Zugegeben, man kann Zeltner zugutehalten, dass er sich der Realität nicht verschliesst, sondern eine offenbar unaufhaltsame Entwicklung antizipiert – etwas, was viele seiner Berufskollegen in den vergangenen fünfzehn Jahren schlicht verschlafen haben.

Wie lange noch?

Losgelöst von der Person Zeltners, ist der Untergang des Schweizer Bankgeheimnisses jedoch eine weitere Degradation in einem Prozess, den die Schweiz seit der Jahrtausendwende durchmacht und der sie zunehmend schwächt. So zeigt sich immer deutlicher, dass der Schweizer Finanzplatz kein zukunfts-

trächtiges Profil mehr besitzt, um im globalen Wettbewerb der Geldmetropolen zu punkten. Es war im Sommer 2000 im portugiesischen Urlaubsort Feira, wo die Finanzminister der EU beschlossen, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung mit allen Mitteln zu intensivieren; Schützenhilfe erhielten sie dabei erst noch von den Amerikanern, die mit dem damals eingeführten Qualified-Intermediary-Abkommen die nicht amerikanischen Banken dazu verpflichteten – vereinfacht gesagt –, die Daten ihrer US-Kunden der amerikanischen Steuerbehörde zu melden. Schon damals also war im Prinzip das Schweizer Bankgeheimnis gegenüber US-Bürgern nicht mehr in Kraft.

Der Rest ist Geschichte: Die UBS und später noch andere Schweizer Banken gerieten in die Mühlen der US-Justiz, während die OECD und die EU den Druck auf den hiesigen Finanzplatz so lange erhöhten, bis die Schweiz die erwünschten Konzessionen machte. Darum werden ausländische Behörden schon bald mit dem automatischen Informationsaustausch (AIA) einen mehr oder weniger direkten Zugriff auf die Kontodaten ihrer Bürgerinnen und Bürger bei Schweizer Banken haben. Und wenn man den Worten Zeltners Glauben schenkt, dann wird diese Praxis bald auch in der Schweiz Einzug halten. Vor diesem Hintergrund darf es nicht erstaunen, wenn der Finanzplatz Schweiz Gefahr läuft, seine einzigartige Position zu verlieren.

Cocktail an Unzulänglichkeiten

Eigentlich sind sämtliche Säulen, die in der Vergangenheit zur Stabilität des Schweizer Finanzplatzes beigetragen haben, ins Wanken geraten. Ein regelrechter Cocktail an Unzulänglichkeiten sorgt dafür, dass sich wohlhabende Ausländer zunehmend zweimal überlegen, ob sie ihr Vermögen noch in die Schweiz bringen wollen. Galt beispielsweise die politische Verlässlichkeit früher als eine ganz wichtige Ingredienz der schweizerischen Attraktivität, so wirft heute die in vielen wichtigen Themen lavierende Haltung der Schweiz (EU-Beitritt, Personenfreizügigkeit, Einwanderung, Besteuerung) Besorgnis und Unverständnis auf. Aus der Politik bleiben klare Signale aus.

Stattdessen neigt die Schweiz zu einer stetig wachsenden Konzessionsbereitschaft gegenüber dem Ausland, sei dies bei finanzspezifischen Themen wie dem Marktzugang der Schweizer Banken in Europa, auf den nach wie

vor keine konkrete Aussicht besteht, oder bei der Stempelsteuer, die das hiesige Geschäft im Vergleich zum Ausland massiv verteuert. Auch der vorausseilende Gehorsam bei der Finanzregulierung, wo die Behörden unter dem Begriff «Swiss Finish» den hiesigen Geldinstituten strengere Bestimmungen als etwa denen im Ausland vorschreiben, trägt nicht zur Stärkung der Bankenszene zwischen Basel, Genf und Zürich bei. Die Anwendung von Notrecht im Fall der UBS und das eher schlecht als recht ausgehandelte Steuerprogramm mit der US-Justiz sind ebenfalls keine Signale für einen selbstbewusst auftretenden Finanzplatz.

Vorteile der ausländischen Konkurrenz

Seit der Franken an die Kursentwicklung des Euro gekoppelt ist, hat die Schweiz noch einen weiteren Trumpf verspielt. Denn in der Vergangenheit war die stabile, um nicht zu sagen granitsolide Schweizer Währung ein wichtiges Argument für ausländische Bankkunden, ihr Vermögen oder einen Teil davon in die Schweiz zu bringen. Denn selbst ohne sonderliche Performance vermehrte sich dank der Frankenstärke das angelegte Geld Jahr für Jahr. Mit der Euro-Anbindung ist das nicht mehr länger der Fall.

Damit tritt auch eine bislang gut kaschierte Schwäche der hiesigen Banker zutage: Sie gelten nicht als besonders ausgefuchste Anlagespezialisten. Denn in der Vergangenheit konnten sie sich auf dem Wettbewerbsvorteil «Bankgeheimnis» ausruhen. Eine sogenannte «Performance-Kultur», also das Selbstverständnis, mit geschickten Investments die ihnen anvertrauten Vermögen zu mehren, blieb in der Schweiz folglich aus. Darum sind es heute die mächtigen ausländischen Vermögensverwalter wie Black Rock, J.P. Morgan, Allianz oder Axa, die den heimischen Finanzinstituten performancemässig den Rang ablaufen.

Natürlich dürfen die hohe Kompetenz und das berufliche Selbstverständnis vieler Schweizer Bankangestellten nicht unterschätzt werden. Diese Werte stellen zweifelsohne eine Stärke des hiesigen Finanzplatzes dar. Doch die Zuverlässigkeit schwindet. Das Schweizer Bankwesen entweiht sich selber, indem nun auch bei hiesigen Geldhäusern Kundendaten böswillig entwendet und ins Ausland verkauft werden. Dazu hat indessen auch die bei manchen Instituten zunehmend verbreitete Hire-and-Fire-Mentalität beim Personal geführt – so leidet die Loyalität zur Firma, während bei den Beschäftigten der Eindruck einer Zweiklassengesellschaft aufkommt, in der das Topmanagement sich masslose Privilegien zuschanzt und bei Fehlern die Verantwortung auf die Unterebenen abwälzt. So erodiert die Zuverlässigkeit des Bankpersonals und damit auch die Sicherheit, die für viele ausländische Kunden stets wichtig war.

Im Vergleich zu anderen Finanzplätzen fehlt der Schweiz noch eine andere Qualität: der Sinn für die Vermarktung der eigenen Stärken. Gerade vor dem Hintergrund, dass das ganze Gefüge ins Wanken geraten ist und neue Werte und Vorstellungen Einzug halten, wäre es umso wichtiger, sich mit einer kohärenten Strategie in Sachen Finanzplatz zu profilieren. Doch seit Jahren erweisen sich derlei Versuche als Rohrkrepiere. Bereits vor Ausbruch der Finanzkrise hätte ein Masterplan der Schweizer Finanzbranche dem Standort Schweiz neue Weltgeltung verschaffen sollen; die darauf folgenden Turbulenzen machten daraus Makulatur. In der Folge bemühten sich laufend neue Arbeitsgruppen um Zukunftsvisionen für einen der wichtigen Wirtschaftszweige der Schweiz – doch über allgemeingültige Ankündigungen hinaus kam es nie.

Wie verworren die Situation mittlerweile ist, illustrieren unter anderem zwei Entwicklungen: Zum einen bilden sich laufend neue Lobby-Organisationen (Alliance Finance, IG Inlandbanken, Swiss Finance Council der Grossbanken in Brüssel), die einzelnen Bankengruppen mehr Gehör verschaffen wollen; zum andern ist die mit Pauken und Trompeten angekündigte Initiative der Schweizerischen Bankiervereinigung und des Schweizerischen Anlegerversbands, die Schweiz als Asset-Management-Standort zu etablieren, bis heute ohne greifbare Resultate geblieben.

Die Zeit drängt, denn längst haben sich andere Finanzzentren in der Welt klar positioniert. Mit einem fokussierten und breiten Dienstleistungsangebot sind sie Anziehungspunkt für jene Menschen und Unternehmen, die heutzutage eine neue Heimat für ihr Vermögen suchen. >>>

Online Trading mit internationaler Perspektive



Eröffnen Sie Ihr Konto noch heute und erhalten Sie 5 kostenlose Trades

Mit Bedacht investieren:

- Eine Schweizer regulierte Bank
- Spezialist im Online Trading seit 1998
- Mehr als 1 85 000 Kunden europaweit
- Testsieger im Gebührenvergleich
- Höchste Kundenzufriedenheit



Info: 0800 15 30 30
www.strateo.ch



«THE BIG FIVE»: FINANZPLÄTZE IM VERGLEICH

Singapur belegt nach London, New York und Hongkong Platz 4 des «Global Financial Centres»-Index, während Zürich Platz 5 belegt.

	New York	London	Hongkong	Singapur	Zürich
Anzahl Banken	6733	350	262	124	297
Anzahl Bankangestellte, vollzeitäquivalent	1919000	450000	98000	100000	105000
Verwaltete Vermögen	14,7 Bio. USD	13,1 Bio. USD*	0,7 Bio. USD*	1,3 Bio. USD*	3,2 Bio. USD*
Kapitalisierung der lokalen Börsen	18,7 Bio. USD	3 Bio. USD*	1,1 Bio. USD*	0,4 Bio. USD*	1,1 Bio. USD*
Veränderung Börsenkapitalisierung 2014 gegenüber 2007	59%	63%	-17%	130%	25%

* umgerechnet in USD gemäss Wechselkurs per 22. April 2014.

Dass man sich mit der richtigen Positionierung in der Finanzwelt Rang und Namen verschaffen kann, haben in den vergangenen Jahren selbst kleine Zentren bewiesen. Gemeint sind damit nicht Steueroasen wie Jersey, Guernsey oder Gibraltar, die ein einseitiges, auf Steueroptimierung ausgerichtetes Angebot haben, sondern Jurisdiktionen wie Dubai und Katar. In beiden Zentren errichteten die Behörden ein umfassendes Dienstleistungsangebot, das den wachsenden Investitionsbedürfnissen der arabischen Klientel vor der Haustüre entspricht.

Damit ist es diesen Drehscheiben gelungen, London, vor allem aber der Schweiz, Marktanteile abspenstig zu machen. Auch in diesem Teil der Welt spielen einige Schweizer Häuser bei der Entwicklung des Finanzplatzes mit ihrer Präsenz und ihrem Know-how eine zentrale Rolle. Im Gegensatz dazu scheint die Branche zwischen Zürich, Genf und Lugano in eine bängstige Lethargie gefallen zu sein.

Leuchtturm Luxemburg

Trotz unaufhaltsamer Globalisierung ist es jedoch nicht so, dass die Musik (in der Finanzbranche) nur noch in den Schwellenländern oder in der angelsächsischen Welt spielt. Das Gegenbeispiel liefert das Fürstentum Luxemburg. Schon vor Jahrzehnten hat es mit einer weitsichtigen Steuer- und Standortpolitik das europäische Anlagefondsgeschäft anziehen können – vor allem auf Kosten der Schweiz. Und mittlerweile hat es Luxemburg geschafft, immer in Anlehnung an die Gesetze der EU, eine hochattraktive Finanzdrehscheibe in Europa zu sein. Auch die schweizerischen Geldinstitute bauen ihre Präsenzen dort laufend aus, um den Anschluss an Europa nicht zu verlieren.

Der Standort Luxemburg für die kontinentaleuropäische Präsenz, Singapur als Drehscheibe für das asiatische Private Banking, Hongkong als Einfallstor für den Milliardenmarkt China, London als Finanzmetropole in Reichweite zum europäischen Kontinent, New York als unangefochtenes Zentrum der Hochfinanz sowie Dubai und Katar als Verwaltungszentren für die Petrodollars – womit profiliert sich die Schweiz? Mit allem ein wenig – mit nichts wirklich ganz.

Natürlich wird kein Schweizer Bankier ein solches Statement unterschreiben – doch niemand bestreitet den akuten Handlungsbedarf. Die Reorganisationsbestrebungen bei der UBS und der Credit Suisse, die sich in Schweizer sowie in Vermögensverwaltungs- und Investmentbanking-Geschäftseinheiten aufspalten wollen, weisen klar auf diesen epochalen Wandel hin. Insofern sind die grossen Schweizer Geldinstitute durchaus in der Lage, sich auf die Zukunft einzustellen. Bloss ihre Heimat mutiert zusehends zum Ballenberg einer sich auflösenden Bankenkultur. ○

WACHSTUMSERWARTUNGEN

Erwartetes jährliches Wachstum der verwalteten Kundenvermögen bis 2018

Hongkong	+ 12 %
Singapur	+ 10 %
USA	+ 9 %
Grossbritannien	+ 7 %
Karibik und Panama	+ 6 %
Kanalinseln und Dublin	+ 4 %
Schweiz	+ 3 %
Luxemburg	+ 2 %

QUELLEN: BOSTON CONSULTING, UBS, CREDIT SUISSE, VONTOBEL

VERMÖGENSVERWALTER

Die zehn grössten Vermögensverwalter im Asien-Pazifik-Raum

UBS	238 Mrd. Franken
Citigroup	200 Mrd. Franken
Credit Suisse	130 Mrd. Franken
HSBC Private Bank	120 Mrd. Franken
J.P.Morgan	110 Mrd. Franken
Deutsche Bank	100 Mrd. Franken
Julius Bär	68 Mrd. Franken
DBS Bank Singapore	61 Mrd. Franken
BNP Paribas	45 Mrd. Franken
OCBC Bank of Singapore	40 Mrd. Franken

QUELLEN: UBS, CREDIT SUISSE, VONTOBEL

Die Schweiz könnte sich an verschiedenen Städten ein Beispiel nehmen. London bleibt dank einer gezielten Förderung des eigenen Bankenplatzes – zusammen mit New York – das weltweit führende Finanzzentrum der Welt. Aktuell bietet kein anderer Standort auf der Welt einen grösseren Cluster an Dienstleistungen und personeller Kompetenz als die Stadt an der Themse. Das hat viel mit Standortmarketing, hervorragenden Rahmenbedingungen, steuerlicher Attraktivität, dem abgestimmten Vorgehen der Behörden und dem Sukkurs der Politik – jeglicher Couleur – zu tun. So kommt es, dass wohlhabende Russen, Chinesen und Inder mit ihrem zumeist erst in den vergangenen zwanzig Jahren akkumulierten Vermögen diese Finanzdrehscheibe für ihre Zwecke am liebsten frequentieren.

Singapur und Hongkong treten Erbe an

In Singapur und Hongkong setzen die Verantwortlichen auf die wirtschaftliche und politische Prosperität des Fernen Ostens und nehmen sich dabei ein Vorbild an der (früheren) Schweiz, um eine effiziente Finanzplatzinfrastruktur aufzubauen. So hat sich Singapur als das Vermögensverwaltungszentrum Asiens positioniert und

weist nun Wachstumswahlen (s. Tabelle links) aus, von denen die Schweiz nur noch träumen kann.

Gleichzeitig rivalisiert der Stadtstaat mit Hongkong, das sich als Einfallstor für Firmen im Einzugsgebiet von «Gross-China» profiliert – gemeint sind damit die Märkte China, Taiwan sowie Hongkong selber. Im Gegensatz zu Singapur hat sich die frühere britische Kronkolonie auch als Zentrum für Investmentbanking (Un-

Paradoxe Weise sind es die Schweizer, die als Platzhirsche in vielen Fragen den Massstab setzen.

ternehmensfinanzierungen, Beratung bei Fusionen und Übernahmen sowie für Börsengänge) etabliert. Paradoxe Weise sind es ausgerechnet die beiden Schweizer Grossbanken UBS und Credit Suisse, die als Platzhirsche in vielen Fragen (Aus- und Weiterbildung, Informatik, Finanzprodukte, Kundenberatung) den Massstab setzen. Das Engagement lohnt sich angesichts der Wachstumsperspektiven von mindestens zehn Prozent bei den Kundengeldern. Im Vergleich: In Europa wachsen die Vermögen bloss noch im tiefen einstelligen Bereich.



Magie des Geldes

Halbgötter unserer Zeit

Draghi, Yellen, Jordan: Nur selten wird man aus den Verlautbarungen der Zentralbankenchefs klug. Wortreich verhüllen sie ihre Ratlosigkeit angesichts der immer noch spürbaren Effekte der letzten Finanzkrise. Mit einer erfrischenden Ausnahme. *Von Andreas Höfert*

Die Faszination, die Zentralbanker auf die Medien und das Publikum ausüben, ist nicht neu. Als Alan Greenspan noch als Chef der US-Notenbank «wütete», versuchten die Journalisten, aus der Breite der Aktentasche des «Maestros» die mögliche Ausrichtung der US-Geldpolitik abzuleiten. Beim inzwischen verstorbenen Wim Duisenberg erinnere ich mich an die imposante wuschelige Mähne wie auch an seine vielen rhetorischen Ausrutscher. «Wim redet, verkauft den Euro!», war damals der Schlachtruf der Währungshändler.

Heute sind die Persönlichkeiten ein wenig farbloser (zumindest empfinde ich sie so), aber seit der Finanzkrise 2007/08 sind sie noch wichtiger geworden. Man kann sogar behaupten, dass noch nie in der Geschichte westlicher Demokratien nicht vom Volk gewählte Personen so viel Macht auf sich vereint haben wie die Zentralbanker heute. Sie sind zu Halbgöttern unserer Zeit avanciert.

Olymp in den Rocky Mountains

Wie es sich für Halbgötter gehört, haben auch Zentralbanker einen Olymp, und zwar in den Rocky Mountains: Jackson Hole, im Bundesstaat Wyoming. Dort treffen sie sich mit Akademikern einmal pro Jahr Mitte August zum Symposium. Marktteilnehmer warten dann gebannt auf die guten Worte aus dem «Davos der Zentralbanker». Doch auch dieses Jahr hat der Berg nur eine Maus geboren.

Der Titel der jüngsten Zusammenkunft lautete «Neueinschätzung der Dynamik am Arbeitsmarkt». Die Konferenzteilnehmer suchten Antworten auf die Frage, warum es fünf Jahre nach der grossen Rezession von 2008/09 mit dem Arbeitsmarkt in den USA harzt, wenn auch die Lage nicht derart dramatisch ist wie in der europäischen Peripherie.

Janet Yellen, die Vorsitzende der Federal Reserve (Fed), der US-Notenbank, beeindruckte mit einer zweiseitigen Ökonomennummer des Nichtssagens, getreu dem unter Volkswirten traditionellen «einerseits ... andererseits». Einerseits gibt es strukturelle Elemente, die erklären, warum die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten trotz ultraexpansiver Geldpolitik sehr hoch bleibt. Andererseits gibt es aber auch zyklische Erklärungselemente, die rechtfertigen, dass man es nicht eilig hat, an der Geldschraube zu drehen. Also ändert man

vorerst nichts, lässt der Zeit die notwendige Zeit. Der erste Zinsschritt nach oben wird frühestens Mitte 2015 stattfinden und davon abhängen, wie sich der Arbeitsmarkt entwickelt.

Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), hat einmal mehr langatmig zu den strukturellen Ursachen der Arbeitslosigkeit in Europa doziert. Nichts wirklich Neues gegenüber der Botschaft, die er beim vergangenen offiziellen Zinsentscheid der EZB vermittelt hatte: «Es ist ziemlich klar, dass die Länder, die ein glaubwürdiges strukturelles Reformprogramm



Schlusswort: Raghuram Rajan.

gestartet haben, besser – ja sogar deutlich besser – funktionieren als diejenigen Länder, die dies nicht oder nur im geringen Masse getan haben.» Folgen Sie meinem Blick. Wenn Frankreich stagniert und Italien mittlerweile in der dritten Rezession seit 2008 steckt, dann hat dies nichts mit Geldpolitik zu tun, sondern nur mit der Abwesenheit von Reformen.

Reformen hier, Reformen dort. Gibt es wirklich keine andere Erklärung für die verstörende Tatsache, dass Italien mittlerweile ein reales Bruttoinlandprodukt hat, das tiefer ist als im Jahr 2000 (mit anderen Worten fast fünfzehn Jahre Stagnation kennt)? Ashoka Mody, bis vor

kurzem verantwortlich für Europa beim Internationalen Währungsfonds, mittlerweile wieder vogelfrei, brachte es jüngst im Londoner *Daily Telegraph* auf den Punkt: «Reformieren, wie man es immer wieder von den europäischen Eliten hört, ist inhaltsloses Wunschdenken. Die Struktur des deutschen Arbeitsmarktes unterscheidet sich kaum von derjenigen des italienischen. Es ist genauso schwierig in Deutschland wie in Italien, Arbeitnehmer einzustellen oder zu feuern.»

Man sieht: Diejenigen, die gehofft hatten, die Fed oder die EZB würden wichtige Informationen zu ihrer Geldpolitik geben – so wie dies 2012 der Fall war, als Fed-Chef Ben Bernanke auf eine neue Runde quantitativer Lockerung hindeutete –, wurden enttäuscht.

Der Prophet spricht erneut

Es war aber auch kein fürchterlicher Jahrgang wie derjenige von 2005, dem berühmt-berühmter Abschiedstriumph von Alan Greenspan. Nur eine Person wagte es seinerzeit, den euphorischen Konsens zu brechen, indem sie vorauswissend die immer grösser werdenden Risiken des Finanzsystems hinterfragte. Damals allseits verhöhnt, bleibt Raghuram Rajan, mittlerweile der Zentralbankpräsident Indiens, einer der äusserst seltenen Ökonomen, welche die Finanzkrise tatsächlich vorausgesehen haben.

Deshalb gehören die Schlussworte ihm. Er hat sie nicht am diesjährigen Jackson-Hole-Symposium gesagt, wo er leider nicht auf der Gästeliste stand, sondern ein paar Tage davor in einem Interview mit der *Financial Times*: «Enorme Verantwortungen sind den Zentralbankern übertragen worden, hauptsächlich um die Mängel des politischen Systems zu kompensieren. Meine Besorgnis ist, dass wir nicht genügend Werkzeuge haben, um diese Verantwortung zu tragen, dies jedoch nicht zugeben wollen. Deshalb wetzen wir die existierenden Werkzeuge durch, und dies kann zu mehr Risiko im System führen.»

Endlich ein Zentralbanker, der bescheiden (oder naiv) genug ist, zuzugeben, dass wir keine überzeugenden Lösungsansätze zu den derzeitigen Konjunkturproblemen haben. Und dass trotz enormer Macht nur sehr wenig wirklich unter Kontrolle ist.

Andreas Höfert ist Chefökonom des UBS Wealth Management.

«Gute Instrumente»

Wie Patrick Liotard-Vogt, der bekannteste (und umstrittenste) Jungunternehmer der Schweiz, anlegt, performt und vorsorgt.

Von Mark van Huissing



«Anlageformen mit geringen Kosten»: Investor Liotard-Vogt.

Was bedeutet Ihnen Geld?

Geld ist ein Mittel zum Zweck für die Realisierung meiner Träume auf der unternehmerischen Seite sowie der privaten und familiären. Da mein Leben durch mein Geschäft dominiert wird, was eigentlich meine Passion ist, ist es nur ein Mittel zum Zweck.

Wie viel Geld haben Sie?

Genug, um meine Träume, zum Teil risikoreiche Projekte, realisieren zu können.

Wie sieht Ihr Anlagemodell aus?

Basis: Immobilien für den Ertrag. Familienbedingt bin ich in [Nestlé-]Aktien investiert. Der Rest ist *venture capital*, also Risikokapital.

Stecken Sie Risikokapital in Ihre Firmen oder in fremde Start-up-Unternehmen?

Mehr Fremdinvestments von der Anzahl her, aber von der investierten Summe her sind eigene Projekte bedeutender. Und wichtig: Meine Investitionen sind immer personen- oder sachgebunden. Ich bin nicht der klassische Finanzinvestor, der sich nur auf Businesspläne und Rentabilität stützt. Mir ist Innovation und Vision wichtig. Und es muss mich faszinieren.

Welche ist Ihre bisher erfolgreichste Kapitalanlage?

Ich habe Exits gehabt [Ausstiege aus Fir-

men, in die investiert wurde, Anm. d. Red.], bei denen mein Einsatz zwischen 800 und 1500 Prozent zulegte; die Zeitachsen waren aber unterschiedlich lang.

Und Ihre grösste Fehlinvestition?

Das Schwierige ist, dass Projekte verhältnismässig selten in Konkurs gehen und liquidiert werden, der Totalverlust tritt also nicht ein. Stattdessen dümpeln sie vor sich hin. Dann weiss man nicht wirklich, ob der Einsatz verloren ist. Aber generell, ich habe immer dann schlecht performt, wenn es um schnelles Geld ging, meistens bezogen auf eine einzelne Aktie, deren Kurs stark hätte steigen sollen. Die Konklusion: *There's no free lunch* [etwa: Es wird einem nichts geschenkt; das Mittagessen in der «Blauen Ente» in Zürich, während dem dieses Gespräch stattfand, zahlte die Weltwoche Verlags AG].

Wie entscheiden Sie, in welches Unternehmen Sie investieren, welcher Unternehmer ein Gewinner wird?

Team, Team, Team – also die Leute, die das Unternehmen ausmachen. Ganz wichtig ist die Zusammensetzung. Oft hat man einen Unternehmensgründer mit guten Ideen, der aber nicht der Mann ist, der diese umsetzen kann. Also auch Umsetzung, Umsetzung, Umsetzung. Und dann braucht es die richtige Investorengruppe hinter einem

Unternehmen; Leute, die das Gleiche wollen. Eine Firma sollte nie aufgebaut werden mit dem Exit vor Augen, sondern auf nachhaltige Profitabilität.

Mit welcher Performance kann ein Anleger rechnen, wenn er in Sie investiert?

Bei «Kittitian Hill» zum Beispiel [Immobilienentwicklung auf St. Kitts; Apartments und Villen werden im Ferienwohnrecht verkauft] garantieren wir in den ersten fünf Jahren vier Prozent auf dem investierten Kapital, danach teilen wir den generierten Gewinn der Immobilien unter den Käufern auf – meine Schätzung ist eine Rendite zwischen sechs und acht Prozent. Und natürlich steht den Investoren ihre Immobilie zur Verfügung während zweier oder vier Wochen jährlich.

Wie wichtig ist sogenannte Steueroptimierung für Sie?

Im Augenblick lebe ich aufgrund meines Investments auf St. Kitts, einer steuerfreien Jurisdiktion. Natürlich ist Steueroptimierung sinnvoll, wenn legal und moralisch vertretbar. Aber meine Sicht ist ganz einfach: Wenn ich mit der Leistung des Staats happy bin, zahle ich gerne Steuern. Und ich würde nicht meinen Lebensstil kompromittieren, um Steuern zu sparen. Obwohl das keiner hören will, es ist eine Frage der Zeit, bis alle Steuerschlupflöcher zugemacht werden.

Wie sieht Ihre Vorsorge aus, planen Sie bereits?

Ich denke, man muss die Initiative selber ergreifen. Die Generation von morgen wählt heute nicht. Also werden Entscheide wohl auch nicht in ihrem Interesse gefällt. Deshalb sollte man sich nicht auf den Staat verlassen. Aber es gibt gute Instrumente: Die zweite Säule ist für mich eine sichere Sache, und die dritte Säule ist ideal ergänzend. Wichtig ist für mich, dass diese Anlageformen mit geringen Kosten verbunden sind, nicht hier ein Prozent Kommission und dort eineinhalb Prozent Verwaltungsgebühr ... Darüber hinaus ist meine Strategie, einen diversifizierten Immobilienbestand aufzubauen. Dieser verschafft mir regelmässiges Einkommen und eine mögliche Wertsteigerung.

Über Patrick Liotard-Vogt, 30, erschien bereits mehr in den Medien, als über die ganze Laufbahn der meisten Unternehmer. Vieles, was man lesen konnte über ihn beziehungsweise die Firmen, an denen er sich beteiligt (A Small World [ASW], ein soziales Netzwerk), respektive die Geschäfte, die er macht (Immobilienentwicklung «Kittitian Hill» auf St. Kitts in der Karibik), war streng urteilend. Ein Haftungsausschluss: Der Journalist, der die Fragen stellte, ist mit ihm befreundet.



Wenn Sie hier geschäften,
sollten Sie einen unserer
6 Standorte in der Schweiz besuchen.

Mittelstandsbank. Die Bank für KMUs.

Ganz gleich, ob Sie mit Asien, Europa oder Amerika geschäften – als exportorientiertes Unternehmen haben Sie spezielle Anforderungen an Ihre Bank. Verlassen Sie sich auf das umfassende Know-how einer starken, weltweit vertretenen Bank mit 140 Jahren Expertise und 100 000 betreuten Firmenkunden. Neu bieten wir Ihnen auch in der Schweiz über Ihre gesamte Wertschöpfungskette konkrete Optimierungsmöglichkeiten in allen Phasen der Zusammenarbeit: von den ersten Verkaufsverhandlungen bis zum Zahlungseingang.

Lernen Sie uns kennen. Weitere Informationen, auch zu unseren 6 Standorten in der Schweiz:
www.commerzbank.ch

COMMERZBANK 
Die Bank an Ihrer Seite



Kartoffel im Kaninchenloch: Schauspieler Connery, 1962.



Stil & Kultur

Golffinger

Von Daniele Muscionico

So sieht ein Schotte aus, wenn er nicht in Schottland ist. Und überhaupt dort, wo man das Edelschaf auf der Haut trägt und nicht auf einer Kühlerhaube, weil man wieder einmal in einer wolligen Herde feststeckt auf der Strasse.

So sieht ein Schotte aus, und zwar einer der besten, weil patriotischsten. Ein Schotte, der schon an der Universität in Edinburg ein Modellathlet war, da er die Liebe zur Hantel entdeckte. Und damit auch seinen Exhibitionismus, für den er sich als Aktmodell bezahlen liess wie später fürs Starksein von Hollywood.

So sieht ein Schotte aus. Einer der heute gewiss unglücklichen, da seine Heimat nun doch keinen eigenen, schottischen König ein-

«Es sind sicher eine Milliarde Jahre. Du müsstest dich doch erinnern!»

setzen darf. Und den Kilt zur Schuluniform erklären. Damals allerdings, im August 1962, sah Sean Connery umso relaxter aus. Denn er hatte eben seine Hand von der Hantel genommen und sein Händchen fürs Golfspielen entdeckt.

Aber wer hat den Sport der Menschheit beigebracht? Die Dörfer St Andrews oder Gleneagles? Jede Lüge dazu ist eine 08/15-Lüge, weil seit Generationen widerrufen und wieder neu erzählt. Genauso wie jeder Golfwitz auch. Der allerneueste, der neulich am Ryder-Cup kursierte, hat seinen Weg nach Europa noch nicht gefunden. Also begnügen wir uns mit einem bekannten. Es ist die Frage des Engländers an den Schotten, wann Golf genau erfunden worden sei. Seine Antwort: «Es sind sicher eine Milliarde Jahre. Du müsstest dich doch erinnern!»

Nicht wann, sondern wer ist die Gretchenfrage. Waren es die Niederländer, die sich auf ihren topffachen Wiesen in Langeweile übten? War es der Schotte, der auf seinem Feld eine Kartoffel in einem Kaninchenloch verschwinden sah? Wer das Golfspielen nach Sean Connery entdeckt hat, das steht fest und ist festgeschrieben in der Autobiografie «Being A Scot». Es war nicht Schottland, es war Gert Fröbe, ein vollendeter Golfer schon vor der Begegnung mit Bond. 007 konnte Goldfinger beim Golfspiel als Betrüger enttarnen. Denn wer auf dem Green schummelt, belügt sich selbst – und wohl auch im Leben. Golf hat das Zeug, um zum Volkssport zu avancieren.

Bestseller

Belletristik

- 1 (5) **Paulo Coelho:** Untreue (*Diogenes*)
- 2 (1) **Ken Follett:** Kinder der Freiheit (*Bastei Lübbe*)
- 3 (2) **Lori Nelson Spielman:** Morgen kommt ein neuer Himmel (*Fischer Krüger*)
- 4 (–) **Volker Klüpfel, Michael Kobr:** Grimmbart (*Drömer/Knaur*)
- 5 (4) **Guillaume Musso:** Vielleicht morgen (*Pendo*)
- 6 (3) **Bernhard Schlink:** Die Frau auf der Treppe (*Diogenes*)
- 7 (6) **Charles Lewinsky:** Kastelau (*Nagel & Kimche*)
- 8 (–) **Janet Evanovich:** Küssen und küssen lassen (*Manhattan*)
- 9 (–) **Joy Fielding:** Sag, dass du mich liebst (*Goldmann*)
- 10 (7) **Daniel Glattauer:** Geschenk (*Zsolnay*)

Sachbücher

- 1 (1) **Giulia Enders:** Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 2 (2) **Guinness World Records 2015** (*Hoffmann und Campe*)
- 3 (–) **Martin Walker:** Brunos Kochbuch (*Diogenes*)
- 4 (5) **Wilhelm Schmid:** Gelassenheit (*Insel*)
- 5 (9) **Hans Küng:** Glücklicherweise (*Piper*)
- 6 (6) **Aicha Laoula Schmocker:** Verkauft! (*Cameo*)
- 7 (3) **Peter Scholl-Latour:** Der Fluch der bösen Tat (*Propyläen*)
- 8 (–) **Jeremy Rifkin:** Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft (*Campus*)
- 9 (8) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung (*Bibliographisches Institut GmbH*)
- 10 (4) **Colleen Dorsey:** Rubberband-Schmuck (*Scorpio*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Buchpreis

Letzte Woche wurden die Nominierten für den Schweizer Buchpreis präsentiert. Die Jury hat es geschafft, die zwei besten Bücher des Jahres zu ignorieren: Claude Cuenis fantastisches, autobiografisch angehauchtes Werk «Script Avenue» und Charles Lewinskys grossartigen Roman «Kastelau». Beides Bücher, die einen starken Sog entwickeln und eine Erzählfreude versprühen, die man sonst vor allem aus der angelsächsischen Literatur kennt. Was die beiden Autoren verbindet: Beide bewegen sich ausserhalb des subventionierten Literaturbetriebs. Auf der Nominiertenliste finden sich fast ausschliesslich Autoren, die auch bei jedem staatlichen Förderprogramm dabei sind. Die Haltung, die die Jury damit zum Ausdruck bringt, ist ebenso arrogant wie fatal: Nur subventionierte Kultur ist gute Kultur. (rb)

Krimi

Hinein ins Hirn

Eine Parabel über den Traum, den Menschen zum mentalen Stoff für Manipulationen zu machen: Patrick Lee gelingt mit «Mindreader» die Fusion von Techno-Krimi und Science-Fiction. Von Wolfram Knorr



Rigoros runtererzählt: Ex-Drehbuchautor Lee.

Krimi-Autoren haben es zurzeit nicht leicht. Der Markt ist voll. Was sie sich auch einfachen lassen, um sich von der Masse abzuheben, ist so oder so ähnlich schon da. Schöpferischer Drang ist die eine Sache, eine andere – und vielleicht die wichtigere – der Ehrgeiz, damit auch aufzufallen. Wer will schon, nach der Mühe Arbeit, im Strom des Durchschnitts krauchen? Der ehemalige Drehbuchautor Patrick Lee (geb. 1976) gehört zu jenen cleveren Amerikanern, die gleich die klotzige Kiste mit allem zeitgeistigen Drum und Dran zimmern, dabei die Lust an der Kurzweil mit intellektuellem Überbau mixen. Das gerät oft genug zum heillosen Krampf. Bei Lee nicht.

Lees Thriller sind eine Kreuzung aus Techno-Krimi und Science-Fiction. Neu ist die Fusion nicht, aber Lee beherrscht sie mit lockerer Hand und wildert dabei in fremden Revieren. Im Fall von «Dystopia» und «Das Labyrinth der Zeit» war es das des Science-Fiction-Autors Philip K. Dick mit seinen Zukunftsmanipulationen, in seinem jüngsten Roman «Mindreader» hat er sich vom Horrormeister Stephen King und seinem Hellscherroman «Dead Zone» (1979) und seiner Pyrokinese-Heldin «Feuerkind» (1980) ein wenig inspirieren lassen. Doch anders als bei King ist Lees Heldin mit den übersinnlichen Fähigkeiten kein Mysterium, sondern das Ergebnis eiskalter Forschung.

Sam Dryden, einem hartgesottenen Ex-Elitesoldaten, läuft eines Nachts beim Joggen an kalifornischen Strandgefilde ein zwölfjähriges Mädchen in die Arme. Sie ist voller Panik, auf der Flucht und bittet um Hilfe. Dryden will, naheliegend, zunächst zur Polizei, was die offenbar zu allem entschlossenen Verfolger vereiteln und das Mädchen ohnehin ablehnt.

Prima Hokuspokus

Der Roman heisst im Original «Runner», was auf die Mehrheit der 430 Seiten zutrifft; denn die ganze Story ist eine einzige Tour de Force quer durch die USA mit einem mächtigen Apparat im Hintergrund. Ein David-gegen-Goliath-Plot, mit Cleverness und allen Ingredienzen, die mit dem Unbehagen gegenüber übermächtiger Technik spielen. Drahtzieher ist ein mächtiger Rüstungskonzern, der in geheimen Labors mit Menschen experimentiert, um sie komplett zu manipulieren. Mit einem Knockout-Präparat wird versucht, den Probanden eine Fähigkeit zurückzugeben, die im Lauf der Evolution verlorengegangen ist: Gedankenlesen. Die DNS, heisst es einmal, sei kein Bauplan, «sondern eher ein Rezept, das im Lauf der Entwicklung bestimmte Gene nicht ausstrahlt, sondern nur durchgestrichen» habe; und die könne man wieder aktivieren.

Hokuspokus, hört sich aber prima an. So heisst es über die superneuen Satelliten, die jede Bewegung auf der Erde im Griff haben: «Miranda Fünfzehn prüfte dieses Dilemma genau 485 Nanosekunden lang, der Zeitraum, der erforderlich war, um alle drei seiner Was-wäre-wenn-Algorithmen ablaufen zu lassen.» Klingt schön seelenlos. Das zwölfjährige Mädchen, gefährlichstes Produkt der Forschung, muss dringend wieder eingefangen werden.

In Stephen Kings «Feuerkind» war noch das FBI zu Fuss dem Mädchen mit den angeborenen übersinnlichen Fähigkeiten auf den Fersen. Bei Lee ist es geballte Regierungskraft und das Mädchen ein Frankenstein-Produkt. Eine Suspense-Parabel über die masslose Gier, in die Innenwelt der Köpfe vorzudringen, seelische Kontinente auszubeuten, den Menschen zum mentalen Stoff für Manipulationen zu machen. Das wird rigoros runtererzählt, mit allen Zusatzstoffen. Es heisst, in Hollywood sei ein Bieterstreit um die Filmrechte entbrannt.

Patrick Lee: Mindreader. Rowohlt. 432 S., Fr. 14.90

O mein Theater

Am Zürcher Schauspielhaus verstümmelt Star-Regisseur Herbert Fritsch Paul Burkhard's Klassiker «Der schwarze Hecht».

Von Rico Bandle



Vorzeitiges Ende: «Hecht» im Schauspielhaus.

Sich mit dem «Schwarzen Hecht» zu befassen, erachtet die Kulturelite offensichtlich als unter ihrem Niveau. «Das haben Sie wohl schon lange nicht mehr gehört, erst recht nicht bei uns auf SRF 2 Kultur», sagte der Radiomoderator des staatlichen Kulturradios, als er zur Einstimmung auf die Stückkritik «O mein Papa» abspielte, das bekannteste Lied aus Burkhard's musikalischer Komödie. Dabei ist das Stück heute so beliebt wie eh und je – allerdings fast nur bei Laienbühnen.

«Der schwarze Hecht» wurde 1939 am Zürcher Schauspielhaus uraufgeführt, ins kollektive Gedächtnis eingedrungen ist er einige Jahre später durch die Vorstellungen mit Margrit Rainer und Ruedi Walter. Eine hochdeutsche Version feierte unter dem Namen «Feuerwerk» in Deutschland und Österreich grosse Erfolge, und «O mein Papa» avancierte in den 1950er Jahren zuerst in Grossbritannien, dann in einer Version von Eddie Fisher auch in den USA sensationell zum Nummer-eins-Hit.

Die grossen Theaterhäuser haben das Lustspiel in den letzten Jahrzehnten gemieden – zu süsslich ist ihnen die Musik, zu provinziell der Mundarttext, zu verstaubt die Geschichte der biedereren Familienfeier, die durch den unerwarteten Besuch des abtrünnigen Bruders – eines angesehenen Zirkusdirektors – aus den Fugen gerät.

Dass das Zürcher Schauspielhaus dieses Monument der Schweizer Unterhaltungsgeschichte trotzdem wieder einmal auf den Spielplan setzt, ist eine erfreuliche Nachricht. Noch erfreulicher ist, dass mit den Altmeistern Jean-Pierre Cornu, Robert Hunger-Bühler und Hans Schenker sowie den Jungtalenten Lisa-Katrina Mayer und Carol Schuler einige der besten Schauspieler der Schweiz dafür gewonnen werden konnten.

Und der dritte Akt?

Nichts steht also einem fulminanten «Hecht»-Comeback auf der Pfauenbühne im Wege – würde man meinen. Wohl um zu verhindern, von Kollegen und Kritikern als provinziell oder gar als reaktionär bezeichnet zu werden, hat die Schauspielhaus-Leitung den Berliner Regisseur und Feuilletonliebling Herbert Fritsch engagiert, Star des subventionierten Blödeltheaters: Er macht aus jedem Stoff eine überdrehte Grotteske, letztes Jahr in Zürich auch aus Dürrenmatt's Stück «Die Physiker».

Am Anfang scheint Fritsch's Stil gut zum «Hecht» zu passen, die starke Musik und die wunderbaren Darsteller tragen die schrille Inszenierung. Der Regisseur lässt alle bekannten Lieder vor der Pause singen – danach ist das Pulver verschossen. Aus dem zweiten Akt, dem Zirkustraum von Töchterchen Anna, macht Fritsch einen belämmerten, endlos langen Faschnachtsumzug, den dritten und letzten Akt lässt er fast gänzlich weg. Wer das Stück kennt, weiss: Anna, die unbedingt mit dem Onkel in den Zirkus wollte («Ich wott hüt nöd vernünftig si»), verliert den Mut und stürzt sich in die Sicherheit des bieder-bürgerlichen Ehelebens – dafür brennt der spiessigste aller Onkel durch, geht mit dem Zirkusdirektor mit und befreit sich dadurch aus den Klauen seiner rabiaten Frau, die ihn jahrzehntelang klein gehalten hatte. Im Schauspielhaus kommt das jedoch nicht vor, Fritsch bricht die Vorstellung völlig unvermittelt vorzeitig ab.

An der Premiere reagierten die Zuschauer perplex, der Applaus blieb ungewöhnlich lau. Ganz anders die Kritiker, die diesen verstümmelten «Hecht» zum Teil euphorisch bejubelten.

Vielleicht war es doch nicht so schlecht, dieses Stück dem Laientheater zu überlassen.

Der schwarze Hecht: Musikalisches Lustspiel von Paul Burkhard. Regie: Herbert Fritsch. Spieldaten: www.schauspielhaus.ch

Some Like It Hot

Von Peter Rüedi

Was ist neu an diesem Paket aus drei CDs von Chick Corea? Nichts und alles. Nichts, was die Konzeption seines Pianotrios im überkommenen (manche mögen sagen: altmodischen) Format angeht. Wie Keith Jarrett hatte das Corea schon vor bald einem halben Jahrhundert nicht neu erfunden, aber mit einem denkwürdigen Album («Now He Sings, Now He Sobs») auf eine neue Stufe von Dringlichkeit und Brillanz gehoben. Ganz neu ist an dieser Sammlung von aus zwei längeren Tourneen in den Jahren 2010 und 2012 ausgewählten Live-Mitschnitten sozusagen jedes Detail: der Inhalt im scheinbar vertrauten Rahmen. *Standards as usual*, nebst ein paar eigenen Kompositionen, von Latin-Hits, wie wir sie von Corea kennen (das fulminante Stück «Spain», «Armando's Rhumba»), bis zu einer etwas länglichen «Piano Sonata: The Moon». Zwei Titel wurden am 23. November 2012 in der Tonhalle Zürich aufgenommen, «It Could Happen to You» und «Blue Monk». Chick Corea ist der Chef und der Star der Gruppe, aber die eigentliche Sensation ist der Drummer Brian Blade. In welchem Kontext auch immer: ob im sehr freien Quartett von Wayne Shorter oder im stupenden Trio von Wolfgang Muthspiel bei ECM. Es sind nicht in erster Linie die Schlagzeugsolis, die Blade in den definierten Freiräumen entwickelt. Er ist auch als Begleiter sozusagen ein ständiger Feuerwerker mit produktiven Störmanövern, grossartig im synchronen Nachvollzug der dynamischen Wechsel seiner Partner, miraculös in der Vorwegnahme und der Provokation ihrer Einfälle. Am Bass ist Grossmeister Christian McBride, Schnellfingerkünstler und Groover zugleich. Corea hatte immer ein besonderes Geschick in der Wahl seiner Mitmusiker, insbesondere der Drummer. Blade steht dem grossen Roy Haynes in nichts nach, und er verfügt zudem über jene Portion anarchischen Übermuts, die jedes dieser siebzehn zum grösseren Teil bekannten Stücke zu einem Abenteuer mit ungewissem Ausgang macht. Wie sagt Corea in seinen *liner notes*: «If you win every time you play, doesn't it get boring?» Das ist doch schon fast eine Definition für das, was Jazz im Kern ausmacht.



Chick Corea Trio (feat. Christian McBride & Brian Blade): Trilogy. 3 CDs. Concord Jazz CJA 35685-02

Top 10

Knorr's Liste

1	Il capitale umano	★★★★★
	Regie: Paolo Virzi	
2	Calvary	★★★★☆
	Regie: John Michael McDonagh	
3	Gemma Boveri	★★★★☆
	Regie: Anne Fontaine	
4	The Wind Rises	★★★★☆
	Regie: Hayao Miyazaki	
5	Monsieur Claude und seine...	★★★★☆
	Regie: Philippe de Chauveron	
6	Guardians of the Galaxy	★★★★☆
	Regie: James Gunn	
7	This Is Where I Leave You	★★★★☆
	Regie: Shawn Levy	
8	Lucy	★★★★☆
	Regie: Luc Besson	
9	Der Koch	★★★☆☆
	Regie: Ralf Huettnner	
10	Sin City 2	★☆☆☆☆
	Regie: Frank Miller/R. Rodriguez	

Kinozuschauer

1 (1)	Sex Tape	13876
	Regie: Jake Kasdan	
2 (2)	Qu'est-ce qu'on a fait au ...	12870
	Regie: Philippe de Chauveron	
3 (-)	The Giver	4801
	Regie: Phillip Noyce	
4 (6)	Lucy	3763
	Regie: Luc Besson	
5 (5)	Guardians of the Galaxy	3707
	Regie: James Gunn	
6 (-)	This Is Where I Leave You	3444
	Regie: Shawn Levy	
7 (3)	Sin City: A Dame to Kill for	3288
	Regie: Frank Miller, Robert Rodriguez	
8 (7)	Hercules	2800
	Regie: Brett Ratner	
9 (8)	Der Kreis	2380
	Regie: Stefan Haupt	
10 (-)	Der 7bte Zwerg	2338
	Regie: H. Siepermann, B. Aljinovic	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Maleficent – Die dunkle Fee (Disney)
2 (-)	X-Men: Zukunft ist Vergangenheit (Fox)
3 (-)	Das Schicksal ist ein mieser ... (Fox)
4 (-)	Bad Neighbors (Universal)
5 (-)	Der Goalie bin ig (Ascot Elite)
6 (-)	Snowpiercer (Ascot Elite)
7 (-)	Anno 1914 – Leben wie vor ... (Praesens)
8 (1)	The Amazing Spider-Man 2 (Sony)
9 (4)	Homeland Season 3 (Fox)
10 (2)	Noah (Rainbow)

Quelle: Media Control



Virtuos gedrechselte Vernichtungsschlacht: «Gone Girl».

Kino

Mystery-Seelen-Inferno

Am Zürcher Filmfestival hatte er seine Schweizer Premiere und startet nun in den Kinos: Der brillante Beziehungsthiller «Gone Girl». Von Wolfram Knorr

Lange nach Ibsens «Nora», dessen Protagonistin kein Frauchen mehr sein wollte, wurde die Rollenverweigerung der Frau zum Massenlebens. Die «Szenen einer Ehe» wurden zum Genre der Selbstzerfleischung. Inzwischen hat die selbstbestimmte Frau in manchen US-Komödien sogar männliche Unarten angenommen: Sie rülpsst und furzt. In den dreissiger und vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als die heilige Kuh noch respektiert wurde, spielten sinistre Autoren wie James M. Cain («The Postman Always Rings Twice») mit ihr, indem sie aus ihr schwarzromantische Alpträume zwischen Femmes fatales und Testosteron-gebeutelten Männern machten. Die Frauen waren heisse, züngelnde Feger, und die Kerle kamen sich vor, als stünden sie vor einer geöffneten, auflodernden Hochofentür, während ihr Verstand sie verliess wie Wasser bei Ebbe. Aus solchen Romanen wurde die Série noire.

Wie man das alte, exhibitionistische Psycho-Katastrophenkino à la «Szenen einer Ehe» mit «noir»-Seelenglut geschickt verknüpft, bewies Gillian Flynn mit ihrem vertrackten Beziehungsthiller «Gone Girl», der zum Weltbestseller avancierte. Eine virtuos gedrechselte Vernichtungsschlacht, ein camouflierter strindbergscher «Totentanz», ein Seeleninferno als Mystery, und die Figuren sind ganz auf der Höhe der Zeit. David Fin-

cher, der zu den eigenwilligen US-Regisseuren gehört («The Social Network»), verfilmte mit Ben Affleck und Rosamund Pike den Roman, und Gillian Flynn schrieb gleich selbst das Drehbuch dazu; sie kennt sich aus, war lange Autorin beim *Entertainment Weekly*.

Nick und Amy Dunne sind ein glückliches Vorzeigepaar in ihrer Gemeinde, bis an ihrem fünften Hochzeitstag Amy spurlos verschwindet. Nick fällt aus allen Wolken und glaubt zunächst wie auch die Polizei an eine Entführung, und es spricht einiges dafür: Da sind ein zertrümmerter Gastisch, umgeworfene Stühle, eine offene Haustür. Allerdings gibt es darüber hinaus keine Hinweise auf Kidnapping und schon gar keine Geldforderungen. Amy bleibt wie vom Erdboden verschluckt; bald neigen die ermittelnden Beamten dazu, Nicks Unschuld anzuzweifeln. Es wird ein Tagebuch von Amy gefunden, das auf einmal das Image des Glückspaares wie ein Kartenhaus zusammenfallen lässt und Nick immer tiefer in die Bredouille bringt, bis er gar des Mordes verdächtigt wird. Standhaft beteuert er seine Unschuld, auch wenn es Hinweise auf Schuld gibt, wie die sukzessive Enthüllung einer selbstbetrügerischen Ehe. Hinter der bürgerlichen Fassade flogen die Fetzen – und Amy wollte nicht die dumme Gans sein, die nichts ist ohne Nick. Fincher und Flynn demontieren die heilige Kuh mit Raffine-

ment und führen den Zuschauer hinters Licht. Vor allem aber gelang Fincher ein begnadeter Besetzungscoup mit Ben Affleck als Nick und Rosamund Pike als Amy.

Falls hinter Afflecks glattem Äusseren mit dem genormten Lächeln ein eigenes Ego existieren sollte, dann ist es durch seinen Charme einer gewienerten Badezimmerkachel längst weggeputzt. Im Treibsand der Ermittlungen gibt er sich wie die Imitation einer Imitation von sich selbst und gerät dadurch immer tiefer hinein. Affleck, der ein interessanter Regisseur ist («Argo»), aber alles andere als ein begnadeter Mime, macht das hinreissend. Man glaubt ihm kein Wort. Rosamund Pike ist die unterkühlte Blondine, die aussieht als sei sie komplett lackiert, nicht nur ihre Fingernägel. Ein Engel der Reinheit mit harten Zügen wie Rissen in Porzellan und mit Augen von bläulichem Schimmer wie Waffenmetall. Nick und Amy gleichen zwei Goldfischen in einem Glas, aus dem man das Wasser abgelassen hat, weshalb sie nicht mehr zueinander hinschwimmen können. Das ist viel böser als die «Wer hat Angst vor Virginia Woolf?»-Zerfleischung.

★★★★★

Weitere Premieren

Dracula Untold — Vampirismus ist in, also lässt sich auch Dracula zur nachtfahnen *tricky fantasy* dämonisieren. Fürst Vlad Tepes wird



Höllenspakt: «Dracula Untold».

vom erobungsgierigen Sultan Mehmed bedroht und kann sein Volk nur mit einem Höllenpakt schützen – und so mutiert Tepes zu Dracula, dem Fürsten der Finsternis und Heros aller Fledermäuse. ★★★☆☆

Phoenix — Der Holocaust als Melodram, mit Bezügen zu «Vertigo», davon jedenfalls



Maskenhaft: «Phoenix».

schwärmen Kritiker. In Tat und Wahrheit ist Christian Petzolds («Barbara») jüngster Film ein arg konstruiertes, ungläubwürdiges Thesen-Gemurkse. Die Jüdin Nelly (Nina Hoss) kommt 1945 mit bandagiertem Gesicht aus dem Vernichtungslager zurück ins zerbombte Berlin. Ein Chirurg stellt ihre Schönheit wieder her, wenn auch etwas maskenhaft. Sie sucht ihren nichtjüdischen Mann Johnny (Ronald Zehrfeld), der sie für tot hält. Als sie ihn findet, erkennt er sie nicht, bringt ihn aber auf eine Idee: Weil die neue Bekannte seiner Nelly ähnlich sieht, macht er sie dieser noch ähnlicher, damit er sie vor der Verwandtschaft als Gattin ausgeben kann – er will an ihr Erbe ran. So maskenhaft wie Nelly sind alle Figuren; keine lebt, und «Vertigo» ist weit, weit weg. Nichts gegen Kolportage, aber die hier ist in ihrer Verdrehtheit völlig vergurkt. Petzold erzählt sie, als würde er die Nachkriegsjahre ansäuseln. In Toronto, wo «Phoenix» uraufgeführt wurde, soll es Lacher bei Szenen gegeben haben, die nicht zum Lachen gemeint waren. ★★★☆☆

Festivals

Schöner Budenzauber

Von Wolfram Knorr

Ist ja richtig, dass inzwischen jede Gross-, Haupt- und Mittelstadt in Europa und ausserhalb einmal im Jahr ein Filmfestival ausrichtet und angesichts dieser Inflation die Frage berechtigt ist, wie sich die Festival-Orte mit welchen Filmen unterscheiden wollen. Denn neben einem Konzept, um Sponsoren und Medien zu interessieren, braucht's Qualität, um ein interessiertes Publikum zu locken. Filme gibt's genug – aber welches Festival will sich schon mit dem Grabbeltisch des Schlussverkaufs be-



Gegen das Vorurteil: Spörri (l.), Schildknecht.

gnügen, nachdem die alteingesessenen Grossveranstaltungen wie Cannes, Venedig oder Berlin die cineastische Sahne abgeschöpft haben? Warum also muss auch noch Zürich ein Festival ausrichten? Auf der anderen Seite: Warum denn nicht, wenn sich daraus ein Fest machen lässt?

Wenn von Hamburg über München bis Rom sich jede Grossstadt mit Attraktionen der Flimmer-Muse schmückt, um zu zeigen, dass das Medium der bewegten Bilder nicht nur ein Leitmedium ist, sondern auch ein kommunikativer wie sinnbetörender Budenzauber sein kann, dann mag man sich höchstens wundern, warum Zürich so spät auf den Trichter kam. Vielleicht liegt's daran, dass die spröde, zwinglianisch geschrubbte Banken- und Boutiquen-Metropole nicht den Ruf ausgelassener Spielfreude hat.

Dass sich gegen dieses Vorurteil das Zürcher Filmfestival durchsetzte und sich nicht als schmallippig und stachelig erwies, sondern im zehnten Jahr seines Bestehens als erfolgreiches und glamouröses Fest etablierte, ist, jenseits der Qualität der Filme, alleine schon eine tolle Sache.

10. Zurich Film Festival: noch bis zum 5. Oktober

Fragen Sie Knorr

Neuerdings geistert der Begriff «young adult movies» durch die Medien. Eine neue PR-Masche, oder ist damit tatsächlich eine Art Jugendkino gemeint? B. G., Frauenfeld



«Alles neu macht der Mai», wie es so schön heisst, auch wenn der Mai vorbei ist. Früher hiess das «Teenie»-Film, heute «young adult movie». Allerdings gibt's einen kleinen Unterschied. Mit «young adult» sind weniger jene Highschool-Kicher-Schnatter-Filme gemeint als postpubertäre Revolten à la

«The Hunger Games». Ist natürlich alles nicht neu. Ende der fünfziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts wurde der Begriff «twen» (abgeleitet von «twenty») zur Mode, und mit ihm eine Zeitschrift dieses Namens. Sie galt als «freche postpubertäre Revolte der Zwanzigjährigen». Als der Name aus der Mode kam, wurde auch das Magazin eingestellt. Begründung war (Anfang der siebziger Jahre), es gäbe keine Twens mehr. Dafür gibt's jetzt eben die «young adults».

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Moritz bei den Stars

Alt-Bundesrat Leuenberger im VIP-Zelt des Zurich Film Festival; Geburtstag in der Galerie Koller. *Von Hildegard Schwaninger*



«Urtrieb zur Privatrache»: alt Bundesrat Leuenberger.

Die Vorstellung, die alt Bundesrat **Moritz Leuenberger** bei **Roger Schawinski** in der Montags-Talkshow gab, war penibel. Er bewegte sich wie ein komischer Hanswurst, sagte nichts Berichtenswertes, und als ihm Schawinski ein Video vorspielte, wo der als kultureller Leuchtturm gehandelte Intellektuelle ausfällig wird und mit hier nicht zitierbaren Fäkalausdrücken um sich wirft, klopfte sich Leuenberger lachend auf die Schenkel und kicherte stolz: «Das ist auf Youtube.» Es war zum Fremdschämen, und mancher mag sich gefragt haben, ob beim Alt-Bundesrat etwas nicht stimmt.

Jetzt sei Entwarnung gegeben: Moritz Leuenberger ist brillant wie eh und je (wenn er will). Das zeigte er am Montagmorgen auf dem Sechseläutenplatz, wo im VIP-Zelt des Zurich Film Festival ein Werbespot Uraufführung feierte, der für mehr Achtsamkeit im Strassenverkehr sensibilisieren soll. Der Spot (läuft zurzeit auf allen Kanälen) wurde mit Hilfe des Zürcher Balletts gedreht, Ballettdirektor **Christian Spuck** choreografierte, die Ballerinas tanzen in Kostümen aus **Heinz Spoerlis** «Schwanensee» (Spoerli war auch anwesend).

Der ehemalige Verkehrsminister sprach, eingerahmt von **Peter Lindberghs** Fotos der schönen **Cate Blanchett** und des smarten **Christoph Waltz**, aus dem Stegreif. «Im Strassenverkehr zeigen sich die Grundmuster des menschlichen Zusammenlebens – der Trieb,

im Recht zu sein; der Urtrieb, die anderen belehren zu wollen; der Urtrieb zur Privatrache.» Er sprach über das Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und staatlichen Vorschriften. Es brauchte gar keine Gesetze, meinte er, wenn wir uns «von gegenseitiger Zuneigung, Respekt und Vertrauen leiten lassen». Er sei «eigentlich kein Anhänger von Strafen»; da der Appell an die Vernunft aber versage, brauche es drakonische Strafen. Die Nulltoleranz, die bei Alkohol am Steuer heute gelte, beweise, dass Menschen durch Strafen



Choreografierte den Werbespot: Christian Spuck.

sozialisiert werden. Leuenberger, der einst die «Vision Zero» hatte (null Tote im Strassenverkehr), meinte, dass der Film «Sieh dich vor beim Schritt auf die Strasse» «mehr zur Sicher-

heit beitragen kann als alle vernünftigen Worte, die zu dem Thema gesagt werden».

Nationalrat **Thomas Hardegger**, Präsident von Fussverkehr Schweiz, Auftraggeber des Werbespots, musste sich beim Apéro rüch sagen lassen, dass auch die Fussgänger auf die Autofahrer Rücksicht nehmen sollten. Vor allem, dass sie, die ja immer Vortritt hätten, bei Rotlicht nicht über den Zebrastreifen trampeln sollten. Moritz Leuenberger übrigens fährt Auto und Roller.

Geschlagene zehn Stunden (von elf Uhr vormittags bis neun Uhr abends) feierte **Pierre Koller**, der Grandseigneur unter den Auktionatoren, seinen 90. Geburtstag. Er empfing die Gratulanten in seinem Stammhaus Galerie Koller in Zürich-West. Direkt an der Limmat war ein Zelt aufgebaut, in dem sich die Gäste vergnügten. Freunde, Geschäftsfreunde, Mitarbeiter, die Familie. Pierre Koller liebt alte Möbel, alte Kunst und traditionelle Werte. Er ist seit 49 Jahren mit **Ursula** verheiratet, sie ist ausgebildete Malerin und führt die Galerie Kunst im West. Sie haben drei Söhne, von denen, wenn demnächst der zwölfte Enkel geboren wird, jeder vier Kinder hat. Unter den Gästen: Kollers Leibarzt **Johan Senning** mit seiner Frau **Stefanie** (auch Ärztin), Radiotelevisione-Svizzera-Kulturchefin **Diana Segantini** mit Mutter **Ragnhild** (Segantini-Museum Maloya), Kunsthändler **Nicola von Senger**, Kunstsamm-



J.-P. Klein, D. Segantini (M.), Ch. Koller.

ler **Werner Dessauer** (Kollers Schulfreund) mit seiner Frau **Lotti**, Tierschützerin **Mia Brunner-Schwer** (Esel in Not), Kunsthistorikerin **Kristina Piwecki**, Kunstmarktbeobachter **Christian von Faber-Castell**, Galerist **Ueli Eberhart** (Il Tesoro in Altendorf SZ) mit Ehefrau **Barbara** (Schwester von Fussballtrainer **Christian Gross**), **Harald** und **Konstanze von Seefried** (zurück von einer Schlössertour durch Südschweden), Fine-Art-Fotograf **Peter Schälchli**.

Pierre Koller ist voller Pläne: «Ich habe zum Geburtstag neunzig Flaschen Weisswein bekommen. Ich muss hundert werden – damit ich hundert Flaschen bekomme.»

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Alles super

Die Lehrerin Crystal Eury, 28, und der Systemanalytiker Gregory Goddard, 31, haben im Sommer geheiratet. Mit wenig Geld und ohne falsche Bescheidenheit.



«Trost und eine Zukunft»: Paar Eury-Goddard.

Crystal: Wir lernten uns an einem hoffnungslosen Ort kennen. Greg kam frisch von der Universität, ich war noch in der Ausbildung. Wir besuchten die gleiche Bar, er fiel mir auf, weil er mich anstarrte, aber nichts sagte. Später suchten wir die Nähe zueinander, weil wir instinktiv spürten, dass wir beim anderen Trost und eine Zukunft finden würden. Und so war es auch. Als er mir einen Antrag machte und mir einen wunderschönen Ring schenkte, war ich überglücklich. Auch weil wir eigentlich gar nie heiraten wollten. Da sich die Dinge spontan entwickelten, mussten wir uns an ein kleines Budget halten. Sparen war also von der ersten Stunde an ein Thema.

Gregory: Der Umstand, dass wir uns nicht alles leisten konnten, förderte jede Menge ungewöhnliche Ideen zutage. Wir lieben beide Superman und Batman, wollten aber keine Kinderparty ausrichten, sondern das Thema geschmackvoll und erwachsen umsetzen. Das Hochzeitsfest sollte vor allem unsere gemeinsame Lebensphilosophie widerspiegeln: Man soll sich nicht allzu ernst nehmen. Auch am Hochzeitstag nicht.

Crystal: Die Vorbereitungsarbeiten dauerten ewig, weil wir immer auf der Suche nach den günstigsten Angeboten waren und uns das

Comic-Thema Einschränkungen auferlegte. Aber eben nur bis zu dem Punkt, als wir realisierten, dass auch eine «Heimwerker-Hochzeit» toll sein kann. Schlussendlich bastelten wir viele Dinge selbst. Papiermasken, Kronen, Kartenboxen, Dekorationen. Die Figuren auf der Hochzeitstorte – Superman und Superwoman – bestellten wir im Internet, die Hochzeitskleider kauften wir im Supermarkt. Etwas traurig machte mich, dass wir uns keinen Filmer und keinen Fotografen leisten konnten, der alles für die Ewigkeit festhalten würde. Womit ich nicht gerechnet hatte: Der beste Freund meines Mannes kam mit einer professionellen Ausrüstung zum Fest und hatte sich technisch so vorbereitet, dass er alles aufzeichnen konnte. Das war unser tollstes, weil kostenloses Geschenk.

Gregory: Während der Planungsphase lief vieles schief, und wir bereuten es beinahe, überhaupt den Entschluss gefasst zu haben, eine grosse Party auszurichten. Am grossen Tag zeigte sich dann, dass alle Energie und die Arbeit ein Ganzes ergaben und aus unserer Hochzeit genau das machten, was wir gewollt hatten.

Crystal: Die Zeremonie war traditionell, und die Erinnerung, die mich für immer begleiten wird, gilt dem Tanz mit meinem Vater. Wir gaben uns das Ja-Wort in einem weisslackierten Pavillon. Wir sind beide Christen, und dementsprechend verlief auch die Trauung. Der Pastor zog sämtliche Gäste in die Trauung mit ein, es wurde viel gelacht, und die Liebe war spürbar. Unsere Kleider waren billig und der Rest selbst gemacht, aber ich realisierte in diesem Moment, dass es um mehr geht als um eine perfekte Planung und viel Geld: darum, dass wir unsere Liebe mit jenen feiern, die uns dieses Glück von Herzen gönnen.

Gregory: Nach der Zeremonie riss ich mir das Hemd vom Leib, die Gäste stülpten sich Comic-Masken über den Kopf, griffen zu Schwert und goldenen Kopfdekorationen, und die Party konnte beginnen. Sogar meine Schwiegermutter, die Monate zuvor am offenen Herzen operiert worden war, tanzte so wild und glücklich über das Parkett wie ein Teenager.

Protokoll: Franziska K. Müller

Verschleudert

Von Andreas Thiel — Geld, Krieg und Humor.



Thiel: Na? Macht die Steuergeldverschleuderung noch Spass?

Eveline: Wir verschleudern nicht, wir verwalten.

Thiel: Du meinst «verschulden». In der Privatwirtschaft wäre der Bundesrat längst wegen Wirtschaftskriminalität im Gefängnis.

Eveline: In anderen Ländern werden Politiker so schlecht bezahlt, dass sie nur noch von der Kriminalität leben können.

Thiel: Und hier werden sie so gut bezahlt, dass sie alle Schandtaten begehen, um wiedergewählt zu werden.

Eveline: Ein bisschen Moral haben wir noch.

Thiel: Stimmt, ihr regiert ja streng nach einem religiösen Prinzip.

Eveline: Nach welchem Prinzip?

Thiel: Nach dem Prinzip Hoffnung.

Eveline: Wir denken in die Zukunft.

Thiel: Dann sehe ich für die Zukunft schwarz.

Eveline: Sei nicht so negativ. Wir versuchen eine positive Stimmung zu verbreiten.

Thiel: Indem ihr den Bürgern in staatlichen Kampagnen das Blaue vom Himmel vorlügt?

Eveline: Manchmal muss man die Bürger zu etwas mehr Optimismus erziehen.

Thiel: Menschen, die andere erziehen wollen, sind schlecht erzogen.

Eveline: Warum machst du dich immer über alles lustig?

Thiel: Weil ich Pessimist bin. Und Humor ist die Fähigkeit, die Welt so zu nehmen, wie sie ist, auch wenn sie vor die Hunde geht.

Eveline: Was passt dir denn nicht?

Thiel: Ich fürchte, dass ihr uns mit dieser Geldverschwendung in die Armut und somit in den nächsten Krieg führt.

Eveline: Die Politik wird das verhindern.

Thiel: Carl von Clausewitz sagt, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Eveline: Wo bleibt da dein Humor?

Thiel: Der Humor ist die Fortsetzung der Freiheit mit anderen Mitteln.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Wein

Der Stein und die Seele

Von Peter Rüedi



Die Leidenschaft der Briten für den Wein kommt, nicht anders als ihr Antrieb zur Weltherrschaft (der, in anderen Zeiten, immerhin das Commonwealth gebar), von der Sehnsucht nach dem, was es auf ihrer Insel nicht gibt. Nicht nur lieben die Engländer die Portweine und die Bordeaux, die «Clarets». Schon Samuel Pepys (1633–1703) vermerkt in seinem legendären Tagebuch, er habe mit Vergnügen eine Flasche «Ho Bryon» verkostet. Nicht von ungefähr ist in Grossbritannien die Dichte kompetenter Weinpublizisten grösser als anderswo: vom Doyen Michael Broadbent über Hugh Johnson bis Jancis Robinson. Richard Mayson ist einer von ihnen, zumindest im weitesten Sinne. Aber ihm genügte es nicht, über Wein (namentlich aus Portugal) nur zu schreiben. Er träumte von jung an von einem eigenen Weinberg, und er hatte auch die Hartnäckigkeit, den Traum umzusetzen; oder, wie er sagt, «to put my money where my mouth was» – zwar nicht, wie ursprünglich gedacht, an die Hänge des Douro, sondern ins etwas weniger renommierte Alentejo. 2005 kaufte er seine Quinta do Centro. Inzwischen produziert er mit dem Önologen Rui Reguinga drei substantielle Rotweine: «Pedra Basta» (genug Stein), «Duas Pedras» (zwei Steine) und, als jüngsten aus den ältesten Reben, den mit dem Namen «Pedra e Alma» (Stein und Seele). Ein Name wie ein Wappenspruch. Der Stein bezieht sich auf die granithaltigen und schieferigen Böden, die eingesessenen Sorten wie der Trincadeira oder der Alicante Bouschet, aber auch Neuanpflanzungen wie Syrah, Viognier oder Touriga Nacional zu einem scharfen mineralischen Profil verhelfen. Der «Pedra e Alma» 2011 ist eine enorm dichte, aber frische, harmonische Angelegenheit mit explosiver Frucht und glatten Tanninen, noch etwas dominantem neuem Holz (das es auch braucht, um so viel Power im Zaum zu halten). Es wird sich geben, *as time goes by*. Will sagen, dieser portugiesische Hammer braucht noch ein, zwei Jahre Zeit; oder, für Ungeduldige, viel Luft, also ausgiebiges Dekantieren.

Quinta do Centro: Pedra e Alma. Vinho Regional Alentejano 2011. 14,5%. Vinoversum, Neftenbach. Fr. 28.–. www.vinoversum.ch

Zu Tisch

Er ist der Chef

Ivo Adam hat mit nicht einmal 40 Jahren ein erstaunliches kulinarisches Gesamtwerk vorzuweisen. Zeit für eine Würdigung. Von David Schnapp



Geschmacklich gut kombiniert und auf den Punkt gekocht: Gastronom und TV-Moderator Adam.

Er sagt, was er tue, fühle sich eigentlich nicht wie Arbeit an. In Ascona, wo sein Reich sich ausbreitet, machen andere Leute Ferien – mit sonnenverwöhnten Gesichtern bummeln sie der Promenade von Ascona entlang, vom Restaurant «Seven» aus blickt man auf Palmen und den Lago Maggiore. Im Auftrag der siebenköpfigen Investorenfamilie Breuer hat Ivo Adam hier in den letzten Jahren eine bunte Palette gastronomischer Betriebe zum Laufen gebracht.

Angefangen beim «Seven», das wir besuchen und das beim Start 2007 neu in der Landschaft stand: Das Konzept aus moderner Küche mit Anspruch und lockerer Ausgeh-Atmosphäre wirkt bis heute aktuell. Es kamen weitere Restaurants, ein Klub, eine Weinbar in Ascona sowie ein Lokal in Zermatt dazu, demnächst ist Lugano dran: Die Seven-Gruppe mit CEO Ivo Adam und 130 Mitarbeitern wächst.

Der 37-jährige Seeländer hat bereits eine erstaunliche Karriere hinter sich: Er hat Rezepte gerappt, war Kochweltmeister, hat drei Bücher veröffentlicht und zwischendurch einmal Konkurs gemacht. Er ist Werbegesicht, Fernsehmoderator und bleibt bei allem neugierig. Von der Wahl der Kaffeebohne bis zu den Stoffhandschuhen des Servicepersonals sucht Adam immer nach der bestmöglichen Lösung. Und auch wenn er kaum noch selber am Herd steht – dafür hat er seinen Küchenchef Adrian Bürki –, die kulinarischen Leitlinien bestimmt der Chef.

Lokal und weltweit – die Küche im «Seven» schränkt sich nicht künstlich ein. Nach einem schlichten Einstieg mit einem Reis-Chip und Guacamole, einem mit Frischkäse gefüllten Champignon sowie einer Sauerrahm-Kartoffel kombiniert man perfekt gebratene, bretonische Jakobsmuscheln mit geschmorten Gurken, Wasabi und Pistazien oder zartes Hummerfleisch mit Quinoa, Wassermelone und der fruchtigen Säure einer Tomatenessenz. Jedes Gericht wird eingeleitet von einem Amuse-Bouche, das das Hauptprodukt präsentiert. Geschmacklich gut kombiniert und auf den Punkt gekocht präsentiert sich das Menü insgesamt. Bloss bei einem oder zwei der warmen Gerichte fehlt die endgültige Präzision beim Anrichten. Optisch und geschmacklich hervorragend sind dann Hauptgang (Hirschkalb, Kürbis, Nüsse, Nocino-Schaum) und Dessert aus Sauerampfer-Eis, Anis-Ganache, Kiwi und Knusperzeug.

Dass man im «Seven» in entspannter Atmosphäre ausgezeichnet isst, wäre an sich gut genug. Gleichzeitig bekommt man Einblick in das Werk eines talentierten Gastronomen, der einiges mehr kann, als «der Koch von Coop» zu sein, wie manche meinen.

Ristorante Seven

Via Moscica 2, 6612 Ascona, Telefon 091 780 77 88. Montags geschlossen. Betriebsferien ab 3. November. Ausführliche Besprechung des Menüs auf: www.dasfilet.ch



«Biene Maja»: Koch Adam mit Porsche Macan.

Auto

Adam fährt nach B

Der Koch und Restaurant-Manager Ivo Adam über das Unterwegssein und die Schönheit der Schweiz.

Die prägende Kindheitserinnerung, was Autos betrifft, ist der sehr schöne Citroën 2CV meines Onkels. Er hatte seinen Deux Chevaux innen so ausgebaut, dass man darin schlafen konnte. Mein erstes eigenes Auto hat mir dann mein Vater überlassen, mehr oder weniger kurz bevor er es verschrotten musste: Das war ein Peugeot 205, den ich so lange gefahren bin, bis wir ihn endgültig kompostieren mussten. Damals, in meiner Skaterzeit, war eine laute Musikanlage wichtig, und auf der Heckscheibe hatte ich einen grossen Aufkleber angebracht, bei dem ich aus dem Logo der

Sportmarke Champion das Wort «Champignon» machte. Das Auto war weiss lackiert und in Kombination mit dem Aufkleber für mich als Koch eine feine Sache. Der Wagen diente uns auch als Provokationsinstrument, wir hörten zum Beispiel laut «Biene Maja» und fuhren mehrmals hintereinander durch einen Kreisel.

Bis heute habe ich, sagen wir mal so, keine erotische Beziehung zu Autos. Ein Modell wie der Porsche Macan ist für mich wie ein glänzend gebürstetes Ross: ein feudales Fortbewegungsmittel. Ich selbst fahre seit langem einen Audi S3, nicht den allerneuesten. Den finde ich einfach schön, der passt mir und entspricht meinen ästhetischen Vorstellungen.

Die Inder im «Bären»

In Ascona sind die Distanzen kurz, aber es gibt Tage, da fahre ich für ein Meeting nach Bern oder Zürich, dann bin ich sechs, sieben Stunden im Auto. Deshalb ist für mich Komfort entscheidend. Das muss nicht Luxus sein, aber ich brauche beispielsweise eine Freisprechanlage und einen Anschluss für mein iPhone. Ich brauche ein gutes Navi, damit ich weiss, wohin es gehen

soll. Anspruchsvoll bin ich eigentlich nicht, höchstens ein bisschen verwöhnt. Als ich diesen Sommer einige Wochen den Macan gefahren bin, hat mich das technische Niveau begeistert: der Abstandstempomat oder das Ding, das dich warnt, wenn du müde bist. Oder dass man beim Parkieren Zeitung lesen kann, weil der Wagen das automatisch macht: Das ist doch super.

Letztes Jahr war ich viel unterwegs für die Sendung «Schwiizer Chuchi». Es ist zwar keine bahnbrechende Erkenntnis, aber da ist mir wieder aufgefallen, wie schön die Schweiz *gopfertelli* ist! Und wenn der Car mit der indischen Reisegruppe irgendwo im Diemtigtal hinten anrollt und vor dem «Bären» haltmacht, steht da tatsächlich ein indischer Koch in der Küche, am Stammtisch sitzen die Bergbauern und im Sälü dann die Touristen.

Ich bin ein abgelenkter Autofahrer. So sieht es jedenfalls meine Freundin, die mich auf Tempolimits oder rote Ampeln aufmerksam macht. Aber immerhin fahre ich unfallfrei und einigermaßen sicher. Allerdings: Gestern wurde ich in Zürich fast von einem Tram gerammt, weil ich blöd auf einer Schiene in einem Kreisel stand.

Was ich nicht mache, sind Autofahrten nur so zum Spass, dafür habe ich auch keine Zeit. Das Auto brauche ich, um sicher, schnell und so feudal wie möglich von A nach B zu kommen.

Aufgezeichnet von David Schnapp

Porsche Macan Diesel S

Leistung: 258 PS, Hubraum: 2967 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 230 km/h
Preis: 76 100.–





«Pfleghche Schwiegertochter»: Verlegerin, Verlegergattin und Anwältin Ringier.

MvH trifft

Ellen Ringier

Von Mark van Huissing — Ein Gespräch mit einer Frau, die vieles anders sieht, als es in dieser Zeitschrift steht.

Sie zitieren in Ihrer Kolumne Max Frisch: «Fragen sind eine lästige Angelegenheit.» Weshalb setzen Sie sich, ohne Not, Fragen aus?» – «Wir haben einen Relaunch gemacht von *Fritz+Fränzi*; das Schweizer Elternmagazin war die letzten vierzehn Jahre mein Leben. Ich würd alles machen, damit die Leute wissen, dass es *Fritz+Fränzi* gibt.» – «Die Zeitschrift ist nicht das Einzige, was Sie machen ...» (Sie ist Präsidentin der Stiftung Elternsein, die die Zeitschrift – Auflage: 104 381 – herausgibt.) «Ich schaff die finanziellen Voraussetzungen, damit die Chefredaktorin das Heft machen kann; es muss ja finanziert werden.»

Ellen Ringier ist zudem Anwältin und Ehefrau von Michael Ringier, dem Verleger, unter anderem, vom *Blick*. Frau Ringier, geborene Lüthy – Tochter eines Luzerner Pelzhändlers und einer Londoner Bankierstochter –, war zeitlebens wirtschaftlich unabhängig. Ferner ist sie an Kunst interessiert, war Stiftungsrats-

präsidentin des Zürcher Museums Haus Konstruktiv, ist im Verwaltungsrat von Pro Juventute. Und steht auf der *Handelszeitungs*-Liste «Die 100 wichtigsten Frauen der [Schweizer] Wirtschaft», unter «Mäzeninnen und Wohltäterinnen». Sie lebt in einer «nicht unumstrittenen Goldküsten-Villa» (*Züritipp*).

«Das Angebot, mit Ihnen zu sprechen, kam über eine Agentur, die sonst Berichte über die neuen Turnschuhe des «Bachelor» oder so versendet – wie sind Sie auf die gekommen?» – «Der *Tages-Anzeiger*, die *Annabelle* oder andere Zeitschriften haben noch nie was über *Fritz+Fränzi* gebracht. Wenn eine Anfrage kommt, geht's immer um mich. Und nicht darum, was ich seit vierzehn Jahren Tag und Nacht, gratis und franko, mache, unter Einsatz eines grossen Teils meines privaten Vermögens, nicht auf Kosten Ringiers ... Das ärgert mich *e chli*. Und darum haben wir Blofeld [eine Public-Relations-Agentur; ich arbeite auch mit dieser Firma] genommen.» –

«In einer anderen Kolumne schreiben Sie, verkürzt, Fremdbetreuung des Kindes sei ein gutes oder besseres Modell, als wenn nur die Mutter schaue ...» – «Wenn wir nicht blitzschnell umdenken, laufen wir, vor allem, was Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht, in ein grosses Problem. Ich würd das nie behaupten, wenn ich nicht wüsste, dass über Jahrhunderte Kinder aus vielen Familien weltweit nicht von der Mutter betreut wurden, sondern von irgendjemandem, der das Kind gern hat und eine emotionale Bindung aufbauen kann [und dass diese Kinder gut herauskamen].» – «Liessen Sie Ihre Kinder fremdbetreuen?» – «Ja. Aber ich hab sehr darauf geachtet, wie die jungen Betreuer-Mädchen sind: Sie waren alle anders, aber alle unheimlich lieb zu den Kindern.» – «Von mir aus gesehen ist die Geschichte mit der Fremdbetreuung ein Schattenboxkampf – es geht weniger ums Kindeswohl, sondern mehr darum, ob Frauen auswärts arbeiten sollen.» – «Genau. Und das [Frauen, die ihr Kind nicht selbst betreuen] sind Frauen, die sich damit brüsten, dass sie den Haushalt machen ... Und wer spielt dann mit den Kindern, wer betreut sie? Es tut mir weh, dass eine Gruppe von Leuten, die zu einer bestimmten Partei gehören, den Wunsch der schweigenden Mehrheit wegdrücken kann.»

«Sie haben zwei Adoptivtöchter ...» – «Ja, aber das ist nicht mehr ein Thema, weil die beiden volljährig sind. Und es einen Persönlichkeitsschutz gibt.» – «... meine Frage geht nicht um die Kinder: Wirft man Ihnen den Eifer des Konvertiten vor?» – «Ha, nein, das ist nicht der Fall. Wir betreiben noch die Stiftung Humanitas, die der Grossvater meines Manns gegründet hat in den dreissiger Jahren, als er Drucker entlassen musste – früher hatten alle Unternehmer Stiftungen, meistens für Mitarbeiter, doch der alte Paul Ringier hat den Stiftungszweck offengelassen. So kam ich auf die Idee für die Stiftung Elternsein.»

«Sie urteilen streng über den Kapitalismus; ist also die Firma Ringier, die viel weniger verdient als, sagen wir, Tamedia, ein schlechteres Unternehmen, aber Herr Ringier ein besserer Mensch?» – «So eine Aussage würd ich nie machen, ich hab keine Aktien und bin eine pfleghche Schwiegertochter. Aber, ein Beispiel, Ringier hat die Druckerei nicht verkauft in Zofingen, wo Evelyn, Annette und Michael aufgewachsen sind ... *fuck it*.» – «Sie sind die Frau eines reichen Manns [Vermögen 900 bis 1000 Millionen Franken; Quelle: *Bilanz*] und, höre ich, stark im Fundraising. Wie bekommt man Geld von Fremden in Ihrer Lage?» – «Ich mach's so wenig gern wie alle anderen. Aber ich sag, ich geh nicht zu meinem Mann, der ausserordentlich grosszügig ist – weil er seine Sache macht und ich meine.»

Ihr liebstes Restaurant: «Das hab ich mir überlegt; ich geh auch gern in die «Kronenhalle», aber jeder sagt: «Kronenhalle.» «Du Théâtre», Dufourstrasse 20, Zürich, Tel. 044 251 48 44

	1	2		3	4	5	6	7		8	9	10		
11				12										13
14										15				16
17				18										
		19	20								21			
22	23					24	25			26				
27				28							29	30		31
			32	33						34	35			
36		37					38	39						40
41										42				
43								44				45		
46										47				

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Liegt ausdruckslos auf dem Teller

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Gemüsestängel, erfreuen Gaumen wie Fantasie. 8 Auf seinen Schultern sitzen zwei Raben, sagt die Sage. 11 Das Meer aus transatlantischer Perspektive. 12 Der Konservative begegnet ihm skeptisch. 14 Nicht egal, da nicht legal. 15 Ins Ziel trifft, wer den spitzen Stift so nennt. 17 Portugiesen sehen sie nicht als Nachfolger des Bascha. 18 Aus römischer Sicht der Oceanus Britannicus. 19 Nicht wirklich vulgär, aber gemeinhin dann so genannt. 21 Ohne sie wird Schweizers Wanderlust bald zum erschöpfenden Frust. 22 Manche sind geräuschvoll, und damit nicht wirklich toll. 24 Thailändische Provinz und gar nicht provinzielle Stadt. 27 Durcheinander mit dieser Süßmuth aus Deutschland. 28 Ein Mann wie aus einem märchenhaften Traum - schlicht grossartig! 29 Ägyptische Göttin oder Dienstgrad auf See. 32 Bei der linearen Netzwerksynthese denken Kenner an ihn. 34 Torelli, brillierte auf der Zürcher Märchenbühne. 36 Lesbar wird es erst mittels Veränderung. 38 Rosmaries Baby ist auch jenes dieses Romans. 41 Sie sind nah und meist doch so weit weg. 42 Das Kunststück ist auch ein Stück Akrobatik. 43 Persönlichkeit in ihrer Unverwechselbarkeit. 44 Der gesunde Körper braucht das geistig Gleichwertige, wie die alten Römer sagten. 45 Dem Fahrzeug fehlt sein Heck. 46 1386, die Schlacht bei 47 Spezielle Schnur beziehungsweise Schwanz.

Senkrecht — 1 Verkaufen lässt es sich in den USA am besten so. 2 Loses Mundwerk, sinn- und endlos. 3 Sie helfen, Ordnung zu schaffen. 4 Musikalische Morgenstimmung, ihm sei Dank. 5 Das Mass für die Unordnung in einem Wort. 6 Wenn etwas in die Brüche geht, ist er eine zuverlässige Hilfe. 7 Zahl als grammatikalische Zählform. 8 Die russische Zwitterstadt ist halb asiatisch, halb europäisch. 9 Weitherum bekanntes Schweizer Ministerium. 10 Irene, genau: die aus Russland. 11 Kommt uns spanisch vor, das kurze dolce far niente. 13 Für sie bist du irgendjemand, aber für irgendjemand bist du sie. 16 Kein Werwolf sondern japanisch-böse Werkatze. 20 Sie hilft, kurz gesagt, weltweit Kindern. 23 Geht's um HNO, ist auch er mit von der Partie. 25 Der winzige, mit Luft gefüllte Hohlraum wird oft zum Albtraum. 26 Einen ... schlägt man mit einem ... heraus. 28 Sturm und Drang, prosaisch statt literarisch. 30 Afrika: Die Stadt gab dem Staudamm seinen Namen. 31 Ob Stufen oder Hufe kommt hier auf dasselbe heraus. 33 Beginnt mit K, endet mit ne, und wird damit zu langem Zug. 35 So tönen Peter Bichsels Reden. 36 Kommt dabei heraus, wenn der Zoologe einen Vogel hat. 37 Viel Dampf, und nichts ist mehr da: Es löst sogar Gold auf. 39 Die befriedigende Tätigkeit ist ihm zu verdanken. 40 Ein Eisbär war er.

©Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 386

B	E	L	U	G	A		A	B	E	R	M	A	L	S	
A		I		O	H	A	R	A		E		B	E	O	
B	A	L	K	E	N		E	N	D	E	T	A	I	L	
U	N	A	R	T		A	N	N	A	P	U	R	N	A	
	T		A	Z	A	R	A		C		E	T	O	N	
R	I	C	K	E		M		S	H	A	R	E		G	
E	L	E	A		G	E	N	U	G		K	N	E	E	
A	L	L	U	E	R	E		W	A	N	E		I		
G	E	S		R	A	N	G		O	R	D	N	U	N	
A	N	I	L	I	N		A	N	T	E		E	T	E	
N		U		C	D	U	R		E	N	Z	L	E	R	
	E	S		C	H	E		D	A	N	I		I	L	S

Waagrecht — 1 (Kaviar aus dem Rogen des) BELUGA 5 ABERMALS 11 OHARA (Roman mit Scarlett O'Hara) 12 BEO 13 BALKEN 16 ENDETAIL (en Detail) 19 UNART 20 ANNAPURNA 21 AZARA (Vogel) 22 ETON 23 RICKE (weibl. Reh) 25 SHARE (engl. f. Anteil am Geschäft) 26 ELEA 27 GENUG 28 KNEE (engl. f. Knie) 30 ALLUERE 32 WANE 34 GES (-amt) 35 RANGORDNUNG 39 ANILIN 40 ANTE 41 ETE (franz. f. Sommer) 42 CDUR 43 ENZLER (Schweiz. Kabarettist u. Satiriker) 44 ESCHE 45 DANI 46 ILS (Abk. f. Interessengem. Luftfahrt Schweiz)

Senkrecht — 1 BABU (in Indien Form für "Herr") 2 LILA 3 GOETZE 4 AHN (Vorfahr) 5 ARENA 6 BANN 7 REEP 8 ABARTEN 9 LEINO (finn. Dichter) 10 SOLANGE 14 ANTILLEN 15 KRAKAU 17 DACHGARTEN 18 TUERKEN 20 ARMEEN 23 REAGAN 24 CELSIUS 25 SUWON 27 GRANDE (Dixence, höchste Gewichtsstaumauer der Welt) 29 EINTEL 31 ERICH 33 NDENI 36 GARD 37 UELI (der Knecht = Roman, Maurer = Bundesrat) 38 GERS

Lösungswort — MODERATIONEN

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien




Breguet
Depuis 1775

Breguet, créateur.

Erfindung der Breguet Spiralfeder, 1795

Die Spiralfeder steuert den Rhythmus der Unruhschwingungen und reguliert so die Ganggenauigkeit der mechanischen Uhr. Das Modell Tradition 7047PT mit Tourbillon und Antrieb über Kette und Schnecke kombiniert heute die Vorteile der 1795 entwickelten Spiralfeder mit Breguet Endkrümmung und die außergewöhnlichen Eigenschaften des amagnetischen Werkstoffs Silizium. Wir schreiben die Geschichte fort...

